

Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!

Proletarier aller Länder
und unterdrückte Völker,
vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 5

Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 – 1974

- Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952
- Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957
- Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:

Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den
Resolutionen der 2. Parteikonferenz
von Gegen die Strömung

front
front
Rot

Direktvertrieb über

**Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main,
Telefax: 069/730920**

und

Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
A.Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Editorial

1.

Mit der vorliegenden Nummer 5 von „Rot Front“ ist ein gewisser Einschnitt erreicht.

In den Heften 1 bis 4 sind die prinzipiellen und grundlegenden Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ veröffentlicht worden:

- zu den Zielen des Kampfes für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus;
- zum proletarischen Internationalismus und zur proletarischen Weltrevolution;
- zu historischen und aktuellen Grundfragen des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus;
- zum grundlegenden Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland;
- zur Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und zu prinzipiellen Fragen ihres Aufbaus.

Auf dieser Grundlage geht es in diesem sowie in den folgenden Nummern von „Rot Front“ großteils darum, eine Reihe von dringend notwendigen theoretischen **Untersuchungen** zu veröffentlichen. Damit sollen zum einen – nach wie vor insbesondere im Kampf gegen den modernen Revisionismus – die prinzipiellen Ausgangspunkte der Linie von „Gegen die Strömung“ vertieft werden. Zum anderen und in enger Verbindung damit stehen wichtige Analysen an, um diese Grundlagen zu konkretisieren.

2.

Bei der Bestimmung der heutigen Aufgaben muß bewußt sein, daß der Kampf für die Hegemonie des Proletariats nur durch eine starke, wirklich revolutionäre Kommunistische Partei erfolgreich sein kann, die systematisch Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse von außen

hineinträgt und sie ideologisch, politisch und organisatorisch befähigt, ihre Hegemonie auszuüben.

Die entscheidende Aufgabe der kommunistischen Kräfte in Deutschland ist der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei, welche die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf gegen den Opportunismus verteidigt und immer besser mit den Besonderheiten Deutschlands zu verbinden versteht. Das Hauptkettenglied beim Aufbau der Kommunistischen Partei ist nach wie vor die theoretische Arbeit. Es geht um den Aufbau der Kommunistischen Partei, die fest im Proletariat verankert ist, deren Mitglieder vor allem aus den fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeitern bestehen und deren Grundorganisation die Betriebszelle sein muß. Ausgangspunkt der gesamten Arbeit dafür ist die Überzeugung und Kenntnis von der welthistorischen Rolle des Proletariats.

Das ist der Rahmen, in dem auf theoretischem Gebiet insbesondere die folgenden wesentlichen theoretischen Aufgaben angepackt werden müssen:

- *Die Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse des deutschen Imperialismus*, ihrer internationalen Struktur sowie ihrer Struktur in Deutschland, mit dem Ziel, ein in sich geschlossenes Bild der kapitalistischen Wirklichkeit zu geben, als Voraussetzung für die Erstellung eines möglichst konkreten Bildes der ökonomischen sozialistischen Wirklichkeit nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dies ist eine der Grundlagen für die Erstellung des Programms der sozialistischen Revolution in Deutschland und damit des Kampfes um die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats.

Dabei ist wichtig, den aufgeblähten Apparat des deutschen Imperialismus zur Ausdehnung, Überwachung und Verwaltung seiner Kapital- und Ausbeuterinteressen im „eigenen“ Land und weltweit zu analysieren, um Perspektiven zu entwickeln, welche ungeheuren Potenzen für die Entwicklung der künftigen sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft freigesetzt werden, wenn diese parasitären Teile zerschlagen werden.

Es ist ebenfalls zentral, genau zu analysieren, welche Auswirkungen die sofortige Beseitigung jeglicher Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse gegenüber anderen Völkern nach dem Sturz des deutschen Imperialismus und die Notwendigkeit von Reparationen der Diktatur des Proletariats auf die Lebensverhältnisse der

Werktäglichen in Deutschland hat, um die vom deutschen Imperialismus an anderen Völkern „begangenen Verbrechen“, wie Engels sagt, möglichst weitgehend „wiedergutzumachen“, zu entschädigen.¹ Daraus folgt, daß dem Proletariat bewußtgemacht werden muß, daß es gerade auch nach dem Sturz der Bourgeoisie vor der Aufgabe steht, maximalen Ausgleich zu schaffen für die unter der Herrschaft des Imperialismus begangenen Verbrechen. Ohne die tatsächliche Realisierung dieser Aufgabe ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern auf dem Weg zum vertrauensvollen, freiwilligen Verschmelzen der Nationen im Kommunismus nicht zu denken.

Beides sind Kernpunkte der kommunistischen Programmatik. Ausgangspunkt bei dieser Analyse muß die Erziehung des Proletariats im Sinne Lenins sein:

„Der Sieg der Arbeiter ist unmöglich ohne Opfer, ohne eine zeitweilige Verschlechterung ihrer Lage.“

(Lenin, II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 1920, Werke Band 31, S. 236)

Ausgangspunkt muß weiterhin sein, daß langfristig die Diktatur des Proletariats durch die Errichtung des Sozialismus, den Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft mit dem Ziel des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, sämtliche Schwierigkeiten überwinden, die Lebenslage der Werktäglichen immer weiter verbessern wird.

- Auf der Basis der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus über die Klassen und Schichten in einem imperialistischen Land, über die führende Rolle des Proletariats und die Rolle seiner Verbündeten, muß durch theoretische Arbeit in Verbindung mit der politischen Arbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie anderen Ausgebeuteten und den praktischen Erfahrungen im Kampf eine immer konkretere **wissenschaftlich-kommunistische Analyse über die realen Klassenverhältnisse, über den Stand der Kämpfe und des Bewußtseins** erstellt werden. Dies ist Grundlage für die immer konkretere Ausarbeitung und Anwendung der Strategie und Taktik der proletarischen Revolution in Deutschland, für die kon-

¹ Siehe Engels, „Der Sozialismus in Deutschland“, 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S. 253.

krete Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und seine Lakaien und Agenten.

Dies betrifft im einzelnen die Analyse der

- * Strukturentwicklung und Zusammensetzung des Proletariats, seiner betrieblichen und örtlichen Konzentration;
- * Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, insbesondere auch der sogenannten „2. und 3. Generation“;
- * Zusammensetzung und Größe der Arbeiteraristokratie als besonderer Schicht des Proletariats;
- * Struktur und Zusammensetzung der Erwerbslosen, insbesondere der Anteil an Arbeiterinnen und Arbeitern;
- * Struktur der ausgebeuteten nichtproletarischen Lohnabhängigen und deren Abgrenzung vom Proletariat, ihrer Verbindung zum parasitären Ausbeuter- und Unterdrückungsapparat;
- * Klassenverhältnisse auf dem Land, des Landproletariats, der Struktur der Schichtung der werktätigen und ausgebeuteten Bauern und ihrer bisherigen Kämpfe;
- * Struktur und Schichtung der ausgebeuteten Mittelschichten in der Stadt.

Dazu gehört insbesondere auch, die Entwicklung und den heutigen Stand der ***Vereidigung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen in Deutschland*** auch im internationalen Vergleich zu analysieren.

- Ein sehr wichtiger Schwerpunkt kommender Nummern von „Rot Front“ wird die systematische ***Analyse der Erfahrungen der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung in Deutschland*** sein. Hier geht es insbesondere um die revolutionären Kämpfe dieses Jahrhunderts in Deutschland, um die von der KPD geführten Kämpfe während der Weimarer Republik.

Es geht um die Analyse der ***Linie und Politik der revolutionären KPD während der Weimarer Republik und zur Zeit des Nazifaschismus***, um die Analyse der KPD in Westdeutschland bzw. der SED in der SBZ/DDR nach 1945 bis zum Zeitpunkt ihrer revisioni-

stischen Umwandlung in bürgerliche Parteien in den fünfziger Jahren, besonders seit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956.

Es geht darum, die Ursachen der Schwäche und weitgehenden Zerschlagung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, besonders auch der KPD, in der Zeit des Nazifaschismus konkret zu untersuchen, um aus den positiven und negativen Erfahrungen des Kampfes gegen den Nazismus lernen zu können.

Ebenso muß die ***Linie und Politik der KPD nach 1945*** gegen den westdeutschen Imperialismus und besonders gegen den deutschen Chauvinismus analysiert werden. Dabei gilt es, die Wurzeln der revisionistischen Entwicklung aufzudecken.

Eine besonders umfangreiche und unumgängliche Aufgabe von „Rot Front“ besteht darin, im Kampf gegen den Antikommunismus wie auch gegen den modernen Revisionismus die ***Anfangsjahre der SED*** wie auch die Erfahrungen in der SBZ und dann in der DDR ***1946 bis 1956*** umfassend zu analysieren. Denn die Gründung der DDR auf der Grundlage der Anwesenheit der Roten Armee in einem Teil Deutschlands versetzte dem deutschen Imperialismus zunächst einen schweren Schlag.²

Der bisherige Stand vorbereitender Untersuchungsarbeiten hat dabei ergeben, daß sowohl bei der KPD nach 1945 als auch bei der SED ein entscheidender, wenn nicht der zentrale ideologische Knackpunkt das Knäuel von Fragen ist, die mit der „nationalen Frage“ zusammenhängen. Es geht darum, daß die KPD bzw. die SED ideologisch offenbar nicht mit dem Spannungsfeld der Aufgaben fertig geworden sind, die sich daraus ergaben, daß die Zerschlagung des Nazifaschismus durch die alliierten Armeen und den Kampf der Völker berechtigerweise und notwendigerweise zur Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen geführt hat, daß aber die westlichen Alliierten als imperialistische Mächte schon bald daran gingen, die Ziele und Maßnahmen des Potsdamer Abkommens zu verraten und unverkennbar den Kurs zur Wiederbelebung des deut-

² Dies ist auch eine Voraussetzung für die Analyse der Entwicklung der revisionistischen DDR bis zu ihrer Einverleibung durch den westdeutschen Imperialismus unter Beachtung der Rolle des russischen Sozialimperialismus, um die Illusion einer angeblich sozialistischen DDR in den 60er, 70er und 80er Jahren prinzipiell und konkret zu widerlegen.

schen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus einschlugen. Wurde in dieser Situation nicht der Kampf für die Ziele des Potsdamer Abkommens, für die restlose Vernichtung des Nazismus zum Ausgangspunkt genommen, bestand die große Gefahr nationalistischer Polemiken gegen die „Besatzer“, bei denen der berechtigte Kampf gegen den Verrat am Potsdamer Abkommen durch die westlichen Imperialisten faktisch dazu führte, nationalistische, ja pronaziistische Ideologie zu fördern. Die Analyse zeigt, daß die KPD bzw. SED auf diesem Gebiet schon sehr früh entscheidende Fehler gemacht haben, schließlich mit einer völlig falschen Einschätzung der Lage und der Aufgaben den „nationalen Befreiungskampf“ in Deutschland verkündeten.

- Ein weiterer Schwerpunkt von „Rot Front“ wird die weitere *Analyse der Theorie und Praxis der Kommunistischen Internationale* bzw. der kommunistischen Weltbewegung nach der Auflösung der Komintern 1943 sein.

Neben den Fragen des Programms der Kommunistischen Internationale geht es um Probleme der Strategie und Taktik, wie die Politik der antifaschistischen Einheitsfront, zu denen die Komintern insbesondere auf dem 6. und 7. Weltkongreß ihre Positionen fixiert hat, wie sich diese Politik dann in den weltweiten bewaffneten Massenkämpfen gegen die faschistischen Mächte bewährt hat, wie sie teilweise aber auch von rechtsopportunistischen Kräften verdreht und verfälscht wurde.³

Dieses umfangreiche Arbeitsprogramm von „Rot Front“ in den nächsten vier, fünf Jahren wird bestimmt durch die Notwendigkeit modifiziert werden, gerade auch im theoretischen Organ die Erfordernisse der politischen Situation und ihrer Entwicklung sowie vor

³ Im weiteren gilt es auch, die nachfolgende Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung zu behandeln. Hier geht es um die Einschätzung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, insbesondere der gewaltigen Siege, die im bewaffneten Kampf weltweit gegen die faschistischen Kräfte errungen wurden, um die komplizierte internationale Situation, die mit dem Bruch der Anti-Hitler-Koalition durch die imperialistischen Mächte entstand. In diesem Rahmen muß auch die Gründung der volksdemokratischen Staaten und ihre Entwicklung in den ersten Jahren analysiert werden, ebenso die Schaffung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) und sein Kampf gegen den aufkommenden Rechtsopportunismus.

allem auch die brennenden ideologischen Fragen zu berücksichtigen, ohne den grundlegenden Plan der theoretischen Arbeit umzustoßen. Denn die revolutionäre Theorie soll auf die brennenden Fragen der Arbeiterinnen und Arbeiter, insbesondere der fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter Antwort geben.

3.

Schwerpunkt des vorliegenden Heftes von „Rot Front“ ist der ***Beginn der Analyse der Geschichte der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland*** durch die Untersuchung von sieben bewußt ausgewählten, sehr unterschiedlichen, wichtigen Streiks und Streikbewegungen des Proletariats. Wir sind uns mancher Schwächen dieser Arbeit bewußt, doch ist dies unserer Meinung nach ein wichtiger Anfang, um insbesondere auch für die eigenen Kader ein Mindestmaß an Voraussetzungen zu schaffen, um Aktivitäten in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter bewußt festzuhalten.

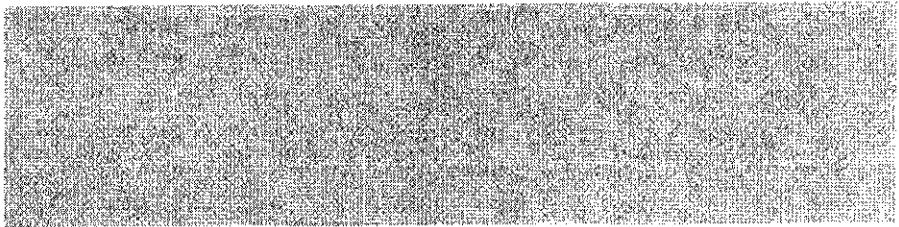
Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung setzen wir auch die „Tradition“ von „Rot Front“ fort, einen Text der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus zu besprechen und abzudrucken, hier nun Lenins Artikel „*Über Streiks*“ aus dem Jahr 1899.

4.

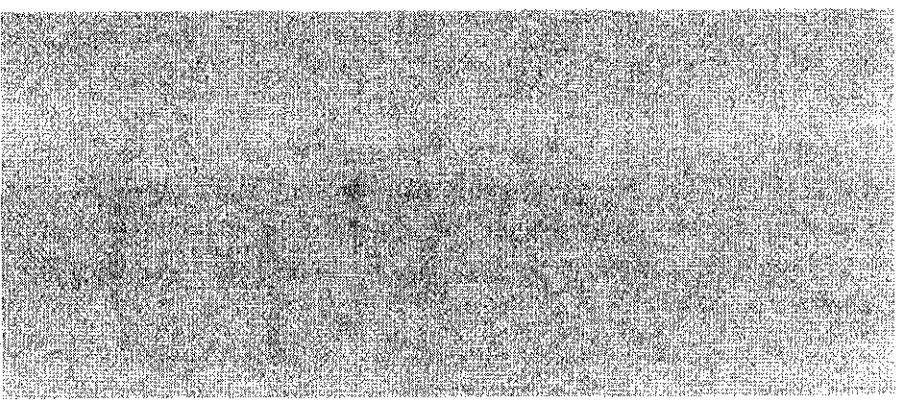
Mit dieser Nummer von „Rot Front“ wird auch der Anspruch dieser Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus unterstrichen, eine ***Tribüne solidarischer Debatten und Diskussionen*** zu sein.

Im abschließenden Teil des vorliegenden Heftes sind Kritiken und Beiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ dokumentiert. Die Debatte darüber soll damit nicht als abgeschlossen angesehen werden.

Nachdem die Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ nun veröffentlicht sind, wird es sehr stark von unseren Leserinnen und Lesern abhängen, daß sich „Rot Front“ als ein lebendiges und vorantreibendes Organ des solidarischen ideologischen Kampfes entwickelt.



Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 – 1974

- Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952
 - Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957
 - Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung
- 

Einleitung

Warum die Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 notwendig ist

Während der deutsche Imperialismus international auf dem Vormarsch ist bei der Ausbeutung und Knechtung anderer Völker sowie bei der Rivalität mit den anderen imperialistischen Großmächten, verschärft dieser zugleich die Ausbeutung und Unterdrückung auch hierzulande, verschlechtert sich die wirtschaftliche und soziale Lage der breiten Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Ausgebeuteten auch in Deutschland.

Die imperialistische Bourgeoisie und ihr Staat gehen bei der Verstärkung der Ausbeutung im Inneren immer massiver und direkter auch gegen die minimalen sozialen Errungenschaften vor, die vor allem Ergebnis früherer Kämpfe sind. Dabei wird besonders die sog. „Arbeitslosigkeit“ als Instrument und Druckmittel eingesetzt, die sogar nach offizieller Statistik auf ca. 5 Millionen Erwerbslose angestiegen ist, in Wirklichkeit sind es jedoch über 7 Millionen.

In den letzten Jahren haben Tausende, ja Hunderttausende gezeigt, daß sie nicht bereit sind, dies alles kampflos hinzunehmen. So haben im Februar 1996 die *Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven* die Werft besetzt und verschiedene andere Aktionen durchgeführt, um gegen die geplanten Massenentlassungen beim Vulkan-Konzern zu kämpfen, wobei sie breite Unterstützung in der werktätigen Bevölkerung hatten. Im Juni 1996 protestierten Hunderttausende *gegen das Sozialabbauprogramm* der Bundesregierung. An der zentralen Demonstration am 15. Juni 1996 in Bonn beteiligten sich rund 350 000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Im September 1996 streikten und demonstrierten Hunderttausende *gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall*. Im Frühjahr 1997 protestierten Zehntausende *Bergarbeiter* und *Stahlarbeiter* gegen drohende Massenentlassungen.

Merkmal all dieser Kämpfe der jüngsten Vergangenheit ist, daß sie trotz mancher „ungeplanten“ selbständigen Aktionen von Arbeiterinnen und Arbeitern eindeutig unter der Kontrolle der DGB-Führung waren, die jeden wirklich wirksamen Kampf, insbesondere konsequente Massenstreiks mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Pseudokämpferische „Großaktionen“ wie in Bonn 1996 oder bei den Stahlarbeitern in Frankfurt 1997 werden einzig und allein zu dem Zweck angesetzt, „Dampf abzulassen“. So gelingt es den Lakaien des Kapitals noch immer und immer wieder, Kampfentschlossenheit, Wut und Empörung in Resignation zu verwandeln. So ist bei vielen noch in frischer Erinnerung, daß die ÖTV-Führung den ***Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten im öffentlichen Dienst im April 1992*** abwürgte, indem sie sich unverschämt über das eindeutige Ergebnis der Urabstimmung hinwegsetzte, in der mit Mehrheit das Verhandlungsergebnis der Gewerkschaftsführung abgelehnt und die Fortführung des Streiks beschlossen worden war.

In frischer Erinnerung ist aber auch noch, daß es 1993 die ***Kali-Arbeiterinnen und Arbeiter in Bischofferode*** in der Ex-DDR waren, welche ohne und gegen die „zuständige“ Gewerkschaftsführung mehr als ein Jahr lang die Kali-Mine besetzt hatten.

Ziemlich bekannt ist schließlich noch, zumindest bei klassenkämpferisch eingestellten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, daß vor genau zehn Jahren die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in den achtziger Jahren ihren Höhepunkt und ihre größte Zuspitzung in dem über 5 Monate dauernden ***Kampf Tausender Stahlarbeiter von Krupp-Rheinhausen*** 1987/88 gegen die Stilllegungspläne von Krupp und Mannesmann fanden. Nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiter kämpften, sondern nahezu die gesamte werktätige Bevölkerung des Orts führte eine Fülle kämpferischer Aktionen durch. Nicht vergessen ist aber auch, wie es den verschiedenen Arbeiterbürokraten schließlich in Rheinhausen doch gelang, einen der massivsten Kämpfe in Westdeutschland putschartig abzuwürgen.

Weitgehend bekannt ist wohl auch noch, daß es 1984 über Monate hinweg eine breite ***Streikkampfbewegung für die 35-Stunden-Woche*** bei vollem Lohnausgleich gab, an der vor allem Metallarbeiterinnen und -arbeiter, aber auch Druckerinnen und Drucker beteiligt waren. Trotz der Kampfentschlossenheit vieler Arbeiterinnen und Arbeiter und vieler einzelner kämpferischer Aktionen hatten die DGB-Führer und ihr bestochener arbeiteraristokratischer Anhang

von Anfang an die Initiative in diesem Lohnkampf, dessen Erfolg sie mit ihrer Abriegelungstaktik, Verbreitung von Legalismus sowie auch chauvinistischer Hetze weitgehend verhinderten. Statt 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurden nur teilweise Arbeitszeitverkürzungen erreicht und „flexiblere Arbeitszeiten“ festgeschrieben, die für die Kapitalisten je nach „Konjunktur“ vorteilhaft sind.

Einigermaßen bekannt sind schließlich auch die Proteste Hunderttausender Arbeiterinnen und Arbeiter *gegen die Verschärfung des § 116* im Jahr 1986, welche die Wirkung des Aussperrungsterrors der Kapitalisten stärkt („kalt“ Ausgesperrte sollen in der Regel kein Arbeitslosengeld mehr erhalten). Die Proteste, die klar unter der abrieglerischen Führung der DGB-Vorstände standen, konnten die Verschärfung des § 116 allerdings nicht verhindern.

Schon viel weniger wissen, daß im August **1983** die Werftarbeiter der AG Weser in Bremen und der HDW in Hamburg ein wichtiges Zeichen gesetzt hatten, als sie *spontan und ohne die Gewerkschaftsführung in den Streik traten und in Bremen eine Woche und in Hamburg neun Tage lang die Werften besetzten*, um gegen die geplante Schließung des Werks, d. h. gegen die Entlassungspläne zu protestieren.⁴



Was für bedeutsame Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gab es aber in den siebziger, sechziger und fünfziger Jahren? Die Kapitalisten und ihre Lakaien, die DGB-Führung und der DGB-Apparat, haben nicht das geringste Interesse, an die wichtigen Kämpfe 1969 bis 1973 zu erinnern, geschweige denn die wirklichen Erfahrungen dieser Kämpfe wahrheitsgemäß darzustellen. Denn die *Septemberstreiks 1969* ebenso wie die Welle spontaner Streiks 1973, darunter insbesondere der *Fordstreik 1973*, waren Streiks, die *ohne und gegen die Gewerkschaftsführung* durchgeführt wurden. Das waren vielfach Streiks, bei denen gerade auch *die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern* deutlich wurde,

⁴ Im Februar 1998 wird als Sonderdruck von „Rot Front“ eine Sammlung von Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu acht der hier aufgeführten Kämpfen von 1974 bis heute erscheinen.

während sich andererseits die wirkliche **Fratze der Arbeiteraristokraten** als **Agenten der Bourgeoisie**, als **Einpeitscher des deutschen Chauvinismus** offenbarte.

Weit verbreitet ist allerdings auch die irrite Meinung, daß die Septemberstreiks die ersten spontanen Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung in der Geschichte des westdeutschen Staates gewesen seien. Richtig ist zwar, daß die Septemberstreiks 1969 zum erstenmal nach einer langen Flaute die gewerkschaftsoffizielle Tarifpolitik durchbrochen haben. Fast nicht bekannt ist aber, daß es **in den fünfziger Jahren bereits wichtige Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung gegeben hat**, so z. B. 1955 der Streik der Howaldt-Arbeiter und der Henschel-Arbeiterinnen und -Arbeiter in Kassel.

Die Kenntnis der Erfahrungen dieser Streiks in den fünfziger Jahren ist aber vor allem deshalb wichtig, weil diese nicht selten **unter Führung der KPD** standen bzw. **die KPD vor allem in einer Anzahl wichtiger Großbetriebe erheblichen Einfluß hatte**. Wer weiß zum Beispiel, daß die KPD 1953 auf der Weser AG in Bremen die absolute Mehrheit im Betriebsrat hatte oder daß die Führung der IG Bau-Steine-Erden 1956 die gesamte Bezirksorganisation Nordrhein mit 49 000 Gewerkschaftsmitgliedern auflöste, weil dieser Bezirk „in kommunistischer Hand“ gewesen sei?

Es geht also zunächst einfach darum, daß jede Genossin und jeder Genosse über die wichtigsten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland Bescheid wissen, wenigstens über ein **Mindestmaß an Kenntnissen** verfügen muß.

Darüber hinaus ist dieses Wissen Voraussetzung, um tiefergehend zu verstehen, daß **die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter heute sehr viel mit den früheren Kämpfen zu tun** haben. Offenkundig ist dieser Zusammenhang etwa bei der Widerstands- und Protestbewegung gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit im Jahr 1996. Hier ging es um die **Verteidigung** einer Errungenschaft, für deren **Durchsetzung** 1956/57 Zehntausende Metall-Arbeiterinnen und -Arbeiter in Schleswig-Holstein einen mehr als viermonatigen Streik durchgeführt hatten. Die DGB-Führer und ihre Anhänger „erinnern“ zwar bisweilen auch an jenen großen Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter Schleswig-Holsteins. Die entscheidenden Tatsachen und Erfahrungen dieses Streiks, bei dem die Basis die Abwiegelei der IG-Metall-Führung mehrmals durchkreuzt hat,

verfälschen sie jedoch schamlos. Doch es geht nicht nur um solche, eher vordergründige Zusammenhänge.



Wir stehen heute bei der erneuten Entwicklung einer wirklich revolutionären Arbeiterbewegung in vielerlei Hinsicht wieder **am Anfang**. Zugleich steht fest, daß sich diese revolutionäre Arbeiterbewegung insgesamt **nicht voraussetzungslos** herausbilden wird. Denn trotz aller Brüche wirken – im engen Zusammenhang mit der Kontinuität der „deutschen Zustände“ überhaupt – auf der Grundlage der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten massiv spezifische geschichtliche Voraussetzungen und Tendenzen weiter. So ist es geradezu verblüffend, wie sehr es der DGB-Führung und all den anderen Lakaien des Kapitals in all den Jahrzehnten immer wieder mit ganz ähnlichen Methoden und Manövern gelingen konnte, Kämpfe abzuwürgen bzw. in die Niederlage zu führen. Das bedeutet:

Einerseits müssen die **Hindernisse, Fehler und Schwächen** analysiert und deutlich festgestellt werden, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten wirkliche Erfolge in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter großteils verhindert haben.

Andererseits kommt es bei der Analyse ebenso entscheidend darauf an, die **klassenkämpferischen, revolutionären und internationalistischen Keimformen, Elemente und Ansätze** zu analysieren und bewußtzumachen, die in den Kämpfen der letzten Jahrzehnte zutage getreten sind – gerade angesichts der unbestreitbaren Schwäche dieser Keimformen, Elemente und Ansätze. Anhand der Analyse dieser positiven Erfahrungen, die zumeist sehr rasch wieder unterdrückt und vom Reformismus und Chauvinismus zugedeckt wurden, kann ansatzweise verdeutlicht werden, welchen Weg die zukünftige revolutionäre Arbeiterbewegung gehen, in welche Richtung sie sich entwickeln, welche Kampfmethoden sie verwenden muß. Diese Analyse zeigt vor allem auch, welche großen Möglichkeiten die revolutionäre Arbeiterbewegung hat, wenn die Lehren aus den bisherigen Kämpfen gezogen, die alten Fehler möglichst konsequent vermieden werden.

Auf der Grundlage der objektiven Verschärfung der weltweiten Gegensätze des Kapitalismus und Imperialismus, der Widersprüche des deutschen Imperialismus, muß es früher oder später dazu kommen, daß sich breite Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr mit der Lage abfinden, sich wehren, kämpfen werden. Grund-

legend bedeutet es, daß diese gesamten Ausbeutungsverhältnisse durch die Revolution des Proletariats zerschlagen werden, ja zerschlagen werden müssen. Die Gründe dafür hat der wissenschaftliche Kommunismus umfassend und tiefgehend festgestellt. Auf lange Sicht ist es so, wie es Marx formuliert hat:

Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.“

(Marx/Engels, „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“, 1844, Werke Band 2, S. 38)

Die erneute Entwicklung einer wirklich revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland als Teil der revolutionären proletarischen Bewegung weltweit, wird nicht einfach spontan erfolgen. Dies kann nur Ergebnis der immer engeren **Verbindung des wissenschaftlichen Kommunismus mit der Arbeiterbewegung** durch die Kommunistische Partei sein.

Die Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland muß auch und gerade anhand ihrer eigenen Erfahrung für die Ziele des Kommunismus gewonnen werden. Unerlässliche Voraussetzung dafür ist, daß die Kommunistische Partei es versteht, Theorie und Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus konsequent zu verteidigen und auf der Grundlage einer korrekten internationalen Analyse immer konkreter auf die Besonderheiten in Deutschland anzuwenden. Um zu siegen, muß das revolutionäre Proletariat unter Führung seiner Kommunistischen Partei die Summe der Erfahrungen seiner Kämpfe, international und in einem jeden Land, verarbeiten und die Lehren daraus ziehen. Dies schließt auch die **Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland bzw. Westdeutschland** ein. Es ist auf weitere Sicht undenkbar, daß **Kader** ohne profunde Kenntnisse dieser Erfahrungen, ohne selbst die entscheidenden Lehren daraus zu verstehen und nach außen propagieren zu können, die Fortgeschrittensten des Proletariats für den Kommunismus, für die Kommunistische Partei gewinnen können.

1930, also zu einer Zeit, als in verschiedenen Ländern der Welt Kommunistische Parteien an der Spitze heftiger Kämpfe des Proletariats standen, wurde in der von der Kommunistischen Internationale geführten Roten Gewerkschaftsinternationale in einem Vortrag kritisiert, daß die Genossinnen und Genossen verschiedener Kommunisti-

scher Parteien viel zu wenig tun, um die vielfältigen Kampferfahrungen von Massenstreiks usw. auszuwerten und zugänglich zu machen.

„... wenn ihr nach dem Vortrag aufrichtig über die Sache nachdenkt, werdet ihr selbst zugeben müssen, daß ihr die Streikbewegung eures *eigenen* Landes nicht kennt und nicht studiert habt. Ihr habt nicht alle Details studiert, ihr seid den Ereignissen nicht auf den Grund gegangen und ihr wißt nicht, was in dem einen oder anderen Streik erzielt worden ist ... Das, was an Erfahrungen aufgespeichert wurde, ist leider noch nicht einmal der Arbeiterschaft des gegebenen Landes zu eigen gemacht worden und noch weniger den Arbeitern der übrigen Länder. Indes ist es ja unsere gemeinsame Erfahrung. Und darum muß jedem von euch vor allen Dingen eindringlich angehalten werden, erstens die Streikkämpfe im eigenen Industriezweig, zweitens im eigenen Lande und drittens in den übrigen Ländern zu studieren. Ihr werdet dabei reichhaltiges Material zutage fördern, um sowohl unsere Schwächen als auch unsere starken Seiten richtig beurteilen zu können ...“

Es muß die Geschichte der Streikbewegung nach einzelnen Ländern verfaßt werden ... Es liegt auf der Hand, daß, je mehr der Klassenkampf sich verschärft, je mehr er sich über die Grenzen eines einzigen Landes ausdehnt, je mehr die ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Streikkämpfe die Arbeiter verschiedener Länder zu erfassen beginnen, desto mehr *das Problem der Erforschung der Kämpfe, das Problem des Studiums der Erfahrungen des einen Landes außerordentlich wichtige Bedeutung für die übrigen Länder erlangt.*“

(„Streik als Schlacht“, 1930, Nachdruck Münster 1972, S. 50)

Damals standen in vielen Ländern vielfach kampfgestählte Kommunistische Parteien an der Spitze heftiger wirtschaftlicher und politischer Kämpfe des Proletariats. Heute gibt es solche Parteien praktisch nicht. Heute geht es vor allem um die *Schaffung* und den *Aufbau* der Kommunistischen Partei.

Der Stand der Kämpfe der letzten Jahrzehnte in Deutschland läßt sich ebenfalls kaum mit dem vor 1933 vergleichen. Die Aufgabenstellung bleibt aber aktuell und prinzipiell wichtig, gerade in Kenntnis der sehr erheblichen Unterschiede der Situation damals und heute.

Entwicklung und Stand der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland müssen realistisch eingeschätzt werden

Die deutsche Bourgeoisie hat ein großes Interesse daran, es so erscheinen zu lassen, als ob es in den letzten Jahrzehnten in West-/Deutschland im Grunde genommen keine wirklichen Kämpfe mehr gegeben habe, als ob es eine ungebrochene Einheit, eine Art „Volksgemeinschaft“ des kapitalistischen Wiederaufbaus nach 1945, des „Wirtschaftswunders“ und der erneuten Expansion gegeben habe. Um dies als Lüge zu entlarven, wäre es allerdings ganz falsch, ein Bild großartiger Klassenkämpfe des Proletariats in den letzten Jahrzehnten dagegenzuhalten. Der bürgerlichen Klassenversöhnungsdemagogie muß als Ausgangspunkt eine in mehrfacher Hinsicht *differenzierte Einschätzung* entgegengestellt werden.

In der Tat läßt sich unschwer nachweisen, daß es auch seit Bestehen des westdeutschen Staates praktisch in jeder Etappe der Entwicklung Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie auch anderer Werktätiger gegen verschärzte Ausbeutung, Sozialabbau, aber auch gegen verschiedene Verschärfungen der politischen Reaktion gegeben hat. Insofern bestätigt auch die Realität West/Deutschlands, was Marx im weitem Sinne über die objektive Gesetzmäßigkeit der Kämpfe der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft wie jeder anderen Klassengesellschaft gesagt hat.⁵

Andererseits muß eindeutig festgestellt werden, daß diese Kämpfe in folgenden Relationen *schwach* waren.

- Auch die wichtigsten und militantesten Kämpfe nach 1945 waren schwach im Vergleich mit den Kämpfen vor 1933, als die Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung der KPD mehrmals auch bewaffnete Abwehrkämpfe und Aufstände durchführten.⁶

⁵ Vgl. Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1848, Werke Band 4, S. 462.

⁶ Vgl. dazu im Teil I der Resolution „Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus“ der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung, „Rot Front“, Nr. 1, Januar 1996, S. 85/86.

- Sie waren aber auch schwach im Vergleich zu den Tageskämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter der meisten kapitalistischen Länder, sowohl was die Zahl der Beteiligten als auch ihre Heftigkeit angeht. Dazu genügt der Hinweis auf die unvergleichlich massiveren Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Italien und in Frankreich in den letzten Jahrzehnten. Eine so gewaltige klassenkämpferische Auseinandersetzung wie im *Mai und Juni 1968 in Frankreich*, als zehn Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Generalstreik traten und Hunderttausende im Bündnis mit Studentinnen und Studenten auf den Barrikaden gegen die Polizei kämpften, hat es in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten auch nicht ansatzweise gegeben.⁷
- Der Widerstand und die Kämpfe in West/Deutschland waren viel zu schwach, um so die entscheidenden Projekte des erneuten Aufstiegs bzw. Vormarsches des west/deutschen Imperialismus wie Remilitarisierung, Verbot der KPD und „Notstandsgesetze“ wirklich aufzuhalten oder auch nur ernsthaft gefährden zu können. Sie waren aber auch zu schwach, um etwa die Verschärfung des § 116 zu verhindern.

An dieser Gesamteinschätzung ändert sich gewiß einiges, aber dennoch nichts Wesentliches, wenn wir in Rechnung stellen, daß die

⁷ Einige wenige Zahlenangaben der offiziellen Streikstatistik zeigen das eindeutig:

- Zwischen 1948 und 1968 gab es gemäß Streikstatistik in Westdeutschland nur 894 Streikaktionen. Das ist in zwanzig Jahren lediglich soviel wie in Frankreich in einem streikarmen Jahr wie 1958.
(Kalbitz, Rainer, „Die Entwicklung von Streiks und Aussperrungen in der BRD“, in: Kritisches Jahrbuch '73, Frankfurt/M. 1973, S. 163)
- Zwischen 1970 und 1993 wurden je 1 000 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt in Italien 928 Arbeitstage gestreikt, in Griechenland 734, in Spanien 673, in Kanada 640, in Irland 502, in Finnland 456, in Australien 440, in Großbritannien 382, in Neuseeland 315, in den USA 270, in Frankreich 124, in Westdeutschland aber nur 37. Das ist nur rund ein Fünfundzwanzigstel der Streiks in Italien.

(ILO, OECD, Landesquellen, hier angegeben nach: iwd 11/95, Hrsg. Deutscher Instituts-Verlag)

bürgerliche Statistik sehr viele Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter „vergibt“, nicht erfaßt.⁸

Auch bei der Darstellung und Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland seit 1945 besteht die **Gefahr der Anbetung der Spontaneität**. Das bedeutet hier konkret, den engen Rahmen zu übersehen, in dem sich diese Kämpfe bewegten und bis heute bewegen. **Von einem bewußten politischen Klassenkampf**

⁸ Die in der offiziellen Streikstatistik ausgewiesenen Werte sind erheblich zu niedrig, bestimmte Streikaktionen tauchen überhaupt nicht auf. Das hat verschiedene Gründe:

- Die offizielle deutsche Statistik berücksichtigt nur Streiks, an denen mindestens zehn Beschäftigte beteiligt sind und die mindestens einen Tag dauern oder die insgesamt zu einem „Verlust“ von mehr als 100 Arbeitstagen für den Kapitalisten führen. Das heißt, die häufigen Kurz- und Warnstreiks finden keinerlei Berücksichtigung.
- Es werden nur solche Streiks erfaßt, die von den Kapitalisten gemeldet werden. Diese geben meist keine präzisen, oft auch gar keine Angaben an die statistischen Ämter weiter.
- Auch die von Einzelgewerkschaften oder dem DGB geführten Arbeitskampfstatistiken sind nicht hinreichend exakt und können keineswegs präzise Auskunft geben, wann, wo und wie viele Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte in einem Zeitraum gestreikt haben. Lediglich zu größeren Streiks existieren genaue Unterlagen.
- Nahezu alle spontanen Streikbewegungen werden praktisch unterschlagen. An deren Meldung hat auch der Gewerkschaftsapparat kein Interesse.
- Angaben über politische Streiks fehlen meist vollständig. So existiert der zweitägige Druckerstreik 1952 gegen das Betriebsverfassungsgesetz, durch den in Deutschland zwei Tage lang keine Zeitungen erscheinen konnten, in der offiziellen Statistik **nicht**.
- Aussperrungen werden von den statistischen Ämtern noch weniger zur Kenntnis genommen, die Ausgesperrten werden meist den Streikenden zugeschlagen. Alle Kampfformen der Kapitalisten, die nicht als „Aussperrung“ bezeichnet werden, aber dazu dienen, Streiks zu zerschlagen, wie Massenänderungskündigungen, kollektive Verbote, den Betrieb zu betreten, werden gänzlich ignoriert.

(Zu Angaben über die Mängel der Statistik siehe Kalbitz, Rainer, „Die Entwicklung von Streiks und Aussperrungen in der BRD“, in: „Gewerkschaften und Klassenkampf – Kritisches Jahrbuch 1973“, Jacobi, Otto / Müller-Jentsch, Walther / Schmid, Eberhard (Hrsg.), Frankfurt/M. 1973, S. 167 f. sowie Kalbitz, Rainer, „Die Arbeitskämpfe in der BRD – Aussperrung und Streik 1948–1968“, Bochum 1972, S. 19 ff.)

des Proletariats gegen die Bourgeoisie kann in den letzten Jahrzehnten in West/Deutschland im wesentlichen nicht gesprochen werden.

- *Inhaltlich* waren die Grenzen dieser Kämpfe weitgehend durch tagespolitische Ziele gezogen, und hier vor allem ökonomische Kämpfe sowie Kämpfe gegen die Einschränkung der legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse. Es waren Jahrzehnte vorwiegend ökonomischer Abwehrkämpfe.
- Bei den *Kampfformen und Kampfmethoden* handelte es sich auf Seiten der Arbeiterinnen und Arbeiter im wesentlichen und am häufigsten um Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen, die militanteren Formen waren Betriebsbesetzungen sowie Blockaden von Straßen und Brücken.

Besonders bei den Streiks und Aktionen ohne und gegen die Gewerkschaftsführung (bis Mitte der fünfziger Jahre gilt dies besonders auch für die Kämpfe, in denen die KPD eine führende Rolle spielte) kam es zwar oft zu gewaltsamem Eingreifen der Polizei. Im Gegensatz zur Weimarer Republik gab es von Seiten der Arbeiterinnen und Arbeiter aber keine bewaffneten Abwehrkämpfe⁹ (wie etwa 1920 gegen den Kapp-Putsch), geschweige denn bewaffnete Aufstände wie im November 1918, wie die Münchener Räterepublik 1919 und der Hamburger Aufstand 1923.

Dies alles stellen wir nicht fest, um die realen Kämpfe der letzten Jahrzehnte geringzuschätzen. Dazu besteht auch insofern keine Veranlassung, weil wir als Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland selbst in diesem Rahmen stehen, auch wenn wir als proletarische Internationalisten weltweit und geschichtlich bewußt Bezug nehmen auf die am weitesten fortgeschrittenen Kämpfe und Erfahrungen. Vielmehr geht es um den grundlegenden Standpunkt bzw. das Ziel, von dem aus wir diese Kämpfe analysieren und bewerten müssen.

⁹ Wir meinen hier mit Bewaffnung Pistolen, Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten usw.

Methodische Vorbemerkung zur Auswahl und Darstellung der Kämpfe

Beim Studium der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 sind wir auf verschiedene Probleme gestoßen. Ein Hauptproblem war dabei die notwendige Reduktion der behandelten Kämpfe, das Problem der Auswahl.

1. Wir haben für diese Analyse sieben Kämpfe ausgewählt, die unserer Meinung von besonderer Bedeutung sind. Im Vordergrund steht dabei die Propaganda jener Kampfmethoden der Arbeiterinnen und Arbeiter, welche auch für zukünftige Kämpfe richtungsweisend sind. Das schließt notwendigerweise auch besonders typische Kampfmethoden des Klassenfeinds und seiner Lakaien mit ein. Gleichzeitig ist die Auswahl der Kämpfe auch davon bestimmt, daß jeweils anhand eines Streiks oder einer Streikbewegung über die konkrete Beschreibung hinaus weitergehende Gesichtspunkte erklärt, allgemeinere Probleme des Kampfes beleuchtet werden können.

Die Beschränkung auf diese sieben Kämpfe war nicht einfach. So ist es uns z. B. schwergefallen, nicht auch ausführlich auf den *Streik der 200 000 bayerischen Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1954* einzugehen, bei dem es vielleicht in der Geschichte Westdeutschlands zu den härtesten Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern mit der Polizei gekommen ist. Dies gilt auch für den *Streik von 400 Profilwalzwerkern der Duisburger Mannesmann-Werke 1973*, denen es in einem sehr harten, zehn Tage langen, geschlossenen und selbständigen Streik und der konsequenteren Besetzung eines Teils des Betriebs gelang, Lohnerhöhungen für alle Arbeiterinnen und Arbeiter durchzusetzen, wobei die Arbeiter aus der Türkei kämpferisch vorbildlich vorangingen und verschiedene, sich antirevisionistisch verstehende Organisationen eine Rolle spielten.

Zu kurz kommen sicherlich auch *Solidaritätsstreiks und Solidaritätsaktionen mit Kämpfen von Arbeitern und Arbeiterinnen in anderen Ländern*, wobei feststeht, daß es davon nur sehr wenige gab, so zum Beispiel der anderthalbstündige Solidaritätsstreik von 600 Arbeiterinnen und Arbeitern bei VW Salzgitter am 18. August 1987

mit dem Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW-Mexiko in Puebla.¹⁰

Ebenso ist ein großer Mangel, daß die oftmals sehr harten *Streiks von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern gegen west/deutsche Kapitalisten* hier nicht behandelt werden können, so z. B. die Streiks bei VW in Mexiko 1987, in Betrieben von Daimler Benz in Südafrika, des Textilkonzerns Adler in Südkorea im Jahr 1990, um nur einige Beispiele zu nennen. An anderer Stelle wird es nötig sein, darauf ausführlich einzugehen, gerade auch um die proletarisch-internationalistischen Verpflichtungen der Arbeiterklasse hier bewußt zumachen.

Nicht genauer eingegangen wird auch auf die *Solidaritätsaktionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern zur Unterstützung von Kämpfen werktätiger Massen in West/Deutschland*. Zwei Beispiele aus der jüngeren Zeit seien hier nur genannt. Im Oktober 1986 solidarisierten sich die Mitglieder der kämpferischen „1.-Mai-Gewerkschaft“ KMU aus dem Adidas-Werk in Manila auf den Philippinen mit den von Entlassung bedrohten Kolleginnen und Kollegen bei Adidas in Westdeutschland, die sie vorher bereits besucht hatten, um über die Ausbeutungsverhältnisse auf den Philippinen zu berichten, und boten ihre Unterstützung an. Auf dem Höhepunkt des Kampfes gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit im Oktober 1996 bekamen die Arbeiterinnen und Arbeiter von Mercedes-Benz eine Unterstützungserklärung einer Betriebsversammlung von 9 500 Arbeiterinnen und Arbeitern bei Mercedes in São Bernardo do Campino in Brasilien.

2. Wir haben uns bewußt entschieden, *nur Kämpfe aus dem Zeitraum zwischen 1949 und 1974* darzustellen. Dies hat verschiedene Gründe.

Selbstverständlich hat es auch in den vier Jahren zwischen der Zerschlagung des Nazifaschismus 1945 und der Gründung des westdeutschen Staates wichtige Kämpfe und Auseinandersetzungen gegeben. In diesen vier Jahren wurden sogar entscheidende Weichen für die

¹⁰ Vgl. dazu den Artikel in „Gegen die Strömung“ Nr. 40: „Streik der VW-Arbeiter in Mexiko: Wie steht es mit der proletarischen Solidarität der westdeutschen Arbeiterklasse?“, September 1987, S. 41 f.

nächsten Jahrzehnte gestellt. Die Verhältnisse waren noch nicht definitiv auf zwei unterschiedliche Staaten in Deutschland festgelegt, die staatliche Oberhoheit lag bei den alliierten Mächten. Es gab zwar auch damals Ansätze des ökonomischen Kampfes und einzelne Lohnstreiks, die großen Auseinandersetzungen waren aber die Anti-Nazi-Kämpfe, darunter insbesondere auch Anti-Nazi-Streiks. Hierzu müssen noch wichtige Untersuchungen und Einschätzungen gemacht und muß auch noch viel Material gesichtet werden. Da diese Zeit vor dem Hintergrund der 12 Jahre der nazistischen Herrschaft des deutschen Imperialismus der Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung, der Restauration der Herrschaft des west/deutschen Imperialismus sind, haben wir den sieben Kämpfen einen Abschnitt über die Ausgangssituation nach 1945 vorangestellt.

3. Die Eingrenzung der Kämpfe auf den Zeitraum bis 1974 ist andererseits nicht nur eine Platzfrage bzw. eine Frage der Lesbarkeit des Artikels. „Gegen die Strömung“ wurde im Jahr 1974 gegründet. Seitdem hat „Gegen die Strömung“ mehr oder minder kontinuierlich zu den wichtigsten Streikkämpfen und Streikbewegungen in Flugblättern, Artikeln und verschiedenen anderen Materialien oft auch sehr aktuell Stellung genommen, so z. B. zum Kampf für die 35-Stunden-Woche, gegen die Verschärfung des § 116, zum Kampf in Rheinhausen 1987/88, zum Streik im öffentlichen Dienst 1992, zum Kampf der Kali-Arbeiterinnen und Arbeiter in Bischofferode 1993, zum Kampf der Bergarbeiter 1996, der Stahlarbeiter 1997 usw. Da wir den damaligen Stellungnahmen heute nichts Wesentliches hinzufügen können, haben wir auch im Interesse der Lesbarkeit auf eine erneute ausführliche Darstellung verzichtet. Diese Stellungnahmen erscheinen als Sonderdruck der „Rot Front“ im Februar 1998.

Mit dem vorliegenden Artikel soll vor allem *eine Lücke geschlossen* werden, die in unseren Reihen und in unserem Umfeld – was die Geschichte der Kämpfe in Westdeutschland angeht – vor allem darin besteht, daß ein Bewußtsein über die Kämpfe vor 1973 weitgehend fehlt.

4. Eine weitere Einschränkung ist dem Thema des Artikels geschuldet, in dem es im wesentlichen nur um Streiks und Streikbewegungen geht. Das bedeutet, daß Auseinandersetzungen, die nicht oder fast nicht mit Streiks oder auch Betriebsbesetzungen verbunden waren, hier nicht behandelt werden. Im Zeitraum 1949–1973 betrifft

dies vor allem die **Bewegung gegen die Remilitarisierung seit Anfang der fünfziger Jahre.**¹¹

In den Jahren unmittelbar nach der Gründung des Staates des deutschen Imperialismus beteiligten sich trotz der prinzipiellen Zustimmung der DGB-Führer zur Remilitarisierung Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige an den Protesten und Kämpfen gegen die **Remilitarisierung**. Bei der von der KPD initiierten Volksbefragung „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“ sprachen sich über 9 Millionen Personen gegen die Wiederaufrüstung aus. Doch diese Bewegung führte nicht in nennenswerter Weise zu Streiks.

An den Kundgebungen und Demonstrationen der Bewegung gegen die **atomare Bewaffnung der Bundeswehr** 1958 beteiligten sich zwar Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter, aber in den Betrieben gab es, abgesehen von sehr kurzen, manchmal nur zehnminütigen Arbeitsunterbrechungen, kaum größere Streiks. Der einstündige, ohne Zustimmung der IG Metall durchgeführte Streik von 8 800 Arbeiterinnen und Arbeitern des Volkswagen-Hauptwerkes in Wolfsburg sowie der Proteststreik im VW-Zweigwerk in Braunschweig am 28. März 1958 sind eher eine Ausnahme. Politisch wurde diese Bewegung – wie schon zuvor die „Ohne uns“-Bewegung Mitte der fünfziger Jahre – von reaktionären Kräften, insbesondere von der SPD dominiert und verebbte relativ rasch.

5. Selbstverständlich muß die wichtige politische Bewegung gegen die Remilitarisierung, vor allem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, in enger Verbindung mit der Analyse der Linie und Politik der KPD an anderer Stelle besonders unter ideologischen Gesichtspunkten genauer untersucht werden. In dieser Nummer haben wir im Abschnitt „Die Ausgangssituation nach 1945“ lediglich einige Fakten dargestellt, die mehr oder weniger eng mit Protestaktionen von Arbeiterinnen und Arbeitern verbunden waren.

¹¹ In den sechziger Jahren war dies vor allem der Kampf gegen die „Notstandsgesetze“ sowie seit Beginn der siebziger Jahre dann die Bewegung gegen die Atompolitik des westdeutschen Imperialismus.

Bei der Darstellung der ausgewählten sieben Kämpfe muß bewußt sein, daß es während der ersten Jahre noch die Kommunistische Partei, d. h. die KPD, gab, und daß danach ein tiefer Einschnitt folgt. Das **Verbot der KPD** 1956 war ein schwerer Schlag der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Weit folgenschwerer erwies sich aber deren **revisionistische Umwandlung** im Zusammenhang mit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, nachdem die Linie und Politik der KPD nach 1945 schon sehr erheblich von revisionistischen und nationalistischen Elementen durchsetzt war.

Viele, vor allem politische Kämpfe der Zeitspanne von 1945 bis 1956 lassen sich nicht von der Politik, Linie und Aktivität der KPD trennen. Die Einschätzung der Linie und Politik der KPD kann aber im Rahmen dieses Artikels nicht geleistet werden. Lediglich punktuell kann anhand von Publikationen der KPD zu den Kämpfen gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952 sowie zum Howaldt-Streik 1955 auf die Haltung der KPD eingegangen werden.

6. Ein weiterer, immer wichtiger werdender Fragenkomplex wird in diesem Artikel nicht behandelt: Die Lage der **Erwerbslosen** und die Aufgaben zur Einbeziehung der Erwerbslosen, die überwiegend Teil des Proletariats sind, in den Kampf gegen das Kapital. Hierzu gilt es vor allem die Erfahrungen der KPD zwischen 1919 und 1933 sowie der anderen Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zur Zeit der Komintern auszuwerten.

Probleme des Quellenmaterials

Die Analyse der Kampferfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter West/Deutschlands stößt auf das Problem sehr unterschiedlicher und teilweise äußerst mangelhafter Quellen.

Bei den Kämpfen bis 1956 gibt es die Veröffentlichungen der KPD, ihre Zeitungen, ihr theoretisches Organ „Wissen und Tat“ und ihre Broschüren. Diese sind eine große Hilfe, müssen aber unbedingt auch kritisch ausgewertet werden. Allerdings sind die Publikationen der KPD heute teilweise schwer zugänglich und müssen großteils noch recherchiert werden.

Viele Veröffentlichungen gibt es von den modernen Revisionisten der DDR sowie auch der verschiedenen DKP-nahen Verlage. Diese enthalten zwar einige brauchbare Angaben, sind ansonsten jedoch mit größter Vorsicht zu behandeln, weil ihre Darstellung die Ereig-

nisse revisionistisch-reformistisch verfälscht. Dies gilt insbesondere auch für die vom „Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ 1966 herausgegebene „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden“. Ein durchgängiger Zug dieses revisionistischen Machwerks ist die Anbiederung an die SPD und die Beschönigung ihres konterrevolutionären Charakters. So werden einzelne Figuren wie Schumacher zwar als Antikommunisten bezeichnet, diese werden aber lediglich als „opportunistische Führer“ hingestellt. Vertuscht wird, daß es sich bei der SPD um eine imperialistische Partei handelt. (Bd. 7, S. 223).

Teilweise brauchbar, teilweise aber auch abschreckend sind verschiedene Veröffentlichungen der sogenannten „antirevisionistischen“ Pseudomarxisten, die sich oft nur oberflächlich von den offenen modernen Revisionisten abgrenzen.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Broschüren einzelner fortschrittlicher Komitees und Initiativen, gewerkschaftsoppositioneller Gruppen zu einem jeweiligen Streik, die teilweise recht nützlich sind, weil sie viele unmittelbare Informationen über das Geschehen haben.

Bei dieser Quellenlage ist es bei manchen Kämpfen unverzichtbar, auch bürgerliche, insbesondere auch gewerkschaftsoffizielle bzw. DGB-nahe Veröffentlichungen auszunutzen. Darunter gibt es auch einige brauchbare Darstellungen mit wissenschaftlichem Anspruch, auch wenn deren Grundlinie – wie bei jedem bürgerlich-revisionistischem Material – selbstverständlich verworfen werden muß.

Diese Quellenlage beeinflußt notwendigerweise auch die Darstellung: von einem besonders wichtigen Kampf gibt es manchmal kaum Informationen, von einem anderen, vielleicht weniger wichtigen, dagegen viel Material. Insofern kann die Darstellung nicht immer angemessen sein. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, möglichst umfangreich Material aus den verschiedenen Archiven zu erschließen. Zugleich und eigentlich noch wichtiger ist es, Kontakte mit möglichst vielen Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Kämpfe herzustellen, um von deren Erfahrungen in der einen oder anderen Weise zu lernen.

Auf Kritiken, Ergänzungen, teilweise sicherlich auch auf Korrekturen der Darstellung und Einschätzung einzelner Kämpfe sind wir also besonders angewiesen.

Marx und Engels über die Notwendigkeit und Grenzen der Tageskämpfe

Die ökonomischen und demokratischen Tageskämpfe des Proletariats sind eine Schule des Klassenkampfes – eine unverzichtbare Vorbereitung, damit die Massen sich anhand ihrer eigenen Erfahrungen für entscheidende Schlachten wappnen.¹² Dabei muß die Beschränktheit der Tageskämpfe bewußtgemacht werden, um das Augenmerk auf die Wurzel des Übels zu richten – das kapitalistische System, das System des deutschen Imperialismus. Denn der Tageskampf innerhalb dieses kapitalistischen Systems hat seine engen Grenzen. Heutige Erfolge werden morgen direkt oder hintenherum wieder rückgängig gemacht, die allgemeine Verschlechterung der Lage und die absolute Vereelendung auf lange Sicht lassen sich nur verlangsamen, wenn entschieden gekämpft wird, aber sie lassen sich nicht stoppen. Marx hat in seiner Schrift „Lohn, Preis und Profit“ herausgearbeitet, daß es darauf ankommt, daß die Arbeiterinnen und

¹² Engels schrieb 1845 in seiner Schrift „Lage der arbeitenden Klasse in England“, eingehend auf die dortigen Streiks, über die grundsätzliche Bedeutung solcher Kämpfe:

„Die unglaubliche Häufigkeit dieser Arbeitseinstellungen beweist es am besten, wie weit der soziale Krieg schon über England hereingebrochen ist. Es vergeht keine Woche, ja fast kein Tag, wo nicht hier oder dort ein Strike vorkommt – bald wegen Lohnverkürzung, bald wegen verweigerter Lohnerhöhung, bald wegen Beschäftigung von Knobsticks, bald wegen verweigerter Abstellung von Mißbräuchen oder schlechten Einrichtungen, bald wegen neuer Maschinerie, bald aus hundert andern Ursachen. Diese Strikes sind allerdings erst Vorpostenscharmützel, zuweilen auch bedeutendere Gefechte; sie entscheiden nichts, aber sie sind der sicherste Beweis, daß die entscheidende Schlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie herannaht. Sie sind die Kriegsschule der Arbeiter, in der sie sich auf den großen Kampf vorbereiten, der nicht mehr zu vermeiden ist; sie sind die Pronunciamientos einzelner Arbeitszweige über ihren Anschluß an die große Arbeiterbewegung. Und wenn man einen Jahrgang des ‚Northern Star‘, des einzigen Blattes, das alle Bewegungen des Proletariats berichtet, vergleicht, so wird man finden, daß alle Arbeiter der Städte und der ländlichen Industrie sich zu Assoziationen vereinigt und von Zeit zu Zeit durch allgemeines Feiern gegen die Herrschaft der Bourgeoisie protestiert haben. Und als Kriegsschule sind sie von unübertrefflicher Wirkung.“

(Engels, „Lage der arbeitenden Klasse in England“, 1845, Marx/Engels Werke Band 2, S. 441, Hervorhebung von uns)

Arbeiter ihre Tageskämpfe konsequent und mit der Perspektive der proletarischen Revolution führen:

„Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit beraubten, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Markt schwankungen unaufhörlich hervorgeht ... Statt des *konservativen* Mottos: „*Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tage werk!*“, sollte sie auf ihr Banner die *revolutionäre* Lösung schreiben: „*Nieder mit dem Lohnsystem!*“

(Marx, „Lohn, Preis und Profit“, 1865, Marx/Engels Werke Band 16, S. 151)

Das bedeutet, daß wir an alle, große wie kleine Kämpfe vom Standpunkt der proletarischen Revolution, des Bürgerkriegs des bewaffneten Proletariats gegen die Bourgeoisie, der Erkämpfung der Diktatur des Proletariats herangehen müssen – auch und gerade in der heutigen Zeit.

Sieben Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter

Die Ausgangssituation nach 1945

Ohne Zweifel waren es innerhalb der deutschen Bevölkerung vor allem die kommunistisch organisierten und orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die in tiefer Illegalität der Nazi-Herrschaft Widerstand entgegengesetzt hatten. Doch dieser Widerstand war insgesamt viel zu schwach, war der Kampf einer geringen Minderheit, führte nicht zu Massenaktionen des antifaschistischen Kampfes und vor allem nicht zu bewaffneten Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland. Die Nazi-Barbarei – der Völkermord an 6 Millionen Juden, 500 000 Sinti und Roma und die Ermordung von Abermillionen in Polen, in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und vielen anderen versklavten Ländern – mußte von „außen“, durch die Rote Armee und die Armeen Englands und der USA, durch machtvolle Partisanenbewegungen und Volksbefreiungsarmeen beendet werden. Das Potsdamer Abkommen hat völlig richtig die „Mitschuld des deutschen Volkes“ und damit auch der Arbeiterklasse an den Nazi-verbrechen festgestellt. Das Vertrauen, welches die deutsche Arbeiterklasse durch die von der KPD geführten Kämpfe zur Zeit der Weimarer Republik bei den Arbeiterinnen und Arbeitern anderer Länder einst gehabt hatte, war schwer erschüttert, wenn nicht zerstört.

In einer Resolution der Funktionärskonferenz der Betriebs-, Orts- und Kreisausschüsse des FDGB der Provinz Brandenburg vom 26. August 1945 heißt es dazu kurz nach Kriegsende:

„Das ehemals gute Verhältnis der deutschen Gewerkschafter zu den Arbeitern der anderen Völker ist besonders dadurch zerstört worden, daß die Hitlersche Politik die ausländischen Arbeiter zu

Hunderttausenden in den Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft zur Arbeit für den Raubkrieg preßte. Es wird eine besondere Aufgabe der neuen freien deutschen Gewerkschaften sein, das gute Verhältnis zu den Arbeitern der anderen Völker wiederherzustellen und den Gedanken der internationalen Solidarität aller Arbeiter zu fördern.“¹³

Auf der Basis dieser Erkenntnisse war nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus eine erste große Tagesaufgabe der Arbeiterklasse in Deutschland, den Kampf für eine möglichst umfassende und tiefgehende Entnazifizierung auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet zu führen.

Vor diesem Hintergrund entbrannte zunächst der erste große politische Kampf zwischen antinazistisch aufgerüttelten Teilen des Proletariats und der zwar darniederliegenden, aber keineswegs vernichteten deutschen Bourgeoisie um die Frage der *Entnazifizierung*.

Die zweite große politische Auseinandersetzung war ab 1949 dann vor allem der *Kampf gegen die Remilitarisierung*.

Der große politische Rahmen beider Auseinandersetzungen war der Kampf für die Durchsetzung der antinazistischen und antimilitaristischen Ziele des Potsdamer Abkommens, dessen Kernpunkte auch heute eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus sind:

- Sühne des deutschen Volkes für die Nazi-Verbrechen! Leistung umfassender Reparationen!
- Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus! Aburteilung der Kriegsverbrecher!
- Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als unantastbare deutsch-polnische Grenze! Anerkennung der geregelten Überführung deutscher Bevölkerung aus Osteuropa als notwendige und gerechte Maßnahme!

¹³ Resolution der Funktionärskonferenz der Betriebs-, Orts- und Kreisausschüsse des FDGB der Provinz Brandenburg, 26. August 1945, in: „Gewerkschaftlicher Neubeginn – Dokumente zur Gründung des FDGB und zu seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946“, Bednareck, Horst / Behrendt, Albert / Lange, Dieter (Hrsg.), Berlin 1975, S. 216.

Der Kampf für diese Ziele war insbesondere auch nötig, damit sich die Arbeiterklasse langfristig zum Kampf für weiterreichende Ziele befähigt, um für die Errichtung ihrer revolutionären Diktatur, für die sozialistische Revolution zu kämpfen, um der Herrschaft der blutbesudelten deutschen Bourgeoisie ein Ende zu setzen!

Kämpfe für eine konsequente Entnazifizierung

- Viele Kämpfe zielten auf die *Entfernung von Nazis* aus den Betrieben sowie aus politischen Positionen. Dabei standen die Bergarbeiter an der Spitze der politischen Kämpfe für konsequente Entnazifizierung in Westdeutschland nach 1945. Hier einige Beispiele:

- Im November 1945 streikte die Belegschaft eines Thyssen-Zweigwerkes gegen einen Nazi-Direktor. Nach drei Monaten wurde er entlassen.¹⁴
- Auf einer Zeche in Herne erzwangen die Bergarbeiter durch einen Streik die Entfernung eines aktiven Nazis, der als Fahrsteiger beschäftigt war.¹⁵
- Ebenfalls in Herne erzwangen die Bergarbeiter der Zeche „Friedrich der Große 3/4“ die Entfernung eines Bergassistenten, der aktiver Nazi war, sowie eines Fahrsteigers, der noch Anfang 1945 sowjetische Zwangsarbeiter mißhandelt hatte.¹⁶
- Auf einer anderen Schachtanlage hatten die Kumpel aus Protest gegen den Betriebsleiter und einen Fahrsteiger, die beide ehemalige aktive Nazis waren, die Förderleistungen von 4 1/2 Wagen je Mann und Schicht auf 2 Wagen gesenkt. Sie erreichten, daß die beiden Nazis „beurlaubt“ wurden.¹⁷
- Auf der Schachtanlage „General Blumenthal“ in Recklinghausen verhinderten die Kumpel mit Gewalt die Wiedereinstellung eines berüchtigten

¹⁴ Projektgruppe Ruhrgebietsanalyse, „Ruhrstahl und Imperialismus“, o. O. 1976, Band 2, S. 142.

¹⁵ Siehe: Manschitz, Gerhard / Seider, Josef, „Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945–47“, Berlin 1961, S. 51.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda, S. 51/52.

Nazis. Deshalb wurden sechs Bergarbeiter von einem britischen Militägericht wegen angeblichen Aufruhrs zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten verurteilt.¹⁸

– Auf der Schachtanlage 3/4 Königsborn in Unna senkten die Arbeiter die Förderung von 1 000 auf 300 Tonnen je Schicht, nachdem der Protest des Betriebsrates gegen die Wiedereinstellung eines Nazisteigers erfolglos geblieben war. Sie setzten damit die Entlassung des Steigers durch.¹⁹

– In einer Reihe weiterer Fälle beschlossen die Bergarbeiter ebenfalls, solange nicht einzufahren, bis alle aktiven Nazis aus dem Betrieb entfernt worden sind.²⁰

– Die Proteste und Aktionen der Bergarbeiter erzwangen im Dezember 1945 und Januar 1946 die Entlassung weiterer 70 Direktoren und leitender Angestellter der Montanindustrie sowie einiger zu sehr belasteter Nazis aus den Bergwerksverwaltungen.²¹

● Teilweise traten Arbeiterinnen und Arbeiter auch für die **Zerschlagung der Machtbasis des Nazifaschismus** selbst ein. Die Ruhrrevierkonferenz der Betriebsräte aller Gruben des Ruhrgebiets etwa erklärte am 14. November 1945:

„Die Bergarbeiter wissen, daß der Bergbauverein, die Thyssen, Klöckner, Krupp und alle Aktionäre, die Geldgeber der NSDAP waren. Die Bergarbeiter wissen, daß diese deutschen Grubenbarone mit der Ruhrkohle zwei Kriege vorbereitet und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergarbeiter die Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung in Münster.“²²

Hier einige weitere Beispiele:

¹⁸ Ebenda, S. 105.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda, S. 105/106.

²² Ebenda, S. 55.

Im Februar und März 1947 führten die Bergarbeiter in den Schachtanlagen Probeabstimmungen über die entschädigungslose Enteignung der Kohlenkonzerne durch, die folgende Ergebnisse hatten:²³

Schacht-anlage	Abstimmungs-berechtigte	für die Ent-eignung	in %
Bismarck 1/4, Gelsenkirchen-Erle	1377	1310	95 %
Rheinbaben, Bottrop	1897	1750	92 %
Prosper 2, Bottrop	2147	1873	87 %
Westfalen, Ahlen	2650	2520	95 %
Rosenblumdelle, Essen	1033	895	87 %
Bruchstraße, Bochum	1674	1601	96 %
De Wendel, Hamm	1132	1024	90 %

Insgesamt wurden auf 32 Schachtanlagen mit ca. 50 000 Beschäftigten und in mehreren Metallbetrieben von den Arbeiterinnen und Arbeitern Entschließungen zur Enteignung der Monopolunternehmen angenommen.

- Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie anderen Werk-tätigen richteten sich wiederholt auch **gegen nazistische Provokatio-nen und Vorstöße**.

– Anfang 1947 gab es vor allem im Ruhrgebiet heftige Proteste, **politi-sche Streiks und Kundgebungen** von Tausenden Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die Geheimtagung führender Vertreter des Industrie- und Bankkapitals am 29. November 1946 in Düsseldorf sowie gegen die Kan-didatur des Dr. Lehr von der CDU als Landtagspräsidenten, dessen Name in enger Verbindung mit der Industriellentagung am 27. Jahrestag 1932 in Düsseldorf steht, bei der Großkapitalisten mit Hitler und anderen Nazi-Führern zusammentrafen, um die baldige Errichtung der offen terroristi-schen Diktatur vorzuplanen. Als zentralen Protesttag wählten die Arbeite-rinnen und Arbeiter den 27. Januar 1947, den 15. Jahrestag dieser Tagung. In vielen Betrieben Düsseldorfs ruhte stundenlang die Arbeit, Protestver-sammlungen wurden durchgeführt und Resolutionen gegen die Umtriebe der Reaktion verabschiedet.

– In Nürnberg streikten am 3. 2. 1947 70 000 Arbeiterinnen und Arbei-ter für sechs Stunden als Protest gegen einen Bombenanschlag von Nazis auf die „Nürnberger Entnazifizierungs-Spruchkammer“²⁴.

²³ Siehe „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED (Hrsg.), Berlin 1966, Band 6, S. 218.

– Ende Mai, Anfang Juni 1948 gab es heftige Proteste von Arbeiterinnen und Arbeitern wegen dem sogenannten „Fall Reusch“. H. Reusch war hochrangiger Vertreter der nazistischen Kriegswirtschaft gewesen, der nach 1945 wieder die Leitung des „väterlichen“ Unternehmens, der Gutehoffnungshütte AG (GHH) in Oberhausen übernehmen konnte. Ausgerechnet er sollte im Auftrag des „Wirtschaftsrates“ und der US-Militärbehörden als Vertreter der Bourgeoisie in eine Kommission zur Steigerung der Stahlproduktion berufen werden. Der Betriebsrat der GHH und die Gewerkschaft riefen deshalb zum Streik auf. Bei einer Urabstimmung sprachen sich 90 Prozent der Belegschaft für einen Streik aus. Daraufhin wurde die gesamte Kommission fallengelassen.²⁵

Auch in den Jahren *nach* Gründung des Staats des westdeutschen Imperialismus 1949 gab es noch antinazistische Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern in den Betrieben. Beispiele sind:

- Am 12. November 1951 legten die Arbeiterinnen und Arbeiter fast aller Betriebe in Hannover aus Protest gegen die Aktivitäten nazistischer Parteien und Gruppierungen für eine Stunde ihre Arbeit nieder.²⁶
- Am 13. November 1951 protestierten in Peine ca. 8 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte durch einen einstündigen Streik insbesondere gegen die Beschmierung eines Gedenksteins für die Nazi-Opfer am Jahrestag der Novemberpogromnacht 1938.²⁷
- Im Januar 1955 führten 820 000 Bergarbeiter, Stahl- und Metallarbeiter vor allem in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Niedersachsen und in Hessen einen *24stündigen politischen Streik* wiederum gegen eine arbeiterfeindliche Provokation des ehemaligen Nazi-Kriegswirtschaftsführers und nunmehrigen Generaldirektors der Gutehoffnungshütte, Reusch, durch.

Unmittelbar nach Zerschlagung des Nazifaschismus bestand also tatsächlich eine Atmosphäre, in der es möglich war, daß durch Streiks und andere Protestaktionen Nazis aus ihrer Stellung vertrie-

Fortsetzung der Fußnote

²⁴ Ebenda, S. 208.

²⁵ Projektgruppe Ruhrgebietsanalyse, „Ruhrstahl und Imperialismus“, o. O. 1976, Band 2, S. 143.

²⁶ Siehe Kraushaar, Wolfgang, „Die Protestchronik, Bd. 1, 1949-1952“, Hamburg 1996, S. 511.

²⁷ Ebenda.

ben wurden. Doch trotz der teilweise eindrucksvollen Massenkämpfe von Teilen des Proletariats und der anderen Werktätigen, vor allem im Ruhrgebiet, muß dennoch insgesamt klar festgestellt werden, daß es auch 1945 bis 1949, also in der Zeit der meisten antinazistischen Kämpfe, nur eine relativ kleine Minderheit von Arbeiterinnen und Arbeitern war, die sich aktiv am antinazistischen Kampf beteiligte. Die 1945 bis 1949 von den antinazistischen und revolutionären Kräften der Arbeiterklasse in den drei westlichen Zonen geführten Kämpfe konnten nicht verhindern, daß dort die Herren des deutschen Monopolkapitals ihre Macht behielten. Diese Kämpfe waren insgesamt aber auch viel zu schwach, um die massenhafte Integration und Etablierung der Nazi-Kräfte im politischen und wirtschaftlichen System des westdeutschen Imperialismus zu verhindern.

Kämpfe gegen die Remilitarisierung

Mit der Gründung des westdeutschen Revanchistenstaates im Jahr 1949 hatten die westdeutschen Imperialisten sich die Basis geschaffen, um Schritt für Schritt ihr ökonomisches, politisches und militärisches Potential als imperialistische Großmacht wiederherzustellen.

Wenn schon die Gründung des Staates des westdeutschen Imperialismus nicht aufgehalten werden konnte, so sollte wenigstens verhindert werden, daß von diesem Staat bereits nach kurzer Zeit wieder eine ernste Kriegsgefahr ausgehen konnte! Wie groß diese Gefahr in der Tat war, hatte Stalin bereits 1944, also noch vor der militärischen Niederlage des Nazifaschismus festgestellt:

,Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt.“

(Stalin, „Der 27. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution“, 1944, Werke Band 14, S. 367)

Um ihre Politik der Revanche voranzutreiben, betrieben die Bonner Machthaber mit unverschämter Offenheit die Remilitarisierung ihres Herrschaftsbereichs. Der Aufbau der Bundeswehr, der sofort nach dem Zweiten Weltkrieg begann, widersprach eindeutig den Bestimmungen des von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition gemeinsam beschlossenen Potsdamer Abkommens. Denn darin wurde „völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands“ gefordert, und daß neben den regulären Streitkräften, neben SS, SA, SD und Gestapo auch „alle anderen militärischen und halbmilitärischen Or-

ganisationen ... völlig und endgültig aufgelöst werden, um damit für immer der Wiedergeburt oder Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“.²⁸

In den Jahren unmittelbar nach der Gründung des Staates des deutschen Imperialismus beteiligten sich trotz der prinzipiellen Zustimmung der DGB-Führer zur Remilitarisierung Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige an den Protesten und Kämpfen **gegen die Remilitarisierung.**

Im Februar 1951 entstand die Bewegung für die Volksbefragung: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“. Die Volksbefragung forderte praktisch die Verwirklichung wichtiger Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.

Die westdeutschen Militaristen und Revanchisten reagierten mit zunehmendem Terror und Verfolgung, mit antikommunistischer Hetze und Unterdrückung. Die Volksbefragung wurde im April 1951 verboten. Verboten wurde ebenso 1951 die FDJ, die Jugendorganisation der KPD. Gegen die KPD wurde im selben Jahr von der Regierung das Verbot beantragt. Bei einer antimilitaristischen Kundgebung mit 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern 1952 in Essen wurde der kommunistische Arbeiter Philipp Müller durch die westdeutsche Polizei ermordet.

Doch die Volksbefragung lief trotzdem bis März 1952 weiter. Am 16. März wurden die Ergebnisse der Volksbefragung mitgeteilt: 9 119 667 sprachen sich gegen Remilitarisierung und für einen demokratischen Friedensvertrag aus. Von den 6 267 302, die Zettel in die Urnen warfen, stimmten 5 917 683 oder 94,41 Prozent mit Ja ab.²⁹

Gleichzeitig gab es innerhalb und ausgehend von den Betrieben weitere Widerstandsformen von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die Militarisierung:

²⁸ Potsdamer Abkommen, 2. August 1945, Nachdruck Buchladen Georgi Dimitroff, Frankfurt/M. 1995, S. 7.

²⁹ Siehe Kraushaar, Wolfgang, „Die Protestchronik, Bd. 1, 1949–1952“, Hamburg 1996, S. 576.

– Um die Jahreswende 1950/51 setzten die Zechenherren des Ruhrgebiets Sonderschichten fest, um die durch den Koreakrieg hervorgerufene Konjunktur auf dem kapitalistisch-imperialistischen Weltmarkt auszunutzen. Die KPD rief die Bergleute auf, die Sonderschichten abzulehnen. An die faschistische Aufrüstung erinnernd, prägte sie die Losung: „*Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten*“. Trotz Eingreifens der Polizei, einzelner Verhaftungen und massiver Drohungen der Zechenherren wurden Ende Januar 1951 kaum noch Sonderschichten geleistet.³⁰

– Von einer Betriebsversammlung im Hüttenwerk Hagen-Haspe am 5. Februar 1951, an der 2 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte teilnahmen, ging die Initiative aus, *gemeinsam mit den französischen Arbeiterinnen und Arbeitern* eine Europäische Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands einzuberufen. Vom 23. bis 25. März fand diese Konferenz unter Teilnahme von annähernd 900 Delegierten aus 19 Ländern Europas in Berlin statt.³¹

– Am 12. April 1952 protestierten auf einer Kundgebung in Hamburg mehrere tausend Menschen gegen die Wiederaufrüstung. *Hafenarbeiter, die die Lösung von Munitionsdampfern verweigert haben, riefen ihre Kollegen in anderen Häfen zu einem Streik gegen die Verabschiedung des Generalvertrags* auf, der die Remilitarisierung Westdeutschlands im Rahmen der sogenannten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ festlegte.³²

Die Bewegung gegen Remilitarisierung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre konnte den Aufbau der Bundeswehr nicht verhindern. Dazu hätte sie sehr viel massiver sein müssen. Eine große Schwäche dieser Bewegung lag darin, daß sie nicht zu großen und allgemeinen Massenstreiks vor allem in den Großbetrieben geführt hat. Dennoch wurde eins praktisch deutlich: Es gab erheblichen Widerstand nicht unbeträchtlicher Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderer Werktätiger gegen die Remilitarisierung. Die Wiederaufrüstung mußte mit Terror und massiven Verfolgungen gegen die Protestbewegung durchgesetzt werden.

³⁰ „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED (Hrsg.), Berlin 1966, Band 7, S. 145.

³¹ Ebenda, S. 146.

³² Kraushaar, Wolfgang, „Die Protestchronik, Bd. 1, 1949–1952“, Hamburg 1996, S. 588.

Die DGB-Führer sprachen sich offen für die Wiederbelebung des deutschen Militarismus aus. Schon Ende November 1950 hatte sich der Bundesvorstand des DGB mit einer „Wiederbewaffnung“ Westdeutschlands einverstanden erklärt.³³ Der DGB-Vorsitzende Fette erklärte, daß „die Frage der militärischen Sicherheit und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik eins“ seien.³⁴

Nachdem die Gründung der Bundeswehr und deren Eingliederung in das imperialistische NATO-Bündnis 1956 nicht verhindert werden konnte, nahm die antimilitaristische Bewegung 1958 nochmals einen gewissen Aufschwung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, die am 25. März 1958 vom Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU beschlossen wurde. Die unmittelbare und offene Umsetzung dieses Beschlusses scheiterte am Veto der Alliierten.

Erhebliche Teile der Arbeiterklasse zeigten ihre Bereitschaft zum Kampf dagegen. Schon bald nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses im Bundestag setzte in ganz Westdeutschland eine Welle von spontanen Demonstrationen, Warnstreiks, Protestkundgebungen und Schweigemärschen ein. Hier nur einige Beispiele:

– Rund 2 500 Betriebsangehörige der in Bielefeld ansässigen Anker-Werke legten mittags ihre Arbeit nieder. Anschließend führten die Arbeiter auf dem Werksgelände eine Kundgebung gegen die Atomrüstung durch.³⁵

– Aus Protest gegen die vom Bundestag beschlossene Atombewaffnung der Bundeswehr legten am 27. März 1958 in Hamburg mehrere Gruppen von Hafenarbeitern für eine halbe Stunde ihre Arbeit nieder. Sie erklärten, daß sie mit diesem Warnstreik die mehrmals vorgetragenen Forderungen nach umfassenden gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die Atomrüstung unterstützen wollten. Zu Arbeitsniederlegungen kam es in den Schuppen 30, 34 und 50. Die Hafenarbeiter folgten damit einer von Mund zu Mund weitergegebenen Streikparole. Auch am Tag darauf wurde ein weiterer halbstündiger Warnstreik durchgeführt. Mehr als 5 000 Hafenar-

³³ Siehe „Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Hemmer, Hans-Otto / Schmitz, Kurt Thomas (Hrsg.), Köln 1990, S. 109.

³⁴ Zitiert nach: „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Deppe, Frank / Füllerth, Georg / Harrer, Jürgen (Hrsg.), Köln 1977, S. 330.

³⁵ Vgl. Kraushaar, Wolfgang, „Die Protestchronik, Bd. 3, 1957–1959“, Hamburg 1996, S. 1826.

beiter und Schauerleute diskutierten, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine Atombewaffnung doch noch zu verhindern. Der Aufruf ging von Arbeitern des Schuppen 41 aus, die mit Kollegen aus Nebenbetrieben im Saalehafen und im Peutehafen einen Streikausschuß gebildet haben.³⁶

- Am 28. März 1958 legten ohne Zustimmung der IG Metall 8 800 Arbeiterinnen und Arbeiter des Volkswagen-Hauptwerkes in Wolfsburg für eine Stunde ihre Arbeit nieder. Sie protestierten damit sowohl gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr als auch gegen die Weigerung der DGB-Führung, dagegen das Kampfmittel des politischen Generalstreiks einzusetzen. Zur selben Zeit kam es auch im Zweigwerk Braunschweig zu einem Warnstreik von 3 200 Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die atomare Ausrüstung. Der Betriebsratsvorsitzende distanzierte sich gegenüber der Presse und erklärte, daß es sich bei dem Streik „um eine spontane Aktion der Belegschaft“ ohne vorherige Unterrichtung des Betriebsrates gehandelt habe.³⁷
- Am 31. März legten in Braunschweig an verschiedenen Stellen insgesamt 2 000 Bauarbeiter kurzzeitig ihre Arbeit nieder. Von 13 bis 14 Uhr führten dann auch die Arbeiter der Büssingwerke einen Warnstreik durch.³⁸
- In Göppingen führten am 9. April 1 300 Arbeiterinnen und Arbeiter der Maschinenfabrik Schuler einen einstündigen Warnstreik gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr durch.³⁹
- Am 17. April 1958 legten in Hamburg die Arbeiterinnen und Arbeiter der Werft- und Metallindustrie gegen 15 Uhr ihre Arbeit nieder und zogen zusammen mit anderen Arbeitern und Angestellten in langen Marschkolonnen zum Rathausmarkt. In der gesamten Innenstadt ruhte der Autoverkehr, da sich auch die Werktautigen der öffentlicher Verkehrsbetriebe dem Protest angeschlossen hatten.⁴⁰

Auch bei der Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr bestand eine große Schwäche darin, daß sie nicht zu wirkungsvollen betrieblichen Aktionen geführt hat. Die eigentliche, große politische Schwäche der Bewegung war, daß es der SPD von

³⁶ Siehe ebenda, S. 1827.

³⁷ Ebenda, S. 1829.

³⁸ Ebenda, S. 1831.

³⁹ Ebenda, S. 1842.

⁴⁰ Ebenda, S. 1849.

vornherein gelang, sich an die Spitze zu stellen. SPD und DGB-Führung hatten die Bewegung gegen die atomare Bewaffnung erfolgreich kanalisiert, um sie möglichst rasch abzuwürgen.

Die in die Illegalität gedrängte KPD konnte dem nichts entgegensetzen, weil sie selbst im Nachtrab der SPD eine Politik der Klassenversöhnung und der Kapitulation betrieb.

Die „Bewegung gegen den Atomtod“ mündete schließlich in der pazifistischen „Ostermarsch-Bewegung“, die sich seitdem Jahr für Jahr am Rockzipfel der Abrüstungsdemagogie der imperialistischen Großmächte bewegt.

Der Landarbeiterstreik 1951

Über die Notwendigkeit des Klassenkampfs auf dem Land und die Aufgaben des Industrieproletariats zum Zusammenschluß mit dem Landproletariat

Schon bald nach Gründung des westdeutschen Kapitalistenstaates führten die Arbeiterinnen und Arbeiter immer wieder – oft auch gegen die Gewerkschaftsführung und mit kämpferischen Methoden – Lohnkämpfe sowie Kämpfe für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der erste größere und auch relativ bekannte Lohnkampf war der Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Hessen 1951.

Weitgehend unbekannt ist, daß im Jahr 1951 der größte Streik von Landarbeiterinnen und Landarbeitern in der Geschichte des westdeutschen Staates stattfand, der Streik der Landarbeiter und -arbeiterinnen für Lohnerhöhungen in Hessen und Niedersachsen im August 1951.

Da gerade die Arbeiterinnen und Arbeiter der landwirtschaftlichen Produktion, ihre Lage und ihr Kampf, viel zu wenig beachtet, ja auch von fortschrittlichen, sich als revolutionär verstehenden Kräften nahezu ignoriert werden, ist es um so wichtiger, diesen Arbeitskampf ins Bewußtsein zu rufen.

Hintergründe und Vorgeschichte

1950 gab es ca. 1,1 Millionen „unselbständig Beschäftigte“ in der Landwirtschaft. Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) hatte damals etwas mehr als 100 000 Mitglieder.⁴¹ Der durchschnittliche Stundenlohn eines Landarbeiters war fast um die Hälfte geringer als der eines Industriearbeiters. Dabei lag der Lohn

⁴¹ Müller, Hubertus, „Gewerkschaftsmitglieder und Beschäftigtenstruktur“, Köln 1968, Tabelle 19.

der Landarbeiterinnen durchschnittlich noch weit unter dem der Landarbeiter.

Im Mai 1951 entschloß sich die GGLF, sämtliche Tarifverträge für die Landarbeiterinnen und Landarbeiter zu kündigen. Die Gewerkschaftsführung tat dies unter Berufung auf eine „programmatische Rede“ von Adenauer zur Landwirtschaftspolitik. Darin wurde versprochen, daß zunächst die Agrarpreise erhöht würden und dann in der ersten Stufe die Löhne im Durchschnitt um ca. 18 Prozent und in der zweiten Stufe um 27 Prozent angehoben würden. Die Agrarpreise wurden auch tatsächlich erhöht, aber die Kapitalistenverbände und die Bundesregierung wollten dann nichts mehr von einer Lohnerhöhung für die Landarbeiterinnen und Landarbeiter wissen.

Nach ergebnislos verlaufenen Tarifverhandlungen sprachen sich in der Urabstimmung 94,2 Prozent der Beteiligten für den Streik aus. Am 6. August 1951 beginnt in Hessen und am 4. und 6. August in Niedersachsen der Streik mit dem Ziel, unter dem Druck des Erntebeginns die Lohnerhöhung durchzusetzen.

Streikverlauf

In Hessen wird der Streik von der GGLF bereits nach vier Tagen aufgrund einer von den Kapitalisten erwirkten einstweiligen Verfügung **abgebrochen**. Durch einen formalen Terminfehler hat die Gewerkschaftsführung dabei scheinbar in Unkenntnis ihrer eigenen Satzung die juristische Handhabe gegen den Streik selbst geliefert! Das Arbeitsgericht Frankfurt erklärte den Streik für gesetzwidrig, weil der bestehende Tarifvertrag nicht fristgerecht gekündigt worden sei. Bei Zuwiderhandlungen würden Strafen festgesetzt.

In Niedersachsen treten am Morgen des 4. August 8 850 Landarbeiterinnen und Landarbeiter in 232 Betrieben in den von der GGLF organisierten Streik. Die Zahl der Streikenden erhöht sich in den nächsten beiden Tagen auf etwa 12 000.⁴²

Die Streikenden werden von „ihren“ Ausbeutern enorm unter Druck gesetzt. Die landwirtschaftlichen Ausbeuter wollen den Streik umgehend abwürgen, weil sie durch den Verlust der Ernte Einbußen für ihre Profite befürchten. In Börsum, Achim, Gevensleben und zahlreichen anderen Or-

⁴² Genauere Zahlen konnten wir bisher nicht ermitteln.

ten kommt es zu Zusammenstößen mit Streikbrechern, welche die Bauern, Gutsbesitzer und Leiter von Staatsdomänen angeheuert haben. In Großgoltern fordern die „Arbeitgeber“ am 8. August *Polizei* an, die mit Gewalt gegen die Streikenden vorgeht.

Insgesamt ist die *Kommunikation* unter den Streikenden höchst unzulänglich. Die räumliche Trennung der Streikenden auf den einzelnen Gütern und Höfen und ihre Isolierung in einer weitgehend gegen diesen Streik gerichteten Umwelt, verbunden mit der Schwierigkeit, schnelle Informationswege zu schaffen, stellt Anforderungen, denen die Streikenden nicht gewachsen sind. Zwar liegen bestimmte Streikerfahrungen aus den Jahren 1949 und 1950 vor, aber aufs Ganze gesehen gibt es so gut wie keine Kampferfahrungen. Dies muß auch vor dem Hintergrund der Jahre des Nazifaschismus gesehen werden. Der zentrale Streikausschuß in Hannoversch-Gmünden hat keinen wirklichen Überblick über das Geschehen.

Der Bund des „Niedersächsischen Landvolkes“ und der Bauernverband organisieren in kürzester Zeit eine höchst wirksame Gegenkampagne gegen den Streik unter den Landarbeiterinnen und Landarbeitern. Es gelingt ihnen, mit gezielten Fehlinformationen und hochbezahlten Streikbrechern in einer Reihe von Fällen den Streik zu unterlaufen. So wird an verschiedenen Orten in einer Reihe von Landwirtschaftsbetrieben der Streik unkoordiniert abgebrochen. Der „Verband des Niedersächsischen Landvolks“ läßt 200 000 Flugblätter verbreiten, in denen zur sofortigen Wiederaufnahme der Erntearbeiten aufgerufen wird. Die Gewerkschaftsführung und ihr Apparat setzen dem sowie anderen gezielt verbreiteten Falschmeldungen in der regionalen Presse kaum etwas entgegen.

Neben der Polizei geht auch die *Klassenjustiz* mit voller Härte gegen die streikenden Landarbeiterinnen und Arbeiter vor. So verurteilt am 9. August das Schöffengericht in Schöppenstedt (Niedersachsen) in einem Schnellverfahren zwei streikende Landarbeiter wegen „Landfriedensbruch in Tateinheit mit einfacher und schwerer Körperverletzung sowie Nötigung“ zu sieben bzw. sechs Monaten Gefängnis, weil sie Streikbrecher am Streikbruch gehindert hätten. Im Urteilsspruch der Klassenjustiz heißt es:

„Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die beiden Angeklagten gemeinsam mit 30 anderen streikenden Landarbeitern mehrere Arbeitnehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs in Helmstedt mit ei-

nem Gummischlauch an der Fortführung der Arbeit gehindert haben.“⁴³

Einige leere Versprechungen des Bauernverbandes, man sei verhandlungsbereit, veranlassen die Bezirksleitung der GGLF, den Streik ohne jedes Ergebnis am 14. August abzubrechen. Die Drohungen der Gewerkschaftsleitung, daß der Streik nur „unterbrochen“ sei, um die Verhandlungen „nicht unter Druck zu führen“ und „um die seit Beginn der Woche herrschende günstige Witterung für die Einbringung des Brotgetreides zu nutzen“,⁴⁴ sind nur Bemäntelungen für die Kapitulation. Ebenso absurd sind die weinerlichen Appelle der Führung der GGLF, daß sie „ein entschiedenes Eingreifen der Bundesregierung für unvermeidbar“⁴⁵ halte, damit endlich die Versprechungen der Adenauer-Regierung durchgesetzt würden.

Damit kann der Bauernverband in die Offensive gehen. Er läßt alle weiteren Verhandlungen scheitern. Es wird lediglich eine Ernteprämie für die Monate August und September gewährt, eine Lohnerhöhung bleibt aus. Die alten Tarifverträge mit ihren Hungerlöhnen werden wieder in Kraft gesetzt.

So endet der Streik in einer schweren Niederlage.

In einer geradezu grotesken Erklärung kommentiert die Bezirksleitung bzw. der Hauptvorstand der GGLF den Ausgang der Tarifbewegung:

„Wenn er (der Streik) nicht sofort nach Bekanntwerden des Nichtzustandekommens neuer Verhandlungen wieder aufgenommen wurde, dann bestehen dafür Gründe! Es ist untunlich, sie hier im einzelnen aufzuführen.“⁴⁶

Lehren und Schlußfolgerungen

Den Leserinnen und Lesern ist bekannt, daß die kapitalistische Gesellschaft in Klassen zerfällt, insbesondere in die Klasse des Proleta-

⁴³ Zur Darstellung der Begründung des Gerichtsurteils siehe Kraushaar, Wolfgang, „Die Protestchronik, Bd. 1, 1949–1952“, Hamburg 1996, S. 470.

⁴⁴ So heißt es wörtlich im Gewerkschaftsorgan „Der Säemann“, Nr. 13 und 14, 1951, zitiert nach: Kalbitz, Rainer, „Die Arbeitskämpfe in der BRD – Aussperung und Streik 1948–1968“, Bochum 1972, S. 140.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 141.

⁴⁶ „Der Säemann“, Nr. 14, 1951, zitiert nach: ebenda, S. 141.

riats und die Klasse der Bourgeoisie, und daß die dazwischenstehenden Mittelschichten ihrerseits nicht als einheitliches Ganzes aufgefaßt werden können, sondern noch einmal klassenmäßig differenziert werden müssen. Zu wenige Überlegungen gibt es aber zumeist über die Bedeutung der Tatsache, daß das Proletariat auf dem Land durch das Landproletariat vertreten ist.⁴⁷ Der Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter in Hessen und Niedersachsen 1951 lehrt, daß es sehr wichtig ist, sich mit der Lage der Landarbeiterinnen und der Landarbeiter auseinanderzusetzen und sich deren Rolle im Gesamtrahmen des Kampfes des Proletariats für die sozialistische Revolution klarzumachen.

Die Bedeutung des Landproletariats wird häufig unterschätzt. Zwar hat es andere Lebensbedingungen, andere Produktionsbedingungen als das Proletariat, ist aber dennoch ein Teil der Arbeiterklasse. Es besitzt keine Produktionsmittel, wird ausgebeutet und unterdrückt und ist auf dem Land mit Abstand die revolutionärste Kraft. Das Landproletariat ist sozusagen der erste Hebel des städtischen Industrieproletariats, die Verbindung mit den Werktägigen auf dem Land herzustellen und zu festigen, es zu ermuntern und zu unterstützen, gemeinsam mit dem städtischen Proletariat wirklich die Führung zukünftiger Klassenkämpfe auf dem Land in die Hand zu nehmen.

Am Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter wird deutlich, daß für deren Kampf **besondere Probleme** bestehen, die sich in erster Linie aus deren Zersplitterung im Arbeitsprozeß ergeben. Dabei bestehen auch besondere Probleme der Tagelöhner und der Saisonarbeit, die gerade in der Landwirtschaft und gerade auch heute sehr verbreitet ist. Trotz seiner Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse als Ganzes ist das Landproletariat konkret auch noch mit vielerlei Fäden an die andere werktätige bäuerliche Bevölkerung gebunden. Diese Bindungen sind keinesfalls nur negativ. Die Verbindungen mit den Kleinbauern und Mittelbauern bieten eine Fülle von Möglichkeiten, warum gerade das Landproletariat zur Führung der Kleinbauern und zur Neutralisierung der Mittelbauern auf dem Land befähigt ist. Diese Verbundenheit birgt aber auch die große Gefahr in sich, daß durch

⁴⁷ Vgl. dazu ausführlich „Gegen die Strömung“, Nr. 61, „Die aktuelle Bedeutung der Leitsätze des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Agrarfrage“, Januar 1993.

die Verbindung zu den Kleinbauern und den mittleren Bauern, die ihrerseits wiederum Bindungen zu den Großbauern haben, die gefährliche „Wir-Bauern-müssen-zusammenhalten“-Mentalität geschaffen und erhalten wird.

Das bedeutet, daß größte Anstrengungen erforderlich sind, um *eine feste und selbständige Organisierung des Landproletariats* zu schaffen. Dabei muß angemerkt werden, daß, weit mehr noch als 1951, heute riesige landwirtschaftliche Produktionsbetriebe existieren, in denen die Arbeiterinnen und Arbeiter mit modernsten Produktionsmitteln arbeiten, daß heute in der Landwirtschaft industrielle Methoden der Produktion in weit größerem Umfang eingeführt sind, so daß die Bedingungen des Landproletariats sich in dieser Hinsicht mehr und mehr den Bedingungen des Industrieproletariats annähern und größere und bessere objektive Möglichkeiten existieren, auf dem Land feste kommunistische Stützpunkte unter den Landarbeiterinnen und Landarbeitern zu schaffen.⁴⁸

Heute beuten die agrarischen Kapitalisten in großem Umfang *völlig rechtlose Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern* aus, vor allem als Saisonarbeitskräfte und Tagelöhner. Deren Unterstützung erfordert vor allem auch den Kampf gegen die Sondergesetze gegen Werktätige ohne deutschen Paß und gegen den deutschen Chauvinismus, besonders auch gegen die antipolnische Hetze.

Der Streik 1951 zeigt, daß es eine wichtige Aufgabe der Arbeiterinnen und Arbeiter der industriellen Großbetriebe ist, ihre Klassen-schwestern und Klassenbrüder auf dem Land im Kampf zu unterstützen. Großteils allein gelassen, befanden sich diese damals in einer weit unterlegenen Situation gegenüber den gut organisierten und mit überlegenen Mitteln operierenden Kapitalisten, die auch die Polizei und Klassenjustiz in ihrem Rücken hatten. Es entspricht der Funktion der DGB-Führung und ihres Apparats, daß sie 1951 praktisch nichts zur Unterstützung der streikenden Landarbeiterinnen und Arbeiter unternommen haben.

⁴⁸ Wir haben noch keine Unterlagen darüber, wie die KPD in den Streik 1951 eingegriffen hat.

Dagegen gehört es zu den Aufgaben wahrhaft kommunistischer Parteien,

„... daß sie den Streikkämpfen auf dem flachen Lande ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, daß sie die Massenstreiks der landwirtschaftlichen Proletarier und Halbproletarier nachdrücklich unterstützen und allseitig fördern.“

(Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“, 1920, Werke Band 31, S. 151)

Der Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 verdeutlicht schließlich auch sehr klar, warum die nötige Unterstützung von Kämpfen der Masse der Kleinbauern und Mittelbauern nur bedingt und differenziert erfolgen kann.

1951 kam die von der Adenauer-Regierung bewilligte Anhebung der Erzeugerpreise zwar in erster Linie den Großbauern und Großgrundbesitzern zugute, nutzte aber auch der Masse der kleinen und mittleren Landwirte. Diese waren großteils auch im Bauernbund organisiert, der unter Führung der Großbauern und der Großgrundbesitzer stand und aggressiv gegen den Lohnstreik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter vorging. Lenin hat auf das damit verbundene Problem hingewiesen:

„Unter dem Kapitalismus wird der kleine Landwirt – ob er will oder nicht, ob er es merkt oder nicht – zum Warenproduzenten ... Als Klasse können die kleinen Landwirte nicht umhin, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte anzustreben, und das ist gleichbedeutend damit, daß sie sich mit den Großgrundbesitzern in die Grundrente teilen und sich mit ihnen gegen die übrige Gesellschaft solidarisieren.“

(Lenin, „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft“, 1915, Werke Band 22, S. 93)

Daraus folgt nicht, daß der siegreiche Kampf für die Gewinnung der Massen der kleinen Bauern als Verbündete des Proletariats unmöglich ist. Denn diese sind, wie Lenin festgestellt hat, **nicht nur** Warenproduzenten, sondern auch Werktätige, die keine fremde Arbeitskraft anwenden und ausbeuten. Die Kommunistische Partei darf aber nur solche Bewegungen von Bauern unterstützen, welche direkt oder indirekt die Befreiungsbewegung des Proletariats fördern. Daher ist es ihre Aufgabe, nicht nur zu analysieren, welche Schichten der Bauernschaft eine solche Bewegung tragen und wer an der Spitze steht, sondern auch die erhobenen Forderungen daraufhin zu prüfen,

ob und inwieweit diese nicht etwa in eine konservativ-reaktionäre Richtung gehen, ob und inwiefern sie unterstützt werden können.

Der Kampf für das vorrangige Ziel des klassenmäßigen Zusammenschlusses des städtischen Proletariats mit dem Landproletariat und auf dieser Grundlage dann auch mit den anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land ist daher auch eine wichtige Gewähr, um nicht in eine Politik der Klassenversöhnung zu verfallen.

Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Wie die Gewerkschaftsführung offen den Massenkampf von Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern verrät

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben vielfach eine Reihe von Rechten durchgesetzt. Diese Rechte waren häufig auch in Betriebsvereinbarungen festgeschrieben, teilweise sogar in den Verfassungen einzelner Länder (z. B. in Hessen) gesetzlich fixiert. Die Betriebsräte verhielten sich in den Arbeitskämpfen und bei politischen Auseinandersetzungen (wie z. B. gegen die Remilitarisierung) oft nicht im Sinne des kapitalistischen „Betriebsfriedens“, sondern nützten ihre Position durchaus für die Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen. Dem sollte nun ein Ende gemacht werden. Mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 holten die Sachwalter des Monopolkapitals zum folgenschweren reaktionären Schlag aus. Die bürgerlichen Politiker ließen keinen Zweifel über die Bedeutung, die sie der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) beimaßen: Die Betriebsräte sollten praktisch zu einem staatstragenden Ordnungsinstrument zur Wahrung des kapitalistischen „Betriebsfriedens“ gemacht werden.

Genau das machte der Gesetzentwurf:

- Die Betriebsräte sollen nicht die Interessen ihrer Belegschaften wahrnehmen, sondern „*vertrauensvoll*“ mit den *Kapitalisten* „*zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammenarbeiten*“ (§ 2 in der geltenden Fassung von 1972).
- Dem Betriebsrat ist jede Unterstützung von Arbeitskämpfen untersagt. Er muß alles unterlassen, was geeignet ist, „*die Arbeit und den Frieden des Betriebes zu gefährden*“. Er darf sich im Betrieb nicht politisch betätigen (§ 74 in der geltenden Fassung von 1972).
- Von den Entscheidungen über die „*wirtschaftlichen Entscheidungen*“, d. h. also von den wirklich existentiellen Fragen, sind die

Arbeiterinnen und Arbeiter ausgeschlossen (§§ 81–113), wobei die „Mitbestimmung“ sowieso nur eine Kettung der ausgebeuteten Werktäglichen an die Bourgeoisie darstellt.

Die Auftraggeber des Gesetzentwurfes, die Kapitalisten, lobten den Gesetzentwurf in den höchsten Tönen. So hieß es in einem Leitartikel des „Arbeitgeber“ vom 15. 7. 1952:

„Entscheidend für die Beurteilung dieses Gesetzes durch die Arbeitgeber ist die Tatsache, daß in ihm die Grundelemente der unternehmerischen Wirtschaft erhalten geblieben sind: Die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers über die wirtschaftliche Führung seines Betriebes und die Freiheit unternehmerischer Initiative ... Niemand wird es der Unternehmerschaft verdenken können: Sie erblickt darin einen wirklich entscheidenden Erfolg.“⁴⁹

Dagegen rief die Veröffentlichung des Entwurfs den Protest von Millionen westdeutscher Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hervor. In der zweiten Maihälfte 1952 protestierten ungefähr **2,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige** in allen Teilen Westdeutschlands mit Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Höhepunkt der Kämpfe ist der zweitägige politische Streik der Drucker: Am 28. und 29. Mai erscheinen in ganz Westdeutschland – sowie auch in Westberlin – keine Zeitungen.

Protestaktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz

Es ist unmöglich, alle Aktionen hier aufzuführen. Um dennoch einen Eindruck von der Breite der Widerstandsbewegung zu geben, sollen aber wenigstens einige der zahlenmäßig größeren Protestaktionen angeführt werden.⁵⁰ Hervorzuheben ist, daß bei vielen Aktivitäten zugleich Lösungen gegen die Remilitarisierung mitgeführt wurden.

⁴⁹ Zitiert nach: „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Deppe, Frank / Fülberth, Georg / Harrer, Jürgen (Hrsg.), Köln 1977, S. 341.

⁵⁰ Sofern nicht anders angegeben, stammen alle Angaben dieser Auflistung aus der „Protestchronik 1949 bis 1952“, Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Hamburg 1996, S. 608–628.

15. Mai. In **Frankfurt** kommen mehr als 800 Betriebsräte der IG Metall zusammen, um über Kampfmaßnahmen zu beraten.

15. Mai. In **Düsseldorf** legen 45 000 Werktätige für vier Stunden ihre Arbeit nieder. Am Nachmittag versammeln sich insgesamt 60 000 Menschen auf dem Burgplatz zu einer Protestkundgebung. In dieser Zeit ruht der Straßenbahnverkehr. Einzelne Redner fordern, daß der DGB erforderlichenfalls einen Generalstreik ausrufen solle.

15. Mai. In **Köln** legen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte ihre Arbeit nieder. Die Belegschaften der Großbetriebe und der Verkehrsunternehmen gehen zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben zu einer von den Gewerkschaften organisierten Kundgebung. Daran nehmen 50 000 Menschen teil.

15. Mai. In Betrieben des **Braunschweiger** Raums legen rund 40 000 Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Arbeit nieder. In langen Demonstrationszügen ziehen sie zum Burgplatz.

16. Mai. In **Hamburg** findet mit 150 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die bislang größte Demonstration gegen das Betriebsverfassungsgesetz und den Generalvertrag statt. Sternförmig ziehen mehrere Demonstrationszüge zum Carl-Legien-Platz vor das Gewerkschaftshaus. Um 14 Uhr haben fast alle Betriebe ihre Arbeit eingestellt, und ab 15 Uhr stehen die öffentlichen Verkehrsmittel in der gesamten Stadt still.

16. Mai. In **Mannheim** kommen 60 000 Arbeiterinnen und Arbeiter zur DGB-Kundgebung gegen das Betriebsverfassungsgesetz zusammen.

20. Mai. Die Stadt **Frankfurt** erlebt ihre bisher größte Demonstration. Nachdem Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte bereits vormittags in einen mehrstündigen Warnstreik getreten sind, formiert sich trotz eines großen Polizeiaufgebots ein Protestmarsch von 100 000 Menschen. Einzelne Blöcke kommen aus den umliegenden Städten Hanau, Höchst, Gießen, Offenbach und Wetzlar. Auf der Schlußkundgebung auf dem Börneplatz rufen die Redner zum Widerstand gegen das Betriebsverfassungsgesetz und den militärischen Generalvertrag auf.

20. Mai. In **Bielefeld** stehen alle Betriebe still. 55 000 protestieren am Nachmittag auf dem Schillerplatz gegen die Politik der Bundesregierung.

21. Mai. Während 20 000 Werksangehörige durch die **Kasseler** Innenstadt ziehen, um gegen die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes zu protestieren, wird der Straßenbahnverkehr für zwei Stunden lahmgelegt.

21. Mai. In **Lübeck**, wo alle Betriebe stillstehen, ziehen 20 000 Werksangehörige zur Kundgebung gegen das Betriebsverfassungsgesetz und den Generalvertrag auf den Marktplatz.

21. Mai. In **Ludwigshafen** versammeln sich 40 000 zu einer Protestkundgebung.

23. Mai. Obwohl der Vertreter des Unternehmensverbandes alle Betriebsleitungen in **Aachen** angewiesen hat, Streikenden die Entlassung anzudrohen, legen Tausende ihre Arbeit nieder. Zur Kundgebung gegen den Generalvertrag und das Betriebsverfassungsgesetz versammeln sich mehr als 30 000.

23. Mai. Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrieren am Abend in **Amberg**, **Bayreuth**, **Erlangen**, **Hof**, **Ingolstadt**, **Landshut**, **Neuötting**, **Regensburg** und **Weiden** gegen das Betriebsverfassungsgesetz und den Generalvertrag.

24. Mai. Auf einer Großkundgebung in **Dortmund** protestieren 80 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte aus ganz Nordrhein-Westfalen gegen den Generalvertrag und das Betriebsverfassungsgesetz. Als Hauptredner hetzt der nordrhein-westfälische DGB-Landesbezirksleiter gegen die KPD.

24. Mai. In **Wuppertal-Barmen** und **Wuppertal-Elberfeld** ziehen ganze Belegschaften, insgesamt 20 000, in langen Marschkolonnen zu den Kundgebungsplätzen.

24. Mai. Bei einer DGB-Kundgebung in **Buer** (Ruhrgebiet), zu der 6 000 Arbeiterinnen und Arbeiter zusammengekommen sind, versucht die Polizei vergeblich Transparente zu beschlagnahmen. Auf ihnen sind Parolen zu lesen wie „Nieder mit dem Generalvertrag – her mit dem Friedensvertrag!“.

24. Mai. Während sich Bundeskanzler Adenauer in der Bundeshauptstadt mit den Außenministern der Westmächte trifft, legt ein gegen das Betriebsverfassungsgesetz gerichteter Streik der öffentlichen Verkehrsbetriebe in **Bonn** den gesamten Omnibus- und Straßenbahnverkehr lahm.

26. Mai. Auf dem Königsplatz in **München** demonstrieren mehr als 120 000 Menschen auf der größten Kundgebung in München seit Kriegsende gegen das Betriebsverfassungsgesetz. In den meisten Betrieben der bayerischen Landeshauptstadt ist um 15 Uhr die Arbeit eingestellt worden. In Sternfahrten sind Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern mit rund 100 Bussen aus der weiteren Umgebung nach München gekommen.

26. Mai. Auf dem Hauptmarkt in **Nürnberg** versammeln sich 80 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte. Die Personalleitungen verschiedener Betriebe, wie z. B. die der Grundig-Werke, haben ihre Arbeite-

rinnen und Arbeiter durch Aushänge, in denen die vorzeitige Beendigung der Arbeit als Vertragsbruch bezeichnet wurde, massiv einzuschüchtern versucht. Im Anschluß an die Kundgebung geht die Polizei mehrere Male mit Wasserwerfern gegen einzelne Gruppen von Protestierenden vor.

26. Mai. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der großen Industriebetriebe **Mannheims**, insgesamt 55 000, legen ihre Arbeit nieder und gehen geschlossen zur Kundgebung gegen das Betriebsverfassungsgesetz und den Generalvertrag auf den Marktplatz. Da auch die städtischen Verkehrsbetriebe für die Dauer der Veranstaltung ihre Arbeit eingestellt haben, kommt der Verkehr weitgehend zum Erliegen.

26. Mai. An einer Kundgebung der KPD in **Gelsenkirchen** nehmen 40 000 Arbeiterinnen und Arbeiter teil. Anstelle des Generalvertrages wird der möglichst rasche Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Vorschlags für einen Friedensvertrag von seiten der damals noch sozialistischen Sowjetunion vom 10. März gefordert.

26. Mai. In **Heilbronn** streiken über 10 000 Arbeiterinnen und Arbeiter und formieren sich zu einem breiten Demonstrationszug gegen den Generalvertrag und das Betriebsverfassungsgesetz.

26. Mai. Die 11 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Continental-Gummiwerke in **Hannover** treten in einen einstündigen Warnstreik.

27. Mai. In **Hagen** versammeln sich 15 000 Demonstrantinnen und Demonstranten zu einer Kundgebung und erklären sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung zur Fortsetzung der Kampfmaßnahmen bereit.

27.-29. Mai. Zweitägiger politischer Streik der Drucker gegen das Betriebsverfassungsgesetz in **ganz Westdeutschland**.

29. Mai. Auf Kundgebungen protestieren in **Essen** 30 000, in **Duisburg** 45 000, in **Kleve-Geldern** 8 000, in **Hagen** und in **Lünen** jeweils 20 000, in **Hamborn** 12 000, in **Moers** 4 000, in **Mönchengladbach** 9 000, in **Opladen** 25 000 und in **Leverkusen** 15 000.

30. Mai. In **Minden** protestieren über 30 000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das Betriebsverfassungsgesetz und den Generalvertrag.

30. Mai. In mehreren **Kölner** Großbetrieben protestieren über 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Belegschaften der Klöckner-Humboldt-Werke in Köln-Deutz und in Köln-Kalk, der Auermühle, der Ellmühle sowie der Metallwarenfabrik BAMAG legen mit einem einstündigen Streik die Produktion lahm.

Ende Mai. In **Kiel** kommen vor dem Rathaus 35 000 Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen.

Ende Mai. In *Wilhemshaven*, wo ein Unternehmer 71 Metallarbeiter wegen ihrer Teilnahme an einer Gewerkschaftskundgebung fristlos entlassen hat, demonstrieren 12 000 Werktätige.

6. Juni. Mehr als 50 000 Arbeiterinnen und Arbeiter versammeln sich in *Ludwigshafen* zu einer Protestkundgebung. Ab 15 Uhr ruht nicht nur die Arbeit in den Betrieben der Stadt, sondern auch der öffentliche Nahverkehr.

Der offene Verrat der DGB-Führung und seine Ursachen

Die meisten Kundgebungen und Demonstrationen standen unter Führung des DGB. Der DGB-Bundesvorstand hatte in seinen Aufrufen ein ums andere mal verkündet: „Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!“. Doch noch *vor* der Verabschiedung des Gesetzes, ja noch vor dem ersten „Spitzengespräch mit dem Bundeskanzler“ am 13. Juni 1952, *stellte der DGB offiziell alle Kampfmaßnahmen ein!*

Am 13. 6. 1952 trafen in Bonn Bundeskanzler Adenauer und Regierungsvertreter mit dem DGB-Vorsitzenden Christian Fette und anderen DGB-Vertretern zusammen. Dabei wurde vereinbart, die seit knapp einem Monat laufenden Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften gegen den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz *mit sofortiger Wirkung einzustellen*.

Die Schandvereinbarung der DGB-Führung mit der Adenauer-Regierung löste unter den Arbeiterinnen und Arbeitern zwar zum Teil heftige Empörung aus. Doch der Widerstand brach damit auch nahezu völlig ab. Der Bundestag nahm am 19. Juli 1952 mehrheitlich das Betriebsverfassungsgesetz an.

Mit dieser von der DGB-Führung herbeigeführten Niederlage sind auf Jahrzehnte die Weichen für die rechtliche Knebelung und Unterdrückung jeglicher fortschrittlichen Vertretung von Arbeiterinteressen in den Betrieben gestellt worden. Gleichzeitig wurden dadurch nicht wenige Arbeiterinnen und Arbeiter demoralisiert und zogen sich verbittert von ihrem gewerkschaftlichen Engagement zurück.

Die zahllosen DGB-Kundgebungen und kurzen „Demonstrationsstreiks“ gegen das Betriebsverfassungsgesetz, an denen sich Hunderttausende, ja Millionen beteiligten, hatten aus der Sicht der DGB-Führung nur die Funktion, „Druck abzulassen“. Diese zumeist nur

sehr kurzen Aktionen taten den Kapitalisten und ihrem Staat nicht wirklich weh, sie reichten bei weitem nicht zur Verhinderung des Gesetzes aus. Um wirklich Druck gegen das Kapital und dessen Staat zu machen, wären wuchtige und konsequent geführte Massenstreiks sowie Betriebsbesetzungen in Verbindung mit echten Kampfdemonstrationen nötig gewesen. Breite Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter wären dazu durchaus bereit gewesen. Auf den Kundgebungen und Demonstrationen gab es immer wieder auch den Ruf nach dem Generalstreik.

Die Ursache des offenen Verrats der DGB-Führung an dem überaus wichtigen Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz liegt im reaktionären Charakter der DGB-Führung und ihres Apparates als kapitaltreuer „Ordnungsfaktor“: Dem entspricht, daß der damalige Gewerkschaftsvorsitzende Freitag bereits am 17. April 1951 auf einer Vorstandssitzung der IG Metall erklärt hat:

„Wir haben als Gewerkschaften (damit meinte er selbstverständlich die Gewerkschaftsführer. A. d. Red.) Adenauer versprochen, den Betriebsfrieden zu garantieren.“⁵¹

Im Grunde haben die DGB-Führer und ihr arbeiteraristokratischer Anhang die gleiche Angst vor der Revolution wie ihre Auftraggeber, die imperialistische Bourgeoisie.⁵² Mit reaktionärem Ingrimm bekämpfen sie vor allem alles, was sich gegen die „heilige Kuh“, den Kapitalismus und (von links) gegen den bürgerlichen Parlamentarismus richtet. Nach der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes durch den Bundestag gab der damalige IG Metall-Vorsitzende

⁵¹ Zitiert nach: Paul, Hugo, „Mobilisiert die Arbeiterschaft gegen die Durchführung des Betriebsverfassungsgesetzes“, in: „Wissen und Tat“, 1/53, S. 35.

⁵² Die großbürgerliche westdeutsche Wirtschafts- und Finanzzeitung „Der Volkswirt“ brachte zwei Jahre später die Angst vor politischen Massenstreiks deutlich zum Ausdruck: Alle, die für die rechtmäßige Anerkennung solcher Streikkämpfe eintreten, „möchten wohl mit dem politischen Streik eine Form der **permanenten sozialen Revolution mit vorher feststehendem Ergebnis** in unsere Wirklichkeit einbauen.“ („Der Volkswirt“, Nr. 9, 27. 2. 1954, S. 6) Ein zielstrebiger, entschlossener revolutionärer Kampf für die Revolution mit einem „vorher feststehenden Ergebnis“, das ist es, was die Ausbeuter am meisten fürchten und als Gefahr hinter allen fortschrittlichen Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter schon im Keim wittern!

auf dem zweiten Verbandstag der IG Metall im September 1952 die Erklärung ab:

„Wir haben die Haltung eingenommen, alle zusammen, wie sie nur eingenommen werden konnte: Das Parlament hat gesprochen, und der Entscheidung des Parlaments müssen wir uns beugen.“⁵³

Auf diese Weise zeigten sich in der großen politischen Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 sehr deutlich Merkmale der reaktionären Rolle der Arbeiteraristokratie und der aus ihr hervorgehenden Arbeiterbürokratie, insbesondere der Führung des DGB und des DGB-Apparats überhaupt.

Damals, im Jahr 1952, hatte der westdeutsche Imperialismus zwar noch keine so große ökonomische Macht wie er sie dann vor allem ab Ende der fünfziger Jahre zunehmend erreichte. Aber bereits 1952 war die deutsche Bourgeoisie, die einen imperialistischen Charakter hat, stark auf Expansionskurs. Dabei spielten die „Geschäfte“ im Zusammenhang mit dem Koreakrieg eine nicht unerhebliche Rolle.

Gegen die Unterschätzung der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie zum damaligen Zeitpunkt, als der deutsche Imperialismus gegenüber dem US-Imperialismus doch noch eine untergeordnete Rolle spielte, müssen außerdem vor allem zwei Gesichtspunkte angeführt werden:

- Erstens hat die Arbeiteraristokratie und -bürokratie in Deutschland seit Jahrzehnten *eine breite und tiefe materielle und auch personelle Basis*. Ein „erfahrener“ Kern von arbeiterbürokratischen Führern wie Tarnow hat sich von der Weimarer Republik über den Nazifaschismus erhalten und eine wichtige Rolle beim Aufbau des DGB als staatstreue Gewerkschaft gespielt.
- Zweitens war die „Perspektive“ der Arbeiteraristokratie, die Festigkeit ihrer Position, eben wesentlich mit der Perspektive des *Wiederaufstiegs* des deutschen Imperialismus verbunden. Gerade diese „Aussicht“ auf einträgliche Posten und Pöstchen darf als Triebkraft von politischen Karrieristen nicht unterschätzt werden.

⁵³ Protokoll des 2. Verbandstages der IG-Metall vom September 1952, S. 169, zitiert nach: „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen“, J. Reents Verlag (Hrsg.), Hamburg 1978, S. 25.

Schlußfolgerungen zur Frage der Betriebsräte

Das Betriebsverfassungsgesetz konnte nicht verhindert werden. Welche Konsequenzen ergaben sich aus dieser neuen Situation für den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter? Diese Frage wurde damals auch in der KPD diskutiert. In einem Artikel des theoretischen Organs der KPD „Wissen und Tat“ wird dazu Stellung genommen. Völlig richtig wird dort festgestellt, daß die Herrschenden mit dem Betriebsverfassungsgesetz die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre durch Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern für die Durchführung der Rüstungswirtschaft, der gesteigerten Ausbeutung und weiteren Ausplünderung der Arbeiterschaft mitverantwortlich machen wollen. Konkret werden daraus die Schlußfolgerungen gezogen:

- Keine Teilnahme an den „Wirtschaftsausschüssen“.⁵⁴
- Keine Teilnahme an den Aufsichtsräten.

Blieb die Frage der **Betriebsräte**, in der es – wie es heißt – „einige Unklarheiten“ gab. Die Position der KPD dazu war:

„Die Betriebsräte sind jedoch eindeutige Kampforgane der Belegschaften, die die Aufgabe haben, die Interessen der Belegschaften wahrzunehmen und zu diesem Zweck von der Arbeiterschaft geschaffen worden.“⁵⁵

⁵⁴ Hierzu wird die Parallele gezogen zu den Kriegsindustriekomitees des Zarismus während des Ersten Weltkriegs, welche von den Bolschewiki erfolgreich boykottiert wurden. Nachdem eine längere Passage aus der „Geschichte der KPdSU(B)-Kurzer Lehrgang“ dazu zitiert wird (vgl. „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, S. 214/215), heißt es:

„Die Stellung der Bolschewiki zu den Kriegsindustriekomitees ist vorbildlich auch für unsere Haltung gegenüber den Wirtschaftsausschüssen.“

(Paul, Hugo, „Mobilisiert die Arbeiterschaft gegen die Durchführung des Betriebsverfassungsgesetzes“, in: „Wissen und Tat“, 1/53, S. 31)

⁵⁵ Es ist eine Halbwahrheit, daß die Betriebsräte von den Arbeiterinnen und Arbeitern geschaffen worden seien. Tatsächlich wurden in Deutschland seit 1848 „Fabrikausschüsse“ und „Arbeiterausschüsse“ verschiedener Form gerade auch von oben geschaffen, um der wachsenden Arbeiterbewegung von unten entgegenzuwirken. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 hat auch schon verschiedene Vorläufer bis hin zum „Vertrauensrat“ der Nazifaschisten. Die Aussage ist

Es ist daher die Pflicht der Kommunisten, sich auf dem Boden der Aktionseinheit nicht nur für die Wahl entschlossener Betriebsräte einzusetzen, sondern sie müssen mit den Gesamtbelegschaften für die Verteidigung und Erweiterung der Rechte der Betriebsräte eintreten. Indem die Belegschaften sich entschlossene, mit den Arbeitern und ihren Interessen eng verbundene Kolleginnen und Kollegen in die Betriebsräte auf der Grundlage eines betrieblichen Kampfprogramms wählen, schaffen sie zugleich die Voraussetzung dafür, daß keine Arbeitsgemeinschaftspolitik praktiziert wird.“

(Paul, Hugo, „Mobilisiert die Arbeiterschaft gegen die Durchführung des Betriebsverfassungsgesetzes“, in: „Wissen und Tat“, 1/53, S. 38)

Dies wurde noch vor den ersten Betriebsratswahlen nach Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes geschrieben. Deshalb lagen natürlich noch keine Erfahrungen der Betriebsratsarbeit in der neuen Situation vor.

Der Artikel übergeht hier jedoch das Problem, daß die Betriebsräte gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz eben *keine* „eindeutigen Kampforgane der Belegschaften“ sind. Durch das Betriebsverfassungsgesetz sind sie vielmehr zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten verpflichtet. Dadurch sind ihnen praktisch alle legalen Möglichkeiten abgeschnitten, ernsthaft die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertreten.⁵⁶ Es bleiben nur verschiede-

Fortsetzung der Fußnote

insofern richtig, als die Arbeiterinnen und Arbeiter 1945 häufig, oftmals spontan bzw. unter dem Einfluß der KPD sowie auch – mit den entsprechenden üblen Absichten – der SPD Betriebsräte gebildet haben.

⁵⁶ Durch das Abschneiden der Betriebsräte von jeglicher gewerkschaftlichen Tätigkeit verloren die Gewerkschaften ihren Stützpunkt in den Betrieben, ihr Zutritt zu den Betrieben ist nicht mehr gewährleistet.

Die DGB-Führung löste das Problem ihrer Einflußnahme im Betrieb auf ihre Weise. Sie startete 1956 die „Aktion Vertrauensleute“ zur Reorganisation der weitgehend am Boden liegenden gewerkschaftlichen Betriebsorganisation. Allein von 1952 bis 1954 waren z. B. aus der IG-Metall 113 000 Mitglieder ausgetreten, die Mitgliederzahlen waren absolut rückläufig. Die IG-Metall brauchte „Vertrauensleute“, um Vertrauen zurückzugewinnen. Andererseits wollten die IG-Metall-Führer nicht so weit gehen, den ehrenamtlichen Funktionären satzungsmäßige Entscheidungsrechte zu garantieren. Also wurden die Vertrauensleute von Anfang an „außen vor“ gehalten. Ihre Arbeit wurde nach den sogenannten „Richtlinien“ des IG-Metall-Vorstands völlig reglementiert. In der IG-Metall-

ne zweitrangige Fragen, in denen die Betriebsräte sich legal für die Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzen können.

Damit ist nicht gesagt, daß zur Funktion der Betriebsräte die gleiche Haltung eingenommen werden soll wie zu den Aufsichtsräten und Wirtschaftsausschüssen. Der von der KPD geforderte Kampf um die Wahl möglichst fortschrittlicher, klassenbewußter Betriebsräte ist eine wichtige Frage der Tagespolitik, der kommunistischen Einflußnahme im täglichen „Kleinkrieg“ im Betrieb. Der entscheidende Punkt ist, daß von vornherein bewußt sein muß, daß sich fortschrittliche und kommunistische Betriebsräte mit dieser Funktion „im Feindesland“ befinden, insofern die Aufgaben der Betriebsräte im Betriebsverfassungsgesetz eindeutig klassenversöhnlerisch festgeschrieben sind, jedes Eintreten für die Kolleginnen und Kollegen bei Streiks usw. „verboten“ ist.

Die kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen sich in die Betriebsratswahlen einschalten und auch in dieser oder jener Form bei Betriebsratswahlen kandidieren. Dieser Kampf muß geschickt und prinzipienfest, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität und Illusionen geführt werden. Von vornherein muß klar dabei sein, daß der Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes zerbrochen und durchbrochen werden muß, um die kurzfristigen und langfristigen Interessen der Arbeiterklasse voranzubringen.

Fortsetzung der Fußnote

Satzung werden die Vertrauensleute (die heute immerhin auf eine Zahl von weit über 100 000 angewachsen sind!) nur als *Objekte* der Ortsverwaltungen erwähnt. Dort heißt es unter „Aufgaben der Ortsverwaltung“: ... b) Bildung von Vertrauenskörpern in den Betrieben nach den Richtlinien des Vorstandes... d)... Schulung und Beratung von Vertrauensleuten...“ (IG-Metall-Satzung, S. 28, zitiert nach: „Rotbuch zu den Gewerkschaftsbeschlüssen“, J. Reents Verlag (Hrsg.), Hamburg 1978, S. 26)

Im Klartext: Die einfachen Funktionäre der IG-Metall haben *keine* satzungsgemäß garantierten Rechte und Entscheidungskompetenzen, obwohl sie sogar nach offizieller Lesart „im Betrieb das gewerkschaftliche Fundament (bilden)“. (Ebenda)

Die IG-Metall-Führung hatte somit vorgesorgt für den Fall, daß die Vertrauensleute als Träger gewerkschaftlicher Politik in den Betrieben durchaus größeres Selbstbewußtsein und mehr Eigeninitiative entwickeln könnten als den Gewerkschaftsführern lieb war.

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955

Ein von der KPD geführter Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung!

Im Jahr 1955 nahm die Streikbewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland einen großen Aufschwung. Fast 600 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie auch Angestellte haben sich am Streikkampf beteiligt. Das war die höchste Zahl seit 1945. Die größten Lohnstreiks im Jahr 1955 waren der Streik der über 8 000 Werftarbeiter der Hamburger Howaldt- und der 3 500 Werftarbeiter der Stülcken-Werft sowie der Streik von rund 6 000 Arbeiterinnen und Arbeitern des Henschel-Werkes in Kassel in der zweiten Augusthälfte. Beide Streiks ragen vor allem heraus, weil es sich um Kämpfe ohne und gegen die Gewerkschaftsführung handelt. Bei beiden, insbesondere aber bei Howaldt, spielten Genossinnen und Genossen der KPD eine führende Rolle. Wir greifen hier die Erfahrungen des Streiks auf der verstaatlichten Howaldt-Werft in Hamburg heraus.

Vorgeschichte des Werftarbeiterstreiks

Die Umsätze des Schiffbaus stiegen zwischen 1952 und 1954 um 36,5 Prozent. Das war die weitaus höchste Zunahme aller Zweige der Produktionsmittelindustrien. Die Beschäftigtenzahl ist jedoch im gleichen Zeitraum nur um 14,4 Prozent erhöht worden. Das bedeutet eine enorm gesteigerte Ausbeutung. Demgegenüber steht die Tatsache, daß die Mietpreise sowie die Preise für viele lebensnotwendige Güter erhöht wurden (allein in der ersten Jahreshälfte 1954 um 4,5 Prozent). Die Kapitalisten verschärften die Ausbeutung, indem sie die Akkordzeiten beschnitten, die analytische Arbeitsplatzbewertung und andere kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen einführten.⁵⁷

⁵⁷ Siehe Steidl, Josef, „Die Streiks von Hamburg und Kassel und ihre Lehren“, in: „Wissen und Tat“, 11–12/1955, S. 15.

Die niedrigen Tariflöhne reichten kaum, um das Lebensnotwendigste zu kaufen. Die Folge davon war, daß die Arbeiter auf Abzahlung kaufen mußten und immer sich mehr verschuldeten. Auf der Howaldt-Werft waren nach vorsichtigen Schätzungen zu dieser Zeit 70 Prozent verschuldet. Die Arbeiter suchten den Ausweg aus dieser Situation durch ständige Überstundenschieberei zu erreichen. Aber auch diese brachte ihnen keine Rettung aus ihrer Notlage. Wochenarbeitszeiten bis zu 90 Stunden waren keine Seltenheit. Ein Howaldt-Arbeiter erklärte dazu 1955:

„Bei einer regulären Arbeitszeit verdienen wir nicht soviel, daß wir leben können. Unseren zum Lebensunterhalt notwendigen Verdienst konnten wir nur dadurch halten, daß wir viele Überstunden leisteten.“⁵⁸

Diese Mehrarbeit führte zur physischen Erschöpfung der Arbeiter und zu zusätzlichen Profiten für die Kapitalisten.

Aus dieser Situation heraus forderten die Arbeiter bei Howaldt eine sofortige Teuerungszulage. In mehreren Branchenversammlungen sprachen sich Brenner, Schweißer, Hauer und Nieter für eine Teuerungszulage von 20 Pfennig aus. Mit Unterschriftenlisten, auf der in kurzer Zeit 2 500 Namen standen, wurde der Betriebsrat beauftragt, bis zum Abschluß eines neuen Tarifvertrags bei der Betriebsleitung eine Teuerungszulage durchzusetzen. Am 17. August erschien die KPD-Betriebszeitung *Nietenwarmer* mit der Überschrift „Jetzt Teuerungszulage“. Am 18. August scheiterte die Verhandlung einer Kommission des Betriebsrats mit der Werftleitung. Die Direktion stellte sich auf den Standpunkt, daß sie sich an den laufenden Tarifvertrag halte, daß der Unternehmerverband erst nach Ablauf des Tarifvertrages mit der Gewerkschaft verhandeln würde und damit für die Howaldt-Werke keine Veranlassung bestünde, eine Sonderzahlung vorzunehmen.

In der Nacht vom 21. August auf den 22. August malten KPD-Genossen bzw. -Genossinnen die Parole an die Schiffswände: „Wenn keine Teuerungszulage, dann auch keine Überstunden mehr!“ Am Montag, dem 22. August, verteilte die KPD-Betriebsgruppe die Nr. 31 des „Nietenwarmer“, in dem es heißt:

⁵⁸ Ebenda, S. 26.

„Das wäre ja auch ein Wunder, wenn die gleich zugestimmt hätten. Kein Unternehmer hat jemals freiwillig was rausgerückt. Sie lassen es darauf ankommen und werden sich höhnisch die Hände reiben, wenn wir jetzt kuschen.“⁵⁹

Die Arbeiter hatten nicht gekuscht. Am Morgen stimmten sie in Branchenversammlungen über die Überstunden ab. Das Ergebnis lautete, daß keine einzige Überstunde mehr abgeleistet würde. Das war für die Werftleitung, die ihre gesamte Planung darauf abgestellt hatte, aber noch nicht der schwerste Schlag. Denn ab Mittag begann bereits der Streik.⁶⁰

Streikverlauf

Erster Streiktag, 22. 8.

In der Mittagspause schlägt ein KPD-Genosse vor: „Was haltet ihr davon, wenn wir jetzt mal zur Direktion gehen und denen noch mal sagen, daß wir die 20 Pfennig brauchen?“ Die 100 bis 200 Brenner und Hauer ziehen los. Sofort schließen sich Hunderte Arbeiter anderer Abteilungen an. Die Geschäftsleitung lehnt jede Verhandlung ab und fordert, sofort wieder die Arbeit aufzunehmen. Daraufhin versammeln sich annähernd tausend Arbeiter vor dem sogenannten Uhrturm, der in den nächsten Tagen ständige Streikzentrale wird. Sie beschließen, durch die ganze Werft zu ziehen, um die anderen herauszuholen. „Zwanzig Pfennig oder keinen Handschlag mehr“ die Parole geht durch Mundpropaganda und auch mit selbstgeschriebenen Plakaten durch das Werksgelände. Kurz vor Feierabend steht die gesamte Schicht vor dem Direktionsgebäude. Die versammelten Arbeiterinnen und Arbeiter beschließen, am nächsten Morgen zu Arbeitsbeginn um 7.30 Uhr in Arbeitskleidung vor dem Betriebsratsbüro wieder zusammenzukommen.

⁵⁹ Zitiert nach: „Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955“, Jüres, Erns August / Kuehl, Herbert (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 148.

Soweit nicht anders angegeben, stammen die Informationen zum Streik aus diesem Buch. Der Vorzug dieses Buches ist, daß darin sehr ausführlich kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter zu Wort kommen, die damals gestreikt haben. Allerdings kritisiert das Buch die Politik der KPD von rechts, mit einem antikommunistischen Unterton.

⁶⁰ Dies war der erste Streik bei Howaldt in Hamburg seit 1928.

Zweiter Streiktag, 23. 8.

Die Hamburger „Morgenpost“ hetzt gegen die „offensichtlich von Kommunisten vorgeschobenen Streikenden“, das „Hamburger Abendblatt“ gegen die „kleine Gruppe jugendlicher und kommunistischer Drahtzieher“, welche 95 Prozent der Belegschaft am Arbeiten hindere.

In der Frühe treffen sich Massen der Arbeiter wieder vor dem Uhrturm. Die Betriebsleitung lehnt weiterhin jede Verhandlung ab. Der aktivste Teil der streikenden Arbeiter versammelt sich von nun an in Permanenz vor dem Uhrturm. Ein damals streikender Arbeiter berichtet:

,Die Arbeiter setzten sich jetzt gewissermaßen zu einer Dauerkonferenz zusammen. Manchmal waren nur rund 1000 vor dem Uhrturm, dann, wenn etwas Wichtiges anlag, wurden alle zusammengeholt. Alles, was wir machten, wurde öffentlich unter den Kollegen beraten, und alles wurde abgestimmt.

Da kam z. B. ein Kollege: „Mensch, die Zeitungen schreiben, daß hier nur ein paar hundert streiken. Wir müssen denen draußen klar machen, daß die Werft stillliegt.“ – „Ja, wie?“ – Und dann kamen Vorschläge aus der Masse heraus. Wenn sich einige am Hafenkai hinstellen und den Hafenrundfahrt dampfern und Barkassen zurufen würden, daß wir streiken? Schon setzten sich ein paar hundert in Bewegung und machten das. Die Maler zogen los und malten mit Riesenlettern an den Kai: Hier streiken 8 000.

Dann wollten wir mit den anderen Werften telefonieren. Die Werftleitung hatte aber die Telefone abgestellt. Schon schlug jemand vor, dann doch mit dem Motorrad hinzufahren. So schicken wir Delegationen los.“⁶¹

Hunderte Arbeiter malen Streikplakate und Transparente.⁶² Immer wieder werden „kleine Erfolgsmeldungen“ durchgegeben, so zum Beispiel, daß sich die Nachschicht dem Streik angeschlossen hat, oder welche anderen Betriebe ebenfalls die Zahlung einer Teuerungszulage verlangen usw.

Ein Betriebsrat mit Megaphon versucht mit antikommunistischer Hetze, die Arbeiter vom Streik abzuhalten. Dagegen wird lautstark protestiert.

⁶¹ „Ein Streikteilnehmer-Interview“ in: „Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955“, Jüres, Ernst August / Kuehl, Herbert (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 148.

⁶² Ebenda, S. 159 f.

Ebenso ergeht es dem Sekretär der IG Metall, der die versammelten Arbeiter auffordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Kurz vor der normalen Feierabendzeit wird beschlossen, sich am nächsten Tag wieder vor dem Uhrturm zu versammeln.

Dritter Streiktag, 24. 8.

Am Vorabend haben die Howaldt-Arbeiter auf ihrem Heimweg an den Kiosken die reißerische Überschrift einer Hamburger Mittagszeitung gesehen: „Fünfzig jugendliche Kommunisten terrorisieren Howaldtwerft.“ In der „Bild“ lesen sie, daß sich die IG Metall von ihrem Streik distanziert: „Wilde Teilaktionen können die allgemeine gewerkschaftliche Lohnbewegung nur gefährden.“

Die Arbeiter sind ungeheuer empört über die Pressehetze gegen ihren Streik. Einstimmig beschließen sie den Boykott der „Bild“ und der „Morgenpost“. Deren Umsatz geht tatsächlich tagelang zurück. Dagegen lesen jetzt viele die kommunistische Tageszeitung „Hamburger Volkszeitung“, welche die Wahrheit über ihren Kampf berichtet.

Auch am dritten Tag gibt es Erfolgsmeldungen. Auch bei Henschel in Kassel sind die Kolleginnen und Kollegen für eine Teuerungszulage in den Streik getreten. Auch die am Vortag entsandte Delegation zur Deutschen Werft (Hamburg) ist nicht folgenlos geblieben. Dort gibt es Abteilungsstreiks.

Der erneut auf die Werft gekommene Gewerkschaftssekretär verkündet den Streikenden, daß seit dem Vortag mit den Unternehmern über den neuen Lohntarif verhandelt werde. Ihm wird entgegnet, daß Verhandlungen noch kein Ergebnis sind und der Streik die Herbeiführung eines Ergebnisses doch wohl nur beschleunige. Er wird aufgefordert zu erklären, wie denn die nachdrückliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen durch die Howaldt-Arbeiter die Lohnverhandlungen gefährden könne. Er antwortet darauf nur mit der erneuten Aufforderung, wieder an die Arbeit zu gehen. Darauf hin wird er wieder durch lautstarke Proteste am weiteren Reden gehindert. Mittels Handzeichen stimmen die Arbeiter für die Weiterführung des Streiks ab.

Als Meister und Vorarbeiter versuchen, ein Dock zu fluten, werden diese vertrieben und das **Dock wird besetzt** sowie ein Dockwachtdienst organisiert.

Auf der Vollversammlung am Uhrtum wird eine Streikleitung gewählt, vier Kommunisten und ein Parteiloser, die nicht im Betriebsrat waren,

sowie ein Betriebsrat.⁶³ Die Streikleitung tagt inmitten der mit wechselnder Beteiligung stattfindenden permanenten Streikversammlung. Über alles, was zu entscheiden ist, wird von allen abgestimmt. Die einzige Einschränkung sind Fragen, die der Klassenfeind nicht erfahren darf. Der damalige Streikführer Jürgen Bartum berichtet:

„Nun wollten wir noch mal beraten, wie wir auf die DW (Deutsche Werft, A. d. V.) einwirken könnten. Ich also vor die Versammlung: „Kollegen, könnt ihr euch vorstellen, daß es Dinge gibt, die wir mal nicht in der Öffentlichkeit beraten können? Die die Direktion nicht gleich zu erfahren braucht?“ – „Jawohl!“ – „Gut. Dann erlaubt bitte der Streikleitung, eine halbstündige Sitzung ohne euch abzuhalten.“ Dann wurde der Streikleitung per Abstimmung diese Sitzung gewährt.“⁶⁴

Vierter Streiktag, 25. 8.

Die Howaldt-Arbeiter versammeln sich morgens wieder am Uhrturm. Zunächst werden die Meldungen der „Morgenpost“ abgehandelt. Diese hat unter der Überschrift „Ende des Streiks bei Howaldt?“ verkündet, daß der „Teilstreik“ jede Basis verloren habe. Die Streikenden stimmen erneut für Weiterstreiken ab.

Die Werftleitung hat zuvor versucht, den Streik zu beenden, indem sie den wichtigsten Streikleiter, Jürgen Bartum, auszuschalten versucht. Vor dem U-Bahnhof Landungsbrücken, von dem aus er zum Dampfer gehen muß, hat sich der Personalchef mit der fristlosen Kündigung aufgestellt. Polizeifahrzeuge stehen im Hintergrund. Die Betriebsgruppe der KPD hat dies oder Ähnliches erwartet. Jürgen Bartum nimmt einen anderen Weg zur Werft.

In der Nacht ist es Meistern und Vorarbeitern gelungen, ein Schiff auszudocken. Die Streikversammlung hält darüber Gericht. Die Namen der Streikbrecher, die teilweise am Rand der Versammlung stehen, werden vorgelesen. Nach jedem Namen ertönt lautes „Pfui“.

⁶³ Ein Streikteilnehmer berichtet:

„Der Betriebsrat H. verließ mit seiner Kandidatur gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Er exponierte sich damit von allen Beteiligten am weitesten. Richtig mit Tränen in den Augen sagte er: „Ich folge jetzt nicht dem Gesetz, sondern meinem Gewissen“.“
(Ebenda, S. 165)

⁶⁴ Ebenda, S. 166.

Der Versuch, mit Delegationen die Hafenarbeiter zur Solidarisierung zu bewegen, erreicht sein Ziel nicht. Jedoch sind die 3 500 Arbeiter der Stülcken-Werft am Morgen ebenfalls in den Streik getreten. Die Streikversammlung der Stülcken-Werft wählt gleichzeitig eine Delegation von elf Kollegen, um mit der Streikleitung der Howaldt-Werft und den Arbeitern der Deutschen Werft sofort in *ständige Verbindung* zu treten. Auf der Deutschen Werft gelingt es dem Bevollmächtigten der IG Metall einen Streik zu verhindern, indem er die Lüge verbreitet, daß auf der Howaldt-Werft gar nicht gestreikt werde.

Auf der Howaldt-Werft ist für den frühen Nachmittag eine offizielle Betriebsversammlung einberufen worden. Auch für diese hat sich der Bevollmächtigte Deibicht der Ortsverwaltung der IG Metall angesagt. Der „Bevollmächtigte“ weigert sich zuerst, überhaupt zu den Arbeitern zu sprechen, vor deren Kampfentschlossenheit er sich fürchtet. Der damalige Streikführer Jürgen Bartum berichtet in einem späteren Interview über die Haltung dieses gewieften Arbeiterversräters:

„Ich bat die Kollegen, sich in Ruhe anzuhören, was uns unser Bevollmächtigter zu sagen habe, aber kritisch zuzuhören. Und wenn etwas nicht stimme, dann sollten wir protestieren.“

Dann sprach Deibicht. Routiniert, profhaft, Klasse. Der hat so gut geredet, daß ich dachte, der kriegt sie jetzt alle rum. Seine Linie war klar: Ihr Werftarbeiter seid Klasse. Das hätten wir ja nie geglaubt. Eine Anerkennung nach der anderen. Und nach einer Viertelstunde fiel der erste Satz: „So, nun laßt es aber gut sein. Geht wieder an die Arbeit. Jetzt werden wir alles für euch weitermachen.“ Sofort ein unheimliches Gebrüll und Getöse. Pfui, Nein. Und von da ab nach jedem Satz: Nein!“

Nach ihm habe ich geredet. Dabei kam mein ganzer aufgestauter Ärger über die Gewerkschaft hoch. Da gab's Beifall. Ich erklärte den Standpunkt der Streikleitung: „Weiter – bis zum Sieg!“

Dann hat Deibicht noch mal gesprochen. Er drohte dabei die Aussperrung an, ohne das Wort zu gebrauchen: Die Gewerkschaft könnte nicht verhindern, wenn wir nicht mehr in den Betrieb hinein dürften.“

Darauf haben noch andere geredet. Am Schluß jedenfalls fragte ich: „Ihr habt nun die Meinung der Gewerkschaft und die Meinung der Streikleitung gehört. Wer ist dafür, daß der Streik fortgesetzt wird?“

Da haben alle Arbeiter und fast alle Angestellten dafür gestimmt. Die Hände hoben sich wie eine Mauer. Nur bei den Angestellten

gab es bei der Gegenprobe ungefähr dreißig, vierzig Gegenstimmen.“⁶⁵

Am Abend gehen die Howaldtarbeiter wie gewohnt nach Hause.

5. Streiktag, 26. 8.

Am nächsten Morgen steht in den Zeitungen, was nachts bereits im Radio verkündet worden ist: Alle Arbeiter der Howaldt- und der Stülcken-Werft sind fristlos entlassen. Der Fährbetrieb zur Howaldt-Werft ist eingestellt. An den Landungsbrücken, wo mit jeder U-Bahn mehr Howaldt-Arbeiter eintreffen, sind Plakate aufgestellt. Diese kündigen an, daß die Papiere und der Restlohn in der ungefähr zwei Kilometer entfernten St.-Pauli-Rinderhalle ausgegeben würden. Um die Werft ist Polizei postiert, und auch an den Landungsbrücken ist Polizei aufgefahren. Sie fordert die in Gruppen zusammenstehenden Arbeiter auf, auseinanderzugehen. Jürgen Bartum fordert die Kollegen zum Zusammenbleiben und zum gemeinsamen Marsch zur Rinderhalle auf. Die Polizei erklärt über Lautsprecher, daß es sich um eine unangemeldete Demonstration handele und daß sie eingreifen werde. Die Streikleitung fordert die Arbeiter auf: „Kollegen, geht hin zu den Polizisten, fragt sie, was sie denn so verdienen, fordert sie zur Solidarität auf.“⁶⁶ Die Polizei weicht zurück. Der Zug setzt sich in Bewegung. Der Versuch zweier Polizisten in Zivil, den Streikführer Jürgen Bartum zu verhaften, wird abgewehrt. Während der Demonstration wird Jürgen Bartum von Kollegen mit Mütze, Jacke usw. umgekleidet, um ihn für die Polizei unkenntlich zu machen. Auch ein zweiter Verhaftungsversuch scheitert.

Allerdings scheitert auch die Umsetzung des richtigen Vorschlags aus der Streikleitung, nicht zu der Rinderhalle zu marschieren, um dort den restlichen Lohn abzuholen, sondern zu Menck & Hambrock sowie zu den anderen Metallbetrieben in Altona, um die Arbeiterinnen und Arbeiter dort herauszuholen. Da die Streikenden an der Rinderhalle wie in einer Falle fest-sitzen würden, versammeln sie sich am nahe gelegenen Bunker auf dem Heiligengeistfeld. Während die Arbeiter truppweise ihr Geld abholen, berichtet die Streikleitung über die Situation in anderen Hamburger Betrieben und bei Henschel in Kassel. Außerdem wird eine Solidaritätsspendenliste verlesen. Abschließend gibt die Streikleitung bekannt, daß man sich am nächsten Tag um 14 Uhr in Altona auf dem Alle-Sportplatz zu einer Streikkundgebung zusammenfinden wird.

⁶⁵ Ebenda, S. 171.

⁶⁶ Ebenda, S. 173.

Trotz der Aussperrung in Hamburg kommt es zu einem *eineinhalbstündigen Solidaritätsstreik* auf den Howaldt-Werften in Kiel.

6. Streiktag, 27. 8.

Auf dem Sportplatz in Altona versammeln sich mehrere tausend Arbeiter. Ergebnisse von Solidaritätssammlungen werden bekanntgegeben.

7. Streiktag, 28. 8.

Am Sonntag, 28. 8., findet in Hamburg eine Konferenz der KPD mit Ge-
nossinnen und Genossen, Betriebsräten und Betriebsfunktionären statt. Das Tagungslokal wird am Spätnachmittag von Polizei umstellt, die dann in den Versammlungssaal eindringt. Jürgen Bartum wird verhaftet, ohne Haftbefehl und ohne irgendeine Begründung. Nach dieser Festnahme zieht die Polizei sich wieder zurück. Der Streikleiter muß bald wieder entlassen werden.

8. Streiktag, 29. 8.

Der Streik erhält tatsächlich breite Unterstützung von den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Betrieben und aus der werktätigen Bevölkerung überhaupt.

9. Streiktag, 30. 8.

Die Streikleitung hat für Nachmittag eine neue Belegschaftsversammlung einberufen, diesmal wieder auf den Platz vor dem Bunker gegenüber der Rinderhalle. Die „Hamburger Volkszeitung“ berichtet am nächsten Tag darüber:

„Eine einmalige Situation. Nach neun schweren Kampftagen steht die Streikfront ungebrochen, obwohl der Unternehmerverband, die Polizei, die gesamte bürgerliche Presse und einige Funktionäre der IG Metall Hamburgs mit übelsten Methoden den Streik abzuwürgen versuchten. Alle Angriffe auf die Streikfront schlugen fehl; das war die Bilanz der Kundgebung auf dem Heiligengeistfeld. Gegen eine Stimme beschlossen die Werftarbeiter, den Streik bis zum vollen Erfolg fortzusetzen.“⁶⁷

10., 11. und 12. Streiktag: 30. 8., 31. 8. und 1. 9.

Am Donnerstag, 1. 9., findet die letzte von der Streikleitung einberufene Streikversammlung statt. Die rund 5 000 versammelten Arbeiter nehmen

⁶⁷ „Hamburger Volkszeitung“, 31. 8. 1955, zitiert in: ebenda, S. 192.

bei 41 Gegenstimmen den Beschuß an, die Arbeit am Tag darauf geschlossen wieder aufzunehmen.

Durch ihren Kampf haben die Howaldt- und Stölcken-Arbeiter wirtschaftlich einen beachtlichen Teilerfolg für alle Metallarbeiterinnen und -arbeiter erkämpft. Die **11 000 Werftarbeiter** beider Werften haben erreicht, daß – erstmals seit 1945 – ein neuer Lohntarif sechs Wochen vor Ablauf des alten Tarifs abgeschlossen wird. Die Kapitalisten müssen für hunderttausend Metallarbeiterinnen und -arbeiter eine Lohnerhöhung von 12 bis 13 Pfennig bewilligen.

Allerdings werden die Streiktagen nicht bezahlt.⁶⁸ Die Howaldt-Werftleitung hat auch zahlreiche von ihr ausgemachte Streikaktivisten gezwungen, die bis dahin zur Verfügung gestellten Werkwohnungen zu räumen. Noch bitterer ist, daß die Entlassung der aktivsten Arbeiterinnen und Arbeiter, insbesondere der Streikleitung, nicht verhindert werden kann.

Erfahrungen und Lehren

Ein entscheidendes Merkmal dieses Streiks ist, daß die Howaldt-Arbeiter **die Leitung ihres Kampfes in die eigenen Hände genommen** haben. Sie haben sich durch die DGB-Führer nicht abwiegen lassen und die Lüge widerlegt, daß es keinen Sinn mache und zwecklos sei, außerhalb des Rahmens des Betriebsverfassungsgesetzes zu streiken, für höhere Löhne zu kämpfen.

Wichtige Merkmale ihres Streiks waren:

- Die Wahl einer Streikleitung, die wirklich das Vertrauen der Arbeiter hatte und sich aus wirklich kämpferischen und bewährten Kräften zusammensetzte.
- Jederzeitige offene und öffentliche Beratung aller anstehenden Fragen und Probleme durch die Versammlung der Streikenden. Sodann dem nicht entscheidende Gesichtspunkte der Geheimhaltung vor dem Klassenfeind entgegenstanden, aber auch darüber wurde – wie gezeigt – eine bewußte Entscheidung herbeigeführt.

⁶⁸ Die Henschel-Kapitalisten in Kassel mußten dagegen der Bezahlung der Streiktagen zustimmen und versichern, keine Repressalien und Maßregelungen gegen die Streikenden vorzunehmen.

- Einbeziehung und Aktivierung der Arbeiterinnen und Arbeiter für Agitations- und Organisationsaufgaben.
- Herstellung von möglichst engen Verbindungen zu den Arbeiterinnen und Arbeitern der anderen Werften und anderer Betriebe überhaupt.
- Kampf gegen Streikbrechertum, insbesondere auch durch die Besetzung der Docks und Krananlagen.
- Aktiver Kampf gegen die Lügen der bürgerlichen Medien.

Die Howaldt-Arbeiter konnten sich weitgehend auch auf die damaligen Kampferfahrungen der italienischen und französischen Arbeiterinnen und Arbeiter stützen.⁶⁹

Der Streik zeigt insbesondere auch, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter im Kampf und durch den Kampf sich ***selbst zu verändern beginnen***. Der damalige Streikleiter Jürgen Bartum berichtet:

„Mich selbst hat von allem am tiefsten beeindruckt, auch wenn das vielleicht geschwollen klingt, die veränderte Moral. Das heißt, dieses plötzliche Zusammenstehen, die ungeheure Bereitschaft, etwas zu tun, sich zu beteiligen und sich anders als sonst zu verhalten.“⁷⁰

Schwächen, Mängel und Fehler

Bei der Auswertung dieser großartigen Kampferfahrung müssen aber auch die Schwächen, Mängel und Fehler sowie auch objektive Umstände bewußtgemacht werden, welche einen vollen Erfolg verhindert haben. Kurz nach Ende des Streiks hat die KPD die Broschüre „So war der Streik auf Hamburgs Werften“ herausgegeben,⁷¹ in der richtig das kritische und selbtkritische Herangehen betont wird:

⁶⁹ Darauf wird bei der Auswertung des Streiks im theoretischen Organ der KPD verwiesen, siehe: Steidl, Josef, „Die Streiks von Hamburg und Kassel und ihre Lehren“, zitiert nach: „Wissen und Tat“, 11–12/1955, S. 27.

⁷⁰ „Interview mit Jürgen Bartum“, zitiert nach: „Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955“, Jüres, Ernst August / Kuehl, Herbert (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 148. Jürgen Bartum wird in dem Buch, das bei den Interviews keine Namen verwendet, mit „F“ bezeichnet.

⁷¹ Diese war allerdings nicht als KPD-Publikation kenntlich gemacht.

„Betrachtet man den Streik vom Gesichtspunkt seiner Schwächen, so schmälert es das Ansehen der mutigen Streikleitung in keiner Weise, wenn auf *die wichtigsten der schwachen Punkte* hingewiesen wird. Ganz im Gegenteil. Daraus werden alle Arbeiter lernen, wie sie künftig noch besser ihre Kämpfe führen.“⁷²

Darin werden einige Schwachpunkte aufgeführt, die wir für richtig halten:

- „So wichtig und beispielgebend bei Howaldt das Verbleiben im Betrieb war, so wäre nach dem vierten Streiktag die Aussperrung unmöglich geworden, hätten die Streikenden den Betrieb *permanent besetzt*, d. h. wären sie nicht abends nach Hause gegangen, sondern Tag und Nacht im Betrieb geblieben. Die Wirkung wäre nachhaltiger gewesen.“

In Verbindung damit steht:

- „Die Erfahrung aus allen früheren Kämpfen der Arbeiterschaft lehrt, daß man ohne Streikposten nicht auskommt. Bei Howaldt und Stülcken fehlte die organisierte *Abwehr jedes möglichen Streikbruchs durch Streikposten*.“

In der Tat wurde zwar ein konkreter Streikbruchversuch durchaus auch militant abgewehrt, doch gab es keine systematisch organisierte Abwehr.

Probleme, Mängel und Fehler machten sich *besonders nach der Aussperrung* bemerkbar, als die Arbeiter nicht mehr alle zusammen im Werk versammelt sein konnten:

- „Die Streikleitung beschränkte sich nach der Aussperrung auf *zwei Streiklokale*. Das war bei der Streuung der Wohnstätten der Streikenden über ein so großes Stadtgebiet wie Hamburg entschieden zu wenig.“
- „Es gab keine organisierte Zusammenfassung der Streikenden in der Nähe der Streiklokale. Dadurch unterblieb die nicht zu un-

⁷² Die Broschüre „So war der Streik auf Hamburgs Werften“ liegt uns im Original nicht vor. Ein auszugsweises Faksimile ist enthalten in: „Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955“, Jüres, Ernst August / Kuehl, Herbert (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 234. Wir zitieren hier nach dieser Quelle.

terschätzende Betätigung und auch die Anleitung der Streikenden. *Für jeden Streikenden gibt es Aufgaben.*“

- „Am dritten und vierten Tag nach der Aussperrung, den Tagen der größten Spaltungsversuche, fand *keine Streikversammlung* statt, wo sie am nötigsten gewesen wäre.“
- „Es fehlte die *organisierte Solidaritätsarbeit* durch die Streikenden selbst, die von den ersten Tagen an zur Einsammlung von Solidaritätsspenden hätten eingesetzt werden müssen.“
- „Es waren nur ungenügend Anstrengungen unternommen, auch *die Frauen der Streikenden* aktiv in die Kampffront einzubeziehen. Eine Unterlassung, die, auch hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann, hemmend ins Gewicht fiel.“⁷³

Zur Rolle der KPD im Howaldt-Streik

Die „Hamburger Morgenpost“ hatte am 23. 8. 1955 geschrieben: „Mitten aus heiterem Himmel brach gestern mittag plötzlich auf der bundeseigenen Hamburger Howaldt-Werft ein wilder Streik aus.“ Der Streik kam in Wirklichkeit nicht wie der Blitz vom heiteren Himmel, sondern hatte tiefe Ursachen in der Unzufriedenheit der Arbeiter mit den unerträglichen Verhältnissen. Andererseits war der Boden für den Streik in der Tat längerfristig bewußt bereitet worden, insofern die KPD-Betriebsorganisation bei Howaldt offenbar seit Jahren eine ziemlich erfolgreiche Agitations-, Propaganda- und Organisationstätigkeit geleistet hatte. Die Initiative der KPD-Genossin-

⁷³ Ebenda. Falsch ist allerdings, daß die Rolle der Frauen dann wieder auf ihre „traditionelle“ Rolle reduziert wird:

„Der Einsatz von Frauen zur *Verpflegung der Streikenden* durch Bereitung von warmem Essen oder belegten Broten erfolgte viel zu spät, erst kurz vor Beendigung des Streiks.“ (Ebenda)

Selbstverständlich konnten die Frauen auch eine Fülle anderer wichtiger Funktionen übernehmen, Streikposten stehen, Agitation und Propaganda durchführen usw.

nen und -Genossen im Betrieb war somit ein wesentlicher Auslöser des Streiks.⁷⁴

Bei Howaldt Hamburg gab es eine sehr aktive KPD-Betriebsgruppe, die unter großen Teilen der Arbeiterinnen und Arbeiter fest verankert war. Die KPD-Genossinnen und -Genossen meldeten sich in den vierteljährlichen Betriebsversammlungen zu Wort, verteilten Flugblätter und Broschüren der KPD, diskutierten und agitierten mit und unter den Kollegen, verkauften die „Hamburger Volkszeitung“ im Betrieb, die sie auch mit Artikeln und Volkskorrespondenzen belieferten. Sie trafen sich wöchentlich zur Betriebsgruppenversammlung sowie zur Parteischulung. Sieben Genossen stellten von 1953 bis 1955 ein Drittel des Betriebsrates. Sehr viele Betriebsgruppenmitglieder waren in ihren Abteilungen zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten (in Hamburg auch „Delegierte“ genannt) gewählt worden. Der DGB-Führung gelang es trotz größter Anstrengungen mit ihrer antikommunistischen Ausschlußpolitik bei Howaldt kaum, die KPD-Betriebsgruppe zu schwächen, die einen erbitterten Kampf dagegen führte.

Die besondere Stärke der KPD-Betriebsgruppe war aber sicherlich ihre Betriebszeitung „De Nietenwarmer“. Jürgen Bartum berichtet:

„Der ‚Nietenwarmer‘ war ein dünnes, technisch kümmerlich gemachtes Blättchen, aber mit wirklich echten Dingen aus dem Betrieb ...“

„Man hat uns direkt gefragt, wenn wir die Herausgabe einmal nicht schaffen: ‚Wo bleibt der neue ‚Nietenwarmer‘?‘“

„Wir sind auch nie verpfiffen worden – war ja verboten, BVG, erste Fassung ... Da stand eben Interessantes für die Arbeiter drin, was für ihr furchterliches Leben eine Erleichterung war.“⁷⁵

Kurz nachdem der Streik begann, stellte die KPD eine **unmittelbare Kampfleitung der Partei** zusammen, die selbstverständlich nicht

⁷⁴ Wir haben die Agitation der KPD vor dem Streik im Abschnitt über die Vorgeschichte der Streiks bereits kurz dargestellt.

⁷⁵ Interview in: „Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955“, Jüres, Ernst August / Kuehl, Herbert (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 146.

offen auftrat. Zur Bildung und Funktion der Kampfleitung äußerte sich Jürgen Bartum später im Interview:

„Die Partei hat da hervorragend reagiert. Sie hat sofort – ich weiß nicht mehr, ob schon am Dienstag oder dann am Mittwoch – eine Kampfleitung gebildet. Damit hat sie den schwerfälligen Parteapparat beiseite geschoben. Hat also eine Kampfleitung aus drei Köpfen des Hamburger Parteivorstandes gebildet.“

Die tagten dann immer nach Beendigung der Arbeitszeit auf der Werft im ‚Gambrinus‘ (dem späteren Streiklokal). Und hier wurde jetzt also wirklich versucht zu analysieren. Hier wurde beraten, wie wir das Ganze ausweiten könnten. Wir hätten ja gern die Kampfmaßnahmen auf alle Hamburger Metallbetriebe ausgedehnt. Deshalb wurde schnell eine Versammlung aller kommunistischen Betriebsräte beschlossen.

Ich erstattete jeden Abend Bericht. Die Kampfleitung hat dann organisiert. Auch die Solidarität. Es wurden sofort Busse gechartert, die nun rumfuhren und Spenden sammelten, Lebensmittel sammelten. Sicher nicht gleich zu Anfang, aber es wurde da schon beschlossen. Die Partei hat mir da persönlich viel geholfen. Mich beraten, mir Mut gemacht. Die Kampfleitung hat ideologisch gearbeitet und organisiert.“⁷⁶

Zur Einschätzung des Streiks durch die KPD 1955

Abgesehen von der Berichterstattung in den Tagesorganen der KPD, vor allem der „Hamburger Volkszeitung“,⁷⁷ sind nach dem Streik drei grundlegendere Artikel zur Einschätzung des Streiks erschienen.

- Die Broschüre „So war der Streik auf Hamburgs Werften. Über den Streik auf den Werften bei Howaldt und Stülcken“.⁷⁸
- „Was lehrt der Streik der Howaldtsarbeiter?“ von Max Reimann, 1. Sekretär des Parteivorstandes der KPD.⁷⁹

⁷⁶ Interview in: ebenda, S. 194.

⁷⁷ Diese liegt uns bis jetzt nicht vor.

⁷⁸ Hamburg o. J. (September 1955), verantwortlich Erich Hoffmann.

- „Die Streiks von Hamburg und Kassel und ihre Lehren“ von Josef Steidl.⁸⁰

Wir haben daraus teilweise bereits zitiert, was uns richtig erscheint. Wir wollen hier nun noch zu *drei* Punkten kritisch Stellung nehmen:

1. War der Streik „im wahrsten Sinne ein Kampf Klasse gegen Klasse“?

Im Artikel „Die Streiks von Hamburg und Kassel und ihre Lehren“ heißt es über diese Streiks:

„Die Streiks waren im wahrsten Sinne ein Kampf Klasse gegen Klasse. Auf der einen Seite standen die Arbeiter von Hamburg und Kassel, ohne Unterschied ihrer politischen Anschauungen und Organisationen, mit ihnen solidarisch die Arbeiter aller Industriezweige der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. Auf der anderen Seite standen die Unternehmer, gestützt durch die Unternehmerverbände, den Staatsapparat des Adenauer-Regimes, die Polizei, den Justizapparat und die bürgerliche Presse. In diesen Kämpfen gewannen viele Arbeiter die Erkenntnis, daß der Bonner Staat das Herrschaftsinstrument der Militaristen, Monopolisten und Junker zur Unterdrückung der Arbeiter ist.“⁸¹

Trotz seines großartigen kämpferischen Charakters halten wir es für falsch, den Howaldt-Streik 1955 „im wahrsten Sinne“ als einen „Kampf Klasse gegen Klasse“ einzuschätzen. Der Howaldt-Streik war ein Tageskampf, ein spontaner Lohnkampf gegen einen bestimmten Kapitalisten, aber noch kein Kampf „Klasse gegen Klasse“, bei dem die Arbeiterinnen und Arbeiter *bewußt* als Teil der Klasse des Proletariats gegen die Klasse der Bourgeoisie kämpfen.⁸² Daran

Fortsetzung der Fußnote

⁷⁹ Abgedruckt in „De Nietenwarmer“, Nr. 37, Oktober 1955, hier zitiert nach: „Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955“, Jüres, Ernst August / Kuehl, Herbert (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 235–237.

⁸⁰ Zitiert nach: „Wissen und Tat“, 11–12/1955.

⁸¹ Ebenda, S. 24.

⁸² Auf diese Frage gehen wir allgemeiner im Schlußteil ein.

ändert auch nichts, daß Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Agitation und Propaganda der KPD in Verbindung mit ihren eigenen Erfahrungen mehr Klassenbewußtsein erworben haben.

2. Inwiefern richtete sich der Howaldt-Streik gegen die Remilitarisierungspolitik des westdeutschen Imperialismus?

Im Artikel „Die Streiks von Hamburg und Kassel und ihre Lehren“ wird zu diesem Streik weiter ausgeführt:

„Mit ihnen wurde eine neue Phase des Kampfes der Arbeiter gegen die Pariser Verträge eingeleitet, die zu einer immer stärkeren Vereinigung und Entrechtung der Arbeiter führen.“⁸³

„Der Kampf der streikenden Metallarbeiter aus Hamburg und Kassel richtete sich gegen die Auswirkungen der Pariser Verträge, gegen die Aufrüstungspolitik des Adenauer-Regimes, gegen den deutschen Militarismus.“⁸⁴

Objektiv richtete sich der Streik gegen die Remilitarisierungspolitik des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, weil die niedrigen Löhne und die verschärften Ausbeutungsbedingungen ihre Ursache *auch* darin haben. Ein wirkungsvoller Lohnkampf schadet insofern der Politik der Kriegsvorbereitung.

Subjektiv, von seiner bewußten Zielsetzung her, handelte es sich aber nicht um einen Kampf gegen die Wiederaufrüstung, schon gar nicht wurde damit „eine neue Phase“ des antimilitaristischen Kampfes eingeleitet.

Fortsetzung der Fußnote

Erwähnenswert ist, daß ein Artikel des „De Nietenwarmer“ von 1952 über den Streik der E-Schweißer bei Howaldt 1952 mit einem Kästchen endet, in dem unter der Überschrift „Stalin zum Streik“ folgendes Zitat Stalins angeführt wird:

„Notwendig ist nur, daß der Kampf der Arbeiter kein spontaner, kein zersplitterter, sondern ein organisierter planmäßiger und bewußter Kampf sei. Nur unter diesen Bedingungen wird man auf den Sieg rechnen können.“

(Zitiert nach: „Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955“, Jüres, Ernst August / Kuehl, Herbert (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 227)

⁸³ Steidl, Josef, „Die Streiks von Hamburg und Kassel und ihre Lehren“, in: „Wissen und Tat“, 11–12/1955, S. 24.

⁸⁴ Ebenda, S. 30.

Mit der Gleichsetzung der objektiven Seite und der subjektiven Seite wird gerade die Aufgabe herabgemindert, in die Kämpfe für höhere Löhne das Bewußtsein über die Notwendigkeit der Verbindung dieser Kämpfe mit dem antimilitaristischen Kampf hineinzu-tragen.

3. Führten die Arbeiter ihren Streik „auf der Grundlage des Aktionsprogramms des DGB“?

Im gleichen Artikel von „Wissen und Tat“ heißt es:

„Die Arbeiter ... widersetzen sich der stärker werdenden Ausbeutung und gehen *auf der Grundlage des Aktionsprogramms des DGB* zum Angriff gegen die Monopolisten über.“⁸⁵

Tatsächlich haben die Arbeiter ihren militärischen Kampf keineswegs auf der Grundlage des DGB-Aktionsprogramms geführt. Dieses enthält nämlich überhaupt keine Grundlage für die Entfaltung des militärischen Massenkampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Das „Aktionsprogramm“ wurde vom 3. Bundeskongress des DGB in Frankfurt/Main 1954 beschlossen und schließlich am 1. Mai 1955 vom Bundesvorstand verkündet und anschließend mittels Postwurfsendung in 14 Millionen Exemplaren an alle Haushaltungen in Westdeutschland verteilt. Dieses Programm bedeutete im Grunde nur die offene Absage an das Ziel, an den bestehenden Verhältnissen irgend etwas grundlegend verändern zu wollen. Es war „nichts anderes als ein soziales Reformprogramm“.⁸⁶ Als „Aktionsprogramm“ betrachtet war es auch untauglich. Es sprach überhaupt nicht von der Art der Aktionen, die notwendig oder geplant sind, um die einzelnen Forderungen durchzuführen. Es war ein „Aktionsprogramm“, das nicht über Aktionen sprach. Dazu gibt es eigentlich nur eine verschwommene Aussage:

⁸⁵ Ebenda, Hervorhebung von uns.

⁸⁶ „Die Quelle“, DGB-Organ, 6. Jg., Heft 5, Mai 1955, S. 212, zitiert nach: „Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland“, Hemmer, Hans-Otto / Schmitz, Kurt Thomas (Hrsg.), Köln 1990, S. 147.

„Die Erfahrungen haben immer wieder gezeigt, daß in erster Linie eigene Kraft und entschlossenes Handeln zum Erfolg führen.“⁸⁷

Genau auf diese Passage bezog sich die KPD immer wieder, wenn sie die Arbeiterinnen und Arbeiter zum Kampf aufrief. Dies war auch nicht falsch im Sinne des *Ausnutzens* des „Aktionsprogramms“ für die Entwicklung des selbständigen Kampfes des Proletariats. Die notwendige und entscheidende Bedingung dafür war aber, keine Unklarheit über den sozialreformistischen Gesamtcharakters dieses Programms zu schaffen. Dies geschah aber gerade *nicht*, wenn selbst propagiert wurde, daß sich der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter „auf der Grundlage“ dieses Programms entwickeln könne.

Hintergrund ist die Linie und Politik der KPD, die zu diesem Zeitpunkt bereits große Schritte nach rechts, zum Versöhnertum mit der SPD und der DGB-Führung unternommen hatte.

Der Howaldt-Streik hat real dagegen bestätigt, wie absurd es ist, von irgendeiner Grundposition des revolutionären Klassenkampfes abzurücken.

⁸⁷ Zitiert nach: Pirker, Theo, „Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland“, Teil II, 1953–1960, München 1960, S. 157.

Der Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein 1956/57

Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

Über hunderttausend Arbeiterinnen und Arbeiter legten im *Herbst 1996* empört und voller Wut über mehrere Tage hinweg bei Mercedes-Benz, Opel, Bosch, BASF und vielen anderen Betrieben die Arbeit nieder und forderten die sofortige Rücknahme der Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit durch die Kapitalisten. Sie hatten erkannt, daß es in der Frage der Lohnfortzahlung nicht nur um eine Frage des Lohnes geht, sondern um die Abwehr eines viel weitergehenden Generalangriffs der Kapitalisten zur hemmungslosen Steigerung ihrer Profite auf Kosten der noch bestehenden minimalen sozialen Rechte der Arbeiterklasse und Werktätigen in diesem Land, die in früheren Kämpfen unter oft großen Opfern erstritten worden waren. Bei Kundgebungen, Veranstaltungen und auf Demonstrationen wurde dabei immer wieder an den Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein im Jahr 1956/57 erinnert. Doch die Gewerkschaftsführer, die 1996 alles taten, um die Arbeiterinnen und Arbeiter von wirklich effektiven Streiks abzuhalten, entstellten die wirklichen Erfahrungen und Lehren des großen Streiks von 1956/57.⁸⁸ Um so wichtiger ist es, die Fakten darüber bekanntzumachen und die nötigen Lehren daraus zu ziehen.

⁸⁸ „Gegen die Strömung“ hat im Oktober 1996 das Flugblatt „Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit: Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!“ veröffentlicht (abgedruckt in:

Vom **14. Oktober 1956 bis zum 15. Februar 1957** streikten gegen die Abwiegeleien der Gewerkschaftsführung in 38 Betrieben über 34 000 Metallarbeiterinnen und -arbeiter für die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Verlauf und Ergebnis des Streiks

„Was nützt uns der beste Lohn, wenn man immer diese Angst vor der Krankheit haben muß. Die ersten drei Tage gibt es überhaupt nichts – weder Lohn noch Krankengeld. Sehen Sie sich doch unsere älteren Kollegen einmal an! Keiner von ihnen kuriert eine kleine Krankheit aus. Wenn aber nachher ein richtiges Leiden daraus geworden ist, dann sind sie mit den paar Groschen Krankengeld (rund 50 Prozent des Bruttoverdienstes) erst vollends elend dran. Uns ist es einen Streik wert, diese alte Ungerechtigkeit endlich aus der Welt zu schaffen!“

(Ein streikender Metallarbeiter gegenüber der „Welt“, 26.11.1956)

Am 24. Oktober 1956 begann einer der längsten und größten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter Westdeutschlands, der erst nach 114 Tagen am 15. Februar 1957 endete. Dieser Streik ragt nicht nur heraus, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter vier Monate lang den Versprechungen und Druckmaßnahmen von Kapitalisten und Polizei widerstanden. Der bis dahin längste Streik seit Gründung des westdeutschen Staates wurde vielmehr auch im diametralen Gegensatz zur schamlosen Abwiegelei der Gewerkschaftsführung geführt.

Am 11./12. Oktober verwiesen in einer Urabstimmung rund 88 Prozent der etwa 65 000 Metallarbeiterinnen und -arbeiter Schleswig-Holsteins die bisherigen Verhandlungsergebnisse der IG-Metall-Führung und sprachen sich für Streik aus. Der Streik erfaßte 38 Betriebe, darunter 11 große Werften, mit über 34 000 Metallarbeiterinnen und -arbeitern.

Im Mittelpunkt der Forderungen stand eine wesentliche Verbesserung der betrieblichen Sozialleistungen. Der Streik richtete sich speziell auch gegen die Diskriminierung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Vergleich zu den Angestellten bei Krankheit. Während kranke Angestellte einen gesetzlichen Anspruch auf die Weiterzahlung des Gehaltes für sechs Wochen hatten, und zwar vom ersten Tag der Krankheit an, erhielten Arbeiter von der

Fortsetzung der Fußnote

„Politische Stellungnahmen 1995–1996“ von „Gegen die Strömung“, März 1997).

Krankenkasse erst nach drei Karenztagen für die Dauer von lediglich 28 Tagen nur etwa 50 Prozent des Nettolohnes als Krankengeld! Die Forderungen lauteten dementsprechend unter anderem:

- Vollen Lohn für die ersten drei Krankheitstage, für die die Krankenkasse den Stundenlöhner kein Krankengeld zahlt.
- Lohnausgleich zwischen Nettolohn und Krankengeld bis zu sechs Wochen.

Die Kapitalisten wandten – wie immer – die verschiedensten Mittel an, um die geschlossene Front der Streikenden zu durchbrechen: Erst schmeichelnde Briefe an die „lieben Mitarbeiter“, dann blaue Briefe mit Entlassungsbescheiden! Für zugesagte Stipendien und versprochene Werkswohnungen wurde die Zurücknahme der Zusage angedroht, wenn die betreffenden Arbeiterinnen und Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen. Mittels großer Inserate versuchten die Unternehmer auch die Öffentlichkeit gegen den Streik aufzubringen. Sie erreichten damit ihre Ziele aber nicht.

Auch in der zweiten Urabstimmung vom 7. Januar 1957 lehnten die streikenden Metallarbeiter und -arbeiterinnen den Schiedsspruch der Schlichtungskommission wiederum entschieden ab. 97,4 Prozent der stimmberechtigten organisierten Metallarbeiterinnen und -arbeiter sprachen sich für die Fortsetzung des Streiks aus!

Dieser erste Spruch war mit den Stimmen der Kapitalisten und des Vorsitzenden der Schlichtungskommission zustande gekommen und erkannte die Hauptforderungen der Streikenden *nicht* an. Angesichts der Kampfentschlossenheit der Arbeiterinnen und Arbeiter konnte es sich die IG Metall nicht erlauben, diesem ersten Einigungsvorschlag zuzustimmen, den der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein am 10. Dezember 1956 unterbreitet hatte.

Gleich danach aber fiel die IG-Metall-Führung den Arbeiterinnen und Arbeitern offen in den Rücken! Unter unmittelbarer Federführung Adenauers heckte die IG-Metall-Führung gemeinsam mit den Kapitalistenvertretern den sogenannten „Bonner Vertrag“ aus, der weit unter den Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter blieb.

Die sogenannte „Große Tarifkommission“ der IG Metall setzte sich über den Streikbeschuß der Arbeiterinnen und Arbeiter hinweg und forderte die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Auch in der dritten Urabstimmung am 30. Januar 1957 sprachen sich die Arbeiterinnen und Arbeiter mit 76,24 Prozent für die Fortsetzung des Streiks aus.

Das war eine kräftige Ohrfeige für die IG-Metall-Kapitalistenpaktierer! Auf einer Versammlung warfen 500 Gewerkschaftsfunktionäre, die nicht wußten, wie sie vor die Arbeiterinnen und Arbeiter treten sollten, der Gewerkschaftsspitze so massiv „Verrat“ und „Umfallen“ vor, daß die Versammlung von der Gewerkschaftsführung vorzeitig beendet wurde. Alle weiteren Großveranstaltungen wurden schnellstens abgesagt, da ähnliche Reaktionen befürchtet wurden.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst reagierten mit größter Empörung auf den „Bonner Kuhhandel“. Vor den Streiklokalen wurden die „Streiknachrichten“ vom 29. Januar 1957 verbrannt, in denen der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit aufrief. Örtliche Funktionäre organisierten Gegenversammlungen, in denen sie mit aller Schärfe gegen die Haltung der Gewerkschaftsführung protestierten. In den Versammlungen lasen Arbeiterinnen und Arbeiter den Funktionären ihre eigenen Durchhalte-Reden vor. Auf selbstgefertigten Plakaten wurden die Parolen „Wir streiken weiter“ und „Durchhalten“ proklamiert.

Der Streik ging weiter! Um den Streik abzuwürgen, war es jetzt die IG-Metall-Führung selbst, welche die „Schlichtungsstelle“ anrief. Die Kapitalisten waren nur zu geringfügigen Verbesserungen gegenüber dem „Bonner Vertrag“ bereit. Gegen das eindeutige Streikvotum der dritten Urabstimmung der Arbeiterinnen und Arbeiter billigte die IG Metall den sogenannten „Kieler Entwurf“, der im wesentlichen bis in den Wortlaut hinein mit dem „Bonner Vertrag“ übereinstimmte.

Der IG-Metall-Vorstand mobilisierte nun aus ganz Westdeutschland seine „redegewandtesten“ Funktionäre nach Schleswig-Holstein. Diese sollten die Streikenden bearbeiten und zur „Vernunft“ bringen. Gleichzeitig begann die IG Metall ganz im Stil der Kapitalisten materiellen Druck auf die Streikenden auszuüben: Sie kürzte Sonderleistungen oder stellte diese ganz ein!

In der **vierten Urabstimmung** am 8. und 9. Februar 1957 lehnte noch immer eine Mehrheit von 57,66 Prozent den „Vermittlungsvorschlag“ ab, der nur einen Bruchteil des Forderungskatalogs berücksichtigte. Aber da gemäß Satzung der IG-Metall die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht erreicht wurde, hat die IG-Metall-Führung den Streik für beendet erklärt.

Unmittelbar wurde mit dem Streik lediglich erreicht, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter im Krankheitsfall vom vierten Tag an 90 Prozent des Nettolohnes erhalten, daß bei jedem Arbeitsunfall die Karenztagen, unabhängig von der Dauer der Arbeitsunfähigkeit, voll bezahlt werden und daß bei einer Krankheitsdauer zwischen einer und zwei Wochen 50 Prozent Nettolohn für die Karenztagen vom Kapitalisten aufzubringen sind.

Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß es letztlich das Verdienst der kämpfenden Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein im Jahr 1956 war, daß der kapitalistische Staat sich gezwungen sah, nur wenige Jahre später die Lohnfortzahlung bei Krankheit gesetzlich zu verankern. Einen nicht unwesentlichen Anteil an der Ausdauer dieses großen Kampfes hatte die konsequente Haltung großer Teile der Flensburger Werftarbeiter, die der dänischen Minderheit angehörten. Außerdem hatten kommunistisch orientierte Arbeiterinnen und Arbeiter noch großen Einfluß unter den Arbeiterinnen und Arbeitern in Kiel und der dortigen Howaldt-Werft.

Lehren und Schlußfolgerungen

Die Metallarbeiterinnen und -arbeiter haben damals ihren schweren Kampf nicht nur für sich geführt, sondern auch für die nächsten Generationen. Das muß für uns heute zusätzlich Verpflichtung und Antrieb sein, diese erkämpften Errungenschaften zu verteidigen, den Kampf weiterzuführen und die Lehren aus ihrem Streik für den heutigen und zukünftigen Kampf zu beherzigen.

Die *erste Lehre* lautet: *Wer sich auf die DGB-Führung und ihren Apparat verläßt, ist verlassen!* Der Streik für die Lohnfortzahlung 1956/57 zeigte sehr deutlich, daß die ganze Macht des DGB-Apparates nicht im Interesse des Kampfes für die berechtigten Forderungen und Ziele der Arbeiterinnen und Arbeiter entfaltet wird, sondern im Gegenteil ein Hindernis dieses Kampfes ist. Besonders deutlich war dies nach der Niederlage der DGB-Führung in der dritten Urabstimmung, als sich die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsführung mit mehr als einer Dreiviertelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks aussprachen. Die IG-Metall-Führung konzentrierte erhebliche Kräfte ihres bundesweiten Apparates in Schleswig-Holstein nicht, um den klaren Entschluß der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung ihrer Forderungen maximal zu unterstützen, sondern ganz im Gegenteil, um diesen Kampf im Interesse der Kapitalisten und ihres Staates „mit vereinter Kraft“ möglichst schnell zu beenden. Die Gewerkschaftsführung machte beim Streik 1956/57 genau das, was sie in den Jahrzehnten bis heute dann immer wieder praktizierte.

Eine *zweite Lehre* des Streiks richtet sich *gegen die Mentalität des Jammerns*, die im Grunde nur bedeutet, die eigene Untätigkeit zu entschuldigen. Der Metallarbeiterstreik hat gezeigt, daß ein Kampf

auch gegen den Willen der DGB-Führung möglich ist! Die IG-Metall-Führung mußte in zwei Urabstimmungen empfindliche Niederlagen hinnehmen. Gegen den Willen „ihrer“ Gewerkschaftsführung haben die Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Kampf über Monate hinweg fortgesetzt!

Die dritte Lehre ist: *Die klassenbewußten und revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihre eigene Klassenorganisierung schaffen!* 1956/57 wurde der Streik zwar *gegen den Willen* der IG-Metall-Führung weitergeführt, *aber nicht ohne* die Gewerkschaftsführung und ihren Apparat. Diese haben im großen und ganzen die Zügel der Organisation fest in der Hand gehalten und abgesehen von ihren zwei Abstimmungsschlappen auch die Kontrolle über das Geschehen gehabt. Das hat einen weiterreichenden Kampferfolg im Sinne der Streikziele verhindert. Das hat vor allem aber auch unmöglich gemacht, daß der Streik für die Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer weitergehenden Festigung ihres Zusammenschlusses, zu einem echten Fortschritt in ihrer Klassenorganisation geführt hat. Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, selbst Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf längerfristig und dauerhafter Erfolge erzielen.



Einleitend haben wir einen streikenden Metallarbeiter von damals zitiert, der gegenüber einer großbürgerlichen Zeitung gesagt hat: „Was nützt uns der beste Lohn, wenn man immer diese Angst vor der Krankheit haben muß.“ Im Herbst 1996, als die Regierung des deutschen Imperialismus die Errungenschaft des Metallarbeiterstreiks in hohem Maß wieder rückgängig gemacht hat, bestätigte sich jedoch gerade an diesem Bereich, daß solche Erfolge im Kapitalismus nur zeitweiligen Charakter haben und niemals wirklich gesichert sind. Insofern muß im Zusammenhang mit dem Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter vor allem auch herausgestellt werden, daß aus jedem Abwehrkampf auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen kann, wenn *die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen, das Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln diktatorisch beseitigen und für eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft kämpfen.*

Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre – Kein Wunder, sondern maßlose Ausbeutung und imperialistische Expansion!

Die Jahre zwischen 1958 und 1968 sind das Jahrzehnt mit den wenigsten Streiks in der Geschichte Westdeutschlands. Die nachfolgenden Ausführungen versuchen dazu vor allem einige wirtschaftliche Hintergründe zu beleuchten, die mit dem sogenannten „Wirtschaftswunder“ zusammenhängen. Die ideologischen und politischen Hintergründe können dabei nur kurz angerissen werden und müssen an anderer Stelle vor allem im Zusammenhang mit der Analyse des Verrats der modernen Revisionisten im allgemeinen und der SED- und KPD-Revisionisten im besonderen analysiert werden.

Doch auch bei der Darlegung einiger ökonomischer Aspekte muß eins von vornherein bewußt sein: Die Ausgangssituation war 1945, daß der deutsche Nazismus mit seiner Versklavungs- und Völkermordpolitik unsagbare Verbrechen an den Völkern begangen hatte, daß das deutsche Volk große Mitschuld an den Verbrechen des deutschen Imperialismus hatte, daß die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen und die Reparationen notwendig und gerecht waren. Jede Darstellung, welche diese Grundvoraussetzung ausblendet, ist von vornherein falsch und gerät in ein chauvinistisches, ja pronazistisches Fahrwasser.

Das stets vor Augen müssen aber selbstverständlich dennoch die Fakten analysiert werden, um die Demagogie vom „Wirtschaftswunder“ zerschlagen zu können.



Klassenmäßig und realistisch betrachtet ist das „deutsche Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg nichts Wundersames.

Das Bild von zerstörten Stadtteilen täuscht darüber, daß am Ende des Krieges nur 10–20 Prozent der Fabriken in Deutschland zerstört war. Das war gerade soviel, wie im Krieg an neuen Anlagen hinzugekommen waren. Das Industriepotential des Jahres 1945 entsprach in etwa dem Stand des Jahres 1939.

Auch für Reparationen vorgenommene Demontagen verschlechterten die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg des westdeut-

schen Imperialismus kaum. In Westdeutschland wurden lediglich bis 1951 und insgesamt nur 5–8 Prozent der Industrieanlagen demonstriert. Demontierte Anlagen wurden meist wenig später durch hochmoderne Maschinen ersetzt. Damit wurde auf längere Sicht sogar noch ein Vorteil gegenüber der imperialistischen Konkurrenz herausgeholt!

Hinzu kam, daß Westdeutschland als „Frontstaat“ gegen die Sowjetunion fungierte und daher massiv von den westlichen Imperialisten unterstützt wurde.

Neben der sogenannten „Währungsreform“ und dem Marshall-Plan war der Koreakrieg ein großer Schub, der die westdeutsche kapitalistische Wirtschaft vorantrieb (allein von Juli bis September 1950 stieg die Produktion um mehr als 20 Prozent). Die westdeutschen Monopolkapitalisten entwickelten insbesondere auch Produktionszweige, die ihre imperialistischen Hauptkonkurrenten infolge der beschleunigten Aufrüstung vernachlässigen mußten. Große Vorteile zogen sie aus der erhöhten Nachfrage nach Industrieprodukten, besonders industrielle Ausrüstungen, Pkws und Lkws, nach chemischen und elektrotechnischen Erzeugnissen, die durch den amerikanischen Aggressionskrieg in Korea auf dem kapitalistischen Weltmarkt hervorgerufen wurde. So konnten die westdeutschen Imperialisten rasch verlorengegangene Exportmärkte zurückerobern.

Die günstigen Verwertungsbedingungen des Kapitals wurden entscheidend durch die relativ **niedrigen Löhne**⁸⁹ in Westdeutschland beeinflußt. Hinzu kam, daß reichlich billige und hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung standen (rund 14 Millionen Flüchtlinge und Umgesiedelte).⁹⁰

⁸⁹ Ende des Jahres 1951 erhielten 66 Prozent aller Arbeiter der gewerblichen Wirtschaft monatlich weniger als 300 DM netto, dabei lag das offizielle Existenzminimum bei 328,59 DM. 1953 verdienten 42 Prozent aller Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte weniger als 250 DM. Das sind insgesamt 6,4 Millionen (vgl. Müller, Eva, „Zur materiellen Lage der Industriearbeiter Westdeutschlands“, Berlin 1957, S. 66)

⁹⁰ Der revanchistisch-nazistische Minister Oberländer formuliert dies 1953 ganz klar:

Die reaktionäre Wirtschaftspolitik des Staates war systematisch darauf gerichtet, die „Kapitalbildung“ und die Investitionen, vor allem auch im Bereich der Schwerindustrie, zu fördern. Der Revanchistenstaat wurde zum größten Kreditgeber der Kapitalisten. Von 1950 bis 1954 stellte der Staat mehr als zwei Drittel der langfristigen Finanzierungsmittel. Die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erlaubte jährliche Investitionen von mehr als 22 Prozent des Bruttosozialproduktes.

Die elenden Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland

Allerdings waren es nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen „goldene“ Jahre. Wenn es in den fünfziger Jahren ein „Wunder“ gab, dann war es ein Ausbeutungswunder. Die Hauptquelle der hohen Investitionen und der schnellen Wachstumsrate der westdeutschen Industrieproduktion war die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die westdeutschen Industriearbeiter standen 1954 mit der Kaufkraft ihres Lohnes für eine Arbeitsstunde von 16 kapitalistischen Ländern an drittletzter Stelle. Bei den Preisen für Lebensmittel rangierte Westdeutschland bei diesen Ländern dagegen an vierter Stelle!⁹¹

Dadurch waren große Massen von Arbeiterinnen und Arbeitern gezwungen, minderwertigere Lebensmittel zu kaufen, was bedeutet, daß sich die Qualität ihrer Ernährung verschlechtert hat.⁹²

Fortsetzung der Fußnote

„Die westdeutsche Wirtschaft konnte neben vielen anderen Voraussetzungen nur deshalb aufblühen, weil sie in den Heimatvertriebenen und später in den Sowjetzonenflüchtlingen über ein bisher unerschöpfbares Reservoir von billigen Arbeitskräften verfügte.“
 („Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, Bonn, 1.12.1953; zitiert nach: Müller, Eva, „Zur materiellen Lage der Industriearbeiter Westdeutschlands“, Berlin 1957, S. 73)

⁹¹ Vgl. „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Deppe, Frank / Fülberth, Georg / Harrer, Jürgen (Hrsg.), Köln 1977, S. 350/351.

⁹² Vgl. Müller, Eva, „Zur materiellen Lage der Industriearbeiter Westdeutschlands“, Berlin 1957, S. 38–42.

Die durchschnittliche Arbeitszeit in Westdeutschland betrug 1954 51 bis 52 Stunden in der Woche.⁹³

Rechnet man den Arbeitstag vom Verlassen der Wohnung an bis zur Rückkehr, so lag die wöchentliche Arbeitszeit 1955 bei 66 Stunden.⁹⁴ Gerade für Jugendliche und Auszubildende war die Arbeitszeit häufig extrem hoch. Eine Rundfrage des DGB bei 300 jugendlichen Facharbeitern und Lehrlingen in Kiel ergab, daß 77 Prozent der Befragten zwischen 50 und 72 Wochenstunden arbeiten mußten.⁹⁵ Auch Kinderarbeit war keine Seltenheit.⁹⁶

Hauptmittel zur Erhöhung der Ausbeutung war allerdings die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die wiederum in starkem Maße auf eine zunehmende Arbeitshetze zurückzuführen war. Das kam eindeutig in den enorm gestiegenen Arbeitsunfallziffern zum Ausdruck. Von 1950 bis 1960 wurden in Westdeutschland 22,7 Millionen Arbeitsunfälle registriert, von denen 82 910 tödlich verliefen.⁹⁷ Damit stieg die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten von 99,4 je 1 000 Beschäftigte im Jahr 1950 auf 149,1 je 1 000 im Jahr 1960.⁹⁸

Doch nicht nur niedrige Löhne, schlechte Ernährungslage und Arbeitshetze bestimmten die elende Lage der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland.

Auch das Erwerbslosenheer, die Reservearmee des Kapitals, und ihre elende Lebenslage sind Teil des sogenannten „Wirtschaftswunders“. 1952 gab es offiziell 1 379 000 Erwerbslose sowie 585 000 erwerbslose Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren und

⁹³ Vgl. „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Deppe, Frank / Fülberth, Georg / Harrer, Jürgen (Hrsg.), Köln 1977, S. 351.

⁹⁴ Vgl. Mauritschat, Gerd, „Die zunehmende Vereilendung der Arbeiterklasse in den Jahren des westdeutschen Nachkriegsaufschwungs“, Berlin 1960, S. 53.

⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 51.

⁹⁶ Vgl. ebenda.

⁹⁷ Vgl. „Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED (Hrsg.), Berlin 1966, Band 8, S. 177.

⁹⁸ Vgl. Stuttgarter Aktionskomitee „Weg mit dem Wehrkunde-Erlass“, „Die Geschichte des Militarismus in der BRD, seine Propaganda heute“, Stuttgart 1972, S. 20.

600 000 kurzarbeitende Männer und Frauen zwischen 25 und 65 Jahren.⁹⁹

Die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung bzw. Arbeitslosenfürsorgeunterstützung betrug teilweise nicht einmal die Hälfte des offiziellen Existenzminimums.¹⁰⁰

Ebenfalls miserabel waren die Wohnverhältnisse. Die meisten lebten 1950 in völlig überfüllten Wohnungen mit mehreren Familien gleichzeitig. 5 Prozent der Bevölkerung, 2 230 000 Menschen mußten in elenden Notbehausungen und Baracken leben.¹⁰¹ Selbst 1956 fehlen noch 3,2 Millionen Wohnungen.¹⁰²

Auf der Basis der verschärften Ausbeutung riesige Profite für die Stärkung des westdeutschen Imperialismus

Während sich die materielle Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter in den ersten Jahren nicht wesentlich verbesserte, sich sogar im Verhältnis zur Lage vor dem Krieg noch verschlechterte, wurden auf ihrem Rücken wieder riesige Gewinne eingefahren.

Zehn Jahre nach der Währungsreform zeigte sich das „Wirtschaftswunder“ u. a. in folgendem:

⁹⁹ Vgl. Müller, Eva, „Zur materiellen Lage der Industriearbeiter Westdeutschlands“, Berlin 1957, S. 10 und 13.

¹⁰⁰ 1952 wurden 153 DM an Arbeitslosenunterstützung und 102 DM an Arbeitslosenfürsorgeunterstützung gezahlt. (Vgl. Müller, Eva, „Zur materiellen Lage der Industriearbeiter Westdeutschlands“, Berlin 1957, S. 77).

¹⁰¹ Die „Deutsche Volkszeitung“ vom 26. Juni 1953 beschreibt eine solche Notbehausung:

„Draußen ist heller Nachmittag, drinnen brennt immer eine nackte Birne. Eine Familie mit 6 Kindern wohnt in einem Raum 4x5 Meter (halbe Hütte). Für 29 Häuser gibt es einen Wasserhahn am Ende der Straße und eine Toilette. Wassertragen 600 Meter weit muß eine 79 Jahre alte Frau, auch im Winter bei vereisten Wegen.“

(Zitiert nach: Müller, Eva, Zur materiellen Lage der Industriearbeiter Westdeutschlands, Berlin 1957, S. 97)

¹⁰² Müller, Eva, „Zur materiellen Lage der Industriearbeiter Westdeutschlands“, Berlin 1957, S. 92.

Ende 1958 beliefen sich die Auslandsaktiva der Deutschen Bundesbank wieder auf 27 Milliarden DM.

Der Wert der Exporte der westdeutschen Industrie erhöhte sich zwischen 1956 und 1965 um 232 Prozent, so daß schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre der westdeutsche Imperialismus zur stärksten Handelsmacht Westeuropas wurde.¹⁰³

Von den 20 größten Konzernen der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) befanden sich 13 in Westdeutschland, und 1960 entfielen 44 Prozent der Industrieproduktion aller EWG-Länder auf Westdeutschland.¹⁰⁴

Die Profite der 50 größten westdeutschen Aktiengesellschaften stiegen von 1950 bis 1962 auf fast das Siebenfache. Jährliche Steigerungsraten von 30 bis 40 Prozent waren nicht selten. Demgegenüber sank der Anteil der Arbeiterklasse am Gesamteinkommen von etwa 46 Prozent im Jahr 1950 auf weniger als ein Drittel im Jahr 1963.¹⁰⁵

Der Kriegsverbrecher Friedrich Flick z. B., dessen Vermögen steuermäßig auf 1,6 Milliarden DM veranschlagt wurde, bezog 1962 allein von der Daimler-Benz AG 20 Millionen DM an Dividenden. Das entsprach dem Jahreslohn von mehr als 3 000 Arbeiterinnen und Arbeitern der Autoindustrie.¹⁰⁶

Die materielle Grundlage für die „Wirtschaftswunder“-Demagogie

Die zunehmende soziale Ungerechtigkeit schloß allerdings nicht aus, daß sich für erhebliche Teile der Arbeiterklasse der materielle Lebensstandard in dieser Zeit erhöhte. Die Kapitalisten benutzten einen Teil ihrer geradezu märchenhaften Profite nicht nur dazu, um die Oberschicht der Arbeiterklasse, die Arbeiteraristokratie, mit ho-

¹⁰³ Vgl. „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Deppe, Frank / Füllerth, Georg / Harrer, Jürgen (Hrsg.), Köln 1977, S. 375.

¹⁰⁴ Vgl. „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED (Hrsg.), Berlin 1966, Band 8, S. 174.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 361.

¹⁰⁶ Ebenda.

hen materiellen Zuwendungen zu bestechen. Darüber hinaus machten sie vor allem ab Ende der fünfziger Jahre auch materielle Zugeständnisse an breitere Teile der Arbeiterschaft, um diese so vom Klassenkampf abzuhalten. Vor allem im Bergbau und in der Rüstungsindustrie wurden die Arbeiter wesentlich besser bezahlt, um gerade in diesen wichtigen Industrien für den westdeutschen Imperialismus die ökonomischen Tageskämpfe abzufangen. Sie waren dazu vor allem deshalb in der Lage, weil sie sehr bald auch wieder gewaltige Extraprofite aus der imperialistischen Ausplünderung der Arbeiterinnen und Arbeiter und geknechteten Volksmassen anderer Länder herausholten.

Von 1954 bis 1959 zog der westdeutsche Imperialismus aus dem Warenhandel mit abhängigen Ländern Extraprofite in Höhe von vier Milliarden DM. Der Kapitalexport in diese Länder stieg von 346 Millionen DM im Jahr 1956 auf fast zwei Milliarden DM im Jahr 1959.¹⁰⁷

Vor diesem Hintergrund konnten sich die westdeutschen Ausbeuter bei der Erfüllung von Forderungen mitunter auch „großzügig“ geben. Durch die Rentenreform von 1957 z. B., die als „wichtigstes soziales Reformwerk seit Bismarck“ gepriesen wurde, erhielten die Rentner die „dynamische“, an den Bruttolohn gebundene Rente. Dazu kamen „freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber“, die Erhöhung des gesetzlichen Urlaubs usw. Diese dienten dazu, durch Lohnzuschläge, Ernennung zu Ehrenangestellten des Betriebes usw. innerhalb der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten zu differenzieren und privilegierte, unternehmenshörige Schichten abzusondern.

Um den Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu verschleiern, wurde auch die Propaganda vom „Volkskapitalismus“, von der „Einkommensbildung in Arbeitnehmerhand“ durch „Volksaktien“ und dergleichen mehr inszeniert. Im November 1957 erklärte der Bankier Hermann Abs auf einer internen Beratung führender Vertreter des Monopolkapitals und der Regierung, daß es

¹⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 175.

wichtig sei, „einige Millionen Westdeutscher als Kleinaktionäre mit diesem System enger zu verbinden“.¹⁰⁸

Diese ganze Demagogie hätte kaum wirken können, wenn sie nicht auch an realen „Erfolgen“ hätte anknüpfen können. Das Bruttonsozialprodukt wuchs in diesen Jahren relativ stetig und erreichte in den Boomjahren mitunter eine zweistellige reale Zuwachsrate. Selbst als es in Westdeutschland 1958 zu Krisenerscheinungen kam, trat kein allgemeiner Produktionsrückgang ein, sondern verlangsamte sich nur das Wachstum. Parallel dazu sank die Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent im Jahr 1950 bis auf 0,7 Prozent im Jahr 1962.¹⁰⁹



Das alles bot den *objektiven Nährboden* für Illusionen von der ewig währenden Prosperität, vom Anbruch eines neuen Zeitalters des zunehmenden allgemeinen Wohlergehens auch für die Masse der Werkätigen. Zugleich war dies die Grundlage für widerliche Deutschtümelei, für den alles verderbenden nationalen Chauvinismus, für die unsägliche Überheblichkeit, daß „wir Deutschen“ im Grunde doch alles besser könnten als alle anderen.

Angesichts des sogenannten „Wirtschaftswunders“, angesichts des KPD-Verbots 1956 und vor allem auch angesichts der völligen Liquidierung der KPD als antiimperialistische und kommunistische Kraft durch die modernen Revisionisten kam es nicht nur zu einem zahlenmäßigen Rückgang der Kämpfe, sondern die reaktionäre Gewerkschaftsführung und die SPD errang für mehrere Jahre die weitgehend ungehinderte Kontrolle über die Arbeiterbewegung. Insgesamt waren die Jahre von 1958 bis 1968 die Zeit mit den wenigsten Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in Westdeutschland.

Hinter den Erscheinungen des „Wirtschaftswunders“ stand jedoch das unverändert ausbeuterische und räuberische Wesen des Kapitalismus, ein unerhörtes Maß der Ausbeutung der Kernschichten der Arbeiterklasse, insbesondere der untersten Schichten des Proletariats. Deshalb mußten diese Phänomene objektiv kein Grund für einen

¹⁰⁸ Zitiert nach: „Der Spiegel“, Nr. 8/1959, S. 18.

¹⁰⁹ Vgl. „Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland“, Hemmer, Hans-Otto / Schmitz, Kurt Thomas (Hrsg.), Köln 1990, S. 211.

Rückgang der Arbeiterbewegung sein; zumal schon Anfang der sechziger Jahre sich abzeichnete, daß alle Vorstellungen von einem krisenfrei immer weiter aufstrebenden „Volkskapitalismus“ auf Sand gebaut sind.

1961 sank die Wachstumsrate der industriellen Produktion, die im Jahr 1960 noch etwas über 11 Prozent betragen hatte, auf 5,1 Prozent und 1962 weiter auf 4,5 Prozent.¹¹⁰ Auch die Kapitalistenprofite wurden kleiner. Die Kapitalisten versuchten das Sinken ihrer Profite zu verhindern, indem sie unter dem Motto „Maßhalten!“ die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter herabdrücken wollten. In diesem Zusammenhang kam es mit dem Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter 1963 erstmalig seit 1956/57 wieder zu einem großen gewerkschaftlichen Lohnstreik, nachdem es in den Jahren 1960 und 1961 durchaus auch eine Reihe von vorwiegend spontanen Streiks gegeben hatte.

Eine kommunistisch geführte revolutionäre Arbeiterbewegung hätte auch unter diesen Bedingungen wachsen können! Der wirkliche und entscheidende Grund für den Rückgang der Arbeiterbewegung seit Ende der fünfziger Jahre war ihre politische und ideologische Köpfung durch die restlose revisionistische Versumpfung der KPD.

¹¹⁰ Vgl. „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED (Hrsg.), Berlin 1966, Band 8, S. 359.

Die Septemberstreiks 1969

Auf die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst kommt es an!

Die erste große Streikbewegung ohne und gegen die Gewerkschaftsführung!¹¹¹

Um die Bedeutung der Septemberstreiks 1969, ihre große Wirkung weit über ihren konkreten Anlaß und ihre unmittelbare Zielsetzung hinaus zu verstehen, müssen wir uns einige Hintergründe der damaligen Zeit vergegenwärtigen.

Durch die Verschärfung der Widersprüche weltweit und in Westdeutschland zeichnete sich Mitte der 60er Jahre eine Zuspitzung der Konflikte und Kämpfe ab. Die Krise 1966/67, die erstmals seit der Gründung des westdeutschen Staates zu einem absoluten Produktionsrückgang führte, zeigte deutlich, daß es mit dem angeblichen „Wirtschaftswunder“ und der „Wohlstandsgesellschaft“ bergab ging und die „Gefahr sozialer Unruhen“ zunahm.

Um die Ketten enger zu ziehen, bildeten die westdeutschen Imperialisten 1966 die Regierung der „Großen Koalition“ von CDU/CSU und SPD. Gleichzeitig zogen die Nazis mit bis zu 10 Prozent in mehrere Landtage ein.

Wichtigstes Vorhaben der „Großen Koalition“ war die Verabschiebung der sogenannten „Notstandsverfassung“ und „Notstandsgesetze“ am 30. Mai 1968, um bei „drohender Gefahr“ für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ dem offen terroristischen Vorgehen gegen die aufbegehrende Arbeiterklasse einen legalen Anstrich zu geben. **Gegen die Notstandsgesetze** protestierten Hunderttausende in Demonstrationen, Kundgebungen usw. Am Sternmarsch nach Bonn nahmen 40 000 teil, darunter 3 000 Kölner Ford-Arbeiterinnen und

¹¹¹ Seit den von der KPD geführten Kämpfen in den vierziger- und fünfziger Jahren.

-Arbeiter. In Frankfurt/Main demonstrierten Tausende von Arbeitern und Arbeitern, in ca. 30 Betrieben verließen sie die Fabriken. Die DGB-Führung hintertrieb den Kampf jedoch und verriet ihn dann ganz offen. Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes kündigte die DGB-Führung ihre bis dahin in diesem Punkt praktizierte Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Opposition auf und boykottierte die gemeinsam geplante Protestdemonstration in Bonn.

Während die westdeutschen Imperialisten, gestützt auf die Arbeiteraristokratie, sich auf die Niederhaltung der noch ziemlich schwachen Arbeiterbewegung konzentrierten, entwickelte sich besonders seit 1968 eine *breite Jugend- und Studentenbewegung* als Teil einer weltweiten antiimperialistischen Solidaritätsbewegung vor allem gegen den Vietnamkrieg. In ihren konsequentesten Teilen richtete sich diese spontane Protestbewegung gegen die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparats, gegen die demagogische Meinungsmaße der bürgerlichen Presse, gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem insgesamt. Die Studentenbewegung wurde von revolutionär gesinnten, aber nicht kommunistischen Kräften angeführt. Kleinbürgerliche Ideologien hatten großen Einfluß. Der moderne Revisionismus spielte mit seiner 1968 gegründeten DKP und gestützt auf den revisionistischen Staatsapparat der DDR auch eine gewisse Rolle. Eine große Inspiration für revolutionär orientierte Kräfte war dagegen das Vorbild der Roten Garden der *Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China* sowie auch die *Pariser Mairevolution 1968*, die durch gemeinsames Handeln der Studenten- und Arbeiterbewegung den kapitalistischen Staat zeitweise in Gefahr brachte. Nicht zuletzt fühlten sich die fortschrittlichsten Teile der Jugend- und Studentenbewegung aber gerade auch durch den beginnenden Aufschwung der westdeutschen Arbeiterbewegung durch die Welle der *spontanen Septemberstreiks 1969*, ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, zur Arbeiterklasse und zum wissenschaftlichen Kommunismus hingezogen.

Die Septemberstreiks waren – in Verbindung mit all den anderen erwähnten Faktoren – insbesondere auch ein *Ausgangspunkt* für die mühsamen und sehr schwachen Ansätze der Neuformierung der sich am Kommunismus orientierenden und sich gegen den Revisionismus stellenden Kräfte in der Arbeiterklasse selbst.

Konkreter Auslöser

Die Krise 1966/67 war nicht zuletzt durch einen erheblichen Lohnabbau 1967 und durch den Lohnstopp 1969 in eine Gewinnexplosion von bis dahin einmaliger Höhe übergegangen. Unter dem Deckmantel der „gesamtwirtschaftlichen Verantwortung“ versuchten die Kapitalisten und ihr Staat diese gesteigerte Ausbeutung mit Hilfe der Gewerkschaftsführung durch eine Tarifpolitik unter Staatsaufsicht („konzertierte Aktion“) abzusichern. Doch viele tausend Arbeiterinnen und Arbeiter ließen sich das im September 1969 nicht mehr gefallen!

Ausgelöst wurden die Kämpfe durch den *Streik auf der „Westfalenhütte“ von Hoesch in Dortmund*. Da dieser richtungsweisende Bedeutung hatte und praktisch die Initialzündung für die ganze Welle spontaner Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung war, sollen konkret die Aktionen der Hoesch-Arbeiterinnen und Arbeiter im folgenden exemplarisch herausgestellt werden.

Die großartige Streikaktion und Kampfdemonstration der Hoesch-Arbeiterinnen und -Arbeiter

Als erstes platzt in Dortmund den Stahlarbeitern der Kragen! Am 2. 9. 69 lassen sich Arbeiterinnen und Arbeiter der „Westfalenhütte“ nicht länger von den Verhandlungen zwischen Direktion und Gewerkschaftsführung hinhalten. Die Direktion hatte die Forderung der Gewerkschaft nach 20 Pfennig innerbetrieblicher Zulage abgelehnt und statt dessen nur 15 Pfennig angeboten. 10 000 Arbeiterinnen und Arbeiter legen am 2. September 1969 die Arbeit nieder und treten in den Streik. Die Arbeiterinnen und Arbeiter stellen *ihre eigenen Forderungen auf und wählen ihre eigenen Kampfmethoden*.

Um 9 Uhr ist die gesamte Schicht – 5 000 Mann – vor dem Gebäude der Hauptverwaltung versammelt. Als die Hoesch-Kapitalisten plötzlich 20 Pfennig Zulage versprechen, fordern die Arbeiterinnen und Arbeiter auf Plakaten und mit Sprechchören bereits *30 Pfennig für alle und sofort*. Die Parole lautet: „Wir lassen uns nicht weichmachen! Entweder 30 Pfennig – oder wir bleiben wochenlang vor diesem Haus. 30 Pfennig mehr! Ausbeuter! Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter 30 Pfennig will!“ Eine Puppe mit dem Namen des Konzernchefs Dr. F. Harders wird vor dem Verwaltungsgebäude aufgehängt.

Ein Lautsprecherwagen der Werksfeuerwehr wird zum Informationszentrum gemacht und dient während des ganzen Streiks als „Rote Streikzentrale“. Damit die Werksleitung den Wagen nicht entwinden kann, wird die Luft aus den Reifen gelassen und der Wagen auch nachts besetzt gehalten.

Um zu verhindern, daß die Werksleitung mit ihrem Werkschutz die Eingänge kontrolliert, **besetzen 1 000 Arbeiter das Direktionsgebäude**. Damit wurde das Werk faktisch **besetzt**. Die Orts- wie die Bezirksleitung der IG Metall distanziert sich von den „innerbetrieblichen Arbeitsniederlegungen“.

Als der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Pfeiffer die versammelten Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufruft, wird er ausgebuht.

In der Nacht erreicht die streikenden Arbeiter der „Westfalenhütte“ die Nachricht, daß auch in den Zweigwerken „Phoenix“ und „Union“ die Arbeit niedergelegt worden ist. Aus den Reihen der 500 Arbeiter, die während der ganzen Nacht vor dem Gebäude der Hauptverwaltung ausharren, werden Kommissionen gebildet, welche zu den beiden Werken fahren, um Kontakt aufzunehmen.

Am zweiten Streiktag greifen die Streikenden zu einem Kampfmittel, das eine tiefe Wirkung in der Öffentlichkeit hinterläßt: **sie demonstrieren durch die Innenstadt von Dortmund**.

Noch vor der Demonstration wird durch den Lautsprecherwagen bekanntgegeben, daß der Vorstand und die Betriebsratsvorsitzenden sich an einem geheimen Ort besprechen. Diese Nachricht löst bei den Streikenden neuerlich heftige Empörung aus.¹¹²

Drei Demonstrationszüge setzen sich aus dem Werk „Union“ in Marsch. Die Arbeiter von „Phoenix“, die bereits kurz nach der „Westfalenhütte“ ebenfalls in den Streik getreten sind, demonstrieren ebenfalls in Richtung Hauptverwaltung. Die Streikenden der „Westfalenhütte“ marschieren ihren Kollegen entgegen. Zurückgelassen werden nur etwa 100 bis 200 Arbeiter als Bewachung des Lautsprecherwagens. Starke Empörung herrscht, als mitgeteilt wird, daß die Betriebsratsvorsitzenden der drei Werke an einem unbekannten Ort mit dem Kapitalistenchef Harders zusammentreffen. In der Innenstadt begegnen sich 10 000 streikende Arbeiter und Arbeiterinnen

¹¹² Am 9.9.1969 heißt es in der FAZ:

„Der Betriebsrat von Hoesch, zwischen dem und der Unternehmensleitung es in keinem Zeitpunkt Differenzen gegeben hat, konnte nur durch Hintertüren das Werksgelände verlassen, um mit dem Vorstand an einem geheimgehaltenen Ort zusammenzutreffen.“

aus den drei Werken, die allesamt in blauer Arbeitskleidung demonstrieren. Auf dem Weg durch die Stadt werden alle Wahlplakate der NPD vernichtet. Die NPD hatte mit deutsch-nationalistischen Parolen gegen den Streik gehetzt und Flugblätter auf den Straßen verteilt, in welchen es heißt: „Denkt an Deutschland und nicht an ein paar Pfennig mehr Lohn“. Unmittelbar nach dem Streik hat eine Vertrauensleute-Vollversammlung einen Aufruf zur Teilnahme an Anti-NPD-Aktionen beschlossen. Auf Verkehrsschilder wird die Zahl 30 geschrieben. Die „Bild-Zeitung“ wird von Streikenden verbrannt, weil sie den Streik überhaupt nicht erwähnt. In der Innenstadt begegnen sich die drei Demonstrationszüge. Die Arbeiter werfen ihre Helme hoch, umarmen sich. Die Demonstranten ziehen vor das Gebäude der Hauptverwaltung.

Unter dem Eindruck dieser Kampfentschlossenheit sieht sich die Geschäftsleitung nach einer Stunde gezwungen, die Forderung der Arbeiter und Arbeiterinnen zu akzeptieren. Die Streiktage werden bezahlt. Insgeamt streiken am 2. und 3. September 1969 bei der Hoesch AG in Dortmund 27 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Funke springt auf andere Betriebe über; vom Ruhrgebiet auch ins Saarland, nach Bayern und Schleswig-Holstein. Wir greifen hier konkret noch einen Streik im Saarland heraus.

„Jetzt sprechen wir“ – Der Streik der Walzwerker der Neunkirchener Eisenwerke

Als der Streik bei Hoesch bekannt wird, treten am 3. 9. 1969 auch die Walzwerker der Neunkirchener Eisenwerke in den Streik. Sie ziehen vor das Verwaltungsgebäude und fordern „50 Pfennig mehr für jeden Mann“. Zwei Delegierte werden benannt, welche die Betriebsleitung und den Betriebsrat informieren sollen. Zu einem Vorstandsmitglied sagen sie: „Entweder unsere Forderung wird erfüllt – oder wir streiken.“ Die „Saarbrücker Zeitung“ sieht den „Hoesch-Bazillus“ wirken. Als die Betriebsleitung lächerliche 15 Pfennig mehr anbietet, beginnt der Streik. Die Belegschaften der Zweigbetriebe Gersheim und Homburg schließen sich dem Streik an. Die Arbeiter **besetzen die Mischer**, um eine Fortsetzung der Produktion zu verhindern. Die Direktoren werden im Direktionsgebäude zur Rede gestellt. Die Streikenden lassen sich von demagogischen Zahnspielereien nicht beeindrucken, mit denen die Direktoren beweisen wollen, daß die Verwirklichung der Streikforderung nach 50 Pfennig Lohnerhöhung den Ruin bedeute: „Wir lassen uns auf das Zahlenspiel nicht ein. Ihr könnt uns blauen Dunst vormachen. Wir können das nicht kontrollieren.“ Die Arbeiter treten selbstbewußt für ihre Forderungen auf. Ein Arbeiter ruft den Direktoren zu: „Schweigen Sie, jetzt sprechen wir! Und wenn Sie un-

sere Forderungen nicht erfüllen, so streiken wir eine Woche, zwei Wochen, drei Wochen!“

Um ihre Forderungen auch außerhalb des Werksgeländes sichtbar zu vertreten, organisieren die Streikenden – wie die Stahlarbeiter von Hoesch in Dortmund – eine Demonstration durch die Stadt. Voran wird eine rote Fahne getragen, die von einem Arbeiter im Betrieb angefertigt worden ist.

Die Gewerkschaftsführung schickt ihren Bezirksleiter Pleitgen ins Saarland, um den Streik in den Griff zu bekommen. Pleitgen klüngelt mit der Geschäftsleitung und erreicht als „großartiges“ Verhandlungsergebnis das Versprechen, daß angeblich „innerbetriebliche Lohnregelungen kurzfristig in Angriff genommen werden“. Doch *die Arbeiter vom Neunkirchener Stammwerk lassen sich nicht mehr durch Versprechungen einlullen*. Sie setzen den Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fort.

Am nächsten Tag versammeln sich die Streikenden wieder vor dem Verwaltungsgebäude. Unter diesem Druck wird am 8. 9. der Forderung nach 50 Pfennig mehr nachgegeben.

Solidarität von Studentinnen und Studenten mit den Streikenden

Der längste Streik fand vom 9. bis 19. 9. bei den Howaldtwerken Deutsche Werft AG in Kiel statt. Auch hier nahm der Streik die Form einer faktischen Betriebsbesetzung an. Der ASTA, d. h. die allgemeine Studentenvertretung der Universität Kiel, übte aktive Solidarität mit den Arbeitern der Howaldtwerke Deutsche Werft AG, indem sie den Streikenden ihr Büro zur Verfügung stellten, Solidaritätserklärungen verfaßten usw. Darin heißt es zum Beispiel:

„Ihr werdet durch euren Streik einen höheren Stundenlohn bekommen. Doch an einer Tatsache werdet ihr nichts ändern: die Unternehmer werden weiterhin versuchen, von den Werten, die ihr Arbeiter schafft, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften und für ihre Ziele zu verwenden, und der Staat wird ihnen dabei helfen. Das hat die konzertierte Aktion bewiesen. Die Ausbeutungsverhältnisse kann man nur bekämpfen, wenn alle die zusammenhalten, die sie erfahren und erkennen: Arbeiter, Studenten, Schüler.“¹¹³

¹¹³ Abgedruckt in: „Die Septemberstreiks 1969, Darstellung, Analyse, Dokumente“, IMSF (Hrsg.), Frankfurt/Main, November 1969, Dokumenten-Anhang S. 108.

Auch die Studentenschaft der Universität des Saarlandes solidarisiert sich mit dem Streik der Arbeiter, hier konkret der Bergarbeiter. In einem Flugblatt heißt es treffend:

„Verlaßt euch nicht auf eure ‚Vertreter‘ in den Betriebsräten und Gewerkschaften. Zum Beispiel der Betriebsratsvorsitzende der Grube Jägersfreude, Max Schneider, ist ein Bonze von der schlimmsten Sorte. Er kassiert Gehälter für folgende Posten: 1. Aufsichtsratsmitglied der Saarbergwerke. 2. Erster Beigeordneter der Stadt Sulzbach. 3. CDU-Mitglied des Saarl. Landtages. Wenn man ihn auf der Grube sprechen will, ist er im Landtag, wenn man ihn im Landtag sprechen will, ist er in Sulzbach.“¹¹⁴

Abwiegelei der DKP-Revisionisten

Die DKP-Revisionisten haben über die Septemberstreiks zahlreiche Bücher mit umfangreichen Darstellungen veröffentlicht. Bezeichnend ist, daß sie selbst darin ihre eigene Rolle als Abwieger hervorkehren. Als Verdienst rechnen sie sich an, daß sie während der Auseinandersetzungen den Gewerkschaftsbürokraten und Arbeiteraristokraten in kritischen Momenten zur Seite gesprungen sind, um sie vor dem Zorn der Arbeiterinnen und Arbeiter in Schutz zu nehmen. Als z. B. bei Hoesch der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Pfeiffer von den Arbeiterinnen und Arbeitern ausgebuht wird, weil er zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrief, war es ein DKP-Revisorist, der sich schützend vor ihm stellte:

„Er wird vor der Belegschaft von einem kommunistischen (DKP, A. d. V.) Arbeiter verteidigt.“¹¹⁵

„Sie (die Sozialdemokraten, A. d. V.) waren erleichtert darüber, daß die Kommunisten sich gegen antigewerkschaftliche Stimmungen wandten. Der BR-Vors. Pfeiffer lobte öffentlich die DKP-Betriebszeitung.“¹¹⁶

Das geht soweit, daß ein DKP-Mitglied bei Hoesch ein Verbot der Kritik an der Gewerkschaftsführung und ihrer Politik durchsetzen

¹¹⁴ Abgedruckt in: ebenda, Dokumenten-Anhang S. 107.

¹¹⁵ Ebenda, S. 62.

¹¹⁶ Ebenda, S. 64.

wollte. Als bei der „Roten Streikzentrale“ in einem Beitrag über Megaphon ausgeführt wurde, daß man sich nicht auf den DGB-Apparat verlassen könne, sondern vielmehr die Dinge selber in die Hand nehmen müsse, erklärte ein DKP-Mitglied:

„... wir werden von nun an niemanden mehr sprechen lassen, der gegen den BR und die Gewerkschaft auftritt.“¹¹⁷

Der Trick besteht hier darin, die Anprangerung der DGB-Führung und ihres Apparats als „antigewerkschaftliche Position“ zu denunzieren.

Die Bedeutung der Septemberstreiks

Die Septemberstreiks erfaßten zwischen dem 2. und 20. September 1969 insgesamt 69 bestreikte Betriebe mit 140 000 Streikenden. Statistisch ergibt dies 532 308 Streiktage. Es streikten Arbeiterinnen und Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie (mehr als 230 000 Streiktage), des Steinkohlen-Bergbaus an Ruhr und Saar (49 000 Ausfallschichten), der metallverarbeitenden Industrie, aber auch einige Betriebe der Textilindustrie, der Chemieindustrie sowie des ÖTV-Bereichs.

Die Septemberstreiks waren ökonomische Kämpfe für Lohnerhöhungen sowie auch für die Beseitigung inner- und zwischenbetrieblicher Lohndifferenzen bei gleicher Leistung. Hervorzuheben ist, daß im allgemeinen lineare Forderungen gestellt werden, z. B. „30 Pfennig mehr für alle!“, und nicht Prozentforderungen, welche vor allem den oberen Lohnkategorien zugute kommen. Auch wenn die Forderungen der Streikenden nicht über den Rahmen eines Kampfes für den besseren Verkauf der Arbeitskraft hinausgingen, zeigten die Streiks doch eindrucksvoll die Kraft der Arbeiterklasse, wenn sie entschlossen den Kampf für ihre berechtigten Interessen aufnimmt. Die Streikenden konnten zumeist ihre Forderungen durchsetzen, Lohnerhöhungen bzw. Erhöhung der außertariflichen Zulagen, außerdem wurde in anderen Branchen die Revision laufender Tarifverträge durchgesetzt.

Fast alle Streiks nahmen die *Form der faktischen Betriebsbesetzung* an. Die Wirkung der Streiks wurde vielfach noch durch De-

¹¹⁷ Ebenda, S. 61.

monstrationen durch die jeweilige Stadt verstärkt, welche die Sympathie bei der werktätigen Bevölkerung erhöhten und insbesondere auch bei den Kapitalisten ihre Wirkung zeigten.

Für die Bourgeoisie waren es „illegale“ und „wilde“ Streiks, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nicht an die „Spielregeln“ des Betriebsverfassungsgesetzes gehalten haben, weil sie insofern den Rahmen der arbeiterfeindlichen „Legalität“ zerbrochen haben. Das hat die reaktionäre Wut der Kapitalisten und ihrer Medien hervorgerufen.

Die FAZ hat z. B. voller Empörung berichtet, „Aufrührer“ hätten die Villa des Generaldirektors der Dortmunder Hoesch AG stürmen wollen. Dessen Ehefrau hätte die Villa „mit der Pistole in der Hand“ verteidigt. Dazu erklärte der damalige Präsident des Bundesverbandes der Industrie, Berg, vor Zuhörern in der Düsseldorfer Industriekreditbank: „Die hätte doch ruhig schießen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung.“ Dem fügte er noch hinzu: „Sie können weitererzählen, daß ich das gesagt habe.“¹¹⁸ Der angebliche Vorfall mit der Villa erwies sich zwar als Falschmeldung, die Äußerung des obersten Vertreters der westdeutschen Industriekapitalisten liegt aber klar auf der Linie, welche die kapitalistischen Geldsäcke von jeher einschlagen, wenn sie ihr Ausbeuterparadies ernsthaft gefährdet sehen bzw. wenn sie zu dessen Sicherung „ein Exempel statuieren“ wollen: Sie greifen zur rücksichtslosen Massakrierung der aufbegehrenden Lohnsklavinnen und -sklaven.

1969 fand z. B. bei Klöckner-Humboldt-Deutz eine gemeinsame Übung von Werkschutz und Bundeswehr zum Vorgehen gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter statt.

Das herausragende Merkmal der Septemberstreiks ist die Tatsache, daß diese *Kämpfe gegen den Willen der Gewerkschaftsführung* durchgeführt wurden. Die Septemberstreiks waren ein kräftiger Schlag gegen die DGB-Führung. *Die Gewerkschaftsführung und ihre Gefolgsleute in den Betriebsräten distanzierten sich offen von den Streikkämpfen und versuchten die Septemberstreiks abzuwürgen*, was ihnen nur sehr selten gelang.

¹¹⁸ Zitiert nach: „Der Spiegel“, Nr. 39/1969, S. 67.

Die Streikenden wählten Streikleitungen und -sprecher aus ihrer Mitte und ließen die verräterischen Arbeiterbürokraten und Abgesandten der Gewerkschaftsführung weitgehend abblitzen.

Hier einige Beispiele: Vor dem DGB-Haus in Saarbrücken z. B. riefen 4 000 Bergleute im Chor: „Schloofköpp, Schloofköpp“. Max Schneider, der Betriebsratsvorsitzende und Mitglied des Hauptvorstands, wurde von den Kumpel als Arbeiterverräter bezeichnet. In Dortmund versuchte der IG-Bergbau-Bezirksleiter Neumann vor dem Haus des DGB drei Stunden lang, die Kumpel von der Zeche Minister Stein zur Arbeit anzuhalten. Die 3 000 Bergarbeiter riefen immer: „Neumann raus, Neumann raus“.¹¹⁹ Schließlich packte der Abwiegler sein Megaphon ein und verschwand.¹²⁰

Nach den Septemberstreiks schrien die bürgerlichen Politiker und Medien, daß alles getan werden müsse, um eine so unkontrollierte Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verhindern. Die IG-Metall-Führung veranstaltete unmittelbar danach eine „Klausurtagung“, bei der sie *ihre* Lehren zog, um ein solches „Entgleiten“ in Zukunft zu verhindern. In einem Rundschreiben an die Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen zu den Septemberstreiks heißt es unter anderem:

„Zum Nachdenken muß uns veranlassen, warum nicht unsere Organisation überall und sofort an ihrer Stelle stand ... Wir müssen noch mehr tun, um unsere Vertrauensleutekörper noch fester *in den Griff* zu bekommen und ihnen das Gefühl geben, daß sie auch echt die Vertrauensleute und Funktionäre unserer Organisation in den Betrieben sind. ... Die Gefahr besteht, daß Beschlüsse und Weisungen des Vorstands im Sande verlaufen. Deshalb ist der Ansatz ‚mehr Demokratie‘ in Fragen der inneren Organisation mißverständlich ... Der hierarchische, d. h. hauptamtliche Strang sollte dagegen stärker zentralisiert werden.“¹²⁰

Deutlicher kann man es kaum sagen: Die Aufgabe des DGB-Apparats besteht darin, die Arbeiterinnen und Arbeiter im Interesse der Bourgeoisie „im Griff“ zu haben, genauer gesagt im Würgegriff.



¹¹⁹ Angaben aus „Der Spiegel“, Nr. 38/1969, S. 30.

¹²⁰ Zitiert nach: „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschüssen“, J. Reents Verlag (Hrsg.), Hamburg 1978, S. 36, (Hervorhebung in der Quelle).

Wenn auch nur für kurze Zeit und in einem eng begrenzten Rahmen machen die Septemberstreiks deutlich, was für ein kraftvoller Kampf geführt werden kann, wenn sich die Arbeiterinnen und Arbeiter vom lähmenden Einfluß der DGB-Arbeiterbürokraten und anderer Sozialverräter freimachen und selbständig ihre Forderungen und Interessen in die Hände nehmen.

Gleichzeitig zeigt sich in den Septemberstreiks schmerzlich das ***Fehlen einer wahrhaft kommunistischen Partei***. Deren Eingreifen hätte es ermöglicht, den Prozeß der wirklichen Loslösung von Arbeiterinnen und Arbeitern von der bürgerlichen Politik und Ideologie herbeizuführen, indem vor allem die Fortschrittlichsten des Proletariats ideologisch und organisatorisch für die revolutionäre Linie, Politik und Organisation der Kommunistischen Partei gewonnen werden.

Der Pierburg-Streik 1973

**Die Arbeiterinnen nehmen den Kampf für ihre
Forderungen in die eigenen Hände**

**Solidarität im Kampf zwischen deutschen
Arbeiterinnen und Arbeitern und den Arbeiterinnen
und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern**

Die spontane Streikbewegung 1973

1973 entwickelte sich wiederum ohne und gegen die Gewerkschaftsführung eine breite spontane Streikbewegung. Diese richtete sich gegen drohende Reallohneinbußen aufgrund der inflationären Preisentwicklung und der niedrigen Tarifabschlüsse. Gleichzeitig ging es verstärkt um die sozialen und ökonomischen Arbeitsbedingungen, z. B. Urlaubsregelungen und Akkordregelungen. An diesen Streiks beteiligten sich rund 275 000 Arbeiterinnen und Arbeitern aus mindestens 335 Betrieben. Den Anfang machte wiederum im Februar der Streik von 15 000 Arbeiterinnen und Arbeiter bei Hoesch. Dann streikten 10 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in verschiedenen VW-Werken, 6 000 bei Klöckner in Bremen sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter von 24 Betrieben im Raum Mannheim, der Bochumer Opelwerke und zahlreicher anderer Unternehmen. Der Ford-Streik im August 1973 war dabei der wichtigste Kampf.

***Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern spielten in vielen der Kämpfe die führende und am meisten vorantreibende Rolle**, darunter insbesondere auch die *Frauen*, wie z. B. bei Pierburg/Neuss. Die Streikenden bildeten häufig ihre eigenen Streikkomitees und besetzten teilweise auch die Betriebe. Die Gewerkschaftsführung bekämpfte die spontane und selbständige Streikbewegung noch wütender als 1969. Die Polizei ging häufig mit größter Brutalität gegen die Streikenden vor, vor allem gegen die im wesentlichen von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern getragenen Streiks (Ford/Köln, Hella/Lippstadt, Pierburg/Neuss,*

John Deere in Mannheim). Besonders aggressiv wurde der europäische und deutsche Chauvinismus eingesetzt.

Im Unterschied zu 1969 konnten die Streikenden nur wenige Erfolge im Hinblick auf die Durchsetzung ihrer Forderungen erreichen. Dies gilt allerdings nicht für den Streik bei Pierburg/Neuss.

Die Vorgeschichte¹²¹

Der Streik vom 13. 8. bis zum 20. 8. 1973 in dem Neusser Betrieb A. Pierburg Autogerätebau KG war einer der wichtigsten spontanen Streiks 1973. Der Streik wurde insofern von einer erfahrenen Belegschaft getragen, als die Arbeiterinnen bereits durch einen Streik am 15. Mai 1970 die Abschaffung der untersten Lohngruppe I sowie eine geringfügige Lohnerhöhung durchgesetzt hatten.¹²² In der Lohngruppe I waren bis dahin die meisten von ihnen, insbesondere die Arbeiterinnen aus anderen Herkunfts ländern, eingestuft. Die weiterhin anhaltende Lohndiskriminierung der Frauen, besonders der Frauen aus anderen Ländern, führte bereits am 7. Juni 1973 zu einem weiteren Streik von 300 bis 400 Arbeiterinnen aus anderen Ländern. Die wichtigsten Forderungen eines 13-Punkte-Katalogs waren die Abschaffung der untersten Lohngruppe II und die allgemeine, innerbetriebliche Lohnerhöhung 1 DM für alle, Männer und Frauen. Die Geschäftsleitung reagierte damals mit der Kündigung von 6 Kolleginnen. Diese Kündigungen mußten aber unter dem Druck der Solidarität der anderen Arbeiterinnen wieder zurückgezogen werden. Ihre Forderungen wurden von der Geschäftsleitung jedoch ignoriert. Der Streik wurde mit der Zusage von Verhandlungen und Aufbesserungen des Stundenlohnes abgebrochen. Das waren aber nur leere Versprechungen.

¹²¹ Sofern nicht anders angegeben, stammen alle Angaben zum Streik bei Pierburg/Neuss aus: „Gewerkschaften und Klassenkampf – Kritisches Jahrbuch '74“, Jacobi, Otto / Müller-Jentsch, Walter / Schmidt, Eberhard (Hrsg.), Frankfurt 1974, S. 73, und Hildebrandt, Eckart / Olle, Werner, „Ihr Kampf ist unser Kampf“, Offenbach 1975, S. 36 f.

¹²² Der Streik damals ging von Jugoslawinnen aus, die deutschen Frauen haben sich dann angeschlossen. Es war also ein reiner Frauenstreik.

Das Unternehmen Alfred Pierburg KG stellte Vergaser für Kraftfahrzeuge und Flugzeuge her (Marktanteil am Kfz-Vergaser-Markt in Westdeutschland bei 75 Prozent). Das „Familienunternehmen“ mit einer Beteiligung des Bosch-Konzerns besaß weitere Produktionsstätten in Japan, Brasilien und Mexiko.

Im Neusser Werk arbeiteten damals ca. 3 200 Arbeiterinnen und Arbeiter, davon über 2 300 aus anderen Herkunftsländern. Von letzteren waren wiederum ca. 70 Prozent, also rund 1 700 Arbeiterinnen. 1 100 von ihnen waren in der sogenannten „Leichtlohngruppe II“ eingruppiert. Es gab keinen einzigen Arbeiter, keine einzige Arbeiterin aus einem anderen Herkunftsland als Vorarbeiterin oder Vorarbeiter, sondern höchstens als Einrichter, das ist eine Stufe unter dem Vorarbeiter. Im Betriebsrat waren die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, die 70 Prozent der Belegschaft ausmachten, nur mit 30 Prozent vertreten.

Die Frauen aus anderen Herkunftsländern arbeiteten überwiegend am schnelllaufenden Band oder an den schwer zu bedienenden Rundbohrmaschinen. Ihre Arbeit ist schmutzig und erfordert hohe nervliche Anspannung. Dennoch wurden die Frauen fast ausnahmslos nach der untersten Lohngruppe II im Zeitlohn entlohnt, obwohl sie faktisch Akkordarbeit verrichteten. Die Männer erhielten auf gleichen Arbeitsplätzen einen 30 Prozent höheren Arbeitslohn, ihr Einstellungslohn lag generell um eine Lohngruppe höher als bei den Frauen. Die Arbeitsintensität hatte in den letzten Jahren enorm zugenommen. So hatte sich das Arbeitstempo seit 1970 von 750 Vergasern pro Bandeinheit und Schicht auf 1 300 verschärft. Dazu kam die Vernachlässigung der Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz und die häufig unmenschliche Behandlung durch die Vorgesetzten. Empörend war auch die Pausenregelung, die so aussah, daß jede Minute Abwesenheit vom Band von der regulären 15–Minuten-Pause abgezogen wurde. Zudem wuchs die Unzufriedenheit aufgrund des niedrigen Tarifabschlusses 1973 und der steigenden Lebenshaltungskosten.

Am 6. 8. 1973 riß den Frauen bei Pierburg schließlich die Geduld, nachdem ihr Streik im Juni 1973 nichts bewirkt hatte. Am frühen Morgen wurde ein Flugblatt in sämtlichen Sprachen, die im Betrieb gesprochen werden, verteilt:

„Kolleginnen und Kollegen!

Die Preise steigen von Woche zu Woche. Alles wird teurer. Nur unsere Löhne steigen nicht. Die Geschäfte der Firma Pierburg gingen noch nie so gut wie jetzt! Der Prof. Pierburg, sein Direktor Goebel verdienen Unmengen Geld. Und wo bleiben wir? Bis Ende dieses Jahres sollen 300 Arbeiterinnen und Arbeiter eingestellt werden. Wir müssen immer mehr arbeiten, ohne dafür auch mehr Geld zu bekommen. Vor zwei Monaten nahmen sich viele unserer Kolleginnen und Kollegen ein Herz und streikten zwei Tage lang für höhere Löhne, aber diese waren zu wenig! Herr Goebel sagte damals, er ließe sich von einigen Terroristen nicht erpressen, die Mehrheit der Belegschaft wäre doch mit ihrem Verdienst zufrieden, denn sie würde ja nicht mitstreiken. Damals sollten 6 unserer Kolleginnen entlassen werden, um den anderen Angst zu machen. Der Betriebsrat erreichte es jedoch, daß kein einziger entlassen wurde.¹²³

Kolleginnen und Kollegen! Warum habt ihr uns damals nicht unterstützt und mitgestreikt? Die Forderungen gelten heute noch:

1,- Mark pro Stunde für jeden!

Die LG 2 muß abgeschafft werden!

Einige haben inzwischen mehr Geld bekommen, aber die meisten von uns gingen leer aus. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen. Wir müssen uns selbst helfen. Laßt uns beim nächsten Streik nicht im Stich! Streikt mit!¹²⁴

Nach diesem Flugblatt und einem weiteren, in dem erklärt wurde, daß nur noch ein Streik höhere Löhne schaffen könne, versuchte die Geschäftsleitung die Arbeiterinnen und Arbeiter abzuspeisen, indem sie jeder und jedem 200 DM Teuerungszulage bezahlte. Die Arbeiterinnen antworteten in einem weiteren Flugblatt:

„Was sind schon 200 DM brutto als Sonderzahlung? Man hat uns doch recht gegeben. Die Firma hat Angst. Die Lieferanten drohen,

¹²³ 1972 wurde bei Pierburg/Neuss ein ziemlich aktiver Betriebsrat gewählt, der sich auch für viele Belange der Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzte. Seine genaue Rolle beim Streik 1973 können wir nicht einschätzen.

¹²⁴ Zitiert nach: „Gewerkschaften und Klassenkampf – Kritisches Jahrbuch '74“, Jacobi, Otto / Müller-Jentsch, Walter / Schmidt, Eberhard (Hrsg.), Frankfurt 1974, S. 73.

Sonderschichten müssen gefahren werden. Die Meister und Vorarbeiter haben die 200 DM schon immer im Monat mehr bekommen. Jetzt noch einmal Sonderzahlung, weil sie vielfältige Aufgaben haben? Das ist eine Unverschämtheit. Die 200 DM können nur ein Vorschuß sein. Streik ist darauf die einzige Antwort! Die Lohngruppe zwei muß endlich abgeschafft werden. Jeder muß 1 DM mehr pro Stunde bekommen. Habt ihr Angst? Es muß endlich etwas geschehen! 3 000 Streikende können darauf die einzige Antwort sein. Vorschuß ist gut, aber gerechte Löhne sind unser Ziel.“¹²⁵

Der Streik

Montag, 13. 8. Arbeiterinnen verteilen zu Beginn der Frühschicht am Werkstor Flugblätter mit der Aufforderung zu streiken. Noch vor Schichtbeginn beschließen ca. 300 Arbeiterinnen und Arbeiter, meist aus anderen Herkunftsländern, zu streiken. Die deutschen Vorarbeiter und Meister fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Bereits um 6.30 Uhr erscheint zum ersten Mal die von der Geschäftsleitung herbeigerufene Polizei, um das Werkstor zu räumen. Bei ihrem Versuch, eine von Vorarbeitern denunzierte Griechin zu verhaften, werden mehrere Kolleginnen aus anderen Herkunftsländern verletzt. Polizisten drohen auch mit Schußwaffengebrauch. Mehrere Frauen wurden an diesem Morgen verhaftet. Diese Vorfälle kommentiert der Polizeidirektor mit dem Satz: „Eine wilde Arbeitsniederlegung gilt als Revolution.“ Der Polizeieinsatz schreckt viele der Streikwilligen ab, so daß zu Beginn der Frühstückspause nur 150 Streikende vor dem Tor stehen und mit dem Ruf „Alle raus“ zur Solidarität aufrufen. Dies gelingt, ca. 600 schließen sich an, die Produktion ist stillgelegt.

Dienstag, 14. 8. und Mittwoch 15. 8. Zu Beginn der Dienstag-Frühschicht stehen 350 Kolleginnen streikend vor dem Werkstor. Sofort greift die Polizei wieder ein und prügelt unvermittelt auf die Streikenden ein. Mehrere Kolleginnen aus anderen Herkunftsländern werden schwer verletzt und müssen ins Krankenhaus gebracht werden. Rundfunk- und Fernsehreporter filmen die Prügelszenen. Daraufhin zieht sich die Polizei zurück. Gegen 11.40 Uhr wird der Betrieb geschlossen. Die Geschäftsleitung bespricht mit dem Neusser Polizeidirektor, einem Beamten des Regie-

¹²⁵ Ebenda, S. 74. „Gerechte Löhne“ kann es in dem auf der Ausbeutung der Lohnarbeit, der Herauspressung von Mehrwert beruhenden kapitalistischen Gesellschaft nicht geben. Unmittelbar gemeint ist eben eine Lohnerhöhung. Vgl. dazu genauer die Schrift von Karl Marx „Kritik des Gothaer Programms“ von 1875, Nachdruck, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997.

rungspräsidenten, einem Beamten des Innenministeriums, zwei Staatsanwälten, zwei Kriminalbeamten, einem hohen Polizeioffizier in Uniform, der bewaffnet ist, und einigen Managern der Firma Pierburg über das Vorgehen gegen den Streik.

An diesem und dem folgenden Tag verstärken Beamte der politischen Polizei ihre Observationstätigkeit. Vom Werksgelände müssen die Streikenden sechs Polizeifahrzeuge vertreiben, die dort versteckt zur Streikunterdrückung bereitstanden. Auch der Betriebsrat ist nicht bereit, diese „Einsätze“ zuzulassen. Die Presse hetzt, der Streik sei „von außen initiiert“. Die Geschäftsleitung erklärt, sie brauche keinen Betriebsrat und verweigert dem nun aktiv werdenden Betriebsrat jede Verhandlung. Durch Provokationen und Hinauszögern versucht sie, wie an Pfingsten im gleichen Jahr, den Streik zum Zusammenbruch zu bringen. Noch immer streiken im großen Umfang nur Frauen und Männer aus anderen Herkunfts ländern.

Donnerstag, 17. 8. Ein vor allem von den aktivsten Kolleginnen gebildetes *Streikkomitee* hat die Streikforderungen präzisiert:

- 1 DM mehr für alle,
- Abschaffung der Lohngruppe 2,
- Bezahlung aller Streiktage,
- keine Entlassungen.

Als einer der Direktoren einen Aufruf zur Aufnahme der Arbeit unter den Streikenden verteilt, wird er von diesen mit einem Pfeifkonzert begrüßt.

Um 7 Uhr stehen etwa 500 Streikende vor dem Werkstor. Die Streikenden agitieren die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem auch der verräterische Gewerkschaftsapparat eingreift, um den Streik abzuwürgen. Auf Betreiben der Bezirksleitung und der Rechtsabteilung der IG Metall entscheidet der Betriebsrat, die Streikenden ebenfalls zur Arbeitsaufnahme aufzufordern. Das soll durch einen eigenen Aufruf geschehen. Um 8.50 Uhr verlesen die Geschäftsleitung und der Betriebsrat ihre beiden Aufrufe. Aber die Hallen sind leer, niemand hört zu ...

Die Werkzeugbauer und weitere Facharbeiter haben ihre Frühstückspause vorgezogen und schließen sich um 9 Uhr den Forderungen der Streikenden an. Die Abteilung Werkzeugbau, in der die qualifiziertesten Arbeiter tätig sind, haben der Geschäftsleitung ein Ultimatum nach Erfüllung der Forderungen ihrer Kolleginnen gestellt. In einem Bericht von Kolleginnen und Kollegen von Pierburg heißt es über das weitere Geschehen:

„Die Werkstore sind plötzlich offen, und die Frauen strömen den deutschen Männern entgegen. Eine echte Welle der Solidarität breitet sich in Sekundenschnelle über den gesamten Betrieb aus. Man umarmt sich, ruft gemeinsam Parolen. Im Nu hat es sich überall herumgesprochen: Die deutschen Männer haben den Hammer fallen lassen. Damit hatten die Manager nicht gerechnet. Die jahrelange Mühe und Diskriminierungsarbeit waren vergeblich gewesen.“¹²⁶

Um Mittag versucht die Geschäftsleitung vergeblich, die Streikenden aus dem Werk zu drängen. Kurze, zielsichere Aktionen lassen dieses Vorhaben zusammenbrechen. Am Nachmittag wird die Solidarisierung von deutschen Kolleginnen und Kollegen und denen aus anderen Ländern gefeiert. Auch die Unterstützung von außen hat sich verstärkt. Solidaritätstelegramme anderer Betriebe und von Organisationen sowie Geldspenden sind eingetroffen.

Um 10 Uhr früh hat der Betriebsrat die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung aufgenommen, zu denen sich diese nunmehr bereit erklärt. Der Vorsitzende der IG-Metall-Verwaltungsstelle Neuss-Grevenbroich, der die Verhandlungen führt, gerät dabei unter den Druck des IG-Metall-Vorstands, der auf rasche Wiederaufnahme der Arbeit drängt, da einige Werke der Automobilindustrie kaum noch Material hätten. Der reibungslose Ablauf der kapitalistischen Produktion, das sind seine Sorgen!¹²⁷

Freitag, 17. 8. Das Verhandlungsergebnis vom Vortag wird bekanntgegeben, dem der Betriebsrat bereits zugestimmt hat:

- 12 Pfennig mehr ab sofort,
- 20 Pfennig ab 1. 1. 74.

Dieses Ergebnis wird von den Streikenden **entschieden abgelehnt**. Daraufhin wird weitergestreikt. Vertreter des Kapitalistenverbandes schalten

¹²⁶ Zitiert nach: ebenda, S. 77.

¹²⁷ Im Dezember 1974 erschien in der „Bild am Sonntag“ ein Interview mit dem damaligen Kriegsminister Apel mit einer riesigen Schlagzeile: „Die Ausländer müssen raus aus Deutschland.“ Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Pierburg haben dagegen eine Resolution ausgearbeitet, die von 30 bis 40 Vertrauensleuten verabschiedet und an Apel geschickt wurde. Darin protestieren sie dagegen, daß sie als Menschen 3. Klasse behandelt werden, die hier die Drecksarbeit machen sollen. **Die IG Metall verbietet, daß die Vertrauensleute unterschreiben!** (Angaben aus: „Ihr Kampf ist unser Kampf“, Jacobi, Otto / Müller-Jentsch, Walter / Schmidt, Eberhard (Hrsg.), Offenbach 1975, S. 162 f.)

sich in die Verhandlungen ein, denn Pierburg droht für sie zum Signal zu werden.¹²⁸ Gegen 16 Uhr kommt das neue Ergebnis:

- Wegfall der Lohngruppe 2,
- 200 DM Teuerungszulage,
- 30 Pfennig sofort für alle, 50 DM für die Angestellten.

Die Streikenden erklären sich zur Arbeitsaufnahme bereit.

Montag, 20. 8. 150 Arbeiterinnen aus anderen Ländern *streiken weiter*, um auch die Bezahlung der Streiktage und die Forderung „Keine Entlassungen!“ durchzusetzen. Die Geschäftsleitung versucht, die Streikenden von den arbeitenden Kolleginnen und Kollegen abzusperren. Dazu stellt sie Lastwagenbarrikaden auf, verhängt das Werkstor mit Pappe und übertönt mit Lautsprechern die Forderungen. Als – unbeabsichtigt – die Scheibe des Pförtnerhauses zerbricht, erscheint die Polizei wieder und nimmt Verhaftungen vor. Inzwischen haben sich aber die Arbeiter der Werkzeugbauabteilung geschlossen hinter die beiden Forderungen gestellt. Die Geschäftsleitung beugt sich diesem Druck. Die Firma bezahlt vier Streiktage, kein Arbeiter und keine Arbeiterin werden entlassen. Der Streik kann erfolgreich abgeschlossen werden.

Allerdings will Pierburg die Niederlage nicht einfach hinnehmen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen in der nächsten Zeit noch eine Reihe von Angriffen abwehren.

Zuerst versucht die Geschäftsleitung, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die während des Streiks als besonders kämpferisch aufgefallen sind, als „Rädelsführer“ zu entlassen. Die konsequente Haltung der Belegschaft verhindert das. Es gibt keine einzige Entlassung.

Im Herbst wird dann versucht, 140 Arbeitsplätze in einen anderen Betrieb Pierburgs zu verlagern. Doch auch dies wird mit einer Demonstration durch Neuss verhindert. Die Verlagerung findet nicht statt.

Gescheitert ist auch der Versuch, den Vorsitzenden der Jugendvertretung hinauszuschmeißen, dem vorgeworfen wurde, am 1. Mai 1974 ein Flugblatt verteilt zu haben, in dem die Jugendvertretung von Pierburg die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den anderen Neusser Betrieben zur Solidarität

¹²⁸ Sie sind beunruhigt, weil zu diesem Zeitpunkt auch bei Hella in Lippstadt weitergestreikt wird. (Siehe dazu S. 172 im Anhang „Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsändern 1961 – 1975 und die besondere Unterdrückung durch den Staat des westdeutschen Imperialismus“)

aufrief. Der „Antrag“ wurde von Seiten der Geschäftsleitung zurückgenommen, nachdem der Betriebsrat ihn abgelehnt hatte.

Schlußendlich scheitert auch der Versuch von Pierburg, beim Amtsgericht Düsseldorf die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters sowie eines spanischen BR-Mitglieds und eines griechischen Vertrauensmannes wegen aktiver Beteiligung an der Vorbereitung der beiden Streiks im Jahr 1973 durchzusetzen.

Erfahrungen und Lehren

Der Streik zeigt insbesondere die **Kraft der Arbeiterinnen**, hier vor allem der Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern, **die im Kampf vorangegangen** sind, die **größte Energie und Initiative** entwickelt haben und weder vor der Polizei, noch vor „ihrem“ Ausbeuter, noch vor dem abieglerischen Druck „ihrer“ Gewerkschaftsführung zurückgewichen sind.

Die durch den Kampf erzwungene Abschaffung der Lohngruppe II war damals ein einmaliger Vorgang im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen, wo die IG Metall in der Tarifbewegung zu Anfang des Jahres 1973 sogar erst die Lohngruppe I abgeschafft hatte.

Für den Erfolg des Streiks gab es einige günstige Momente. So stand den Streikenden nicht ein ausgesprochen feindseliger Betriebsrat gegenüber, sondern es handelte sich – seit 1972 – um einen relativ fortschrittlichen Betriebsrat, gegen den nach dem Streik teilweise auch die bürgerliche Klassenjustiz vorging. Allerdings hielt sich der Betriebsrat zumindest formal an die „Regeln“ des Betriebsverfassungsgesetzes und rief sogar zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Wichtiger war aber, daß es die streikenden Frauen durch ihr energetisches Auftreten erreichten, daß auch die nahezu ausschließlich **deutschen Facharbeiter**, praktisch durchwegs Männer, dann ebenfalls streikten und auch die Forderungen der Arbeiterinnen aktiv unterstützten. Das war in erster Linie das Verdienst des **eigenen** mutigen Kampfes der Frauen und insbesondere auch **ihrer sehr konsequenten und unermüdlichen Agitation**.

Die Meister und Einrichter stellten sich dagegen teilweise offen gegen die streikenden Arbeiterinnen. Bei ihnen setzte sich ihre Aufsichtsfunktion und ihre chauvinistische Ideologie durch. Teilweise verhielten sie sich aber auch neutral oder passiv unterstützend zum Streik, indem sie sich aus den Abteilungen zurückzogen und den

Streikenden so freien Betätigungsraum ließen. Die Angestellten beteiligten sich nicht am Streik.

Der ohne und gegen die Gewerkschaftsführung geführte Streik bei Pierburg Neuss im August 1973 ist bis heute in West/Deutschland das herausragende Beispiel dafür, daß ein *gemeinsamer Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern zusammen mit deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern möglich* ist und *Erfolg haben* kann.

Der Streik zeigte konkret die *Kraft der Solidarität* der Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Nationalitäten, Herkunft und Staatsangehörigkeit im gemeinsamen Kampf.

Der Ford-Streik 1973

**Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen
Herkunftsländern treten als militante Kraft
auf den Plan!**

**Die Fratze der Arbeiteraristokratie und des
deutschen Chauvinismus zeigt sich offen!**

Ford Köln war bis zum August 1973 insgesamt betrachtet ein Großbetrieb ohne ausgeprägte und lange Kampftradition. An den Septemberstreiks 1969 waren die beiden Kölner Ford-Werke (Köln-Niehl und Köln-Merkenich) nicht beteiligt.¹²⁹ Erst in der Metalltarifrunde 1970 kam es am 24. 9. 1970 zu einem ersten Streik von 12 000 Ford-Arbeiterinnen und -Arbeitern. Der Streik entglitt rasch der Kontrolle der IG Metall. Schon damals übernahmen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei die Initiative und wandten sich in einem eintägigen Streik gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen. Sie zogen mit einer Demonstration durch das Werk und gingen militant gegen Streikbrecher vor. Dieser Streik war zwar im Hinblick auf seine speziellen Forderungen erfolglos, stärkte aber das Bewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei und hatte auch bei den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern Sympathien. 14 angedrohte Entlassungen mußten damals bis auf eine von der Geschäftsleitung zurückgezogen werden.

Vom 24. bis 30. August 1973 kam es im Ford-Werk Köln/Niehl dann aber zu dem **bis heute härtesten Streik in der Geschichte des westdeutschen Staates**. Um diesen heftigen Kampf richtig einschät-

¹²⁹ Ältere Arbeiter berichten nur von einem mehrtägigen Streik 1948 gegen die Wiedereinstellung eines Nazi-Werksarztes.

zen zu können, sind vorab einige Angaben zur Struktur des Betriebs nötig.¹³⁰

Die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern bei Ford

Das Ford-Werk Köln-Niehl hat 1973 rund 31 500 Beschäftigte, davon sind 24 000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Etwa zwei Drittel sind Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, ca. 12 000 aus der Türkei, 1 500 aus Italien und kleinere Gruppen aus verschiedenen Ländern. Der Frauenanteil ist bei den Werktäglichen aus anderen Ländern gering. Sie arbeiten hauptsächlich in der Küche und in der Polsterei.

In der Produktion, d. h. an den Bändern und Maschinen, sind fast nur Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern beschäftigt. Nur ausnahmsweise sind dort deutsche Arbeiter tätig, sie haben oft Sonderstellungen als Springer, an Spezialmaschinen usw. Bei den qualifizierten Tätigkeiten, angefangen vom Einrichter bis zum Schlosser, nimmt der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern immer mehr ab. Bei den Facharbeiterinnen sind sie genauso eine Ausnahme wie deutsche Arbeiter am Band oder an den Maschinen. Bei den Meistern gibt es verschwindend wenige, auf höheren Posten gar keine Beschäftigten aus anderen Ländern. Im Gegensatz dazu kommt ein größerer Anteil der Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter aus anderen Ländern. Ford zieht sich so auch aus den Reihen der unteren bzw. untersten Schichten der Arbeiterklasse eine Schicht von „Unteroffizieren“ heran, besticht diese mit ein paar Pfennig mehr in der Stunde. Denn diese können den Druck wesentlich besser an ihre Landsleute weitergeben.

¹³⁰ Sofern nicht anders angegeben, stammen alle Angaben zum Ford-Streik aus dem für die Darstellung der Fakten sehr brauchbaren Buch „Streik bei Ford Köln“, herausgegeben von der Betriebszelle der Gruppe „Arbeiterkampf“, Köln 1973.

Die Gruppe „Arbeiterkampf“ ist nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Zeitung des pseudomarxistischen „Kommunistischen Bundes“ (KB), sondern war eine lokale Gruppe in Köln ohne echtes Konzept, die allerdings sehr richtig in dem Buch die DKP als nicht bündnisfähig und verräterisch angegriffen hat.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern, welche die härtesten Arbeiten zu verrichten haben, treten deutsche Vorgesetzte, Antreiber, Kontrolleure oder sonstwie Privilegierte gegenüber, die weniger und bessere Arbeit haben. Widersprüche gibt es aber auch zu den deutschen Kolleginnen und Kollegen, die gleiche oder sogar schlechtere Tätigkeiten verrichten müssen. Allein dadurch, daß sie das „Privileg“ eines deutschen Passes „genießen“, erfahren sie im Alltag und im Betrieb nicht die diskriminierende Behandlung durch Meister und andere „Obrigkeit“, die Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß tagtäglich erfahren müssen. Hier existiert objektiv ein Konfliktpotential, das gerade für die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter besondere Anforderungen für solidarisches Handeln stellt.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei, die weitaus stärkste Gruppe, haben unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der verschiedenen Herkunftsländer die allerschlechtesten, schwersten und schmutzigsten Arbeitsplätze. Außerdem werden sie ständig von einem Arbeitsplatz auf den anderen versetzt. Der Stundenlohn liegt an den extrem anstrengenden Endmontagebändern um 20 Prozent niedriger als an besseren Arbeitsplätzen im Werk.

1970 sind mehr als 7 000 Arbeiter aus der Türkei bei Ford in den unternehmenseigenen Wohnsilos zusammengepfercht, bei denen aus Italien sind es etwa 600 und bei denen aus Jugoslawien rund 200. Der Platz in den Wohnkasernen ist an die Arbeit bei Ford gebunden und stellt damit ein zusätzliches Druckmittel dar.¹³¹

Bei Ford gibt es auf Grund der ineinander greifenden Art des Produktionsablaufs keinen Akkordlohn. Die Stundenlöhne setzen sich zusammen aus Tariflohn (gegliedert in Lohngruppen), übertarifliche Zulage (13 Prozent), Zulagen (Produktions-, Band-, Erschwernis-, Schmutz-, Vorarbeiterzulagen usw.) sowie Prämienpunkten (nach Ford-internem Beurteilungssystem 30 Pfennig pro Stunde maximal). Ford arbeitet mit diesem System nach dem alten Motto: mit Zucker-

¹³¹ Haben die Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem aus der Türkei keine Werkwohnungen, so wohnen sie zumeist im sanierungsbedürftigen Altstadtgürtel, aus dem sich Deutsche zurückziehen. Nach einer Untersuchung des Landes Nordrhein-Westfalen zahlen sie durchschnittlich gleichwohl 30 Prozent höhere Mieten als die Deutschen. (Vgl. „Der Spiegel“, Nr. 36/1973, S. 33)

brot und Peitsche, mit Schikanen und Anreizen. Wenn ein Arbeiter oder eine Arbeiterin die Stückzahl nicht schafft, werden Vergünstigungen entzogen und es wird gedroht. Reicht das nicht, so folgt Versetzung an eine schlechtere Maschine mit weniger Geld und härterer Arbeit. Als letztes Mittel folgt dann die Entlassung. Auf der anderen Seite steht ein ausgeklügeltes Anreizsystem, Aufstieg in eine höhere Lohngruppe, Prämien, bessere Arbeit, Gelegenheit, Überstunden zu machen.

Von den 53 Mitgliedern des Betriebsrates sind bei einem Gesamtbelegschaftsanteil von ca. 50 Prozent nur fünf Mitglieder aus anderen Herkunftsländern, darunter zwei aus der Türkei. Keiner von ihnen ist freigestellt, obwohl einer von ihnen auf einer eigenen Liste über 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten hat, d. h. genug für zehn weitere Betriebsratsplätze!¹³² Der Betriebsratsvorsitzende Lück und seine Kumpane verweigern sogar ihm die Freistellung, weil er angeblich zuwenig Deutsch könne und angeblich das Betriebsverfassungsgesetz nicht beherrsche. Für die gewerkschaftlichen Aufsteiger bei deutschen Vertrauensleuten werden dagegen im Handumdrehen siebenwöchige Schulungskurse gewährt!

Das Verhältnis der ausschlaggebenden Kräfte des Ford-Betriebsrats zur Geschäftsleitung könnte kaum besser sein. Die Geschäftsleitung bekommt regelmäßig alle Überstunden, die sie braucht, vom Betriebsrat bewilligt. Der Betriebsrat setzt Stückzahlerhöhungen und Arbeitsverschärfungen keinen ernsthaften Widerstand entgegen. Die Ford-Kapitalisten können sich darauf verlassen, daß der Betriebsrat bei Streiks in anderen Werken oder Ländern keine Solidaritätsmaßnahmen einleitet. Andererseits kann der Betriebsrat mit Unterstützung der Geschäftsleitung ab und zu Erfolge präsentieren. Abschlüsse handelt man hinter verschlossenen Türen aus. Der Belegschaft

¹³² Dies haben die IG-Metall-Funktionäre mit einem Verfahrenstrick erreicht: Bei den Betriebsratswahlen haben sie ihre Einheitsliste als einzigen Kandidaten-Vorschlag durchgebracht – alle anderen Listen, auch eine mit Kandidaten aus der Türkei, sind vorher kunstvoll „abgekoppelt“ worden. Nur den Arbeiter Mehmed Özbagi aus der Türkei haben sie als Alleinkandidaten neben ihrer Liste stehen. Mit den rund 6 000 Stimmen hätten elf Arbeiter aus der Türkei zusätzlich in den Betriebsrat einziehen können. Dank der hinterhältigen Taktik dert IG-Metall-Führung aber sind es nur Özbagi und vier Arbeiter aus der Türkei von der Einheitsliste.

spielt man dann böse Auseinandersetzungen vor. Der Betriebsrat, mit dem man längst handelseinig geworden ist, erhält so Gelegenheit, sein Image aufzupolieren und Zugeständnisse zu „erkämpfen“, die längst unter Dach und Fach sind. Neueingestellte werden, nachdem sie durchs Werk geführt worden sind, gleich beim Betriebsrat abgeliefert, damit der sie für die IG Metall werben kann. Betriebsräte werden leichter befördert. Es fällt ab und zu ein kleines Geschenk ab (z. B. Radios). Die Geschäftsleitung veranstaltet Lehrgänge für den Betriebsrat, die sich großer Beliebtheit erfreuen und bei denen dann u. a. das „Unternehmensspiel“ gespielt wird, auf daß der Betriebsrat die Sorgen der Ford-Kapitalisten noch besser verstehen lernt.¹³³

Es gibt bei Ford drei voneinander getrennte Betriebsversammlungen, eine für die Deutschen, bei der auch die Angestellten und natürlich die Meister und Hallenchefs anwesend sind, eine türkische und eine italienische. Es sprechen immer zuerst ein Sprecher der Geschäftsleitung, dann ein Vertreter des Ford-Gesamtbetriebsrats, ein Vertreter des Betriebsrats von Ford Niehl, ein Vertreter der IG Metall und danach gegebenenfalls noch eine Reihe Kolleginnen und Kollegen, die ihre Redebeiträge „*möglichst*“ schon vorher beim Betriebsrat abgegeben haben sollen.

Hintergründe und Anlaß, warum es zum Streik 1973 kommt

Die *allgemeinen* Gründe für den Streik sind die gleichen wie bei den anderen spontanen Streiks, die sich in mehreren Wellen über das Jahr 1973 erstrecken: der niedrige Tarifabschluß bei enorm steigenden Preisen und einer Steuerprogression von 1 bis 2 Prozent.

Als zusätzlicher Grund kommt hinzu, daß 500 Arbeiter aus der Türkei nach dem Werksurlaub (2. – 27. Juli) entlassen werden, weil

¹³³ Die nach den Septemberstreiks von der Gewerkschaftsführung geforderte straffe zentralistische Unterordnung von Betriebsrat und Vertrauensleuten unter die Fuchtel der Zentrale ist bei Ford 1973 klar realisiert: Der Vertrauensleute-Körper ist als selbständiges Organ der Belegschaft storniert. Er funktioniert nur als verlängerter Arm des Betriebsrats. Alle Betriebsräte sind generell – weil gewerkschaftlich organisiert – auch IG-Metall-Vertrauensleute. Darüber hinaus ist der Betriebsrat durch seinen Vorsitzenden Lück in der örtlichen IG-Metall-Verwaltung sowie im Vorstand der IG Metall vertreten.

sie – teilweise unentschuldigt – ihren Urlaub um ein bis zwei Wochen verlängert haben. Die Werksleitung hatte ihnen unbezahlten Urlaub verweigert, obwohl sie bei der schlechten Infrastruktur selbst bei Ausnutzung der Charterflüge fast zwei Wochen reine Reisezeit bis in ihre oft entlegenen Herkunftsorte benötigen. So bleiben ihnen lediglich 2 Wochen im Jahr bei ihrer Familie, bei Frau und Kindern nach 48 Wochen härtester Arbeit bei Ford. Die Entlassungen stehen auch im Zusammenhang mit der vorhandenen Absatzkrise von Ford. Die Wut der Arbeiter wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß die übrigen Arbeiter die Arbeit der Entlassenen übernehmen sollen. Das hohe Arbeitstempo wird noch mehr verschärft, die Stückzahl täglich heraufgesetzt, während gleichzeitig REFA-Leute herausfinden sollen, wie noch mehr Leute eingespart werden können. Da haben die Arbeiter vor allem aus der Türkei gesagt „Schluß jetzt“.

Streikverlauf¹³⁴

Freitag, 24. 8. Auslösende Kraft des Streiks sind die Arbeiter aus der Türkei in der Y-Halle (Endmontage), die sich zu Beginn der Spätschicht weigern, die durch die Entlassungen entstandene Mehrarbeit zu machen. Sie ziehen durch die Y-Halle und formieren einen Streikzug, der durch das ganze Werk zieht und die Spätschicht zum Streik mobilisiert. Um 18 Uhr versammeln sich hinter der G-Halle vor dem M-Gebäude mehrere 1 000 Arbeiter. Zu diesem Zeitpunkt stehen vor allem drei Forderungen:

- Zurücknahme der Entlassungen,
- 1 DM mehr,
- Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit.

Bei der Versammlung sind auch ca. 200 deutsche Kollegen dabei, welche die Forderungen unterstützen. Es spricht der Arbeiter Baha Targün aus der Türkei und ein deutscher Arbeiter. Mit der Behauptung, daß sie bereits mit der Geschäftsleitung verhandeln würden, versuchen die Betriebsräte – vergeblich – die anwesenden Arbeiter wieder an die Arbeit zu schicken. Gegen 18.30 Uhr formiert sich der Zug neu und zieht in die A-Halle, in der noch gearbeitet wird. Die Arbeiter dieser Halle und der FK-Halle schließen

¹³⁴ Wenn hier im weiteren meist nur von den Arbeitern die Rede ist und nicht auch von den Arbeiterinnen, dann hängt das mit der Tatsache zusammen, daß in den bestreikten Produktionsbereichen praktisch ausschließlich Arbeiter waren.

sich fast alle dem Streikzug an. Dann ziehen alle geschlossen vor das Lohnbüro, wo die Geschäftsleitung erscheint. Deren Reden werden auf türkisch übersetzt und mit Mißtrauen aufgenommen. Der Demonstrationszug formiert sich neu und zieht durch das ganze Werk. Die Meister und Vorarbeiter fordern alle auf, nach Hause zu gehen. Die Spätschicht wird ebenso abblasen.

Wochenende 25./26. 8. Die Samstagsschicht (Überstunden) arbeitet wieder normal, doch wird am Samstag an den Bändern nicht gearbeitet. Am Samstag und Sonntag finden mehrere Besprechungen der „Kölner Fordarbeiter“ statt. Diese haben zwar schon vor dem 24. 8. einen Streik bei Ford vorbereitet, werden aber vom Streikbeginn am Freitag überrascht, weil deren Zeitplan anders ausgesehen hat.¹³⁵ Am Sonntag abend in den Wohnheimen und am Montag im Betrieb verteilen die „Kölner Fordarbeiter“ ein Flugblatt, auf dem die Forderungen nochmals im einzelnen begründet werden und der Streik als Mittel zur Durchsetzung propagiert wird:

- 1 DM mehr für alle
- 6 Wochen bezahlten Urlaub
- Weg mit den 500 Entlassungen
- Bezahlung der Streikstunden
- Keine Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Streikenden
- 600 DM Existenzlohn für Lehrlinge¹³⁶
- 13. Monatsgehalt¹³⁷

Montag, 27. 8. Die Belegschaft wird vom Betriebsrat und der Geschäftsleitung aufgefordert, um 6.30 Uhr vor dem Personalbüro zu erscheinen, um die „Verhandlungsergebnisse“ zu erfahren. Die meisten halten sich nicht daran. Um 6.45 Uhr wird der deutsche Arbeiter festgenommen, der am Freitag geredet hat. Er bekommt sofortiges Hausverbot und wird vom Werksschutz vor das Tor gebracht.

¹³⁵ Bei der Gruppe „Kölner Fordarbeiter“ handelt es sich um einen Anfang 1973 gegründeten Zusammenschluß von Betriebsarbeitern der Kölner Gruppe „Arbeiterkampf“, der KPD/ML und des sogenannten Anarchosyndikats. Die „Kölner Fordarbeiter“ haben eine einflußreiche Rolle bei Ford Köln gehabt.

¹³⁶ Diese Forderung ist im Streik untergegangen.

¹³⁷ Diese Forderung ist im Verlauf des Streiks dazugekommen.

Inzwischen ist der Streik jedoch in der Y- und der FK-Halle erneut ausgebrochen. Es formiert sich ein riesiger Zug. Der mit Hausverbot belegte Kollege wird wieder in das Werk geholt. Der Zug sammelt die wartenden Kollegen in der G- und W-Halle ein. Die noch arbeitenden Kollegen werden überzeugt mitzustreiken. In der Z-Halle (Werkzeugbau), in der vorwiegend deutsche Arbeiter sind, schließen sich die meisten ebenfalls an, doch gehen diese kurz vor Beginn der Streikversammlung wieder verloren, als sie zurückgehen, um die zurückgebliebenen Kollegen der Z-Halle abzuholen. Offensichtlich hat hier die Propaganda von Betriebsrat, Geschäftsleitung und Meistern schon gewirkt.

Bei der Versammlung am M-Gebäude um 9 Uhr sind aber noch viele deutsche Arbeiter dabei. Es spricht Baha Targün, ein weiterer Kollege aus der Türkei, einer aus Italien und ein deutscher Praktikant. Der Betriebsrat lässt den deutschen Arbeiter nicht sprechen, der Hausverbot hat. Als danach Betriebsrat Kuckelkorn sich von einem Holztreppchen aus bemerkbar machen will, bringen ein paar Arbeiter aus der Türkei das Ding zum Einsturz, um diesen so auf die Ebene der Massen herunterzuholen. Dies wird von donnerndem Applaus begleitet. Der Betriebsrat, der die Kollegen einzuschüchtern versucht, zieht sich dann angesichts der Entschlossenheit der Arbeiter sehr schnell zurück.

Danach ruft Baha Targün zur Wahl einer *Streikleitung* auf. Die versammelten Arbeiter wählen außer ihm noch acht weitere Kollegen aus der Türkei, zwei italienische, einen jugoslawischen und zwei deutsche Kollegen. Die Streikleitung bringt dann gleich folgende Vorschläge zur Abstimmung:

1. Kein Alkohol während des Streiks
2. Gewalt nur gegen Provokateure
3. Keine Beschädigung von Maschinen.

Diese Vorschläge werden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der Betriebsrat taucht wieder auf. Er versucht es jetzt mit einer anderen Methode. Er fordert das Streikkomitee auf, mit ihm zu verhandeln. Um 9 Uhr 30 geht das Streikkomitee zur Verhandlung, und zwar in Begleitung von 20 Kollegen, da man dem Betriebsrat nicht traut. Der Betriebsrat wird aufgefordert, daß er ein Schriftstück ausstellt, worin er den Streik und die gestellten Forderungen unterstützt. Das lehnt der Betriebsrat ab, der den Streik für illegal erklärt. Inzwischen versucht der Betriebsratsvorsitzende Lück vergeblich, in der E-Halle eine eigene Versammlung aufzubauen. Er weigert sich, zur Streikversammlung zu sprechen.

Neue Verhandlungen finden statt. Diesmal verlangen die Kollegen als Sicherheit, daß sich Baha Targün jede halbe Stunde am Fenster sehen lassen muß und drohen, andernfalls das Gebäude zu stürmen. 20 Kollegen be-

gleiten das Streikkomitee zum Schutz. Die Verhandlungen führen zu nichts, außer daß der Betriebsrat zum Zweck der Abwiegelung verspricht, die Forderungen der Streikenden in seinen Katalog aufzunehmen.

Nach der Versammlung wird eine Demonstration durch das Werk organisiert, die durch kurze Versammlungen unterbrochen wird.

Die Geschäftsleitung versucht jetzt vor allem, die Arbeiter aus dem Werk zu entfernen. Sie ruft die Arbeiter der Frühschicht auf, nach Hause zu gehen und sagt gleichzeitig die Spätschicht und die Nachschicht über Funk und Fernsehen ab. Zum Nachhauseschicken benutzen die Meister Listen und versichern denen, die sich darin eintragen lassen und nach Hause gehen, daß sie die jeweilige Schicht bezahlt bekämen. Sogar in den Straßenbahnen wird durchgegeben, daß bei Ford nicht gearbeitet werde. Die betriebseigenen Überlandbusse für Pendler und die auswärtigen Heime verkehren auch nicht mehr. Dadurch sollen die Kollegen vereinzelt werden und so den Lügen, welche in der Presse und im Rundfunk verbreitet werden, zugänglich gemacht werden. Deshalb wird auf einer Streikversammlung während der Demonstration beschlossen, Abordnungen an die Tore zu schicken, um die Spätschicht zu agitieren und die Tore zu besetzen. Die Agitationstrupps erreichen, daß ein Teil der Spätschicht ins Werk kommt und sich aktiv am Streik beteiligt.

Die zweite Verhandlungsrunde von Geschäftsleitung und Betriebsrat um 16 Uhr wird nach 3 Stunden ergebnislos abgebrochen.

Um 20 Uhr erscheint ein Polizist vor dem M-Gebäude mit der Aufforderung, das Werk zu räumen. Andernfalls droht er mit Polizeieinsatz. Die Streikenden stimmen ab, über Nacht im Werk zu bleiben. Die Tore werden durch Arbeitergruppen besetzt. Da die Geschäftsleitung schon am Montag Briefe in den Heimen verteilt, in denen steht, daß die Kollegen nicht zur Arbeit kommen sollen, werden Agitationstrupps für die Heime organisiert.

In der Zwischenzeit finden im Werk weitere Demonstrationen und Versammlungen statt. Später gibt es Tanz und Musik. Außerdem wird zum ersten Mal die Versorgung im Werk organisiert. 600 bis 800 Arbeiter bleiben auch in den späten Abendstunden im Werk und warten auf die Nachschicht. Die erste Nacht verbringen etwa 300 bis 400 Arbeiter in der Y-Halle.

Dienstag, 28. 8. Die IG Metall startet einen Versuch, die Initiative wieder an sich zu reißen. Mit einem Lautsprecherwagen wird verkündet, daß die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung begonnen hätten. Sie schafft es, daß ein Teil der deutschen Arbeiter nach Hause geht oder vor dem Tor stehen bleibt. Danach machen IG Metall und Betriebsrat eine Versammlung auf dem Busbahnhof vor dem Werk. Nachdem der Be-

triebsrat erklärt hat, daß er angeblich eine Zurücknahme der Entlassungen erreicht habe, soweit Entschuldigungen vorlägen, sagt er: „Wir ziehen jetzt zum M-Gebäude, um zu sehen, wer die Macht im Betrieb hat.“ Der größte Teil der ca. 400 bis 500 anwesenden deutschen Arbeiter zieht mit ihm ins Werk. Als sie gegen 9 Uhr am M-Gebäude ankommen, stoßen sie dort auf eine riesige Streikversammlung. Die 400 bis 500 gehen in den Streikenden völlig unter.

Am M-Gebäude ist ein dicker Lautsprecher montiert, mit dem der Betriebsrat operiert. Er will die Streikleitung nicht ans Mikrofon lassen. Daraufhin gibt die Streikleitung die Parole aus, einen Umzug zu machen. Etwa drei Viertel der Anwesenden ziehen mit der Demonstration weg, der Rest bleibt. Als der Zug wieder zurückkommt, läßt der Betriebsrat die Streikleitung immer noch nicht ans Mikro. Daraufhin stellt die Streikleitung die Frage, ob die Kollegen sie als ihre Vertretung anerkennen. Die überwältigende Mehrheit antwortet mit „Ja“.

Gegen 10 Uhr wird von IG-Metall-Leuten im Werk verbreitet, man wolle einen Demonstrationszug in die Stadt unternehmen, um „die Einheit mit den Klassenbrüdern der anderen Fabriken herzustellen, KHD, F & G usw.“, so das italienische Betriebsratsmitglied Sabatino, Mitglied der revisionistischen PCI. Faktisch ist das nur der Versuch, die Streikenden aus dem Werk zu locken. Die Streikleitung beschließt, im Werk zu bleiben. Die Umzüge und Versammlungen gehen weiter.

Am Dienstag fühlte sich die Geschäftsleitung stark genug, um mit Hilfe der Polizei einen direkten Angriff auf die Streikenden zu wagen. Gegen 14 Uhr fährt ein Mannschaftswagen der Polizei mit ca. 30 Polizisten am Tor 3 auf. Die Polizei läßt niemand heraus oder hinein. Ihr Ziel ist es, die Spätschicht am Betreten des Werks zu hindern. Die Streikleitung fordert die Polizei auf, das Tor zu räumen. Das passiert nicht. Daraufhin greifen die Arbeiter zur Selbsthilfe und hängen das Tor aus. Die Spätschicht kommt ins Werk. Werkschutz und Polizei versuchen, die ankommenden Arbeiter durch Rempeleien und Beschimpfungen zu provozieren. Das führt in einem Fall dazu, daß ein ziviler Werkschützer nach einem Angriff auf einen Kollegen ins Krankenhaus muß. Die Presse lügt den Werkschützer zum „Arbeiter“ um und es heißt am nächsten Tag: „Türken verprügeln deutsche Arbeiter.“ Die Geschäftsleitung rechtfertigt die Aussperrung in ihren Flugblättern damit, daß sie angeblich nicht mehr für die Sicherheit garantieren könne. Die Torwachen werden von den Streikenden auch tagsüber organisiert. Das Passieren ist nur mit Ausweisen der Streikleitung möglich.

Zwischen 16 Uhr und 18 Uhr kommt es zu Verhandlungen zwischen Streikleitung und Betriebsrat. Ein Arbeiter hat vorher ein Gespräch zwischen zwei Mitgliedern des Betriebsrats belauscht. Daraus wird klar, daß

der Betriebsrat die Streikleitung von den Streikenden isolieren will, um diese dann verhaften zu lassen. Daher werden Sicherheitsmaßnahmen getroffen. 20 kräftige Kollegen stellen sich vor den Eingang zum BR-Büro und lassen niemand hinein. Außerdem wird vereinbart, daß sich drei Betriebsräte für die Dauer der Verhandlungen bei den Streikenden aufhalten müssen und der Kollege Targün sich alle halbe Stunde am Fenster zeigt.¹³⁸ Die Verhandlungen werden ergebnislos abgebrochen. Es wird beschlossen, überhaupt nicht mehr mit dem Betriebsrat zu verhandeln.¹³⁹

Die Ford-Kapitalisten starten am Dienstag abend ein weiteres Manöver: Radio und Fernsehen geben durch, daß am Mittwoch zur Mittagschicht die Arbeit wiederaufgenommen werde. In allen Tageszeitungen erscheinen zum Mittwochmorgen ganz- und halbseitige Ankündigungen. Jedoch wird noch nichts von einem Verhandlungsergebnis erwähnt.

Mittwoch, 29. 8. Am Mittwoch morgen zeigt sich schon bei der Frühschicht, wie weit es den Kapitalisten und dem Betriebsrat mit ihren Manövern gelungen ist, die deutschen Arbeiter von der Teilnahme am Kampf abzuhalten. Alle Arbeiter aus der Türkei kommen ins Werk, aber fast keine deutschen Arbeiter; sie bleiben vor den Toren.

Um 14 Uhr gibt ein Mitglied des Betriebsrats vor dem Tor 3 das Verhandlungsergebnis bekannt: 280 DM, Bezahlung der Streiktage, Zurücknahme der Entlassungen, soweit Entschuldigungen vorliegen. Die meisten deutschen Arbeiter klatschen, die Arbeiter vor allem aus der Türkei pfeifen. Der Betriebsrat sagt, er würde weiterverhandeln, fordert aber nicht direkt zur Arbeit auf. Das ist arbeitsteilig mit der Geschäftsleitung abgesprochen, denn nach dem Auftritt des Betriebsrats kündigt die Geschäftsleitung an, daß die ausgehandelten Ergebnisse wieder fallengelassen würden, wenn man die Arbeit zur Spätschicht nicht wiederaufnehmen würde.

Um 14.30 Uhr versucht ein Angehöriger des türkischen Konsulats die Arbeiter aus der Türkei zu beruhigen und wieder an die Arbeit zu schicken. Dafür wird er ausgepfiffen.

Bei Ankunft der Spätschicht organisiert die Streikleitung noch einmal eine Versammlung im M-Gebäude. Dort stimmt man über die Forderungen

¹³⁸ Daß diese Vorsichtsmaßnahme berechtigt ist, bestätigt Personaldirektor Bergemann in der Mittwochausgabe des „Kölner Stadtanzeigers“. Dort berichtet er, daß es ihm Dienstag fast gelungen wäre, das Streikkomitee verhaften zu lassen. Das kann sich nur auf die Verhandlungssituation beziehen.

¹³⁹ Danach entsteht eine der türkischen Hauptparolen des Streiks: „Sendika satılımis!“ („Die Gewerkschaft ist käuflich!“)

und den Streik ab. Die Mehrheit ist für Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung aller Forderungen. Danach wird in einer Abstimmung nochmals das Angebot der Geschäftsleitung von 280 DM abgelehnt.

Das Streikkomitee lehnt aus berechtigtem Mißtrauen gegen den Betriebsrat das Angebot der Geschäftsleitung zu Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Geschäftsleitung und Streikleitung ab.

Anschließend will der Sozialattaché des türkischen Konsulats sprechen. Er versucht die Streikenden zu spalten: „Brüder, ihr habt für eine gerechte Sache gekämpft. Laßt euch nicht von kommunistischen Agitatoren betrügen. Baha Targün ist ein Staatsfeind, der in der Türkei von der Polizei gesucht wird“ usw. Sein Gerede geht in ohrenbetäubendem Pfeifen unter.

Die Streikleitung zieht dann wieder zum Haupttor, sammelt die Leute und macht Umzüge. Von der Spätschicht am Mittwoch sind ca. 30 Prozent an ihrem Arbeitsplatz. Arbeiten können sie ohne ihre türkischen Kollegen nicht. Als die Arbeiter aus der Türkei bei einem Umzug die Y-Halle stürmen wollen, um die Arbeitswilligen herauszuholen, hält sie die Streikleitung zurück.

Am Mittwoch abend finden immer wieder Umzüge statt. Vor der Y-Halle gibt es ein großes Fest mit Tanz und Gesang.¹⁴⁰ Am Mittwoch abend werden die letzten beiden Megaphone von Agenten des Klassenfeinds zerstört.

Am Mittwochabend hat die Geschäftsleitung ein Flugblatt an die deutschen Arbeiter verteilen lassen, in dem sie dazu auffordert, sich „den Terror einer kleinen radikalen Minderheit nicht mehr bieten zu lassen“. Das deutete darauf hin, daß die Geschäftsleitung nicht mehr an eine Abweigungsmöglichkeit zusammen mit dem Betriebsrat glaubt, sondern die gewaltsame Zerschlagung vorbereitet. Es gibt auch andere Indizien dafür. Vor dem Haupttor werden Schläger gesichtet, die von Demonstrationen und 1.-Mai-Veranstaltungen her bekannt sind. Die Streikleitung trifft aber keine besonderen Maßnahmen. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag ist die Streikwache allerdings sehr stark besetzt, ca. 1 000 Mann.

Donnerstag, 30. 8. Die Zerschlagung des Streiks

In der A-Kantine tauchen erstmals Polizisten mit Werkschutz auf.

¹⁴⁰ Dabei tritt ein Kollege aus der Türkei als Märchenerzähler auf. Er setzt sich eine Paprolle auf den Kopf, geht in einem Kreis herum, der von den Zuhörern gebildet wird, und erzählt ihnen Streikwitze und Streikgeschichten, sozusagen Lehrstücke.

Nach dem Frühstück organisiert der größte Teil der Streikwache einen Umzug, der kleinere Teil bleibt am Haupttor zurück, um die Frühschicht zu agitieren. Der Umzug geht durch die G-Halle, am M-Gebäude, am Tor 6 vorbei und weiter ins Westgelände. Die Leute aus der W-Halle, R- und Z-Halle werden abgeholt. In der Z-Halle schließt sich diesmal eine Gruppe von ca. 30 deutschen Arbeitern an, springt jedoch am Hallenausgang, wo die Manager lauern, wieder ab. Gegen 7 Uhr geht es über die Brücke zum Ostgelände zurück. Es beteiligen sich etwa 1500 Arbeiter. Von der G-Halle kommt ein weiterer Zug von Arbeitern aus der Türkei mit über 3000 Kollegen (Frühschicht, Rest der Streikwache). Beide Züge vereinigen sich und ziehen zur Y-Halle und weiter zum Haupttor 3.

Auf dieser Straße kommt ihnen der erste „Gegendemonstrationszug“ von ca. 300 bis 400 Leuten in Meisterkitteln entgegen (unklar ist, ob es tatsächlich Meister oder verkleidete Schläger bzw. Zivilpolizisten), hinten dran wenige deutsche Facharbeiter. Die „Gegendemonstration“ trägt ein Schild und ruft Sprechchöre mit dem Wortlaut „Wir wollen arbeiten“. Der Zug wird durchgelassen. Das geschieht, obwohl die „Gegendemonstration“ den Streikenden das Transparent mit ihren Forderungen entrissen und zerfetzt hat. Die „Gegendemonstranten“ beginnen zu prügeln. Ähnliches passiert an anderen Orten in der Fabrik. **Die Polizei greift sofort ein** und verhaftet die „Rädelsführer“, d. h. die Streikleitung. Die streikenden Arbeiter verteidigen sich mutig, aber auf einen solchen, geradezu militärisch organisierten Überfall waren sie nicht vorbereitet. Gleichzeitig mit dem Polizeieinsatz tönt in türkischer Sprache aus dem Polizeilautsprecher die Aufforderung an die Arbeiter aus der Türkei, das Werksgelände sofort zu verlassen, andernfalls drohe ihnen die sofortige Abschiebung. Nach der Zerschlagung des Streiks spielen sich auf dem ganzen Gelände Hasenjagden durch die „Gegendemonstranten“ ab. Hunderte Arbeiter werden verletzt, viele müssen ins Krankenhaus gebracht werden. Die Verhafteten werden in den Polizeiwagen mißhandelt.

Der Ablauf der Zerschlagung des Streiks am Donnerstag morgen, als insgesamt zirka 1000 „Arbeitswillige“ 6000 Streikende besiegt, zeigt, daß die „Gegendemonstration“ militärisch organisiert wurde, es wurde mit Stoßkeilen, Gassen usw. operiert. Der größte Teil der sogenannten „Arbeitswilligen“ bestand aus Spezialeinheiten der Polizei¹⁴¹ und angeheu-

¹⁴¹ Nach dem Streik hieß es auch in der Presse, daß in der Nacht auf Donnerstag 800 Zivilpolizisten mit Werksausweis eingeschleust worden sind.

erten Schlägern. Überwiegend arbeitswillige Kollegen hätten sich kaum an einen solch exakten Plan halten können.¹⁴²

Die Arbeiterbürokraten des Betriebsrats, der BR-Vorsitzende Lück und andere Betriebsräte standen in vorderster Reihe der „Gegendemonstration“. Sie leisteten kräftige Schützenhilfe bei der Verhaftung der „Rädelsführer“ und „Wortführer“, indem sie die betriebsfremden Spitzel und Polizisten „führten“. Dafür ernteten sie den öffentlichen Dank der Ford-Kapitalisten. Der Sprecher der Geschäftsleitung erklärte gegenüber der „Frankfurter Rundschau“: „Insbesondere danke ich den Mitgliedern des Betriebsrates, die sich in vorbildlichem körperlichen Einsatz in Zusammenarbeit mit Polizei und Geschäftsleitung darum bemüht haben, die Rädelsführer dingfest zu machen.“ (FR, 31. 8. 73)

Die Arbeiter aus der Türkei sind sehr verbittert über das Verhalten ihrer deutschen Kollegen. Während der ganzen Spätschicht am Donnerstag pfeifen und buhen die Arbeiter aus der Türkei, aber es gibt keine Führung, welche den Widerstand hätte zusammenfassen können. Außerdem patrouillieren jetzt auf dem ganzen Werksgelände „Arbeiterschutzstreifen“ mit weißen Helmen, die jede Ansammlung auflösen. Es sind zum Teil dieselben Leute, die morgens bei der Gegendemonstration mitgemacht haben. Diese „Arbeiterschutzstreifen“ schleichen in den nächsten Tagen durch das Werk und greifen Arbeiter heraus, die beim Streik aktiv waren oder sie denunzieren diese.

Am Freitag, den 31. 9., verkündet der Betriebsrat durch einen Aushang die Verhandlungsergebnisse:

- Eine einmalige Zahlung von 280 DM
- Eine geringe Anhebung des 13. Monatslohns¹⁴³
- Bezahlung der Streiktage (wobei sich die Geschäftsleitung vorbehält, den aktiv am Streik beteiligten diese Bezahlung zu verweigern und dies auch tat)
- Individuelle Prüfung der Nachurlaubsentlassungen.

¹⁴² Deutsche Arbeiter berichteten später, die jeweiligen Hallenleiter, Obermeister usw. seien an jenem Donnerstagmorgen zu ihnen gekommen und hätten gesagt: „Antreten zur Gegendemonstration, oder ihr könnt gleich gehen.“ Daraufhin seien einige Kollegen bei der Gegendemonstration mitgegangen.

¹⁴³ Aus den Quellen geht nicht hervor, in welcher Höhe ein 13. Monatslohn durchgesetzt wurde.

Der letzte Punkt ist nichts als ein Zugeständnis auf dem Papier. Das Ergebnis ist genau auf die deutschen Arbeiter zugeschnitten. Die weitreichenden und speziellen Forderungen vor allem der Arbeiter aus der Türkei werden nicht berücksichtigt. 6 Wochen bezahlter Urlaub, weg mit den 500 Entlassungen, Bezahlung der Streikzeit und keine Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Streikenden – diese Forderungen sind in keiner Weise verbindlich erfüllt worden.

In den folgenden 14 Tagen setzt eine „gründliche“ Säuberungswelle ein. Es hagelt Entlassungen. Der Betriebsrat zieht voll mit, in vielen Fällen geht die Initiative von ihm aus. Es ist kein einziger Fall bekannt, bei dem er der Entlassung widerspricht. Insgesamt werden über 100 Arbeiter, hauptsächlich aus der Türkei, fristlos entlassen. Insgesamt kündigen mehr als 600 Arbeiter hauptsächlich aus der Türkei „freiwillig“. Die meisten gehen, weil sie nicht die Erniedrigung auf sich nehmen wollen, nach dem gewaltsam niedergeschlagenen Streik weiter bei Ford zu arbeiten. Viele der Entlassenen und derer, die „freiwillig“ aufgehört haben, verlassen Köln, um in einer anderen Stadt zu arbeiten oder nehmen Arbeit auf Baustellen an. Einige der entlassenen Arbeiter gehen gegen die Entlassungen durch eine Arbeitsgerichtsklage vor. Sieben von ihnen erhalten wochenlang von der Gewerkschaft keinen Rechtsschutz, obwohl ihnen dieser als Gewerkschaftsmitgliedern zusteht.

Innerhalb des Werks herrscht nach der Niederschlagung des Streiks eine Stimmung aus Resignation und Wut. Die Arbeit geht in der alten Schärfe weiter, ja es wird teilweise sogar noch schlimmer. An den Bändern sind große Lücken, und viele Maschinen bleiben unbesetzt. Diese Arbeit versucht Ford, den Verbliebenen aufzubürden. Als Reaktion darauf kommt es zwei Wochen nach dem Streik zu einem kurzen *spontanen Streik der Frauen* in der Polsterei (Y-Halle). Ein großer Teil der Arbeiterinnen soll Lücken an den Bändern auffüllen, der Rest ungefähr die gleiche Stückzahl weitermachen. Die jedoch lassen sich das nicht gefallen, hören auf zu arbeiten und streiken ein paar Stunden. Auch in einer anderen Abteilung kommt es kurz danach nochmals zu einem kurzen Streik.¹⁴⁴

¹⁴⁴ Parallel und ohne unmittelbare Verbindung zum Streik bei Ford Köln-Niehl hat auch ein spontaner Streik bei Ford Köln-Merkenich stattgefunden. In Merkenich ist das zentrale Ersatzteillager von Ford (ca. 1 km vom Hauptwerk entfernt). Dort ist der Streik teilweise anders verlaufen.

– In der Streikleitung waren zwei deutsche Arbeiter und vier Arbeiter aus der Türkei.

Die schändliche Rolle der DKP-Revisionisten

Beim Streik selber spielte die DKP weder bei den Vorbereitungen noch bei der Durchführung eine auffallende Rolle. Auch ihre 5–6 Betriebsräte traten gegenüber den Streikenden nicht anders in Erscheinung als der gesamte rechte Betriebsrat. Keines der DKP-Mitglieder streikte ab Montag mittag mehr mit, sondern sie blieben einfach wie die meisten anderen deutschen Arbeiter zu Hause.

Auf allen Flugblättern, welche die DKP während des Streiks herausbrachte, fehlte die Forderung nach 6 Wochen Urlaub, obwohl sie eine der wichtigsten für die Kollegen aus der Türkei war.

Die DKP schlug auch vor, ein anderes Streikkomitee zu wählen, da das bestehende sich angeblich selbst ernannt hätte. Die Verhandlungen mit den Ford-Kapitalisten sollte nach DKP-Vorschlag der Betriebsrat allein führen, obwohl doch die gesamte Streikfront das Gegen teil forderte. Direkte Streikaufrufe fehlten. Es solle verhandelt werden. Die Abwiegelungstaktik gegenüber dem Streik und die Ummarmungstaktik gegenüber der reaktionären Gewerkschaftsspitze hielt die DKP bis zum Schluß durch. Nach der Zerschlagung des Streiks distanzierte sie sich von den „Linkssektierern“. Mit keinem Wort griff die DKP die herausragende Rolle des Betriebsvorsitzenden Lück als Einsatzleiter der Polizeigegendemonstration an.

Im Vertrauensleutekörper erkannte man die DKP-Revisionisten nach Beendigung des Streiks daran, daß sie am emsigsten nach „Chaoten“ suchten.

Den Vogel schoß DKP-Betriebsrat Bädorf ab, der nach dem Streik als Zeuge gegen die Kollegen auftrat, gegen die innerbetriebliche Verfahren und Untersuchungen liefen. In einem Fall wurde ein Kollege aufgrund seiner Denunziation entlassen.

Fortsetzung der Fußnote

- Die Streikleitung forderte nicht, allein mit der Geschäftsleitung zu verhandeln, wie das in Niehl gemacht wurde.
- Die Streikbeteiligung war hoch, es streikten ca. 600 von 800 Arbeiterinnen und Arbeiter.
- Die Spaltung zwischen deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern war nicht so stark.

Einige Lehren und Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen des Ford-Streiks

Die kämpfenden Ford-Arbeiter, überwiegend aus der Türkei, überraschten die Ford-Kapitalisten durch die Entschlossenheit, Wucht und Militanz des Streiks. Der Ford-Streik hat nicht nur den Ford-Kapitalisten, sondern der gesamten Kapitalistenklasse Westdeutschlands Angst eingejagt und auch die Vertreter des reaktionären türkischen Staates auf den Plan gerufen.

Die Auswertung der Streikerfahrungen muß das Vorgehen der Streikenden und der Streiführung, die Taktik der Ford-Kapitalisten sowie die Haltung des Betriebsrats einschätzen und bewerten.

Kampfmethoden der Arbeiter

1. Es handelte sich um einen ***aktiven Massenstreik***, bei dem wirklich die Massen der Streikenden mehr oder weniger ständig selbst in das Geschehen eingriffen, durch Massendemonstrationen auf dem Werksgelände, häufige Versammlungen, Torbewachung und Agitationsaufträge.
2. Die Arbeiter durchbrachen von vornherein die Fesseln der „sozialpartnerschaftlichen“ Institutionen und Gesetze, indem sie ohne Rücksicht auf die „Friedenspflicht“ des Betriebsverfassungsgesetzes in den Streik traten und ohne und gegen den unternehmenstreuen Betriebsrat ihre ***eigenen Kampforgane***, insbesondere die ***eigene Streikleitung***, wählten.
3. Die Arbeiter wählten den Weg der ***massenhaften Betriebsbesetzung***, bei der während des Streiks möglichst die ganze Belegschaft im Werk ist. Durch die ***Besetzung der Tore*** mit Arbeitertrupps übernahmen sie die ***Kontrolle über das Werksgelände***.
4. Die Streikenden zeigten gegenüber dem Klassenfeind ***Klassenwachsamkeit***. Sie trafen Sicherheitsvorkehrungen gegen die drohende Verhaftung des Streikkomitees bei Verhandlungen, indem sie diesem Begleitschutz gaben, auf regelmäßigem Kontakt bestanden und vor allem auch Geiseln aus dem Betriebsrat nahmen. Dadurch haben sie die bereits geplante Verhaftung des Streikkomitees vereitelt.

5. Die streikenden Arbeiter haben umfangreiche *Agitationsarbeit* geleistet, um die Nichtstreikenden zu gewinnen, um die Arbeiter in den Heimen zu informieren und zu mobilisieren.

Das alles sind äußerst wertvolle und zukunftsweisende Erfahrungen. Um zu verstehen, warum der Streik dennoch in einer so deutlichen Niederlage endete, muß zunächst das Vorgehen des Klassenfeinds rekapituliert werden.

Kampfmethoden der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung ging von der ersten Stunde an mit einem **wohlorganisierten Programm** vor:

1. Schließung des Werkes und massiver Versuch, möglichst viele Kollegen nach Hause zu schicken und zu Hause zu halten.
2. Vertiefung der Spaltung unter den Kollegen mit Hilfe von Propaganda (Presse, Medien, Flugblätter).
3. Verhandlungen mit dem Betriebsrat als dem „einzig legalen Vertreter der Belegschaft“ mit Bekanntgabe eines Verhandlungsergebnisses, welches auf die deutschen Kollegen zugeschnitten war.
4. Zerschlagung des Streiks durch
 - a) die geplante – aber gescheiterte – Verhaftung des Streikkomitees.
 - b) Einsatz von Polizei – getarnt als Gegendemonstration arbeitswilliger Kollegen.

Die Geschäftsleitung beobachtete von Anfang an über Meister, Obermeister und Manager präzise die Aktivitäten der Streikenden. Die Geschäftsleitung wußte so über alle Bewegungen der Streikenden sofort Bescheid. Sie verschaffte sich einen Eindruck von der Stärke des Streiks und war ziemlich genau informiert über die Aktivitäten von ganz bestimmten Kollegen. Dadurch hatte sie später auch genügend Material für fristlose Entlassungen dieser Kollegen.

Die Ford-Kapitalisten legten eine große „taktische Elastizität“ an den Tag. Die Geschäftsleitung war zwar ständig präsent, trat aber nicht allzu offen und erkennbar als geschworener Gegner auf. So hat die Geschäftsleitung während des Streiks z. B. nie mit rechtlichen Konsequenzen gedroht.

Systematisch wurde von den Ford-Kapitalisten selbst die Propaganda einer bestimmten **Ideologie** über den Streik betrieben: Einer Gruppe von „Radikalen“ sei es gelungen, den Streik auszulösen, die „Sicherheit für Mitarbeiter und Betriebsanlagen“ sei nicht mehr garantiert; durch den „wilden Streik“ seien „chaotische Verhältnisse“ entstanden usw. Ständig wurden auch **Gerüchte** verbreitet über Verletzte etc.

- Die **Pressehetze** der Massenmedien wie „Bild“, „express“ usw. war eine Hauptwaffe gegen den Streik. Eine beispiellose Hetzkampagne „Türkenterror bei Ford“, „Sabotage bei Ford“, „Sechs Radikale legen Ford lahm“ usw. wurde entfacht.
- Systematisch wurden das Vorgehen, die Zugeständnisse und die Repressalien darauf abgestimmt, die **Spaltung** der Arbeiter in „Arbeitswillige und Radikale“ sowie „Deutsche und Türken“ zu betonen und voranzutreiben.
- Eine entscheidende Rolle wurde dem **Betriebsrat** als dem „einzig legitimen Vertreter der Belegschaft“ zugewiesen, um gegen den „illegalen Streik“ und gegen die „Chaoten“ zu agitieren.
- Die Ford-Kapitalisten stützten sich von Anfang an auf die **Staatsgewalt**: Polizei war während des Streiks dauernd im Einsatz und in Bereitschaft. So waren einige Mannschaftswagen ständig vor den Werkstoren, um Hallenleitern und Meistern das Betreten und Verlassen des Werks zu ermöglichen. Andere Polizisten übten Spitzeldienste aus.
- Sehr genau, ja geradezu militärisch geplant war auch die **Eskalation des Vorgehens** der Geschäftsleitung zur gewaltsmalen Zerschlagung des Streiks, nachdem vorherige „Verhandlungs“-Taktiken nicht zum Ziel geführt hatten.¹⁴⁵
- Wichtig für das Gelingen war das **Moment der Überrumpelung, der Überraschung**, durch den Übergang zu einer „höheren Kampfform“, der rücksichtslosen gewaltmälen Zerschlagung des Streiks.

¹⁴⁵ An den Toren wurden zwar Ausweiskontrollen gemacht, es war jedoch kein Problem für Polizisten und Spitzel, Ausweise herzustellen, und die Zäune sind sehr lang...

- Die Niederschlagung des Streiks hatte die **Rückendeckung und Unterstützung durch die Regierung**. Es ist bekannt, daß während des Streiks Konsultationen zwischen Bundeskanzler Brandt, der Gewerkschaft und den Kapitalistenverbänden stattgefunden haben. Auf Geheiß der Bundesregierung wurde die Streikberichterstattung im Fernsehen wesentlich eingeschränkt und zum Teil mit völlig unsinnigen Kommentaren versehen.¹⁴⁶

Gegen diese Kampfmethoden der Kapitalisten und ihres Staates können und müssen **einige Lehren aus den Schwächen des Ford-Streiks** herausgestellt werden:

- **Das Spitzelunwesen muß mit aller Härte und Konsequenz bekämpft werden.** Es muß verhindert werden, daß Meister Listen über Streikende anlegen und daß unkontrolliert fotografiert werden kann. Bei Ford sind Fernsehaufnahmen gedreht worden, angeblich zur Berichterstattung, die dann nach dem Streik der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt wurden.

- **Die Kontrolle über das Werk muß möglichst vollständig übernommen werden.** Bei Besetzung des Werks muß darauf geachtet werden, daß der Bewegungsspielraum des Kontrollpersonals (Werksschutz, höhere Angestellte in der Nachrichten- und Telefonzentrale) möglichst gering bleibt. Am besten wäre sicherlich, diese Leute außer Funktion zu setzen, durch Besetzung der entsprechenden Gebäude.

¹⁴⁶ „Der Spiegel“ berichtete darüber wie folgt:

„Im vertrauten Kreis schimpfte der Kanzler: ‚Früher mußten Revolutionäre Briefe schreiben und Porto bezahlen, heute nimmt ihnen das Fernsehen alles ab!‘ Umgehend beauftragte er seinen Staatssekretär Günter Gaus, früher Programmdirektor beim Südwestfunk, die ehemaligen Kollegen in den Fernsehanstalten im Interesse von Volk und Staat um Mäßigung zu bitten.“

Den am Montag abend im Kanzler-Bungalow versammelten Spitzenfunktionären der Metall-Industriellen erläuterte er seine Programmwünsche: ‚Das ist wie bei den Studentenunruhen 1968. Da genügt es, wenn ein Prozent oder sogar noch viel weniger etwas in Gang setzen. Dann läuft das. Die wissen nicht nur, daß es irgendwo Rabatz gab, sondern sie kennen auch die Parolen.‘ Die Folge: ‚Dann kommen auch sonst ruhige Arbeiter zum Betriebsrat und sagen ‚ihr seid wohl Armleuchter‘.“ („Der Spiegel“, Nr. 36/1973, S. 19f.)

- ***Unbedingt nötig ist ein gut funktionierendes Informations- und Kommunikationsnetz im Werk und nach draußen*** (Megaphone, Handys, Funkgeräte usw.)
- ***Der Hetze der bürgerlichen Politiker und Medien muß offensiv entgegengetreten werden.*** Die Streikenden selbst haben die besten Möglichkeiten, gegen die Hetze anzugehen, indem sie Reden und Handeln der bürgerlichen Machthaber in Resolutionen und Stellungnahmen verurteilen und Darstellungen ihrer wirklichen Streikgründe und Streikformen veröffentlichen. Eine breite Diskussion darüber trägt auch zur Politisierung des Streiks bei.
- ***Die Handlungsrichtlinien für die Durchführung des Streiks müssen möglichst präzise sein,*** damit in entscheidenden Momenten nicht Unschlüssigkeit im Handeln durch Unklarheit der Parolen und Anweisungen entsteht. Die Parole „Gewalt nur gegen Provokateure, keine Gewalt gegen Arbeitswillige“, die beim Streik ausgegeben worden war, stiftete Verwirrung in dem entscheidenden Moment, als die Provokateure im Gewand der „Arbeitswilligen“ den Streik gewaltsam zu zerschlagen begannen. Die Arbeiter waren auf den Angriff nicht vorbereitet: Zwar war vorher von einer solchen Möglichkeit gesprochen worden, aber das hatte keine Folgen. Als die Gegendemonstration auftauchte, besorgten sich viele Kollegen Knüppel. Andere nahmen sie ihnen wieder weg. „Gewalt nur gegen Provokateure“ war eine Parole des Streikkomitees gewesen. Was aber Provokateure sind, war nicht genügend klar bzw. geklärt worden.

Entscheidend für die Niederschlagung des Streiks bei Ford war letztlich, daß es den Ford-Kapitalisten im Verbund mit Presse und mit Schützenhilfe des Staates gelang, bei den deutschen Arbeitern eine Front gegen die „Chaoten“ und die „von ihnen aufgewiegelten“ Arbeiter aus der Türkei aufzubauen.

Die sozialdemokratischen Reaktionäre und die revisionistischen Verräter haben nach dem Ford-Streik vor allem gegen die Arbeiter aus der Türkei die Anklage erhoben, daß diese „engstirnig“ gewesen seien und durch ihren militanten Kampf die „Einheit mit den deutschen Arbeitern“ unmöglich gemacht hätten.¹⁴⁷ In Wirklichkeit ist es

¹⁴⁷ So heißt es in einem revisionistischen DKP-Buch:

gerade umgekehrt. Es hat sich gezeigt, daß tiefesitzender deutscher Chauvinismus auch bei den untersten Schichten der deutschen Arbeiter ein Hauptfaktor war, der letztere vom gemeinsamen Kampf abgehalten und an ihre Ausbeuter gebunden hat.¹⁴⁸ Die bürgerlichen Medien spielten diese Karte voll aus, indem sie eine wilde chauvinistische Hetze gegen „die Türken“ entfalteten.

Das sind entscheidende Tatsachen, aber weit entscheidender ist die Frage, welche *Schlußfolgerungen* daraus gezogen werden müssen.

Wir müssen uns unter diesem Blickwinkel nochmals Momente des Streikverlaufs selbst vor Augen führen: Am Freitag, dem 24.8., also am ersten Streiktag, hatten sich bei den Umzügen durch die noch arbeitenden Hallen spontan auch viele deutsche Arbeiter angeschlossen. Sie waren auch bei den ersten Versammlungen vor dem M-Gebäude durchaus noch dabei.¹⁴⁹ Doch von den **deutschen** fortschrittlichen Arbeitern, die sehr wenige waren, die es aber doch gab, wurde die Agitation unter den deutschen Arbeitern sträflich vernachlässigt.¹⁵⁰

Fortsetzung der Fußnote

„Die linksopportunistische Linie der Streikleitung führte zur Spaltung der Belegschaft nach nationalen Kriterien.“

(Kurt Steinhaus: „Streiks in der Bundesrepublik 1966–1974“, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1975, S. 127)

¹⁴⁸ Auf der deutschen Betriebsversammlung am 16. August wurde die Bestätigung der Maßregelungen gegen Kollegen aus der Türkei, die zu spät aus dem Urlaub zurückkehrten, teilweise bekraftet. Für dieses reaktionäre Unverständnis spielt ohne Zweifel die Verinnerlichung sogenannter „deutscher Tugenden“ wie „Pflichtbewußtsein“ und „Pünktlichkeit“ eine gewichtige Rolle.

¹⁴⁹ Ab Montag mittag, 27. 8., blieben die deutschen Arbeiter weitgehend weg. Ein Grund dafür ist sicher die weitverbreitete deutsche Streiktradition: beim Streik bleibt man zu Hause, bis die Gewerkschaft das geregelt hat. Andererseits ist ein Teil der deutschen Arbeiter sicher auch auf die Ford-Propaganda hereingefallen.

¹⁵⁰ Das gilt nach Angaben des Buchs „Streik bei Ford Köln“ auch für den Streik im Zweigwerk Merkenich, auf den wir hier ansonsten nicht näher eingehen:

„Ein großer Teil der deutschen Kollegen wurde so mit dem Betriebsrat alleingelassen. Diese Kollegen hatten vorher aktiv mitgemacht, waren jetzt nur etwas verwirrt und unentschlossen. Eine massenweise Diskussion mit ihnen hätte bestimmt vielen von ihnen geholfen. Das wurde aber versäumt.“

(„Streik bei Ford Köln“, Köln 1973, S. 197)

Sie überließen diese Aufgabe weitgehend den Arbeitern aus der Türkei, vor allem im Streikkomitee. Diese haben diese Aufgabe sehr wohl gesehen, waren aber überfordert. Es ist klar, daß dieser große Fehler nicht die Schuld der Arbeiter aus der Türkei und anderen Herkunftsländern sein kann. Der Fehler lag im wesentlichen auf deutscher Seite, bei den fortschrittlichen Arbeitern, die ihre Aufgaben nicht erkannt haben oder nicht bereit oder fähig waren, diese Aufgaben anzupacken!

Einige Schlußfolgerungen

Klassenkämpfe in Deutschland werden sich nur im allseitigen Kampf gegen den deutschen Chauvinismus entwickeln!

Der Streik bei Pierburg in Neuss ebenso wie der Streik bei Ford in Köln oder auch all die anderen Streiks zu dieser Zeit, die im wesentlichen von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern initiiert bzw. getragen waren, werfen weiterreichende Fragen auf:

- Mit welchen Teilen des Proletariats können sich diese am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Proletarierinnen und Proletarier auf längere Sicht verbünden?
- Welche Teile der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter werden sich revolutionieren und den Weg der sozialistischen Revolution gehen?

Diese Fragen lassen sich selbstverständlich nicht auf der Grundlage einiger Streikerfahrungen beantworten. Denn klar ist, daß sich z. B. die deutschen Facharbeiter bei Pierburg in Neuss in einer anderen Situation auch gegen ihre Kolleginnen aus anderen Herkunftsländern hätten stellen können, ebenso wie sich bei Ford in Köln unter anderen Umständen größere Teile auch der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter hätten am Streik beteiligen können.

Unsere grundlegende, theoretisch begründete, sich auf die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und Imperialismus stützende Position ist:

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter sind als Angehörige einer unterdrückenden Nation, des imperialistischen Deutschland, bis zu einem gewissen Grade Teilhaber ihrer Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Masse der Bevölkerung der unterdrückten Nationen. Das ist eine materielle Grundlage für die Ansteckung auch der großen Masse der deutschen Ar-

beiterinnen und Arbeiter mit deutschem Chauvinismus und Rassismus. Vor allem mit Hilfe der Arbeiteraristokratie und der aus ihr hervorgegangenen Arbeiterbürokratie gelingt es der deutschen imperialistischen Bourgeoisie heute in großem Maße, auch unter den breiten Massen der „eigenen“ Arbeiterinnen und Arbeiter den Geist der Verachtung und Überheblichkeit gegenüber den unterdrückten Völkern und den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern zu schüren.

Die deutsche Bourgeoisie versucht, die ganze Arbeiterklasse mit Hilfe der Arbeiteraristokratie an sich zu ketten, und noch gelingt es ihr bei relativ großen Teilen. Doch so wie es ist, bleibt es nicht! Denn dies kann **auf Dauer bei der breiten unteren Masse der Arbeiterklasse nicht gelingen**, die aufgrund der gesetzmäßigen Verschärfung der weltweiten Widersprüche des imperialistischen Ausbeutungssystems die verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung, die zunehmende Vereelendung auf längere Sicht am eigenen Leib immer stärker verspüren wird. Deshalb besteht ein **fundamentaler, antagonistischer Gegensatz zwischen der bestochenen Arbeiteraristokratie**, dem direkten Feind der proletarischen Revolution, **und der breiten unteren Masse des Proletariats**, die mit Hilfe ihrer Kommunistischen Partei erkennen wird, daß nicht der Kapitalismus, sondern nur die proletarische Revolution ihre grundlegenden Interessen erfüllen kann.

Welche Teile des Proletariats in einem Land wie Deutschland dies konkret sein werden, läßt sich nicht einfach theoretisch ableiten. Dazu ist insbesondere auch eine konkrete Klassenanalyse nötig. Doch auch diese genügt nicht. Wer sich wie verhalten, sich im Bürgerkrieg auf die Seite der Revolution oder auf die Seite der Konterrevolution stellen wird, läßt sich genau weder durch die Theorie noch durch die wissenschaftliche Analyse vorab klären. Dies kann und wird sich erst im Kampf selbst zeigen.

„Wir können nicht – und niemand kann – genau ausrechnen, welcher Teil des Proletariats den Sozialchauvinisten und Opportunisten folgt und folgen wird. Das wird erst der Kampf zeigen, das wird endgültig nur die sozialistische Revolution entscheiden. Aber wir wissen mit Bestimmtheit, daß die ‚Vaterlandsverteidiger‘ im imperialistischen Krieg nur eine Minderheit darstellen. Und es ist daher unsere Pflicht, wenn wir Sozialisten bleiben wollen, tiefer, zu den untersten, zu den wirklichen Massen zu gehen: darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den

Opportunismus und der ganze Inhalt dieses Kampfes. Indem wir enthüllen, daß die Opportunisten und Sozialchauvinisten in Wirklichkeit die Interessen der Massen verraten und verkaufen, daß sie die zeitweiligen Privilegien einer Minderheit der Arbeiter verteidigen, daß sie Mittler bürgerlicher Ideen und Einflüsse, daß sie in Wirklichkeit Verbündete und Agenten der Bourgeoisie sind, lehren wir die Massen, ihre wirklichen politischen Interessen zu erkennen und durch all die langen und qualvollen Wechselfälle der imperialistischen Kriege und der imperialistischen Waffenstillstände hindurch für den Sozialismus und die Revolution zu kämpfen.“

(Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, 1916, Werke Band 23, S. 117)

Zwei Punkte müssen also ganz klar festgestellt werden:

- Die Spaltung durch den deutschen Chauvinismus zwischen den deutschen Arbeitern sowie auch Arbeiterinnen und den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern hat eine klare materielle Grundlage in der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern.¹⁵¹
- In welchem Ausmaß diese Spaltung wirksam wird, oder ob es im Kampf punktuell und auf längere Sicht in steigendem Maß gelingt, die Kampfeinheit zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern und den untersten Schichten der deutschen Arbeiter gegen die Arbeiteraristokratie herzustellen, hängt entscheidend davon ab, ob die riesigen subjektiven Aufgaben zur Herstellung dieser Front in jedem konkreten Kampf und auf lange Sicht konsequent und richtig angepackt und vorangetrieben werden oder nicht. Die Folgen subjektiver Versäumnisse, Fehler und Mängel dürfen nicht auf die objektiven Bedingungen abgeschoben werden.

Aus den grundlegenden Erfahrungen etwa des Ford-Streiks folgt überhaupt nicht, daß ein gemeinsamer Kampf deutscher Arbeiterinnen und Arbeiter mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern nie und nimmer möglich sei. Vielmehr folgt daraus, wirklich die ganze enorme **Größe der Aufgaben** des unversöhn-

¹⁵¹ Vgl. dazu ausführlich in der Resolution 4 der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung den Abschnitt „Die deutsche Bourgeoisie versucht, die gesamte Arbeiterklasse an sich zu ketten“, in „Rot Front“, Nr. 2, S. 130–132

lichen Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus auf sehr weite Sicht zu erkennen.

- Nötig ist der hartnäckige, langwierige und unerbittlich zu führende Kampf **gegen die chauvinistische Verseuchung des Bewußtseins** breitestter Massen der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.
- In Verbindung damit muß bewußt sein, daß der Kampf gegen den Chauvinismus in der Praxis ein harter politischer, auch gewaltamer und sogar militärischer Kampf ist. Denn wie der Ford-Streik zeigt, führt dieser Kampf bei einer wirklichen Zusitzung sehr rasch zum gewaltsamen Zusammenstoß mit den Trägern, Nutznießern und Schrittmachern des Chauvinismus, in den Betrieben insbesondere mit der Arbeiteraristokratie.

Klassenkämpfe in Deutschland werden sich nur im Kampf gegen DGB-Führung und Arbeiteraristokratie entwickeln!

Die Tatsache, daß die DGB-Führung durchgängig, bei allen Auseinandersetzungen, den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in den Rücken gefallen ist, zeigt, daß dies keineswegs nur an einer zeitweilig „verfehlten Haltung“ liegt. Die grundlegende Ursache dafür ist der reaktionäre Charakter der DGB-Führung und ihres Apparates als kapitaltreuer „Ordnungsfaktor“.

All dies ist nicht allein und nicht vor allem eine Frage bestimmter Personen an der Spitze, die nur auszuwechseln wären. Diese Dinge haben tiefere, materielle Ursachen.

Über den Profit hinaus, den die deutschen Imperialisten aus den „eigenen“ Arbeiterinnen und Arbeitern herauspressen, bringt vor allem die gigantische und besonders brutale Ausbeutung anderer Völker und auch der in Deutschland lebenden Werktätigen aus anderen Ländern riesige Extraprofite in vorher nicht gekanntem Ausmaß. Ein Teil dieser Extraprofite verwendet die imperialistische Bourgeoisie dazu, eine besondere Schicht der Arbeiteraristokratie als ihre Agentur zu kaufen und heranzuzüchten.

Diese gegenüber der gesamten Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie, bildet – neben dem Kleinbürgertum – die soziale Basis der Bourgeoisie.

sie und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung und ist Feind der proletarischen Revolution. Sie ist ein Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer konterrevolutionären Ideologie, Stoßtrupp des Reformismus, des Antikommunismus und deutschen Chauvinismus und Rassismus. Aus der Arbeiteraristokratie geht die Arbeiterbürokratie hervor, die vor allem aus den Bürokraten des DGB-Gewerkschaftsapparates besteht.

Die Existenz der Arbeiteraristokratie hat sich in allen Kämpfen immer wieder als eine der Hauptursachen dafür erwiesen, daß die Arbeiterklasse in Deutschland bzw. Westdeutschland von ihren eigentlichen Aufgaben und von ihren internationalistischen Verpflichtungen abgehalten wird, daß die Entstehung einer revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland erheblich erschwert wird. Der revolutionäre Massenkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter kann daher nur durch den radikalen Bruch mit der Arbeiteraristokratie entwickelt werden!

Klassenkämpfe in Deutschland werden sich nur im Kampf zur Entlarvung der Tricks und Methoden der deutschen Imperialisten und ihrer Agenturen in der Arbeiterbewegung entwickeln!

Geradezu verblüffend ist es festzustellen, wie sehr es der DGB-Führung und all den anderen Lakaien des Kapitals immer wieder mit ganz ähnlichen Methoden und Manövern gelingen konnte, Kämpfe abzuwürgen bzw. in die Niederlage zu führen.¹⁵²

¹⁵² In einer Broschüre der Roten Gewerkschaftsinternationale von 1930 hieß es über die Funktion der Manöver des Klassenfeindes:

„Am gefährlichsten ist es im Kampfe, sich von den Manövern unserer Feinde irreführen zu lassen ..., und selbstverständlich manövriert jede Armee im Kampfe, um das feindliche Heer zu desorganisieren und zu demoralisieren. Die Kräfte unserer Feinde sind ungeheuer. Sie verfügen über eine millionenstimmige Presse, über einen geschulten, qualifizierten Mitarbeiterstab, alle besten wissenschaftlichen und literarischen Kräfte stehen der Bourgeoisie zur Seite. Ebenso wie die Kirche, verbreitet diese millionenstimmige Presse Tag für Tag panikartige Stimmungen und phantastische Meldungen jeder Art, die sich so weit versteigen, den Streikbruch zu einer Zeit zu verkünden, wo der Streik nicht nur weit davon entfernt ist, abgeschlossen zu werden, sondern sich sogar im Aufstieg befindet. Das alles ist geeignet, die Reihen der Streikteilnehmer zu demoralisieren und zu desorganisie-

Die tiefere Ursache dafür ist, daß sich spontan immer wieder die weitverzweigte bürgerliche Ideologie aufdrängt und durchsetzt. Entscheidender Faktor dafür, daß diese Manöver immer wieder gelingen, ist so gesehen das Fehlen einer starken kommunistischen Partei, welche auf der Grundlage ihrer richtigen Linie und Politik es versteht, die Erfahrungen aller Kämpfe kritisch auszuwerten, zusammenzufassen und die Lehren daraus zu ziehen, um das politische Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter zu schaffen.

Das erfordert gerade auch, anhand der bisherigen Kämpfe in den Betrieben zu studieren, mit welchen Tricks und Methoden es den Kapitalisten und all ihren Helfershelfern aus Politik, Gewerkschaft

Fortsetzung der Fußnote

ren. Besonders zu achten ist deshalb auf den Kampf gegen die verschiedenartigen Manöver der Bourgeoisie und der bürgerlichen Presse, damit die Arbeiterschaft nicht demoralisiert wird, damit ihr Kampfgeist nicht erlahmt durch die panikerregenden Meldungen der bürgerlichen Presse, damit sie sich nicht von der Panik erfassen läßt, und zu diesem Zwecke ist es erforderlich, daß die Arbeiter über alle Vorgänge in den bestreikten Gebieten aufs genaueste unterrichtet sind. Ist der Stab von der Armee isoliert, verstehen wir es nicht, einen Informationsdienst ins Leben zu rufen, der den Streikteilnehmern die Möglichkeit bietet, auch dann genau über die Vorgänge unterrichtet zu sein, wenn ein Bezirk vom andern isoliert wird, dann kann es der uns feindlich gesinnten Presse gelingen, eine Panik zu verbreiten, dann kann der Streik auch abgewürgt werden, und wenn das leitende Organ auch noch so kampflustig ist und noch so viel schöne Resolutionen gefaßt hat. Jeder Streikteilnehmer muß davon unterrichtet sein, was mit seinen Kameraden geschieht. Unsere gesamte Tätigkeit im Streik müssen wir so einrichten, daß die Massen dem Geschreibsel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse nicht ein Jota Vertrauen schenken, sonst ist der Streik zu einer Niederlage verurteilt.

Die Manöver unserer Feinde bestehen aber nicht darin, daß die Presse Lügenmeldungen jeder Art verbreitet. Es gibt auch andere Manöver. Mitten im Streik werden von den Unternehmern durch Mittelsmänner aus den Reihen der Liberalen oder der Sozialdemokratie Kompromisse vorgeschlagen, oder erfundene Nachrichten in dem Sinne lanciert, daß günstige Angebote vorlägen und es doch überflüssig sei, zu streiken, wo doch auch ohne Kampf Zugeständnisse erzielt werden könnten ... Oft werden Meldungen verbreitet und vielversprechende Deklarationen veröffentlicht, und es wird auch die Zwangsschlichtung unter Mitwirkung eines „neutralen“ Schiedsrichters angewendet; auf Grund aller dieser Deklarationen oder der versprochenen Schlichtung wird dann der Streik von den Reformisten abgewürgt und den Streikteilnehmern vorgeschlagen, zu warten, bis die Unternehmer ihr Versprechen einlösen. Am allergefährlichsten ist es in Zeiten von Streiks, sich auf Worte und Versprechungen der Unternehmer und Reformisten zu verlassen und ihnen Glauben zu schenken; am gefährlichsten ist es, sich während des Streiks zu demobilisieren, ohne den Kampf zu Ende geführt zu haben.“

(„Streik als Schlacht“, 1930, Nachdruck Münster 1972, S. 50)

und Medien bisher immer wieder gelang, den Kampfgeist zu brechen, Kämpfe, Streiks und Betriebsbesetzungen abzuwürgen.

Das Wissen um diese Kampfmethoden der west/deutschen Imperialisten – je nach Lage kombiniert mit dem Einsatz brutaler Polizeigewalt – ist notwendig, um die jetzigen und die noch anstehenden Kämpfe erfolgreicher durchführen zu können.

Sich an die Spitze setzen, um die Spitze abzubrechen – das war und ist eine der Hauptmethoden der DGB-Führung, wie es die Analyse vieler Kämpfe deutlich macht. Auf der anderen Seite muß auch bewußt sein, daß es trotz vielversprechender Ansätze die Gewerkschaftsfürsten, die Arbeiteraristokraten und die Politiker des deutschen Staates immer wieder schaffen, auch umfassendere und größere Kämpfe letztendlich doch zu ersticken – das sind die Lehren, die nicht vergessen werden dürfen. Bei vielen Kämpfen, etwa in Rennhausen 1987/88, zeigte sich, ***mit wie vielen Gesichtern die Bourgeoisie den Arbeiterinnen und Arbeitern gegenübertritt:*** die Vielfältigkeit der Arbeiteraristokratie von Lackmann bis Steinkühler, der Staat als Sachverwalter des deutschen Imperialismus vertreten von seinen Politikern wie Kohl oder Rau, die direkten Manager des Monopolkapitals, vertreten durch Cromme & Co, und schließlich auch die Kirche, auch als scheinbar fortschrittliche „Kirche von unten“ mit ihrem gefährlichen Geschwafel der Nächstenliebe, die auch die Kapitalisten einschließt.

Dort wo die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gegen verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Arbeitsplatzvernichtung, für ihre Tagesinteressen kämpfen, treffen sie nicht nur direkt auf den imperialistischen Staatsapparat, sondern auf ein ganzes, von der Bourgeoisie systematisch aufgezogenes Netz falscher Freunde der Massen, falschen Führern, Verrätern und Demagogen, sind sie konfrontiert mit allen möglichen Gesetzen und Bestimmungen, finden sie Lokalpolitiker oder „Landesväter“ vor, die sich als angebliche Unterstützer oder Förderer profilieren. Sie alle greifen ein, weil sie sogar hinter den bescheidensten Tageskämpfen die Gefahr wittern, daß die Auseinandersetzung ihrer Kontrolle entgleitet und für sie zum drohenden politischen Signal wird. So erhält der Kampf von der herrschenden Klasse und ihren Vertretern politischen Charakter.

Auf der anderen Seite treffen die Arbeiterinnen und Arbeiter, die werktätigen Massen in diesen Kämpfen aber auch auf Revolutionäre,

Kommunistinnen und Kommunisten. Deren Aufgabe besteht darin, proletarisches Klassenbewußtsein in die Arbeitermassen hineinzutragen. Denn sämtliche Erfahrungen der Geschichte haben bewiesen, daß die spontane Arbeiterbewegung allein nicht in der Lage ist, das Netz der bürgerlichen Ideologie und Politik zu durchbrechen.¹⁵³

Die Rolle der bürgerlichen Medien nicht unterschätzen!

All die herausragenden Kämpfe, die geschildert wurden, haben gezeigt, daß eines der wichtigsten Mittel der west/deutschen Imperialisten die geheuchelte „Sympathie“ der Zeitungen und Zeitschriften, von Radio und Fernsehen war. Eine „Sympathie“, die dann urplötzlich abgestellt, durch direkte Lügenpropaganda und Hetze ersetzt wurde.

Nicht selten trifft ein solch plötzlicher Umschwung die Kolleginnen und Kollegen, die in einem Teil der Medienvertreter wohlwollende Sympathisanten sehen und sich ein solches Maß an Niedertracht nicht vorstellen können, oft wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Folge daraus ist eine Atmosphäre der Resignation, eine Atmosphäre, in der dann ein weiteres Instrument aus dem Arsenal der west/deutschen Imperialisten zum Zuge kommt: Spaltungsmanöver durch „Kompromiß“-Angebote, Abfindungen für einige wenige usw.

Die Gefahr der Korrumperung

Als drittes wesentliches Mittel, das aber nicht an die große Glocke gehängt wird, kommt dann häufig die großzügige Bestechung einiger, oftmals bis dahin anerkannter Anführer der Kämpfe hinzu. Ihren Auftraggebern treu ergeben, spielen diese dann die Rolle der Toten-

¹⁵³ Denn es ist, wie Lenin in seinem hervorragenden Werk „Was tun?“ herausgearbeitet hat:

„Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung*, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen Klassen*.“

(Lenin, „Was tun?, 1902, Werke Band 5, S. 436)

gräber der Kämpfe, mit der „weisen“ Offenbarung auf den Lippen:
„Vertraut uns, wir wissen, mehr ist nicht drin!“

Den Legalismus bekämpfen!

Der Legalismus, die Verpflichtung der streikenden und demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Einhaltung der Gesetze des bürgerlichen Staates und die Schürung von Illusionen in diese Gesetze, erwies sich immer wieder als eine mächtige Waffe von Bourgeoisie und Arbeiteraristokratie, der die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Masse zunächst hilflos gegenüberstanden. Die Polizei mußte in den Kämpfen nach 1945 noch nicht mit wirklich ernsthafter Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter rechnen.

Vom Tageskampf zum Kampf für die proletarische Revolution

Die Zwiespältigkeit der Tageskämpfe erkennen!

Die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben kennen das Dilemma: Der Kampf etwa für den Erhalt der Arbeitsplätze bedeutet gleichzeitig den Erhalt der Ausbeutung, es geht nur darum, welcher Kapitalist nun die Arbeiterin und den Arbeiter weiter ausbeuten darf.

Nichtsdestotrotz sind solche Abwehrkämpfe notwendig, dienen sie der Sicherung wenigstens eines Minimums der Existenzbedingungen, die gleichzeitig auch die Bedingungen für den weiteren Kampf darstellen. Doch zeigt dieses Dilemma eben die Notwendigkeit einer weiteren Perspektive des Kampfes auf, eines Kampfes, der sich gegen die Wurzel des Übels richtet, gegen die Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung, von Arbeitslosigkeit und Elend, gegen die Ursachen für die Knechtung anderer Völker und imperialistischer Raubkriege – eines Kampfes, der sich gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem selbst richtet.

Spontane Tageskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter – Kämpfe „Klasse gegen Klasse“?

Die Kämpfe von 1949 bis heute waren Tageskämpfe. Das Ziel aber ist der Kampf Klasse gegen Klasse. Was aber bedeutet der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie bzw. der Kampf Klasse gegen Klasse?

Sicherlich kann man Klassenkampf als historische Kategorie auch im weitesten Sinn auffassen, wie das Marx im „Manifest der Kommunistischen Partei“ tut: Die Geschichte der Ausbeutergesellschaften als Geschichte von Klassenkämpfen.¹⁵⁴ In diesem Sinn sind alle Kämpfe der unterdrückten, ausgebeuteten Klassen Teil dieses großen Kampfes, der den Gang der Geschichte und der menschlichen Entwicklung entscheidet.

Im engeren Sinn, im Sinne des Klassenkampfes als politischem Kampf, ist entscheidend zu verstehen, was Lenin dazu ausgeführt hat:

„Wir alle sind uns darin einig, daß es unsere Aufgabe ist, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren. Was aber ist Klassenkampf? Wenn die Arbeiter einer einzelnen Fabrik, eines einzelnen Berufs den Kampf gegen ihren Unternehmer oder gegen ihre Unternehmer aufnehmen, ist das Klassenkampf? Nein, das sind erst schwache Ansätze dazu. Der Kampf der Arbeiter wird erst dann zum Klassenkampf, wenn alle fortschrittlichen Vertreter der gesamten Arbeiterklasse des ganzen Landes sich bewußt werden, eine einheitliche Arbeiterklasse zu sein, und den Kampf nicht gegen einzelne Unternehmer, sondern gegen die ganze Klasse der Kapitalisten und gegen die diese Klasse unterstützende Regierung aufnehmen. Erst dann, wenn der einzelne Arbeiter sich bewußt ist, ein Teil der ganzen Arbeiterklasse zu sein, wenn er in seinem täglichen Kleinkampf gegen einzelne Unternehmer und einzelne Beamte den Kampf gegen die ganze Bourgeoisie und gegen die ganze Regierung sieht, erst dann wird sein Kampf zum Klassenkampf. „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf“ – diese berühmten Worte von Marx dürfen nicht in dem Sinne verstanden werden, jeder Kampf der Arbei-

¹⁵⁴ Siehe: Marx/Engels Werke Band 4, S. 462

ter gegen die Unternehmer wäre stets ein politischer Kampf. Sie müssen so verstanden werden, daß der Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten notwendigerweise *in dem Maße* politischer Kampf wird, als er zum Klassenkampf wird. Die Aufgabe der Sozialdemokratie (der Kommunistischen Parteien, A. d. Red.) besteht eben darin, durch Organisierung der Arbeiter, durch Propaganda und Agitation unter ihnen ihren spontanen Kampf gegen die Unterdrücker in einen Kampf der ganzen Klasse, in den Kampf einer bestimmten politischen Partei für bestimmte politische und sozialistische Ideale zu verwandeln.“

(Lenin, „Unsere nächste Aufgabe“, geschrieben nicht vor Oktober 1899, zuerst veröffentlicht 1925, Werke Band 4, S. 209f.)

Die spontanen Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter für ökonomische oder tagespolitische Ziele (erst recht, wenn sie unter der Führung von bürgerlichen oder opportunistischen Kräften stehen) sind daher lediglich *Keimformen* des Klassenkampfes, denn sie kämpfen noch nicht ihrer Lage und ihren Aufgaben gemäß *bewußt* und als Klasse organisiert!¹⁵⁵

Diese Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse mit dem Kapital bergen in sich die *Möglichkeit* der Erkenntnis, daß dieses ganze kapitalistische System zerschlagen werden muß, um es durch eine neue Welt des Sozialismus und Kommunismus zu ersetzen. Doch ergibt sich diese Erkenntnis *nicht von allein*. Hier liegt vielmehr eine der großen Aufgaben der Kommunistischen Partei, die nicht nur alle Kämpfe zusammenfassen, organisieren und führen muß, sondern vor allem auch die nötige Klarheit und Zukunftsperspektive in die sich entwickelnde Arbeiterbewegung hineinragen muß. Hier liegen die großen Aufgaben der Kommunistischen Partei, um die Führung im Klassenkampf in all seinen Formen zu kämpfen, mit dem Ziel der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus und des Kommunismus. Die Basis der Kommunistischen Partei muß aber in den Betrieben, vor allem den industriellen Großbetrieben liegen, gemäß Lenins Lösung: „Jeder Betrieb muß unsere Festung sein.“

¹⁵⁵ Vgl. dazu insbesondere in Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 385, S. 411–413, S. 425–427, S. 492.

Grundlegende Aufgaben kommunistischer Betriebsarbeit

Um wirklich die fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats in die Kommunistische Partei aufnehmen und die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei, die Bewußtmachung und Organisierung der Arbeiterklasse zum Sturz der Bourgeoisie, wirklich durchführen zu können, muß die Kommunistische Partei vor allem in den Betrieben, vor allem in den Großbetrieben des Kapitals aufgebaut werden, wo die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter sich konzentrieren – auf dieser Grundposition basiert unsere ganze kommunistische Betriebsarbeit.

Aufgrund der Tatsache, daß wir mit unserer Betriebsarbeit in mancher Hinsicht auch nach über 20jähriger politischer Arbeit am Anfang stehen, sollen und können hier nur grundlegende Aufgaben dargelegt werden, die im Kampf für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands unbedingt konkretisiert werden müssen, indem sie auf die besonderen Bedingungen in Deutschland immer weitergehender richtig angewandt werden.

Kommunistische Agitation und Propaganda

In der ersten Phase des Parteiaufbaus, in der wir uns nach wie vor befinden, geht es bei der kommunistischen Betriebsarbeit vor allem darum, die fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats für die Kommunistische Partei zu gewinnen. Die grundlegende Form der praktischen Arbeit der Kommunistischen Partei ist auch im Betrieb deshalb die Propaganda. Jedoch ist klar, daß ohne Agitation, ohne Aktionen, z. B. zur Entlarvung von Arbeiterversrätern, ohne daß sich die kommunistischen Kader in den Betrieben nach Kräften an allen gerechten Kämpfen beteiligen, in der Tat führend in diesen Kämpfen vorangehen und nach Möglichkeit neue, stärkere, immer militantere Kämpfe entfachen – ohne die Erfüllung dieser vielfältigen Aufgaben, an die Entwicklung wirklich kommunistischer Betriebsarbeit nicht zu denken ist.

Bei kommunistischer Propaganda in den Betrieben sind insbesondere drei Punkte zentral:

-
- Im Kampf gegen Reformismus, Ökonomismus und Legalismus gilt es in den Tageskämpfen ***vor allem die kommunistischen Ziele zu propagieren.***¹⁵⁶

Es geht darum, die kommunistischen Ziele nicht nur durch Propaganda mit Flugblättern, Broschüren etc., sondern vor allem – will man wirklich die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen – anhand allseitiger politischer Enthüllungen mit Hilfe vor allem des Zentralorgans der Kommunistischen Partei, aber auch – wenn die kommunistischen Kräfte landesweit stark genug sind – mit örtlichen Betriebszeitungen zu verbreiten.

- Es gilt, ***dem deutschen Chauvinismus und Nationalismus***, der verfluchten Staatsgläubigkeit, den Lügen und falschen Schmeicheleien der bürgerlichen Medien und Politiker sowie den vorherrschenden Illusionen über das kapitalistische System ***den Krieg zu erklären!***

- ***Die Entlarvung und der Kampf gegen alle falschen Freunde, ihre Ideologien sowie ihre betrügerischen Methoden*** ist zentraler Bestandteil kommunistischer Betriebsarbeit. Der Kampf gegen die Opportunisten, vor allem die modernen Revisionisten der PDS aber auch der DKP und andere Pseudomarxisten, gegen sämtliche Arbeiteraristokraten, vor allem die DGB-Fürsten und DGB-Bürokraten, sowie gegen die imperialistischen Parteien muß mit aller Kraft geführt werden, um die Führung der gerechten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter den falschen Freunden zu entreißen, um diese Kämpfe schließlich führend leiten zu können, als Voraussetzung für die weitergehende Erziehung des Proletariats zu kommunistischem Bewußtsein.

Nur auf dieser Basis ist die ***Erziehung zur internationalistischen Solidarität*** möglich, um ***internationalistische Aktionen zur Unterstützung der gerechten Kämpfe vor allem der vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten Völker*** immer weitergehender durchführen zu können, um den Zusammenschluß der deutschen Arbeiterinnen

¹⁵⁶ Zum Verhältnis von ökonomischem und demokratischem Kampf zum Kampf um die proletarische Revolution siehe: „Rot Front“, Nr. 3, „Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus“, insbesondere S. 199 f.

und Arbeiter mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern zu erkämpfen.

Nur auf dieser Basis kann es gelingen, *ohne und gegen alle falschen Freunde, insbesondere die Arbeiteraristokraten des DGB, einen eigenständigen, auf die eigene Kraft gestützten, militanten Kampf in den Betrieben gegen Ausbeutung und Unterdrückung* zu organisieren, der Verbindungen zu allen anderen gerechten Kämpfen gegen den deutschen Imperialismus aufnimmt und diese maximal unterstützt.

Bei allen drei Aufgaben geht es darum, die Besonderheiten in jedem Betrieb, in jedem Berufszweig zu beachten, die kommunistische Propaganda und die Aktionen nicht losgelöst davon zu betreiben, sondern an diesen Besonderheiten anzuknüpfen – ohne dabei die kommunistischen Prinzipien zu verwässern und die großen Zusammenhänge zu „vergessen“.

Denn die kommunistischen Kräfte müssen mit ihrer Agitation und Propaganda Antwort geben auf die Fragen der Arbeiterinnen und Arbeiter, es ist notwendig, klar die Fragen zu beantworten, die ein Hindernis für den Kampf um ihre grundlegenden Interessen und für ihre Gewinnung für den Kommunismus darstellen. Dafür müssen die Schwierigkeiten der Arbeiterinnen und Arbeiter bekannt sein, um die Fragen konkret zu stellen und zu beantworten.

Lenin hat in seiner Schrift „Was tun?“ dargelegt, daß das aber keinesfalls bedeutet, die Arbeiterinnen und Arbeiter lediglich auf den ökonomischen Kampf zu konzentrieren. Er macht sehr eindringlich gegen opportunistische und ökonomistische Vorstellungen klar, wie ein wirklich kommunistischer Kader auch im Betrieb kämpfen muß, um kommunistisches Bewußtsein bei den Arbeiterinnen und Arbeitern schaffen zu können. Nur ein solcher kommunistischer Kader wird die Arbeiterinnen und Arbeiter für den Kommunismus gewinnen können, der es versteht,

„.... auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen,

um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 437)

Denn kommunistisches Bewußtsein schaffen bedeutet eben vor allem folgendes:

Das Proletariat muß begriffen haben, daß es die Bourgeoisie nur stürzen kann, wenn es unter den anderen Ausgebeuteten Verbündete gewinnt, wenn es versteht, sie an sich heranzuziehen und zu führen, wenn also die *Hegemonie des Proletariats* verwirklicht wird. Dazu darf die revolutionäre Erziehung des Proletariats keinesfalls nur auf die Erkenntnis der eigenen Lage gelenkt werden, sondern die Arbeiterklasse muß alles wissen über alle Klassen und Schichten, über ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat und untereinander. Denn nur so kann sie wirklich den Klassenfeind, seine Parteien und seine Politik durchschauen, ihre eigene führende Rolle in der proletarischen Revolution verstehen und durchsetzen lernen.

Aufgabe der Kommunistischen Partei, der kommunistischen Betriebsarbeit ist es, in der Arbeiterklasse Klarheit über den Hauptfeind der „eigenen“ Revolution, die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und den Weg ihrer Beseitigung, Klarheit über die Ziele des Sozialismus und Kommunismus, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates im Bürgerkrieg, Klarheit über die Notwendigkeit der weltweiten Vernichtung des Imperialismus, zu schaffen. Das bedeutet vor allem auch, die Aufgabe zu erfüllen, im Kampf gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus die Losungen „*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*“ und „*Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!*“ zu propagieren, ihre Bedeutung der Arbeiterklasse bewußtzumachen und sie dazu zu befähigen, danach zu handeln. Die Arbeiterklasse in Deutschland wie in jedem Land muß aus der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, aus dem Kampf insbesondere der vom „eigenen“ Imperialismus unterdrückten Völker lernen, muß *die internationale Situation, die Kräfte der internationalen Konterrevolution und die Kräfte der proletarischen Weltrevolution* genau kennen, sonst ist an einen siegreichen Kampf für die proletarische Revolution als Teil der proletarischen Weltrevolution, in Deutschland wie in jedem Land, nicht zu denken.

Verbindung von legaler mit illegaler Arbeit als Grundlage für den militanten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß von Anfang an kommunistische Betriebsarbeit im Kampf gegen alle Formen des Legalismus auf illegaler Grundlage durchgeführt werden, um gegen die Schläge der Bourgeoisie – Entlassungen, Gerichtsverfahren, gewaltsame Angriffe, Verhaftungen etc. – maximal gewappnet zu sein.

Bei dieser illegalen Arbeit geht es auch darum, sich legale Stützpunkte zu schaffen, z. B. in den Gewerkschaften, das heißt, es geht darum, die *illegalen mit der legalen Arbeit zu verbinden*.¹⁵⁷

Ein wichtiger Anknüpfungspunkt, um den Arbeiterinnen und Arbeitern im Betrieb die Notwendigkeit illegaler Arbeit klarzumachen, ist, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter im Betrieb anhand ihrer Alltagserfahrungen ganz spontan schon „verdeckt“ arbeiten: Sei es für den Kollegen, der morgens zu spät kommt, die Stempelkarte „zu stechen“, oder sei es die Manipulation der eigenen Stückzahl, um die Arbeitshetze zu unterlaufen. Den Kolleginnen und Kollegen ist dabei aus ihren Erfahrungen heraus klar, das solche oder ähnliche Handlungen hinter dem Rücken des Kapitalisten und seiner Handlanger geschehen müssen, da sonst der Arbeitsplatz weg ist.

Bei der Verbindung legaler mit illegaler Arbeit ist folgendes zentral:

- Die Schaffung einer illegalen Struktur ist die Grundlage für jede kommunistische Arbeit im Betrieb, im Herzen der ökonomischen Machtstruktur der Bourgeoisie. Auf der Basis dieser illegalen Struktur gilt es zu lernen, ohne aufzufliegen in allen legalen Organisationen arbeiten zu können, um an die Arbeiterinnen und Arbeiter überhaupt heranzukommen, um alle legalen Möglichkeiten auszunutzen, sie zu aktivieren und zu mobilisieren.

Lenin stellte den kommunistischen Kräften z. B. bei der Arbeit in den bürgerlichen Gewerkschaften folgende Aufgabe:

¹⁵⁷ Siehe dazu: „Der Aufbau der Kommunistischen Partei und die Verbindung der legalen mit der illegalen Arbeit“, „Rot Front“ Nr. 4, S. 267 f.

„.... alle möglichen Schliche, Listen und illegale Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.“
 (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920, Werke Band 31, S. 40)

Wegen der Gefahr der Kündigung und des Gewerkschaftsausschlusses muß **sehr genau überlegt werden, ob jemand und wer im Betrieb als Kommunist offen auftritt.** Dabei ist es sehr wichtig, den Nutzen und die Gefahren genau abzuwägen. Falls die Kämpfe im Betrieb sehr stark sind, kann es von großem Nutzen sein, wenn z. B. ein Betriebsrat, der das Vertrauen der Arbeiterinnen und Arbeiter genießt, sich als Kommunist zu erkennen gibt, um kommunistische Propaganda zu betreiben. Wichtig dabei ist, daß sich nicht ganze Betriebszellen enttarnen, sondern nur eine solche Anzahl von Katern, die zum Gelingen der Sache absolut notwendig sind.

- Die **Erziehung zum militänten Kampf** gegen Ausbeutung und Unterdrückung muß anhand der konkreten Kampferfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, muß in den konkreten Kämpfen durchgeführt werden. Dort geht es darum, bewußt zumachen, daß **militänter Kampf ohne ein Minimum an konspirativer Organisierung**, wie z. B. dem Schutz der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter, der führenden Kolleginnen und Kollegen vor Polizei, Werkschutz und Spitzeln der Bourgeoisie, **nur in einer Niederlage enden kann.**
- Der **Kampf gegen Betriebsspitze und Provokateure aller Art**, insbesondere auch **gegen Streikbrecher**, ist eine eigenständige Aufgabe, die systematisch organisiert werden muß. Dabei ist es klar, daß die bestochene Arbeiteraristokratie potentieller Helfer der Bourgeoisie ist, weil ja diese ganze Schicht materiell und ideologisch ganz und gar an die Bourgeoisie gekettet ist. Spitzel, Provokateure und Streikbrecher werden aber auch immer wieder aus den Reihen der „einfachen“ Arbeiter gewonnen, durch Drohungen, Bestechungen etc. – das darf nicht unterschätzt werden.¹⁵⁸

¹⁵⁸ Lenin schrieb in seinem „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ grundlegend zum Kampf gegen Spitzel:

„Wir müssen den Arbeitern einschärfen, daß die Tötung von Spitzeln, Provokateuren und Verrätern zwar manchmal eine unbedingte Notwendigkeit sein kann, daß es

Der Aufbau kommunistischer Betriebszellen der Kommunistischen Partei

Um wirkliche kommunistische Propaganda betreiben zu können, um richtig die illegale mit der legalen Arbeit verbinden zu können muß die Kommunistische Partei in den Betrieben ihre Kräfte auf die Schaffung von kommunistischen Betriebszellen konzentrieren, die hauptsächlich illegal organisiert sein müssen. Der *illegalen Aufbau der Betriebszellen* ist grundlegende Bedingung, damit diese überhaupt aufgebaut werden können, damit sie sich entfalten und zumindest eine gewisse Zeit bestehen können, ohne sofort von der Bourgeoisie zerschlagen zu werden. Lenin legte wesentliche Aufgaben von Betriebszellen fest, die auch heute hochaktuell sind:

„Jede Zelle und jedes dieser Arbeiterkomitees muß zu einem ‚Stützpunkt für die agitatorische, propagandistische und praktisch-organisatorische Arbeit unter den Massen‘ werden, d. h. muß unbedingt dorthin gehen, wohin die Masse geht, und auf Schritt und Tritt bestrebt sein, ihr Bewußtsein in Richtung des Sozialismus zu lenken, jede Einzelfrage mit den allgemeinen Aufgaben des Proletariats zu verknüpfen, jedes organisatorische Beginnen zu einem Glied im Zusammenschluß der Klasse zu machen, sich durch die eigene Energie, durch die eigene ideologische Einwirkung (und selbstverständlich nicht durch Titel und Funktionen) die führende Stellung in allen proletarischen legalen Organisationen zu erobern.“

(Lenin, „Auf den Weg“, 1909, Werke Band 15, S. 353/354)¹⁵⁹

Fortsetzung der Fußnote

jedoch äußerst unerwünscht und falsch wäre, daraus ein System zu machen; wir müssen bemüht sein, eine Organisation zu schaffen, die fähig ist, Spitzel dadurch unschädlich zu machen, daß man sie entlarvt und verfolgt. Ausrotten kann man die Spitzel nicht, wohl aber kann und muß man eine Organisation schaffen, welche die Spitzel auskundschaftet und die Arbeitermasse erzieht.“

(Lenin, „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“, 1902, Werke Band 6, S. 237)

¹⁵⁹ Im „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ von 1902 (siehe Werke Band 6, S. 237f.) erläuterte Lenin konkret, welche verschiedenen Aufgaben von verschiedenen Zellen durchgeführt werden müssen. Die wichtigsten sind:

Zum Eingreifen der kommunistischen Betriebszellen der Kommunistischen Partei in die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter

Es geht darum, die Einsicht zu fördern und zu vertiefen, daß bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur auf diese vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen – dann sind sie verlassen! Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf Erfolge erzielen.

Fortsetzung der Fußnote

- Verbreitung kommunistischer Literatur.
- Beobachtung von Spitzeln und Provokateuren.
- Leitung der Gewerkschaftsbewegung und des wirtschaftlichen Kampfes.
- Heranbildung von Agitatoren und Propagandisten, die es verstehen, Gespräche anzuknüpfen und sie lange *völlig legal* zu führen (über Maschinen usw.), damit sie ungefährdet und öffentlich sprechen, die Lage sondieren können.
- Erforderlich sind auch Zellen, die die Durchführung von Demonstrationen unterstützen, Zellen für die Organisierung militanter Aktionen, für Befreiungsaktionen aus Gefängnissen, usw.

Lenin stellte folgende weitere Aufgaben:

- Die kommunistischen Kräfte müssen danach streben, den ganzen Betrieb, einen möglichst großen Teil der Arbeiter durch ein Netz von allen möglichen Zellen und Zirkeln (oder einzelner kommunistischer Kader) zu erfassen, um auf der Basis der richtigen Einschätzung der eigenen Kräfte, schlagkräftige und einheitliche Aktionen planen und durchführen zu können.
- Die richtige und regelmäßige Arbeit zur Verbreitung von Druckschriften und zur Beschaffung von Informationen und Korrespondenzen ist dabei wesentlich, um das Bewußtsein der Arbeiter und Arbeiterinnen systematisch zu heben und die notwendigen Kenntnisse für die Führung des Kampfes gegen die Bourgeoisie erhalten und sammeln zu können.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für die Arbeit kommunistischer Betriebszellen im Hinblick auf den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieben und Gewerkschaften festzuschreiben:

- Die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe, ist unverrückbarer Ausgangspunkt.
- Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen (z. B. das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz), der kaum oder gar keinen Erfolg ermöglicht, zu sprengen und auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.
- Dabei ist besonders wichtig, daß der eigene Kampf im Betrieb, in einer Region nicht isoliert wird, daß der Kampf ausgeweitet, über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vornherein auch mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.
- Es muß vor Ort und darüber hinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewegung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror kämpft, die sich konsequent demokratische und revolutionäre Aufgaben stellt.
- Es muß in einer demokratischen Atmosphäre Raum und Gelegenheit für grundlegende Debatten geben, um das ganze System des Kapitalismus in Frage zu stellen und Perspektiven für ein anderes Gesellschaftssystem zu diskutieren, eine Atmosphäre, in der revolutionäre und kommunistische Positionen nicht ausgesperrt, sondern gründlich und der Situation entsprechend debattiert werden können.

Das alles erfordert, daß die am wirklichen Kampf gegen das Kapital interessierten Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft einen umfangreichen ideologischen und organisierten Kampf gegen das gesamte Arsenal des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und der klassenversöhnlerischen Partnerschaftsideologie sowie den Aberglauben an den Staat führen müssen, um

Kolleginnen und Kollegen selbständig, ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten zu mobilisieren.

Dabei müssen wir uns auf einen harten Kampf mit allen Spielarten des Reformismus, des Revisionismus und des Opportunismus, der Abwiegelei und des Verrats auch innerhalb der Gewerkschaften einrichten.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, von Arbeiteraristokraten, egal welcher bürgerlichen Partei sie angehören, gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf initiieren und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt – das ist der einzige mögliche Weg, um wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, gegen Massenentlassungen, Lohnraub und den Abbau der sozialen Rechte, gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die DGB-Fürsten durchsetzen zu können.

Die wirklich kommunistischen Kräfte werden in alle berechtigten Tageskämpfe ihre Kampfkraft, ihre Aktivität, ihre Argumentation hineinragen und diese Kämpfe nach Kräften unterstützen. Sie werden dabei nicht verschweigen, daß aus jedem Abwehrkampf auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen kann, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen, das Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln diktatorisch beseitigen und für eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft kämpfen.

Anhang

Streiflichter des Ausschlußterrors der Gewerkschaftsführung

Bereits während des Zweiten Weltkrieges machten sich die reaktionären Gewerkschaftsfürsten wie Fritz Tarnow Gedanken, wie sie nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus den möglichen Einfluß der KPD in der Gewerkschaftsbewegung brechen könnten:

„Daher müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich zurückkehren können, um die Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürften auf die Mitarbeit der Militärregierung rechnen können, da es ebenso in ihrem wie in unserem Interesse liegt.“¹⁶⁰

Die DGB-Fürsten und ihre Helfer begannen tatsächlich bald nach 1945 damit, einen umfangreichen innergewerkschaftlichen Repressionsapparat gegen kommunistische und andere kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter aufzubauen.

- Am 21. 3. 1950, legte der Beirat der IG-Metall fest, die Verteilung von Druckschriften aus der DDR in den Gewerkschaften mit Ausschluß zu bestrafen.¹⁶¹
- 1950 folgten die ersten Unvereinbarkeitsbeschlüsse, und am 1. September 1950 verschickte die DGB-Führung eine Liste mit

¹⁶⁰ Zitiert nach: „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen“, Hamburg 1978, S. 17/18.

¹⁶¹ Soweit nicht anders gekennzeichnet sind alle folgenden Informationen dem „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen“ entnommen.

40 Gruppen und Organisationen, die als „*bolschewistische bzw. getarnte bolschewistische Organisationen*“¹⁶² bezeichnet wurden.

- 1950 stellte sich die DGB-Führung hinter den „Adenauer-Erlaß“ über Berufsverbote für Kommunistinnen und Kommunisten im öffentlichen Dienst.¹⁶³
- Im August 1951 begann eine Welle von Gewerkschaftsausschlüssen auf Grund der sogenannten „Revers“-Politik der IG-Metall-Führung. Der Beirat der IG Metall forderte alle KPD-Mitglieder auf, sich von der Politik ihrer Partei zu distanzieren. Wer sich weigerte, wurde ausgeschlossen.
- Gewerkschaftsausschlüsse erfolgten aber auch gegen kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich ihr Streikrecht nicht nehmen ließen.

Am 13. 1. 1955 kam es in einer Elektromotorenfabrik in Hagen zu einem Streik, bei dem es um die Anrechnung von Tariflohnnerhöhungen auf die Effektivlöhne ging. Am 25. Januar 1955 wurden 120 Streikende ausgesperrt. Nachdem zwei „Kompromißangebote“ von den betroffenen Arbeiterinnen und Arbeitern abgelehnt worden waren, distanzierte sich die IG-Metall-Führung von dem Arbeitskampf und *schloß* – unter Hinweis auf die sogenannte „Friedenspflicht“ – *106 ihrer Mitglieder aus!*¹⁶⁴

- Bekannt ist, daß die ÖTV-, die IG-Metall- und die IG-Druck- und Papier-Gewerkschaftsfürsten zwischen 1951 und 1955 mehrfach Aussperrungen benutzt haben, um sich der Opposition in den Gewerkschaften zu entledigen.¹⁶⁵

Eine vollständige Übersicht über die Ausschlüsse besteht nicht. Nach Unterlagen des DGB wurden von 1949 bis 1955 wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ 654 DGB-Mitglieder ausgeschlossen, davon waren nach Schätzungen 650 KPD-Mitglieder,

¹⁶² Zitiert nach: ebenda, S. 19.

¹⁶³ Zitiert nach: ebenda, S. 19-21.

¹⁶⁴ Vgl. Schneider, Michael, „Aussperrung“, Köln 1980, S. 125.

¹⁶⁵ Siehe „Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland“, Hemmer, Hans-Otto / Schmitz, Kurt Thomas (Hrsg.), Köln 1990, S. 246.

die meist mittlere und höhere Funktionen bis hinein in den Hauptvorstand der Gewerkschaften innehatten.

- Einen Höhepunkt erreichte die Welle der „Kommunistensäuberung“ der Gewerkschaften am 16. Januar 1956, als der Vorstand der IG-Bau-Steine-Erden den gesamten Bezirk Nordrhein mit 49 000 Gewerkschaftsmitgliedern auflöste, mit der Begründung, der Bezirk befände sich in kommunistischer Hand. Die als „Rettung“ des Bezirks ausgegebene Aktion begann mit der Entlassung und dem Ausschluß von 16 KPD-Gewerkschaftsfunktionären.
- Eine erneute Welle von Ausschlüssen gab es wieder mit Erstarken der spontanen Streikbewegung, besonders 1969 und 1973.

Vor allem als sich in den Septemberstreiks 1969 zeigte, daß sich gerade im Vertrauensleutekörper die oppositionellen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die zumeist reaktionären Betriebsräte sammelten, gab der IG-Metall-Vorsitzende Brenner die Lösung aus, daß es gelte, die Vertrauensleutekörper „noch fester in den Griff zu bekommen“.¹⁶⁶

Neben den direkten Strafmaßnahmen wurde in den Gewerkschaftsorganen, in eigenen Broschüren und bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen massiv gegen die „Demokratiefeinde“, „Chaoten“ und „Maoisten“ gehetzt. Ein Beispiel sind Äußerungen von Kieler Betriebsrats- und Gewerkschaftsfürsten auf einem Wochenendseminar der IG-Metall im November 1973: „Wenn die Chaoten aufmucken, dann nehme ich mein schönes Messer und dann geht es ritsch, ritsch!“ Worauf ein anderer hinzufügt „Nein, dann schmeißen wir die Hochöfen an und stecken sie auf einen Bratspieß!“¹⁶⁷

Oft genügte auch nur der geringste Verdacht, ohne jegliche Beweise, daß dieser Kollege oder jene Kollegin auf einer „kommunistischen Demonstration“ gesehen wurde oder kommunistische Flugblätter verteilt habe. So entstand ein Klima ständiger Denunziation und Verdächtigungen.

¹⁶⁶ Zitiert nach: „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen“, Hamburg 1978, S. 36.

¹⁶⁷ Zitiert nach: ebenda, S. 44.

Von der IG-Metall-Berlin und der IG Druck und Papier wurden Listen mit Namen, Geburtsdatum und Arbeitsstelle von aus der Gewerkschaft Ausgeschlossenen in ihren Publikationen veröffentlicht, was meist kurz darauf auch zum Verlust des Arbeitsplatzes führte.

- 1976 erfolgte der Ausschluß des kompletten Landesverbandes der GEW-Westberlin mit 13 000 Mitgliedern aus dem DGB. Grund war der Protest des Landesverbandes gegen Satzungsänderungen, die die Beschneidung der Mitgliederrechte vorsahen.

Bei diesen Ausschlußverfahren spielten die Vertreter der revisionistischen DKP oder SEW meist eine üble Rolle – obwohl auch sie teilweise von den Ausschlüssen betroffen waren. Um sich als „würdige“ Gewerkschaftsmitglieder anzupreisen, unterstützten sie meist die Ausschlußanträge der Gewerkschaftsfürsten gegen kämpferische bzw. sich als marxistisch-leninistisch verstehende Kolleginnen und Kollegen.¹⁶⁸ So wurde gerade auch der Massenausschluß des Landesverbandes der GEW-Westberlin von der SEW gedeckt.



Bei Ausschlußverfahren zeigte sich meist eine enge Zusammenarbeit von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung. Oft erfolgte nach dem Gewerkschaftsausschluß die Kündigung des Arbeitsplatzes; aber auch umgekehrte Fälle sind bekannt.

Neben dem direkten Ausschluß gibt es noch andere Formen der Repression wie zum Beispiel Funktionsverbot oder schriftliche Rüge.

Zudem wurden Listen mit Namen der Ausgeschlossenen an die anderen Gewerkschaften verschickt, um den Beitritt in diese zu verhindern.

Auch wenn es in der gegenwärtigen Situation schwacher Arbeitskämpfe nur wenige Gewerkschaftsausschlüsse gegen kämpferische und/oder kommunistische Arbeiterinnen und Arbeiter gibt, müssen alle Illusionen in den reaktionären Gewerkschaftsapparat des DGB bekämpft werden. Denn jede sich entwickelnde revolutionäre Arbeit

¹⁶⁸ So nahm der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, im Februar 1972 die DKP in Schutz, während er andererseits die sich als marxistisch-leninistisch verstehenden Gruppen und Parteien ebenso wie die RAF mit Faschisten gleichsetzte. Vgl. ebenda, S. 431-432.

in den Betrieben und Gewerkschaften wird in der Gewerkschaftsführung und ihrem Apparat auf einen erbitterten Feind treffen.

Betriebsbesetzungen als Kampfmittel der Arbeiterinnen und Arbeiter!

„Betriebsbesetzungen sind nach Ansicht der IG Metall in der Bundesrepublik rechtswidrig... Wer sich an solchen Besetzungen beteiligt, muß mit Strafverfolgung wegen Hausfriedensbruch, Schadensansprüchen der betroffenen Firma und Kündigungen rechnen.“¹⁶⁹

Betriebsbesetzungen sind ein wichtiges Kampfmittel für die Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem wenn diese mit weiteren Kampfmaßnahmen wie Streik und Demonstrationen verbunden werden. Durch Betriebsbesetzungen kann die direkte Aussperrung der Streikenden verhindert werden. Es kann auch der Einsatz von Streikbrechern zur Weiterführung der Produktion unterbunden werden. Hinzu kommt, daß durch eine Betriebsbesetzung die Arbeiterinnen und Arbeiter konzentriert sind, daß die konkreten Kampfmaßnahmen gut zu koordinieren sind, schnelle Entscheidungen getroffen werden können und so die Kampfkraft gestärkt werden kann.

Seit 1982 nahmen die Betriebsbesetzungen als Mittel des ökonomischen Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter weiter zu. Um den Kampfeswillen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu zügeln, begannen die Arbeiteraristokraten und Gewerkschaftsbürokraten eine Kampagne gegen die Kampfform der Betriebsbesetzungen, um diese den Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Hand zu schlagen und sie zu kriminalisieren.

Überblick über einige wichtige Betriebsbesetzungen¹⁷⁰

Vom 22. August bis 2. September 1955 Besetzung der Docks und Krananlagen während des Werftarbeiterstreiks auf der Howaldt-Werft in Ham-

¹⁶⁹ Beschuß des Beirats der IG Metall vom 10. 3. 1985, zitiert in: Frankfurter Rundschau vom 15.03.1985.

¹⁷⁰ Die Angaben sind vor allem aus folgenden Quellen:

– Hildebrandt, Eckart / Olle, Werner, „Ihr Kampf ist unser Kampf“, Offenbach 1975.

burg von ca. 8 000 Arbeitern. Der Streik und die Besetzungen wurden ohne und gegen den Willen der Gewerkschaftsführung durchgesetzt und wurden weitgehend von der KPD geführt.

Vom 28. Februar bis 9. März 1973 erreichten die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Mannesmann Duisburg-Hückingen durch einen spontanen Lohnstreik in Verbindung mit Besetzungen von Teilen des Betriebes und der Hauptverwaltung eine erhebliche Lohnerhöhung.

Vom 10. März bis 2. Mai 1975 Besetzung und Streik im Zementwerk Seibel & Söhne in Erwitte gegen die Entlassung von 150 Arbeiterinnen und Arbeitern.

Vom 15. – 19. März 1978 wurde die Maschinensetzerei der „Frankfurter Rundschau“ gegen die Aussperrung von 100 Werktätigen im Tarifkampf besetzt.

Vom 12. – 14. Dezember 1980 wurde mit einer zweitägigen Besetzung des Enka-Betriebes in Kassel durch 840 Werktätige die Schließung des Werkes verhindert. Durch diese Erfahrungen gestärkt, besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter 1981 den Betrieb 3 Tage (26. – 28. Januar) und blockierten am 7. 12. 82 die Toreinfahrten, die jedoch durch die Polizei geräumt wurden. Vom 20. bis 23. Dezember besetzten sie wieder den Betrieb und konnten schließlich die Schließung verhindern.

Vom 10. Dezember 1981 bis zum 27. Januar 1982 besetzten die 1 630 Werktätigen bei Videocolor Ulm den Betrieb, um gegen die geplante Schließung zu protestieren. Der Betrieb wurde zwar geschlossen, doch durch die Betriebsbesetzung konnte ein besserer Sozialplan sowie die Zahlung der Streiktage durchgesetzt werden.

Vom 4. November 1982 bis zum 4. Februar 1983 besetzten die Arbeiter unter starker Beteiligung ihrer Frauen den Betrieb von Heckel-Draht in

Fortsetzung der Fußnote

- Hautsch, Gert / Semmler, Bernd, „Betriebsbesetzungen“, Frankfurt/Main 1983.
- „Dokumentation zum Streik“, „Videocolor“/Ulm, Stuttgart, Januar 1982.
- „100 Tage Arbeitskampf an der Seite unserer Männer – Heckel-Frauen berichten“, Saarbrücken 1983.
- „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“, Hamburg 1984.
- Beck, Käthe / Buch, Rosi u. a., „100 Tage Arbeitskampf an der Seite unserer Männer – Heckel-Frauen berichten“, Saarbrücken 1983.

Saarbrücken-Burbach, um gegen die Schließung zu protestieren. Die Schließung des Betriebes konnte jedoch nicht verhindert werden.

Vom 12. bis 20. September 1983 besetzten in Hamburg die Arbeiterinnen und Arbeiter die Howaldt-Werft, um die drohende Entlassung von 1345 Werktätern zu verhindern.

Vom 19. bis zum 25. September 1983, durch den Kampf der Hamburger Kolleginnen und Kollegen angespornt, besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter der AG Weser in Bremen-Gröpelingen ebenfalls die Werft, um gegen die Schließung der Werft zu kämpfen.

Im April 1993 begann die fast einjährige Besetzung der Kali-Mine Thomas Münzer in Bischofferode gegen den Willen der Gewerkschaftsführung von IG Bergbau und Energie.

Aussperrungsterror der Kapitalisten

Aussperrungen gehören von jeher zum Arsenal der Waffen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. 1968 wurde die Aussperrung über den Weg der Notstandsgesetze unter dem Namen „Arbeitskämpfe“ in die Verfassung aufgenommen.

Funktionen von Aussperrungen

- Gegen Lohnstreiks (Beispiele: 1963 Baden-Württemberg; 1971 Metallindustrie; 1976 und 1978 im Druck und Metallbereich)
- Rationalisierungen (Beispiele: 1958 Aussperrung von 191 Arbeiterinnen der ARWA Feinstrumpffabrik; 1976 und 1978 Aussperrung im Druckgewerbe)
- Verhinderung von Tarifverträgen, wenn ein Kapitalist nicht dem Kapitalistenverband angehört (Beispiele: 1959 Aussperrung im Bereich der IG Chemie über drei Monate; 1963 in der Textilfabrik in Mettingen)
- Entlassung von aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaltern oder Gewerkschaftsgruppen, von Betriebsräten, von Kommunistinnen und Kommunisten. (Beispiele: 1953 Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter der AG Weser in Bremen; 1955 Streik bei der Howaldt-Werft in Hamburg)

Arten der Aussperrung

- **Einzelaussperrungen** – bleiben auf den bestreikten Betrieb beschränkt.
- **Flächenaussperrungen** – Teile der Kapitalisten versuchen, mit überbetrieblichen Aussperrungen ihre Ziele zu erreichen.
- **Verbandsaussperrungen¹⁷¹** – alle Betriebe eines Tarifgebietes werden ausgesperrt.
- „**Kalte Aussperrungen**“ – Einsetzung von Kurzarbeit oder Entlassungen, die offiziell nicht als Aussperrung gelten, sondern als „technisch“ bedingte Stilllegung auf Grund von ausbleibenden Materiallieferungen in Folge eines Streiks. Da die „kalt“ Ausgesperrten nach der Neufassung des § 116 kein Arbeitslosengeld erhalten, soll so der Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter verstärkt werden.

Die wichtigsten Aussperrungen seit 1949¹⁷²

1953: Vom 1. 5. bis zum 8. 6. 1953 wurden auf zehn Bremer Werften 15 243 Arbeiter ausgesperrt. Dies war die erste organisierte und gleichzeitig die letzte erfolglose Verbandsaussperrung in Westdeutschland: Einen Lohnstopp und Entlassung von 15 Prozent der Belegschaft konnten die Kapitalisten nicht durchsetzen. Alle Ausgesperrten wurden wieder eingestellt.

Entlarvend ist das Verhalten der IG Metall-Führung, die durch Duldung der Aussperrung den kurz zuvor gewählten kommunistisch geführten Betriebsrat der AG Weser (12 von 19 Mandate fielen an die KPD) unter dem Vorwand, daß kein Arbeitsverhältnis mehr bestünde, für funktionsuntüchtig erklärt.

¹⁷¹ Große Verbandsaussperrungen in Westdeutschland waren:

1951 Hamburg, Hafenbetriebe; 1953 Bremen, Werften; 1955 in sieben Bundesländern, Druckindustrie; 1957 Dortmund, Fliesenleger; 1963 Baden-Württemberg, metallverarbeitende Industrie; 1971 Baden-Württemberg, metallverarbeitende Industrie; 1976 ganz Westdeutschland, Druckindustrie.

¹⁷² Wenn nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich alle Angaben auf: Rainer Kalbitz: „Aussperrungen in der Bundesrepublik: die vergessenen Konflikte“, Köln/Frankfurt 1979.

1963: Vom 1. 5. bis zum 7. 5. 1963 wurden in der metallverarbeitenden Industrie Baden-Württembergs 350 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 601 Betrieben ausgesperrt. Die IG-Metall-Führung ging ohne größeren Widerstand in die Knie und nahm den sogenannten „Kompromißvorschlag“ der Kapitalisten an.

1971: Vom 26. 11. bis 13. 12. 1971 wurden in der Metallindustrie Baden-Württembergs 304 823 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 556 Betrieben ausgesperrt.

1976: Vom 30. 4. bis zum 3. 5. 1976 waren in ganz Westdeutschland in 559 Druckbetrieben insgesamt 58 424 Arbeiterinnen und Arbeiter ausgesperrt. Wenige Stunden nach Beginn des Schwerpunktstreiks erfolgte die **Verbandsaussperrung für ganz Westdeutschland**. Die Aussperrung diente vor allem dazu, eine Rationalisierungswelle im Druckgewerbe in Gang zu setzen.

1978: Beim Streik von 19 000 Arbeiterinnen und Arbeitern der Druckindustrie vom 27. 2. bis 19. 3. 1978 wurden 53 000 Arbeiterinnen und Arbeiter ausgesperrt, um wie zwei Jahre zuvor die Rationalisierung in der Druckindustrie durchzusetzen.

1978: In der baden-württembergischen Metallindustrie streikten vom 15. 3. bis 7. 4. etwa 80 000 Arbeiterinnen und Arbeiter für Lohnerhöhungen. Daraufhin sperrten die Kapitalisten 200 000 Werktätige aus, wobei verstärkt „kalte“ Aussperrungen wie Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen hinzukamen, die am Höhepunkt des Streiks am 5. 4. etwa 77 000 Arbeiterinnen und Arbeiter betrafen.¹⁷³

1984: Im Verlauf der Kämpfe für die 35-Stunden-Woche wurden 92 000 „offiziell“ und mindestens 200 000 Arbeiterinnen und Arbeiter „kalt“ ausgesperrt.

Wie gegen Aussperrungen kämpfen?

Aussperrungen sind zwar nicht die schärfste Waffe der Kapitalisten, haben sich in den letzten Jahrzehnten in West-/Deutschland aber wiederholt als eine wirksame Waffe der Kapitalisten erwiesen. Um diese Waffe des Kapitals stumpf zu machen bzw. nicht greifen zu lassen, ist die maximale Ausdehnung der Streikfront nötig. Gegen eine mit aller Macht und Brutalität durchgesetzte Flächen- und Ver-

¹⁷³ Siehe Schneider, Michael, „Aussperrung: ihre Geschichte und Funktion vom Kaiserreich bis heute“, Köln 1980, S. 139/140.

bandsaussperrung der Kapitalisten stoßen allerdings ökonomische Streiks an ihre Grenzen, auch wenn sie konsequent und offensiv durchgeführt werden. Daher müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter überlegen, wie sie ihren Kampf rechtzeitig verschärfen können, indem sie zu *höheren Kampfformen*, z. B. *Betriebsbesetzungen* und öffentliche Kampfdemonstrationen übergehen. Lenin sagte über die Bedeutung der Aussperrungen und zum Kampf dagegen:

„Aussperrungen, d. h. Massenentlassungen der Arbeiter aufgrund von Abmachungen der Unternehmer, sind eine ebenso notwendige und unvermeidliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft wie auch die Streiks der Arbeiter. ...“

Die Aussperrungen der Unternehmer werden durch die Verschärfung des Kampfes hervorgerufen und verschärfen ihn ihrerseits. Und das Proletariat, das sich im Kampf zusammenschließt und durch den Kampf sowohl sein Klassenbewußtsein als auch seine Organisation entwickelt und seine Erfahrung bereichert, kommt mehr und mehr zu der immer festeren Überzeugung, daß eine vollständige ökonomische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist.

Die marxistische Taktik besteht in der Verbindung *verschiedener Kampfmethoden*, im geschickten Übergang von einer zur anderen, in der beständigen Erhöhung des Bewußtseins der Massen und des Umfangs ihrer kollektiven Aktionen, von denen jede im einzelnen bald offensiv, bald defensiv sein kann, alle zusammen aber zu einem immer tiefer gehenden und entscheidenden Konflikt führen.“

(Lenin, „Von den Formen der Arbeiterbewegung (Ausperrung und marxistische Taktik)“ 1914, Werke Band 20, S. 205/206, Hervorhebung von Lenin)

Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern 1961 – 1975 und die besondere Unterdrückung durch den Staat des westdeutschen Imperialismus

Die besonders große Bereitschaft von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern zur aktiven Teilnahme an Streiks und anderen Kämpfen zeigte sich vor allem ganz deutlich während der spontanen Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung 1973. Doch auch davor, insbesondere seit Anfang der sechziger Jahre, gab

es schon wichtige Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern. Die staatlichen Unterdrückungsorgane und die bürgerliche Klassenjustiz gingen gegen Streiks von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern mit besonderer Härte und Brutalität vor. Hier nur einige Beispiele:¹⁷⁴

Im Februar 1961 streikten 300 Arbeiter aus Italien auf der Zeche „Lothringen“ in Bochum. Daraufhin wurden im Einvernehmen mit der Zechenleitung elf angebliche „Rädelshörer“ *verhaftet* und als „unerwünschte Ausländer“ *ausgewiesen*.

Ein Streik von Arbeitern aus Spanien des Steinkohleschachts „Graf Bismarck 2/6/9“ im Februar 1962 in Gelsenkirchen für Lohnerhöhungen wurde mit der *Androhung der Ausweisung* niedergeschlagen. Daraufhin verließ ein Teil der Beteiligten freiwillig Westdeutschland.

Im Frühjahr 1962 fanden anlässlich der Streiks westdeutscher Kolleginnen und Kollegen im Ruhrgebiet gegen Lohnsenkungen auch Aktionen von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern statt. Höhepunkt war der Streik von 108 Bergarbeitern aus der Türkei der Essener Schachtanlage Hagenbeck. Eine Delegation von zehn Kollegen aus der Türkei, die der Zechenleitung die Forderungen der Streikenden übergaben, wurden als „Rädelshörer“ *verhaftet und ausgewiesen*. Auf einer anderen Zeche wurden 16 Arbeiter aus der Türkei *ausgewiesen*.

Im Sommer 1962 streikten Arbeiter aus Griechenland, Italien, Spanien und Jugoslawien, die im Füssener Straßenbau beschäftigt waren, gemeinsam gegen die ständige Verschärfung des Arbeitstemos. Als daraufhin zwei Arbeiter entlassen wurden, zogen die anderen vor das Polizeigebäude und riefen einen Streik aus. Der Streik endete mit der *Verhaftung* von drei Arbeitern, von denen zwei *ausgewiesen* wurden.

1962 streikten 4 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern bei VW Wolfsburg gegen zu geringe Bezahlung, nationalistische Hetze, unzureichende ärztliche Betreuung und schlechtes Essen.

Im Mai 1963 zwangen 300 Arbeiter aus Spanien die Firma BBC Großauheim, eine geplante Lohnsenkung von 50 Pfennig je Stunde nicht durchzuführen.

Anfang November 1963 kam es zu einem eintägigen Streik gegen die Wohnsituation im „Italiendorf“ von VW Wolfsburg, der mit Hilfe der

¹⁷⁴ Sofern nicht anders angegeben sind alle Angaben aus: Hillebrandt, Eckart/Olle, Werner: „Ihr Kampf ist unser Kampf“, Offenbach 1975.

Bereitschaftspolizei niedergeschlagen wurde. Daraufhin wurden *ca. 20 Arbeiter entlassen und über 200 weitere verließen „freiwillig“ das Werk.*

Im Frühjahr 1965 streikten 180 südkoreanische Bergleute der Klöckner-Zeche in Castrop-Rauxel gegen schlechte Löhne und unwürdige Behandlung. Der zuständige Konsul setzte jedoch den Abbruch des Streiks durch, ohne daß Verbesserungen erreicht wurden.

Im Zusammenhang mit den Septemberstreiks 1969 streikten 2 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus Italien, Spanien, Jugoslawien und Griechenland (85 Prozent der Gesamtbelegschaft) im Lippstädter Werk der westfälischen Metallindustrie KG – Hueck & Co. (Hella-Werke) drei Tage erfolglos für Lohngleichheit von Frauen und Männern aller Nationalitäten.

1971 wurde ein gemeinsamer Streik von Arbeitern aus Spanien und deutschen Arbeitern in einem Betrieb der chemischen Industrie in Kelsterbach durchgeführt. Die Arbeiter aus Spanien stellten dabei die meisten Streikposten und übernachteten während des Streiks im Betrieb.

Im Mai 1972 forderten Arbeiter aus Italien bei BMW die zugesicherten Facharbeiter-Arbeitsplätze, Verlängerung der bezahlten Pausen, Beendigung der Akkordverschärfung und 1 DM mehr für alle. Nach Aufrufen in den Werkshallen versammelten sich 2 000 Arbeiter im Werkshof. Infolgedessen wurden 28 Arbeiter aus Italien *fristlos gekündigt*. Die Polizei *besetzte ein Wohnheim* der Arbeiter. Obwohl es bei BMW selbst kaum Widerstand gegen diese Repressionen gab, kam es zu Demonstrationen, u. a. von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Betrieben.

Vom 22. bis 29. April 1973 wurde die Metzeler Reifenfabrik in Breuburg (Odenwald) von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Griechenland, Spanien und Portugal bestreikt. Der Streik richtete sich gegen die Akkordverschärfung. Sie erhielten keinerlei Unterstützung von den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Unternehmensleitung ließ die Polizei in und vor dem Werk aufmarschieren. Es wurde mehrfach damit gedroht, alle Streikenden fristlos zu entlassen. Der Streik blieb erfolglos; zwei Streikenden wurde gekündigt, fünf kündigten „freiwillig“.

Vom 4. bis 8. Mai 1973 streikten 1 800 Arbeiterinnen und Arbeiter aus Portugal und Spanien des Osnabrücker Karosserie- und Preßwerks Karmann für eine bessere Urlaubsregelung. Es kam zu Demonstrationen durch die Werkshallen und zu Blockaden von Maschinen und Werkzeugen, woraufhin sich kurzzeitig auch die deutschen Arbeiter dem Streik anschlossen. Die Geschäftsleitung drohte mit Lohnpfändung, Aussperrung und Polizeieinsatz. Die Streikenden konnten ihre Forderungen nur teilweise durchsetzen.

Vom 22. bis 29. Mai 1973 streikten deutsche Arbeiter und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern der Mannheimer Landmaschinenfabrik John Deere für betriebliche Lohnzulagen. Gleichzeitig wurde das Landmaschinenunternehmen Harvester bestreikt. Sämtliche Abteilungen von John Deere Mannheim streikten, auch die Lehrlinge schlossen sich an. Die IG Metall weigerte sich, den Streik zu legalisieren. Die Lehrlinge wurden mit Einverständnis des Betriebsrats und der IG Metall „zwangsbeurlaubt“, d. h. ohne Bezahlung ausgesperrt. Im Verlauf des Streiks wurden ca. 80 Arbeiter aus anderen Ländern von Meistern, höheren Angestellten und außerbetrieblichen Schlägertrupps unter Anwesenheit von Vertretern der Geschäftsleitung **angegriffen und rassistisch beschimpft**. Nachdem eine Vertrauensleuteversammlung den Abbruch des Streiks beschlossen hatte, wurde sofort ein Teil der Versammlung von Greiftrupps und Betriebsschutz abgeführt. Der ganze Betrieb wurde nach aktiven Streikbeteiligten durchkämmt, über 30 Arbeiter wurden **fristlos entlassen**.

Vom 16. bis 19. Juli 1973 bestreikten vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern die Werke der westfälischen Metallindustrie KG – Hueck & Co. (Hella-Werke) in Lippstadt und Paderborn. Sie streikten für eine Teuerungszulage für alle Werktaatigen. Die Streikenden erhielten keine Unterstützung von der Gewerkschaft und kaum Unterstützung von deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern. Im Verlauf des Streiks **griff die Polizei mehrfach die Streikenden mit Knüppeln und Hunden an**, mehrere Arbeiterinnen und Arbeiter wurden verletzt, woraufhin die Streikenden zur Gegenwehr übergingen. Einige Polizisten zogen ihre Pistolen. Insgesamt waren während des Streiks mehrere Hundertschaften Polizei innerhalb und außerhalb der Werke im Einsatz.

Vom 22. 8. bis 3. 9. 1973 wurde bei Rheinstahl in Backwede gemeinsam von deutschen Arbeitern und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern (insgesamt 1 200) für eine Teuerungszulage gestreikt. Die Arbeiter aus anderen Ländern, die auf dem Werksgelände wohnten, überwachten am Wochenende die Werkstore, damit keine Produkte abtransportiert werden konnten. Durch die Abwiegelei von Betriebsrat, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsführung begannen bald viele deutsche Arbeiter wieder mit der Arbeit. Der Streik wurde nach fast 14 Tagen von der Polizei zerschlagen, die das Werkstor räumte und einige Arbeiter festnahm.

Vom 24. bis 31. August 1973 bestreikten Arbeiter aus Jugoslawien und der Türkei zusammen mit deutschen Arbeitern die Valvo-Bildröhrenwerke (Philips-Konzern) in Aachen. Obwohl im Verlauf des Streiks viele deutsche Arbeiter die Arbeit wieder aufnahmen, streikten die Arbeiter aus anderen Ländern entschlossen weiter. Als sie nach einer Demonstration durch Aachen erneut die Werkstore blockierten, wurden sie von der deutschen Polizei brutal angegriffen.

Im Mai 1975 fand ein spontaner und selbständiger Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Dynamit Nobel in Fürth statt. Der hauptsächlich von Arbeitern aus der Türkei geführte Streik wurde *von der Polizei brutal zer-schlagen*. Vier deutsche und 28 Arbeiter aus der Türkei wurden verhaftet, 26 Arbeiter aus der Türkei wurden in die Türkei *abgeschoben*.

„Rot Front“ – Sondernummer:**Stellungnahmen von
„Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der
Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland
und in anderen Ländern von 1984 bis 1997**

- I. Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland von 1984 – 1997
- II. Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang:

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

Im Februar 1998 wird als Sondernummer von „Rot Front“ eine Sammlung von Stellungnahmen und Publikationen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997 erscheinen.

In dieser Sondernummer soll einerseits ein möglichst vollständiges Bild vermittelt werden, zu welchen Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter „Gegen die Strömung“ Stellung bezogen hat, um kritisch zu diskutieren, ob die Auswahl und Gewichtung so richtig war. Andererseits geht es vor allem darum, die in dieser Nummer der „Rot Front“ nur angeschnittenen wichtigen Kämpfe in West/Deutschland nach 1974 zu bewerten und einzuschätzen. Wird denken, daß die hier abgedruckten Stellungnahmen eine wichtige Hilfe für die notwendige weitergehende Analyse dieser Kämpfe sind.

In dieser Sondernummer wird auch ein chronologischer Überblick der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland seit 1947 gegeben, um u. a. klarzumachen, daß die in der Sondernummer ausführlich behandelten Kämpfe nur einen Ausschnitt davon darstellen.

Inhaltsverzeichnis der Sondernummer von „Rot Front“:

**I. Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu
Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in
West/Deutschland von 1984 – 1997**

1. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984

„Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein!“, Flugblatt, Mai 1984

2. Zum Kampf gegen den §116 1986

„Zum § 116: Die Ausbeuter ziehen die Ketten enger. Kämpfen wir dagegen! Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!“, Flugblatt, März 1986

Über die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter 1985/86

„Amboß oder Hammer sein! Die Ausbeutung und Unterdrückung durch den westdeutschen Imperialismus bekämpfen – ein Rückblick auf die letzten 12 Monate und die Perspektiven“, Flugblatt, 1. Mai 1986

3. Zum Kampf in Rheinhausen 1988

a) „Der Kapitalismus muß gestürzt werden! Für das Kapital und seine Politiker zählt nur Profit, Profit und nochmals Profit“, Flugblatt, Januar 1988

b) „Dieser Staat ist nicht unser Staat! Kann eine „Verstaatlichung“ die Krise der Stahlindustrie und anderswo lösen?“, Flugblatt, Februar 1988

c) „Rheinhausen und der DGB“, Flugblatt, Mai 1988

d) „Zum Kampf in Rheinhausen“, „Gegen die Strömung“, Nr. 43, Juli 1988

4. Zum Kampf gegen den Golfkrieg 1991

„Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben“, aus:

„Gegen die Strömung“, Nr. 52, „Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!“, Februar 1991

5. Zu den Kämpfen in der EX-DDR 1991

„Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!“, Flugblatt, März 1991

Schlaglichter zu den Kämpfen 1991/92 in Westdeutschland

Aus: Flugblatt, 1. Mai 1992: „Die Arbeiterklasse in Westdeutschland wird sich nicht mit dem kapitalistischen System abfinden!“

6. Zum Kampf gegen die geplante Einführung von Lohnkürzung im Krankheitsfall und zum ÖTV – Streik 1992

„Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!“, Flugblatt, Juli 1992

Schlaglichter zu den Kämpfen 1992/1993 in Westdeutschland und der EX-DDR

„Aus den Betrieben selbst wird sich der Widerstand entwickeln!“, Flugblatt, 1. Mai 1993

7. Zum Kampf in Bischofferode 1993

„Der Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der Ex-DDR unterstützen!“, Flugblatt, August 1993

8. Zum Kampf auf der Vulkan-Werft/Bremerhaven 1996

„Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven“, Flugblatt, März 1996

Kämpfe gegen die weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter 1996

„Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!“, Flugblatt, Juni 1996

9. Streiks und Kundgebungen im September/Okttober 1996 gegen den Angriff der Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit

Aus: „Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit: Sich durch die Abwiegelei der DGB – Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!“, Flugblatt, Oktober 1996

10. Zum Kampf der Bergarbeiter 1997

„Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter“, Flugblatt, März 1997

II. Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang:

**Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu
Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen
Ländern**

**1. Zum Streik bei VW-Mexiko, der weitgehend fehlenden
Solidarität in Westdeutschland mit diesem Kampf und einer
Initiative philippinischer Arbeiterinnen und Arbeiter 1987**

- a) Streik der VW-Arbeiter in Mexiko – Wie steht es mit der proletarischen Solidarität der westdeutschen Arbeiterklasse?
 - b) Eine Initiative von Arbeiterinnen und Arbeitern von den Philippinen – Vorbild für die westdeutsche Arbeiterklasse
- in: „Gegen die Strömung“, Nr. 40, September 1987,
„Die Revolution in Chile unterstützen!“

2. Zum Kampf der Arbeiterklasse Südkoreas 1990

„Die Arbeiterklasse Südkoreas kämpft!“,
Flugblatt, Juni 1990:

**3. Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Türkei
1991 – Vorbild für den Kampf hier**

„Der Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei – Vorbild für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Vorbild im Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik – Statt „nationaler Opfer“ und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei: Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus!“, Flugblatt, 10. Januar 1991

4. Zu den Kämpfen in Mexiko 1994

„Es lebe die Revolution in Mexiko!“, Flugblatt, Mai/Juni 1994

5. Zu den Kämpfen in Frankreich 1996

„Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!“, Flugblatt, Januar 1996

Über Streiks

W. I. Lenin

(Ende 1899)

Hervorhebungen wurden von der Redaktion eingefügt. Kursivschrift ist aus dem Original übernommen.

W. I. Lenin

Über Streiks

Arbeiterstreiks sind in Rußland in den letzten Jahren außerordentlich häufig geworden. Es gibt kein einziges industrielles Gouvernement mehr, wo nicht mehrere Streiks stattgefunden hätten. Und in den Großstädten hören die Streiks überhaupt nicht mehr auf. Es ist deshalb begreiflich, daß sich sowohl die klassenbewußten Arbeiter als auch die Sozialisten immer häufiger mit der Frage beschäftigen, welche Bedeutung haben die Streiks, welches sind die Methoden zur Führung von Streiks, und welche Aufgaben haben die Sozialisten bei der Teilnahme an Streiks.

Wir wollen versuchen, einige unserer Erwägungen zu diesen Fragen darzulegen. Im ersten Artikel wollen wir über die Bedeutung der Streiks in der Arbeiterbewegung überhaupt sprechen; im zweiten Artikel über die russischen Antistreikgesetze, im dritten über die Frage, wie die Streiks in Rußland geführt wurden und geführt werden und welche Stellung die klassenbewußten Arbeiter zu ihnen einnehmen müssen.

I

Vor allem ist die Frage aufzuwerfen, wodurch sich der Ausbruch und die Ausbreitung der Streiks erklärt. Jeder, der sich all die Streiks, die ihm aus persönlicher Erfahrung, aus Berichten anderer oder aus Zeitungen bekannt sind, in die Erinnerung zurückruft, wird sofort erkennen, daß Streiks dort ausbrechen und sich ausbreiten, wo große Fabriken entstehen und sich ausbreiten. Unter den größeren Fabriken, die mehrere Hunderte (zuweilen auch Tausende) von Ar-

beitern beschäftigen, wird sich kaum eine finden, in der es noch keine Arbeiterstreiks gegeben hätte. Als es in Rußland wenig große Fabriken und Werke gab, gab es auch wenig Streiks, seitdem aber die großen Fabriken sowohl in den alten Fabrikorten als auch in den neuen Fabrikstädten und Ortschaften rasch wachsen – seitdem werden die Streiks immer häufiger.

Wie kommt es, daß fabrikmäßige Großproduktion stets zu Streiks führt? Dies kommt daher, daß der Kapitalismus notwendigerweise zum Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer führt, und wenn die Produktion zur Großproduktion wird, so wird dieser Kampf notwendigerweise zum Streikkampf.

Wir wollen das erläutern.

Kapitalismus heißt eine Gesellschaftsordnung, in der der Grund und Boden, die Fabriken, die Maschinen und Werkzeuge usw. einer kleinen Anzahl von Grundbesitzern und Kapitalisten gehören, während die Masse des Volkes kein oder doch fast kein Eigentum besitzt und sich deshalb als Lohnarbeiter verdingen muß. Die Grundbesitzer und Fabrikanten stellen Arbeiter ein und lassen von ihnen diese oder jene Erzeugnisse herstellen, die sie dann auf dem Markt verkaufen. Dabei zahlen die Fabrikanten den Arbeitern so wenig Lohn, daß die Arbeiter mit ihren Familien kaum ihr Leben fristen können, während der Fabrikant alles, was der Arbeiter über diese Produktenmenge hinaus erzeugt, in seine Tasche steckt; dies bildet seinen Profit. In der kapitalistischen Wirtschaft arbeitet somit die Masse des Volkes für Lohn bei anderen Leuten, sie arbeitet nicht für sich selbst, sondern gegen Bezahlung für die Unternehmer. Es ist klar, daß die Unternehmer stets bestrebt sind, den Lohn zu senken: je weniger sie den Arbeitern geben, desto mehr Profit verbleibt ihnen. Die Arbeiter dagegen sind bestrebt, einen möglichst hohen Lohn zu erhalten, um die ganze Familie mit ausreichender und gesunder Nahrung versorgen, in einer guten Wohnung leben, sich nicht wie Bettler, sondern so wie alle anderen Menschen kleiden zu können. Somit wird zwischen Unternehmern und Arbeitern ein ständiger Kampf um den Arbeitslohn geführt: Der Unternehmer hat die Freiheit, sich den Arbeiter, den er einstellen will, nach Belieben zu wählen, und deshalb sucht er stets den billigsten. Der Arbeiter hat die Freiheit, sich den Unternehmer, von dem er sich einstellen lassen will, nach Belieben zu wählen, und er sucht sich den aus, der am meisten bietet, der ihn möglichst hoch bezahlt. Ob der Arbeiter auf

dem Lande oder in der Stadt arbeitet, ob er sich an einen Gutsbesitzer oder an einen reichen Bauern, an einen Bauunternehmer oder an einen Fabrikanten verdingt – er handelt stets mit dem Lohnherrn, führt mit ihm stets einen Kampf um den Lohn.

Kann jedoch ein Arbeiter als einzelner diesen Kampf führen? Die Arbeiterbevölkerung wird immer zahlreicher: die Bauern werden ruiniert und fliehen aus den Dörfern in die Städte und Fabriken. Die Gutsbesitzer und Fabrikanten führen Maschinen ein, die den Arbeitern die Arbeit wegnehmen. In den Städten gibt es immer mehr Arbeitslose, in den Dörfern immer mehr Bettler; die hungernde Bevölkerung drückt den Lohn immer niedriger und niedriger. Es wird für den Arbeiter unmöglich, allein gegen den Unternehmer zu kämpfen. Wenn ein Arbeiter guten Lohn verlangt oder sich mit einer Lohnkürzung nicht einverstanden erklärt, so antwortet der Unternehmer ihm: Scher dich weg, es stehen viele Hungernde vor dem Tor, sie sind froh, auch für niedrigen Lohn arbeiten zu können.

Wenn die Verelendung des Volkes so weit geht, daß es sowohl in den Städten als auch auf dem Lande ständig Massen von Arbeitslosen gibt, wenn die Fabrikanten riesige Reichtümer anhäufen und die kleinen Unternehmer von Millionären verdrängt werden, dann wird der einzelne Arbeiter dem Kapitalisten gegenüber *völlig machtlos*. Der Kapitalist erhält die Möglichkeit, den Arbeiter völlig zugrunde zu richten, ihn durch Zuchthausarbeit in den Tod zu treiben, und nicht nur ihn allein, sondern auch seine Frau und seine Kinder. In der Tat, man sehe sich die Gewerbezweige an, in denen sich die Arbeiter noch keinen gesetzlichen Schutz erkämpft haben und in denen die Arbeiter den Kapitalisten keinen Widerstand leisten können, und man wird einen maßlos langen Arbeitstag – der 17 bis 19 Stunden erreicht – finden, man wird Kinder im Alter von 5 bis 6 Jahren finden, die durch schwere Arbeit zugrunde gerichtet werden, man wird eine Generation ständig Hunger leidender und an Hunger allmählich hinsterbender Arbeiter finden. Ein Beispiel bieten die Arbeiter, die bei sich zu Hause für Kapitalisten arbeiten; ja jeder Arbeiter wird sich noch vieler, sehr vieler anderer Beispiele erinnern! Selbst unter der Sklaverei und unter der Leibeigenschaft gab es niemals eine so furchtbare Knechtung des arbeitenden Volkes wie die, bis zu der die Kapitalisten gehen, wenn die Arbeiter ihnen keinen Widerstand leisten können, wenn sie sich keine Gesetze erkämpfen können, die die Willkür der Unternehmer beschränken.

Um sich nun nicht in diese äußerste Lage treiben zu lassen, beginnen die Arbeiter einen verzweifelten Kampf. Da sie sehen, daß jeder von ihnen für sich allein ganz machtlos ist und daß ihm unter dem Joch des Kapitals der Untergang droht, beginnen die Arbeiter, sich gemeinsam gegen ihre Unternehmer zu erheben. Es beginnen die Arbeiterstreiks. Anfänglich begreifen die Arbeiter häufig nicht einmal, was sie erreichen wollen, sie sind sich nicht bewußt, *weshalb* sie das tun: sie zertrümmern einfach die Maschinen, zerstören die Fabriken. Sie wollen die Fabrikanten nur ihre Empörung fühlen lassen, sie erproben ihre gemeinsamen Kräfte, um aus der unerträglichen Lage herauszukommen, ohne noch zu wissen, *weshalb* eigentlich ihre Lage so hoffnungslos ist und was sie anstreben müssen.

In allen Ländern hat die Empörung der Arbeiter mit einzelnen Aufständen begonnen – mit Rebellionen, wie die Polizei und die Fabrikanten sie bei uns nennen. In allen Ländern haben diese einzelnen Aufstände einerseits mehr oder weniger friedliche Streiks und anderseits einen allseitigen Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung hervorgerufen.

Welche Bedeutung haben nun Streiks (oder Ausstände) im Kampf der Arbeiterklasse? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir hier zunächst auf die Streiks etwas ausführlicher eingehen. Wenn der Lohn eines Arbeiters, wie wir gesehen haben, durch einen Vertrag zwischen Unternehmer und Arbeiter festgesetzt wird und der einzelne Arbeiter sich dabei als ganz machtlos erweist, so ist es klar, daß die Arbeiter ihre Forderungen unbedingt gemeinsam vertreten müssen, daß sie unbedingt Streiks organisieren müssen, um die Unternehmer an einer Lohnkürzung zu hindern oder einen höheren Lohn für sich zu erkämpfen. Und wirklich, es gibt kein einziges Land mit kapitalistischem System, wo es keine Arbeiterstreiks gäbe. In allen europäischen Staaten und in Amerika, überall fühlen sich die Arbeiter einzeln machtlos und können den Unternehmern nur gemeinsam Widerstand leisten, indem sie entweder in den Streik treten oder mit Streik drohen. **Je weiter sich nun der Kapitalismus entwickelt, je rascher die großen Fabriken und Werke wachsen, je mehr die kleinen Kapitalisten von den großen verdrängt werden – desto dringender wird das Bedürfnis nach gemeinsamem Widerstand der Arbeiter, denn desto schlimmer wird die Arbeitslosigkeit, desto stärker wird die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten, die ihre Waren möglichst billig produzieren wollen (und dazu ist**

es notwendig, die Arbeiter möglichst niedrig zu entlohnern), desto stärker werden die Schwankungen in der Industrie und die Krisen.¹⁷⁵ Wenn die Industrie prosperiert, so erhalten die Fabrikanten große Profite, ohne daß es ihnen einfällt, sie mit den Arbeitern zu teilen; während der Krise dagegen versuchen die Fabrikanten die Verluste auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Notwendigkeit von Streiks in der kapitalistischen Gesellschaft ist in den europäischen Ländern von allen so weit anerkannt, daß das Gesetz dort die Durchführung von Streiks nicht verbietet, nur in Rußland gelten noch die barbarischen Antistreikgesetze (von diesen Gesetzen und von ihrer Anwendung werden wir ein andermal sprechen).

Aber die Streiks, die sich aus dem ganzen Wesen der kapitalistischen Gesellschaft ergeben, bedeuten den Anfang des Kampfes der Arbeiterklasse gegen diese Gesellschaftsordnung.

Wenn den reichen Kapitalisten die besitzlosen Arbeiter einzeln gegenüberstehen, so bedeutet das die völlige Versklavung der Arbeiter. Wenn diese besitzlosen Arbeiter sich aber zusammenschließen, so ändert sich die Sache. Die Kapitalisten haben von ihren Reichtümern keinerlei Nutzen, wenn sie nicht Arbeiter finden, die bereit sind, ihre Arbeit zu den Maschinen und Werkzeugen und Materialien der Kapitalisten hinzuzufügen und neue Reichtümer zu erzeugen. Wenn die Arbeiter einzeln mit den Unternehmern zu tun haben, so bleiben sie richtige Sklaven, die ewig um eines Stückchens Brot willen für einen fremden Menschen arbeiten, bleiben ewig gefügige und keinen Widerspruch wagende Lohnsklaven. Wenn die Arbeiter aber gemeinsam ihre Forderungen stellen und es ablehnen, sich dem zu fügen, der einen dicken Geldsack hat, dann hören die Arbeiter auf, Sklaven zu sein, sie werden Menschen, sie beginnen zu fordern, daß ihre Arbeit nicht nur zur Bereicherung eines Häufleins von Schmarotzern

¹⁷⁵ Über die Krisen in der Industrie und über ihre Bedeutung für die Arbeiter werden wir ein andermal eingehender sprechen. Heute bemerken wir nur, daß in Rußland in den letzten Jahren die Geschäfte der Industrie vortrefflich gingen, daß die Industrie „prosperierte“, jetzt aber (Ende 1899) treten bereits klare Anzeichen dafür hervor, daß diese „Prosperität“ mit einer Krise enden wird: mit einer Stokkung im Warenabsatz, mit Bankrotten der Fabrikanten, mit dem Ruin der kleinen Unternehmer und mit furchtbaren Leiden für die Arbeiter (Arbeitslosigkeit, Lohnsenkung usw.).

verwendet werde, sondern den Arbeitenden die Möglichkeit gebe, menschlich zu leben. Die Sklaven beginnen zu fordern, daß sie selbst die Herren werden – daß sie nicht so arbeiten und leben, wie die Gutsbesitzer und Kapitalisten es wollen, sondern so, wie die Werk-tätigen selbst es wollen. Streiks flößen den Kapitalisten eben deshalb stets solchen Schrecken ein, weil sie ihre Herrschaft zu erschüttern beginnen. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, heißt es von der Arbeiterklasse in einem deutschen Arbeiterlied. Und in der Tat: Die Fabriken, die Werke, die großen Güter, die Maschi-nen, die Eisenbahnen usw. usf., alles das sind gleichsam Räder eines einzigen riesigen Mechanismus – dieser Mechanismus erzeugt die verschiedenen Produkte, bearbeitet sie, transportiert sie an den not-wendigen Ort. Diesen ganzen Mechanismus bewegt der *Arbeiter*, der den Boden bebaut, das Erz fördert, in den Fabriken Waren anfertigt, Häuser, Werkstätten, Eisenbahnen baut. Wenn die Arbeiter die Arbeit verweigern, droht dieser ganze Mechanismus zum Stillstand zu kommen. Jeder Streik erinnert die Kapitalisten daran, daß die wahren Herren nicht sie sind, sondern die Arbeiter, die ihre Rechte immer lauter und lauter anmelden. Jeder Streik erinnert die Arbeiter daran, daß ihre Lage nicht hoffnungslos ist, daß sie nicht allein stehen. Man sehe sich an, welchen gewaltigen Einfluß ein Streik sowohl auf die Streikenden als auch auf die Arbeiter der benachbarten oder nahelie-genden Fabriken oder auf die Fabriken des gleichen Produktions-zweiges ausübt. In gewöhnlichen, friedlichen Zeiten trägt der Arbei-ter schweigend sein Joch, streitet nicht mit dem Unternehmer, äußert nicht Unzufriedenheit mit seiner Lage. Während eines Streiks meldet er laut seine Forderungen an, erinnert er die Unternehmer an alle ihre Tyranneien, fordert er seine Rechte, denkt nicht mehr nur an sich allein und an seinen Lohn – er denkt auch an seine Kollegen, die gemeinsam mit ihm die Arbeit niedergelegt haben und ohne Furcht vor Entbehrungen für die Arbeitersache einstehen. Jeder Streik bringt dem Arbeiter eine Masse von Entbehrungen, und zwar so furchtbare Entbehrungen, daß man sie nur mit den Heimsuchungen des Krieges vergleichen kann: Hunger der Familie, Verlust des Verdienstes, häufig Verhaftung, Ausweisung aus der Stadt, wo er sich eingelebt und Arbeit gefunden hat. Und trotz aller dieser Leiden ver-achten die Arbeiter diejenigen, die ihre Kollegen im Stich lassen und sich auf einen Kuhhandel mit dem Unternehmer einlassen. Trotz der Not, die ein Streik mit sich bringt, gewinnen die Arbeiter der be-nachbarten Fabriken stets neuen Mut, wenn sie sehen, daß ihre Kol-

legen den Kampf aufgenommen haben. „Leute, die so viel erdulden, um einen einzigen Bourgeois zu beugen, werden auch imstande sein, die Macht der ganzen Bourgeoisie zu brechen“, sagte ein großer Lehrer des Sozialismus, Engels, von den Streiks der englischen Arbeiter. Oft braucht nur eine Fabrik in den Streik zu treten – und sofort beginnt eine Reihe von Streiks in einer ganzen Menge von Fabriken. So groß ist der moralische Einfluß der Streiks, so ansteckend wirkt auf die Arbeiter der Anblick ihrer Kollegen, die, sei es auch nur für kurze Zeit, aus Sklaven zu Menschen werden, die den Reichen gleichberechtigt sind! Jeder Streik erweckt in den Arbeitern mit großer Kraft den Gedanken an den Sozialismus – den Gedanken an den Kampf der ganzen Arbeiterklasse für ihre Befreiung vom Joch des Kapitals. **Sehr häufig ist es vorgekommen, daß die Arbeiter einer bestimmten Fabrik oder eines bestimmten Produktionszweiges, einer bestimmten Stadt bis zu einem großen Streik fast nichts vom Sozialismus gewußt und nicht an ihn gedacht haben – nach dem Streik aber finden unter ihnen Zirkel und Verbände immer mehr Verbreitung, und immer mehr und mehr Arbeiter werden zu Sozialisten.**

Ein Streik lehrt die Arbeiter verstehen, worin die Kraft der Unternehmer und worin die Kraft der Arbeiter liegt, er lehrt sie, nicht allein an ihren eigenen Unternehmer und nicht allein an ihre nächsten Kollegen zu denken, sondern an alle Unternehmer, an die ganze Klasse der Kapitalisten und an die ganze Klasse der Arbeiter. Wenn ein Fabrikant, der sich durch die Arbeit mehrerer Generationen von Arbeitern Millionen zusammengerafft hat, auch zu der bescheidensten Lohnzulage nicht bereit ist oder sogar versucht, den Lohn noch mehr herabzusetzen und, im Falle des Widerstands der Arbeiter, Tausende hungernder Familien auf die Straße wirft, dann sehen die Arbeiter klar, daß die ganze Klasse der Kapitalisten ein Feind der ganzen Klasse der Arbeiter ist, daß die Arbeiter sich nur auf sich selbst und auf ihren Zusammenschluß verlassen können. Sehr häufig kommt es vor, daß ein Fabrikant mit allen Kräften bestrebt ist, die Arbeiter zu betrügen, sich als ihr Wohltäter hinzustellen, seine Arbeiterausbeutung mittels eines lumpigen Almosens, mittels irgendwelcher verlogener Versprechungen zu verschleiern. Jeder Streik macht stets mit einem Schlag diesen ganzen Betrug zunichte, weil er den Arbeitern zeigt, daß ihr „Wohltäter“ ein Wolf im Schafspelz ist.

■ Ein Streik öffnet aber den Arbeitern die Augen nicht nur über die Kapitalisten, sondern auch über die Regierung und über die Gesetze.

Genauso, wie die Fabrikanten sich als Wohltäter der Arbeiter hinzustellen suchen, möchten die Beamten und ihre Handlanger den Arbeitern weismachen, der Zar und die Zarenregierung sorgten für Fabrikanten und für Arbeiter in gleicher Weise, nach Recht und Gerechtigkeit. Die Gesetze kennt der Arbeiter nicht, mit den Beamten, besonders den höheren, hat er nichts zu tun, und deshalb schenkt er alledem häufig Glauben. Dann aber bricht ein Streik aus. In der Fabrik erscheinen der Staatsanwalt, der Fabrikinspektor, die Polizei, häufig auch Militär. Die Arbeiter erfahren, daß sie das Gesetz verletzt haben: das Gesetz erlaubt den Fabrikanten, sowohl sich zu versammeln als auch offen darüber zu sprechen, wie sie die Löhne herabsetzen können, die Arbeiter aber werden, wenn sie unter sich Vereinbarungen treffen, für Verbrecher erklärt! Die Arbeiter werden aus ihren Wohnungen gejagt; die Polizei schließt die Läden, in denen die Arbeiter auf Kredit Lebensmittel erhalten könnten, man versucht, Soldaten auf die Arbeiter zu hetzen, selbst dann, wenn die Arbeiter sich ganz ruhig und friedlich verhalten. Den Soldaten wird sogar Befehl gegeben, auf die Arbeiter zu schießen, und wenn sie Flüchtenden in den Rücken schießen und wehrlose Arbeiter töten, läßt der Zar dem Militär seinen Dank übermitteln (so bedankte sich der Zar bei den Soldaten, die 1895 in Jaroslawl streikende Arbeiter getötet hatten). Es wird jedem Arbeiter klar, daß die Zarenregierung sein schlimmster Feind ist, daß sie die Kapitalisten schützt und die Arbeiter an Händen und Füßen fesselt. Der Arbeiter beginnt zu begreifen, daß die Gesetze nur im Interesse der Reichen erlassen werden, daß auch die Beamten deren Interessen verteidigen, daß man dem arbeitenden Volk den Mund verstopft und ihm nicht die Möglichkeit gibt, von seiner Not zu sprechen, daß die Arbeiterklasse sich notwendigerweise das Streikrecht, das Recht auf die Herausgabe von Arbeiterzeitungen, das Recht auf Teilnahme an einer Volksvertretung, die Gesetze erlassen und ihren Vollzug beaufsichtigen soll, erkämpfen muß. Auch die Regierung selbst begreift sehr wohl, daß Streiks den Arbeitern die Augen öffnen, und deshalb hat sie solche Angst vor Streiks, ist sie bemüht, sie um jeden Preis so schnell wie möglich abzuwürgen. Nicht umsonst erklärte einmal ein deutscher Innenminister, der besonders dafür berüchtigt ist, Sozialisten und klassenbewußte Arbeiter mit allen Kräften verfolgt zu haben, vor den

Volksvertretern: „Hinter jedem Streik lauert die Hydra“ (das Ungeheuer) „der Revolution“; mit jedem Streik erstarkt und entwickelt sich in den Arbeitern die Erkenntnis, daß die Regierung ihr Feind ist, daß sich die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Regierung, zum Kampf für die Rechte des Volkes rüsten muß.

Und so gewöhnen die Streiks die Arbeiter an den Zusammenschluß, die Streiks zeigen ihnen, daß sie den Kampf gegen die Kapitalisten nur gemeinsam führen können, die Streiks lehren die Arbeiter, an den Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die ganze Klasse der Fabrikanten und gegen die autokratische Polizeiregierung zu denken. Das ist der Grund, weshalb die Sozialisten die Streiks eine „Schule des Krieges“ nennen, eine Schule, in der die Arbeiter es lernen, Krieg zu führen gegen ihre Feinde und für die Befreiung des ganzen Volkes, für die Befreiung aller Werktägigen vom Joch der Beamten und vom Joch des Kapitals.

Aber eine „Schule des Krieges“ ist noch nicht der Krieg selbst. Wenn unter den Arbeitern Streiks weite Verbreitung finden, so beginnen manche Arbeiter (und manche Sozialisten) zu glauben, die Arbeiterklasse könne sich auf Streiks und Streikkassen oder -vereinigungen allein beschränken, die Arbeiterklasse könne durch Streiks allein eine ernsthafte Verbesserung ihrer Lage oder sogar ihre Befreiung erreichen. Wenn sie sehen, welche Kraft den Arbeitern ihr Zusammenschluß und selbst kleine Streiks geben, so glauben manche, die Arbeiter brauchten nur einen Generalstreik im ganzen Lande auszurufen, und sie könnten bei den Kapitalisten und der Regierung alles erreichen, was sie wollen. Eine solche Meinung wurde auch von Arbeitern anderer Länder ausgesprochen, als die Arbeiterbewegung erst begann und die Arbeiter noch sehr unerfahren waren. *Aber diese Meinung ist irrig. Streiks sind eines der Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung, aber nicht das einzige Mittel, und wenn die Arbeiter den anderen Kampfmitteln keine Aufmerksamkeit schenken, so verlangsamen sie dadurch die Entwicklung und die Erfolge der Arbeiterklasse.* Es ist wahr, für erfolgreiche Streiks braucht man Kassen, aus denen die Arbeiter während der Streiks unterhalten werden. Solche Kassen gründen die Arbeiter auch (gewöhnlich die Arbeiter einzelner Gewerbe, einzelner Handwerke oder Berufe) in allen Ländern, bei uns in Rußland aber ist das besonders schwierig, weil die Polizei sie aufspürt, das Geld

beschlagnahmt und die Arbeiter verhaftet. Natürlich verstehen die Arbeiter es auch, sich vor der Polizei zu verstecken; natürlich ist die Einrichtung solcher Kassen nützlich, und wir wollen nicht den Arbeitern von ihnen abraten. Man darf aber nicht hoffen, daß die Arbeiterkassen, solange sie gesetzlich verboten sind, zahlreiche Mitglieder gewinnen können; und bei einer kleinen Mitgliederzahl bringen Arbeiterkassen nicht allzuviel Nutzen. Weiter, selbst in den Ländern, in denen Gewerkschaften der Arbeiter frei existieren und sehr große Mittel besitzen – selbst hier kann sich die Arbeiterklasse in ihrem Kampf keineswegs auf Streiks allein beschränken. Es braucht nur eine Absatzstockung in der Industrie einzutreten (eine Krise, wie sie jetzt beispielsweise auch in Rußland naht) – und die Fabrikanten rufen sogar absichtlich Streiks hervor, weil es für sie vorteilhaft ist, ab und zu die Arbeit für einige Zeit einzustellen, weil es für sie vorteilhaft ist, die Arbeiterkassen zu ruinieren. Auf Streiks und Streikvereinigungen allein dürfen sich die Arbeiter daher keinesfalls beschränken. Zweitens führen die Streiks nur dort zum Erfolg, wo die Arbeiter bereits ziemlich klassenbewußt sind, wo sie es verstehen, den Zeitpunkt für Streiks zu wählen, es verstehen, ihre Forderungen zu stellen, wo sie Verbindungen mit den Sozialisten haben, um Flugblätter und Broschüren zu erhalten. Solche Arbeiter aber gibt es in Rußland noch wenige, und es müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um ihre Zahl zu erhöhen, um die Arbeitermassen bekannt zu machen mit der Arbeitersache, um sie mit dem Sozialismus und dem Kampf der Arbeiterklasse bekannt zu machen. **Diese Aufgabe müssen die Sozialisten und die klassenbewußten Arbeiter gemeinsam übernehmen, indem sie zu diesem Zweck eine sozialistische Arbeiterpartei gründen.** Drittens zeigen die Streiks den Arbeitern, wie wir gesehen haben, daß die Regierung ihr Feind ist, daß gegen die Regierung gekämpft werden muß. Und die Streiks haben wirklich in allen Ländern die Arbeiterklasse allmählich gelehrt, den Kampf gegen die Regierungen, für die Rechte der Arbeiter und für die Rechte des ganzen Volkes überhaupt zu führen. Einen solchen Kampf kann, wie wir eben sagten, nur eine sozialistische Arbeiterpartei führen, die unter den Arbeitern richtige Auffassungen von der Regierung und von der Arbeitersache verbreitet. Wir werden ein andermal besonders davon sprechen, wie bei uns in Rußland Streiks geführt werden und wie die klassenbewußten Arbeiter sie nützen müssen. Heute aber müssen wir darauf hinweisen, daß Streiks, wie bereits oben bemerkt, **eine „Schule des Krieges“, aber nicht der Krieg selbst sind, daß**

Streiks nur ein Mittel des Kampfes, nur eine Form der Arbeiterbewegung sind. Die Arbeiter können und müssen von einzelnen Streiks zum Kampf der ganzen Arbeiterklasse für die Befreiung aller Werktätigen übergehen, und sie tun das auch wirklich in allen Ländern.

Wenn alle klassenbewußten Arbeiter Sozialisten werden, d. h. Menschen, die eine solche Befreiung anstreben, wenn sie sich im ganzen Lande zusammenschließen, um unter den Arbeitern den Sozialismus zu verbreiten, um die Arbeiter mit allen Mitteln des Kampfes gegen ihre Feinde vertraut zu machen, wenn sie eine sozialistische Arbeiterpartei bilden, die für die Befreiung des ganzen Volkes vom Joch der Regierung und für die Befreiung aller Werktätigen vom Joch des Kapitals kämpft – erst dann wird sich die Arbeiterklasse völlig jener großen Bewegung der Arbeiter aller Länder angeschlossen haben, die alle Arbeiter vereinigt und die rote Fahne entrollt hat mit der Aufschrift „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“



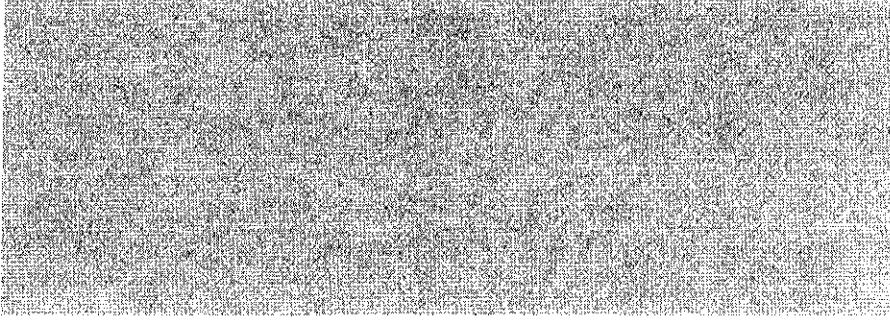
Geschrieben Ende 1899.

Zuerst veröffentlicht 1924

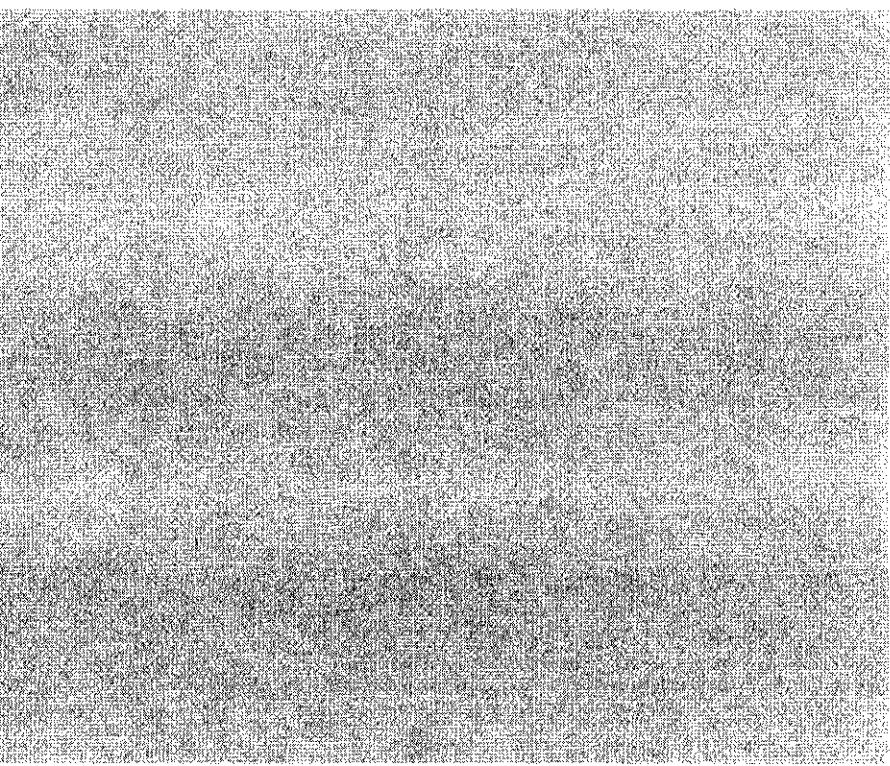
in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 8/9.

Nach einer Abschrift von unbekannter Hand.

Den Artikel „Über Streiks“ schrieb Lenin in der Verbannung für die „Rabotschaja Gaset“¹. Lediglich der erste Teil des Artikels ist erhalten. Ob die beiden anderen Teile geschrieben worden sind, ist unbekannt.



Diskussionen über „Rot Front“ Nr. 1 bis 4



Die Kulturrevolution unter der Diktatur des Proletariats und der Kampf gegen den Nationalismus und Chauvinismus

Genosse Ct. schrieb folgende, unserer Meinung nach berechtigte Kritik an der Resolution 1 in „Rot Front“ Nr. 1 (S. 34–37, Abschnitt „Die Diktatur des Proletariats und die Kulturrevolution“):

„Unter dem Thema ‚Die Diktatur des Proletariats und die Kulturrevolution‘ wird die unter der Diktatur des Proletariats zu lösende Aufgabe des ideologischen Kampfes zur Vernichtung der bürgerlichen Ideologie, die notwendigen erzieherischen Aufgaben gegenüber dem Proletariat und den ihm gegenüber nicht feindlich gesinnten Kräften behandelt.

Als wesentliche Bestandteile der Aufgaben der Kulturrevolution werden der Kampf zur ‚restlosen Beseitigung des alten Herrenstandpunkts der Männer‘ und ‚der Kampf gegen das »Opium für das Volk«, die Religion‘, zu Recht herausgestellt (S. 36/37).

Der Kampf gegen den Herrenstandpunkt und gegen Rassismus für die Gleichberechtigung aller Arbeiterinnen und Arbeiter richtet sich gegen eine wesentliche Methode der Aufrechterhaltung der Diktatur der Bourgeoisie durch ‚Teile-und-Herrsche‘, durch das Gegeneinander-Ausspielen-und-Aufhetzen.

Der Kampf gegen die Religion richtet sich gegen die Einstellung, sich seinem Schicksal zu fügen‘ (der Unterdrückung und Ausbeutung), da ja eh alles gottgewollt sei und man selbst nichts erreichen und verändern könne.

Ich denke, unter diesem Gesichtspunkt wäre es sinnvoll gewesen, die Frage des Kampfes gegen rassistisch-chauvinistische Vorstellungen sowie gegen antisemitische und antiziganistische Vorstellungen als besondere Formen des Rassismus in einem eigenen Absatz zu behandeln.

Diese drei Aufgabenbereiche zusammen stellen meiner Meinung nach wesentliche Bestandteile des Kampfes gegen die Herrschaft und Macht der bürgerlichen Ideologie dar.“

In der Tat, die am Programm der Komintern (1928) angelehnte Passage aus „Rot Front“ Nr. 1 (S. 34–37) wird hier richtig kritisiert.

Die Analyse des ideologischen Kampfes Lenins und Stalins unter der Diktatur des Proletariats, insbesondere Stalins nach 1928, sowie die negativen Erfahrungen mit den nationalistischen Varianten des Revisionismus – 1948 der Tito-Revisionismus, der Nationalismus der SED-Revisionisten, vor allem aber auch der großrussische Chauvinismus der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten zeigen, daß der Kampf gegen Nationalismus und Chauvinismus unter der Diktatur des Proletariats eine wesentliche ideologische Front darstellt.

Zusammenfassend und prinzipiell stellte Stalin 1934 auf dem 17. Parteitag der KPdSU(B) fest:

„Zu bemerken ist, daß die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen auf dem Gebiet der nationalen Frage viel zählebiger sind als auf irgend einem anderen Gebiet. Sie sind zählebiger, weil sie die Möglichkeit haben, sich im nationalen Gewand gut zu maskieren.“

(Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, 1934, Werke Band 13, S. 320)

Stalin hat schon sehr früh in seinem Werk „Marxismus und nationale Frage“ von 1913 die Gefahren eines Nationalismus, der sich sozialistisch gibt, analysiert:

„Dieser Nationalismus ist freilich nicht so durchsichtig, denn er ist durch sozialistische Phrasen geschickt maskiert, aber um so schädlicher ist er für das Proletariat. Mit einem unverhüllten Nationalismus kann man immer fertig werden: Es ist nicht schwer, ihn zu erkennen. Viel schwieriger ist es, einen maskierten und in seiner Maske unerkennbaren Nationalismus zu bekämpfen. Da er sich des Sozialismus als Schutzschildes bedient, ist er weniger verwundbar und viel zählebiger. Wo er unter Arbeitern anzutreffen ist, vergiftet er die Atmosphäre und verbreitet die schädlichen Ideen des gegenseitigen Mißtrauens und der Absonderung der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten.“

(Stalin, „Marxismus und nationale Frage“, 1913, Werke Band 2, S. 301)

Kurz nach dem Sieg der Oktoberrevolution, 1920, warnte Stalin vor der Gefahr des großrussischen Chauvinismus:

„Das Vertrauen, das wir damals (durch die Oktoberrevolution, A. d. R.) erworben haben, können wir bis auf den letzten Rest verlieren, wenn wir nicht alle gewappnet gegen diesen neuen, wie gesagt, großrussischen Chauvinismus vorgehen, der schleichend um sich greift, Tropfen um Tropfen in Ohren und Augen eindringt und Schritt um Schritt unsere Funktionäre zerstellt. Dieser Gefahr, Genossen, müssen wir um jeden Preis vollständig Herr werden, denn sonst droht uns die Perspektive, daß wir das Vertrauen der Arbeiter und Bauern der ehemals unterdrückten Völker verlieren, droht uns die Perspektive, daß die Bande zwischen diesen Völkern und dem russischen Proletariat reißen, und damit droht uns die Gefahr, daß wir das Entstehen eines Risses im System unserer Diktatur zulassen.“

(Stalin, „Der XII. Parteitag der KPR(B)“, 1923, Werke Band 5, S. 215)

All dies bekräftigt die grundlegende Bedeutung des Kampfes, der Kulturrevolution unter der Diktatur des Proletariats gegen „die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen auf dem Gebiet der nationalen Frage“, insbesondere weil sie dort „viel zählebiger sind als auf irgend einem anderen Gebiet“ (Stalin).

Berechtigt ist auch der Hinweis, daß bei einer Überarbeitung des Textes Zusammenhänge zwischen den einzelnen Teilen über die Diktatur des Proletariats enger hergestellt werden müßten, die im Moment noch zu sehr nebeneinanderstehen.

Zur Frage des bewaffneten Kampfes vor dem bewaffneten Aufstand

Ein Genosse der CCC aus dem Gefängnis des belgischen Imperialismus bezog seine Kritik zwar auf „Gegen die Strömung“, Nr. 20, „Das Schema vom ‚friedlichen und nichtfriedlichen Weg‘ widerspricht dem Marxismus-Leninismus“. Aber die Redaktion von „Rot Front“ ist der Meinung, daß wegen des grundsätzlichen Charakters der Kritik, und weil im Kern auch „Rot Front“, Nr. 2 – der Teil über den bewaffneten Kampf – betroffen ist, hier der richtige Platz für diese Diskussion ist.

Einleitend heißt es, unsere Arbeit lobend:

„Ich muß Euch zu der bewundernswerten theoretischen Arbeit beglückwünschen, die Ihr in diesem Dokument nicht nur gegen den ‚friedlichen Weg‘, sondern auch gegen die, gleichzeitige Vorbereitung auf die beiden Wege‘ geleistet habt. Besonders für die theoretische Arbeit gegen diese zweite Abweichung muß ich Euch beglückwünschen. Während die erste chruschtschowsche Abweichung schon oft und gründlich auseinandergenommen worden ist, stellt die Kritik, die Ihr gegen die zweite Abweichung (die sich kritisch gegenüber der ersten gibt) ausgearbeitet habt, tatsächlich einen originellen und wertvollen Beitrag dar, der perfekt aufgebaut und dokumentiert ist.

Ich möchte also nicht **über** diese ‚Diskussionsgrundlage‘ diskutieren, sondern **von** dieser ‚Grundlage‘ **ausgehend**. Die Schlüsse, zu denen Ihr auf brillante Art gelangt, sind höchstens lediglich sehr allgemeine Linien, die sehr verschiedene taktische und strategische Interpretationen zulassen.

Ich lese in Eurer Broschüre: ‚Der bewaffnete Kampf zur Zerschlagung des alten Staatsapparates und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats ist daher der **einzig** Weg, auf den das Proletariat in den Ländern orientiert werden muß, in denen der Staatsapparat der Ausbeuterklassen noch existiert.‘ (Siehe S. 54)

Was bedeutet aber ‚orientieren‘ praktisch? Ist diese Orientierungsarbeit auf den bewaffneten Kampf selbst friedlich? Oder kann sie (muß sie?) schon zu einem Teil bewaffneten Kampf beinhalten?

Hier und da finden sich in Eurer Broschüre Elemente für eine Antwort, aber diese Frage wurde weder offen noch ernsthaft gestellt, und die Antworthelemente sind also daher ohne jede Argumentation und theoretische Grundlage.

So auf Seite S. 40: ‚Es liegt also **überhaupt** kein Grund vor, an der Propaganda für den **bewaffneten Kampf des Proletariats**, an der **Propaganda für die unbedingt notwendige gewaltsame Zerschlagung des alten Staatsapparates** irgendeine Änderung vorzunehmen ...‘

Das Proletariat auf den bewaffneten Kampf orientieren wäre also einfach ‚Propaganda machen‘ für den bewaffneten Kampf? Ist das die einzige Aufgabe seitens der Kommunisten, die Ihr seht? Und was gehört für Euch genau in dieses ‚Propaganda‘konzept? Nur die traditionellen legalen und halblegalen Formen von Agitprop (Reden, Flugblätter, Zeitungen)?

Die ‚Anmerkung 6‘ wäre die ideale Stelle gewesen, um die Frage der Zweckmäßigkeit einer gewissen Form von bewaffnetem Kampf vor der Massenerhebung und als wesentliches Element der Aufgabe der Orientierung des Proletariats auf den bewaffneten Massenaufstand direkt anzugehen.“

Antworten wir darauf:

Wir haben nie den militärischen und bewaffneten Kampf vor dem bewaffneten Aufstand abgelehnt, sondern im Gegenteil unter Berufung auf Lenin im Kampf gegen Reformismus und Legalismus betont, daß zur *Vorbereitung* des bewaffneten Aufstands solche militärischen und bewaffneten Aktionen selbstverständlich richtig, notwendig und unerlässlich sind. Schon in „Gegen die Strömung“, Nr. 1, „Über die Aufgaben der westdeutschen Marxisten-Leninisten – Thesen“ vom November 1974 schrieben wir auf Seite 38:

„Es ist die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Partei, das Proletariat und die anderen werktätigen Massen dahingehend zu erziehen und zu organisieren, daß sie auch im demokratischen Kampf – um einen Erfolg erringen zu können – z. B. gegen die konkrete Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur, gegen den Ausbruch eines bestimmten imperialistischen Krieges, militante und bewaffnete Formen des Kampfes wählen.“

Und in „Gegen die Strömung“, Nr. 20, „Das Schema vom ‚friedlichen und nichtfriedlichen Weg‘ widerspricht dem Marxismus-Leninismus“ vom Januar 1981 zitierten wir auf Seite 20 Lenin im Abschnitt „Die großen Ideale des Kommunismus lassen keinen Spielraum für bürgerlichen Pazifismus“: ¹⁷⁶

(Wir haben) „uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstandes **nicht** begnügt. Wir unterstützten z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, daß sich

¹⁷⁶ Dies ist auch, allerdings erst in Ansätzen, dargelegt in unserem Buch „Grundfragen des Marxismus-Leninismus und der Opportunismus in Westdeutschland“, Frankfurt/M. 1973–74, S. 36 und 51 sowie in „Gegen die Strömung“, Nr. 31, „Diskussionsfragen und Antworten zu Problemen aus den Gemeinsamen Stellungnahmen zur Kritik der ‚Großen Polemik‘ der 60er Jahre“, Dezember 1982, S. 30.

das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen machte. Wir trachteten immer mehr auf Organisierung eines ausdauernden und systematischen Widerstandes der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär.“

(Lenin, „Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“, 1916, Werke Band 23, S. 121)

In „Rot Front“ Nr. 2 ergänzten wir:

„Praktische Erziehung zur Vorbereitung der gewaltsgemäßen Revolution des Proletariats“

Es kann keine Rede von der Vorbereitung der proletarischen Revolution sein, wenn sich die Kommunistische Partei in der heutigen, nichtrevolutionären Zeit allein mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung gegen die Reaktion und mit der Propagierung der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands gegen die imperialistische Bourgeoisie Deutschlands begnügen würde. Es geht vielmehr auch um die praktische Erziehung zur Bereitschaft, revolutionäre Gewalt auszuüben und den bewaffneten Kampf zu führen. Ein Vorbild hierfür sind die Erfahrungen der Bolschewiki, die schon Jahre vor der Revolution, besonders bei Straßendemonstrationen, die Anwendung der Gewalt der Massen gegen ihre Unterdrücker unterstützten und Beispiele solcher Gewaltanwendung für das ganze Land propagierten.“

(„Rot Front“ Nr. 2, Juli 1996, S. 283/284)

Halten wir fest, ohne die Differenzen zu verschleiern: Keinesfalls lehnen wir bewaffnete Aktionen vor dem bewaffneten Aufstand ab.

Sie haben ihren Stellenwert, können und müssen in verschiedener Hinsicht begründet und durchgeführt werden.

Die grundlegende Differenz, die bleibt, bezieht sich allerdings doch sehr auf den Stellenwert solcher bewaffneten Aktionen, wie sie die CCC sehen und wie wir sie sehen.

Hier muß weiter diskutiert werden. Wir hoffen, klargestellt und bewiesen zu haben, daß wir bewaffnete Aktionen vor dem bewaffneten Kampf nicht prinzipiell abgelehnt haben.

Die weitere Kritik, daß wir in allen bisherigen Publikationen zu pauschal diverse Gruppen wie RAF, GRAPO, CCC usw. alle in einen Topf geworfen haben und nicht wirklich konkret an Dokumenten kritisiert haben, ist richtig.

Der Genosse der CCC schreibt weiter:

„Der pawlowsche Reflex, sich auf die Kritik von Lenin an den Narodwolzen zu beziehen, sobald von bewaffnetem Kampf die Rede ist, der der Massenerhebung vorausgeht, ist gräßlich. Es geht ja noch, daß dieser Reflex von den Opportunisten genutzt wird, die damit ein bequemes Mittel finden, eine Debatte zu vermeiden, die sie vor schmerzhafte Schlußfolgerungen stellen würde; daß aber dieser Reflex sich so auch bei revolutionären Marxisten wiederfindet, ist niederschmetternd.“

Der Genosse bittet uns, auf Dokumente der CCC konkret einzugehen.

Nun, wir denken nicht, daß wir der Gefahr eines pawlowschen Reflexes erliegen.

Das Dokument „Bewaffneter Kampf und revolutionäre Politik“ (in „REIHE -texte“, Nr. 8, Hrsg. Gruppe 2) zeigt konkret, wo unsere Gegensätze liegen.

So heißt es auf S. 8, rechts:

„Bewaffneter Kampf bietet, wie eingangs gesagt, natürlich keine absolute Garantie gegen opportunistische oder sonstige Abweichungen, er hebt aber die Protagonisten des Klassenkampfes auf eine hohe Stufe des Antagonismus und reduziert so den Aktionsradius des Reformismus praktisch auf Null.“

Durch die Formulierung: „reduziert so den Aktionsradius des Reformismus praktisch auf Null“ wird deutlich, daß hier eine eindeutige **Überschätzung** der bewaffneten Aktionen, quasi als **Ersatz** für den ideologischen Kampf gegen den Reformismus, stattfindet.

Stalin, der schon die Menschewiki, die teilweise am bewaffneten Kampf beteiligt waren, als „bewaffnete Reformisten“ bezeichnete, machte klar, daß es in der Frage Reformismus oder Revolution nicht entscheidend ist, ob man mit der Waffe kämpft oder nicht, sondern ob man mit der Waffe in der Hand für die Zerschlagung des alten Staatsapparats, für die Diktatur des Proletariats kämpft.¹⁷⁷

¹⁷⁷ „Es muß hervorgehoben werden, daß der Weg der Reformen, der konstitutionelle Weg ‚revolutionäre Aktionen‘ und ‚revolutionären Kampf‘ keineswegs ausschließt. Bei der Bestimmung des revolutionären beziehungsweise des reformistischen Cha-

Auf S. 10 entnehmen wir dem Dokument der CCC, daß sie „vom Revisionismus der ‚KPs‘ seit der III. Internationale ... , Parteien aus der Zeit von 1920–1960“ sprechen.¹⁷⁸ Wir bestreiten nicht revisionistische Tendenzen in verschiedenen Kommunistischen Parteien der III. Internationale, auch vor dem 20. Parteitag der KPdSU, aber in solcher Pauschalität kann die Gleichsetzung der Komintern mit dem modernen Revisionismus nicht einmal diskussionswürdig sein.

Die verschiedenen Kommunistischen Parteien – auch Westeuropas – haben lange vor dem bewaffneten Aufstand bewaffnete Aktionen durchgeführt, dennoch den Akzent auf den Aufbau der Kommunistischen Partei (eher zuwenig) gelegt:

Der bewaffnete Kampf der KPF und KPI gegen den deutschen Nazifaschismus beweist dies ebenso wie einzelne bewaffnete Aktionen der Kader der KPD *vor (!)* 1933 (bewaffnete Aktion zur Bestrafung der Verantwortlichen für das Massaker am „Berliner Blutmai“ 1929, bewaffnete Aktion Olga Benarios zur Befreiung eines KPD-Genossen im April 1928).

Das ist unzweifelhaft, und in dieser Tradition sehen wir uns.

Gerne konkretisieren wir auch unsere Position.

Fortsetzung der Fußnote

rakters dieser oder jener Partei sind nicht die ‚revolutionären Aktionen‘ an sich als entscheidend zu betrachten, sondern die politischen Ziele und Aufgaben, derentwegen diese Aktionen von der Partei unternommen und ausgenutzt werden. Die russischen Menschewiki machten 1906, nach der Auseinanderjagung der ersten Duma, bekanntlich den Vorschlag, den ‚Generalstreik‘ und sogar den ‚bewaffneten Aufstand‘ zu organisieren. Das änderte jedoch nicht im geringsten etwas daran, daß sie Menschewiki blieben. Denn zu welchem Zweck schlügen sie damals das alles vor? Natürlich nicht, um den Zarismus zu zerschmettern und der Revolution zum vollen Siege zu verhelfen, sondern um auf die zaristische Regierung ‚einen Druck auszuüben‘ zwecks Erzwingung einer Reform, zwecks Erweiterung der ‚Verfassung‘, zwecks Einberufung einer ‚verbesserten‘ Duma. ‚Revolutionäre Aktionen‘, um die alten Zustände bei Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse zu reformieren – das ist *eine Sache*, das ist der konstitutionelle Weg. ‚Revolutionäre Aktionen‘, um mit den alten Zuständen aufzuräumen, um die herrschende Klasse zu stürzen – das ist etwas anderes, das ist der revolutionäre Weg, das ist der Weg des vollständigen Sieges der Revolution. Der Unterschied ist hier grundlegender Natur.“
(Stalin, „Noch einmal zur nationalen Frage“, 1925, Werke Band 7, S. 188/189)

¹⁷⁸ CCC, „Bewaffneter Kampf und revolutionäre Politik“, in „REIHE -texte-“, Nr. 8, Hrsg. Gruppe 2, S. 10, linke Spalte.

Erstens sind wir der Meinung, daß die historische Situation des Nazifaschismus, insbesondere seit 1939 und seit dem Überfall auf die sozialistische Sowjetunion, es erfordert hätte, auch **unabhängig** von der Entwicklung einer Massenbewegung in Deutschland wirklich effektive militärische Schläge deutscher Kommunisten gegen deutsche Wehrmachtseinrichtungen, gegen die reibungslose Vernichtungsmaschinerie der Nazis beim Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma, durchzuführen.

Der Vorrang des proletarischen Internationalismus, die wirkliche Massenbewegung in den besetzten Ländern Europas, hätten hier die politische und moralische Notwendigkeit deutlich machen müssen.

Zweitens: Wir denken auch, daß im Zusammenhang etwa mit dem Vietnamkrieg all diejenigen militärischen Aktionen in den imperialistischen Ländern, die sich direkt gegen amerikanische Militäreinrichtungen gerichtet haben, wirkliche Sabotage waren, durchaus begründbar und im Zusammenhang mit beginnenden Massenbewegungen in diesen Ländern richtig waren.

Der Kritik, daß wir diese Aspekte bisher zuwenig dargelegt haben, können wir nur zustimmen.

Nichtsdestotrotz bleibt, daß alle Konzepte, die symbolisch und losgelöst von der wirklichen Massenbewegung Stellvertreterkriege führen, von uns in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus als individueller Terror bezeichnet werden. Aufgabe Nummer 1 ist gerade heute der Aufbau der Kommunistischen Partei.

„Gerechter Tausch“ oder „ungleicher Handel“ – über die Wurzeln der Ausbeutung

Eine sehr wichtige Kritik betraf den gründlich mißglückten Versuch, in „Rot Front“ Nr. 4 (S. 11 und Fußnote 47 auf S. 58), in Kürze das Geheimnis der Verschleierung der Ausbeutung zu lüften. Der gleiche Fehler steckt auch schon in „Rot Front“, Nr. 2, S. 166–167. Wir zitieren hier zunächst die entsprechenden Stellen:

„**Konkret** handelt es sich also um einen Tausch, der das Geheimnis der Mehrwertproduktion, d. h. der Ausbeutung des Proletariats, des Anwachsens der Macht des Kapitals, den ganzen Mechanismus der kapitalistischen Ausbeuterordnung enthält.“

(„Rot Front“ Nr. 4, Juli 1997, S. 11)

„So hat Marx durch die wissenschaftliche Analyse enthüllt, daß Kapitalismus bedeutet, daß der sogenannte ‚gerechte Tausch‘ zwischen Arbeitskraft hier und Lohn da in Wirklichkeit ein höchst ungleicher Handel ist. Siehe dazu genauer S. 11 in dieser Nummer.“
(ebenda, S. 58)

„Der springende Punkt aber ist, daß Kapitalismus bedeutet, daß der sogenannte ‚gerechte Tausch‘ zwischen Arbeitskraft hie und Lohn da in Wirklichkeit ein höchst ungleicher Handel ist.“

(„Rot Front“ Nr. 2, Juli 1996, S. 166–167)

Ein Genosse kritisiert hier zu Recht:

„So kann ich z. B. nicht nachvollziehen, wie der Gedanke zum Tausch der Ware ‚Arbeitskraft‘ gegen den Lohn und das bei euch daraus Gefolgerte mit Marxens Arbeiten unterfüttert werden könnte.“

Der Genosse führt weiter aus:

„Wichtig aber ist, und Marx machte das auch sehr wohl klar, daß die Arbeitskraft als eine Ware *nur dann* am Markt auftreten kann, wenn sie von den BesitzerInnen dieser Kraft als Ware angeboten und letztendlich auch verkauft wird.“

Damit diese BesitzerInnen aber überhaupt ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen können, haben sie über diese auch verfügen zu können.

Sie müssen also freie EigentümerInnen ihrer Person, ihrer Arbeitskraft sein.

Und genau an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt treten die VerkäuferInnen von Arbeitskraft und die BesitzerInnen von Geld (also eben *nicht* die Kapitalisten, wie ihr schreibt) in ein Verhältnis ein, das als eines zu bezeichnen ist von *ebenbürtigen WarenbesitzerInnen*, welche sich nur darin unterscheiden, daß die einen *KäuferInnen* sind und die anderen VerkäuferInnen.

Marx nannte sie beide juristische Personen, juristisch *gleiche* Personen.

So denke ich, daß ihr den falschen Ansatz gewählt habt, als ihr die Problematik der ‚Chancengleichheit‘ und die sogenannte ‚Freiheit des Individuums‘ unter anderem angesprochen hattet.“

Diese Kritik ist berechtigt.

Nicht der **Tausch** enthält das Geheimnis der Mehrwertproduktion, nicht in der Sphäre der Zirkulation ist die Ausbeutung verwurzelt, sondern in der Produktion.

Daß die Kritik des Genossen sehr berechtigt ist, zeigt sich in den eingangs zitierten Passagen aus „Rot Front“ Nr. 2 und 4, wo es fast wortwörtlich gleichlautend gerade falsch steht, nämlich „daß der sogenannte ‚gerechte Tausch‘ zwischen Arbeitskraft hier und Lohn da in Wirklichkeit ein höchst ungleicher Handel“ sei.

Im Durchschnitt wird die Ware Arbeitskraft gegen Geld nicht „ungleich“ getauscht. Daher sind oben genannte Stellen falsch. Marx enthüllte eben, daß nicht im Handel, im Tausch, in der Zirkulation die Ausbeutung, die Mehrwertproduktion wurzelt, sondern in der Produktionssphäre.¹⁷⁹ Das Geheimnis der Mehrwertproduktion ist nicht im Tausch enthalten, das Rätsel der Mehrwertproduktion löst sich nicht in der Sphäre der Zirkulation und des Tauschs, sondern im Produktionsprozeß.

Marx schreibt im ersten Band des „Kapital“:

„Man mag sich also drehen und wenden wie man will, das Fazit bleibt dasselbe. Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert. Die Zirkulation oder der Warenaustausch schafft keinen Wert.“

(Marx, „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals“, 1867, Marx-Engels Werke Band 23, S. 177/178; Hervorhebung von uns)



¹⁷⁹ Marx schrieb, daß der Kapitalist

„... im Produktionsprozeß Mehrwert (als aliquoter Teil des Produkts, ausgedrückt in Mehrprodukt) durch Exploitation der Arbeitskraft produzierte.“

(Marx, „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band, Buch II: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals“, herausgegeben 1893 von F. Engels, Marx/Engels Werke Band 24, S. 47)

Weitere Diskussionen

Diskussion zu den sogenannten „Befreiungskriegen“ von 1812

In „Rot Front“ Nr. 1 heißt es auf S. 76/77 über die sogenannten „Befreiungskriege“:

„Da Napoleon, der Repräsentant der französischen Großbourgeoisie, die deutsche Bevölkerung durch enorme Kontributionen und maßlos hohe Steuern ausplünderte und das Französische zur Amtssprache zu machen suchte, steigerte sich der Haß des Volkes gegen die französischen Eroberer immer mehr. Außerdem zwang Napoleon die jungen Männer Preußens und anderer Gebiete in seinem Herrschaftsbereich zur Teilnahme am Krieg gegen andere Völker.“

In dem Widerstand und Kampf der Volksmassen gegen die französische Herrschaft waren in Deutschland nach den Jahrhunderten der politischen Apathie und Passivität auch die Elemente und Anfänge eines demokratisch-oppositionellen Bewußtseins entstanden, es gab einen Aufschwung der Aktivität der Massen. Doch den Junkern gelang es weitgehend, die Unzufriedenheit breiter Massen für ihre reaktionären Ziele auszunutzen.

Unter dem Druck der napoleonischen Herrschaft waren die Junker 1807 bis 1811 zu bürgerlichen Reformen gezwungen (Aufhebung der Erbuntertänigkeit, teilweise Aufhebung der Standesprivilegien, Einführung einer Städteordnung, Heeresreform), aber eben dieser Druck gab ihnen wieder das Heft in die Hand, indem er es ihnen möglich machte, den Groll und Zorn der Bevölkerungsmassen gegen die französischen Eroberer zu kehren. Dazu schürten sie übelste nationalistische Hetze gegen die ‚gottlosen Franzosen‘ und verbreiteten das ideologische Gift der Deutschtümelei. Tatsache ist, daß der Preußenkönig

, ... Friedrich Wilhelm III. 1813 das preußische Volk durch schöne Worte und herrliche Verheißen wirklich so weit brachte, daß es glaubte, gegen die Franzosen in einen ‚Befreiungskrieg‘ zu ziehen, obwohl es sich um weiter nichts handelte als um die Unterdrückung

der französischen Revolution und die Herstellung der alten Wirtschaft von Gottes Gnaden.“

(Marx, „Die Taten des Hauses Hohenzollern“, „Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 294, 10. Mai 1849, Marx/Engels Werke Band 6, S. 478)

Gegen alle nationalistischen Verklärungen der sogenannten ‚Befreiungskriege‘, wie sie insbesondere auch die SED-Revisionisten verbreiteten, muß klargestellt werden, daß diese keine Freiheitskriege waren, kein Bruch mit dem verfluchten preußischen Untertanengeist. Ihr Ergebnis war die Restauration und Stärkung der feudal-reaktionären Mächte, die Zementierung der ‚deutschen Zustände‘, der Triumph der politischen Reaktion (Wiener Kongreß 1815).“

Es war schon zur Zeit der Abfassung des Textes klar, daß angesichts einer Fülle verschiedener und unterschiedlicher Einschätzungen dieses Krieges gegen Napoleon durch Marx und Engels hier das Problem bei weitem nicht erschöpfend behandelt werden konnte.

In einer sehr umfangreichen Diskussion, die hier nur knapp skizziert werden kann, wurde insbesondere die Aufgabe gestellt, alle relevanten Äußerungen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zusammenzustellen, insbesondere auch die Positionen der SED. Denn die grundlegende Einschätzung ist: Ein theoretischer Hintergrund für nationalistische Positionen in der SED ist die von ihr ganz falsche Parallele der Situation von 1945 zu der von 1812. Zudem wurden von der SED dabei die kritischen Äußerungen von Marx und Engels gegen Ideologen des deutschen Chauvinismus unterschlagen und verfälscht.

Ein solcher, vor allem gegen die SED-revisionistischen Positionen gerichteter Schulungsbrief zur deutschen Geschichte ist in Vorbereitung. Dabei soll erstens herausgestellt werden, daß der Krieg in Deutschland gegen Napoleon **Teil eines viel umfassenderen Krieges von Spanien bis Rußland gegen Napoleon war** – eine Tatsache, die manche positive Akzentsetzung (etwa bei Lenins historischer Parallele zu Brest-Litowsk, siehe Lenin, Werke Band 27, S. 35, 68, 95, 174) erklärt.

Zweitens soll nicht überspielt werden, daß es auch in der Akzentsetzung der verschiedenen Äußerungen von Marx und Engels aber auch von Lenin gewichtige Unterschiede gibt, die bewußt diskutiert werden müssen. Drittens kommt es dabei in erster Linie darauf an, daß die Schriften und Äußerungen der Klassiker im Zusammenhang,

in ihrer Entwicklung, in der jeweils betreffenden historischen Etappe bzw. Epoche als Ergebnis des Kampfes gegen den jeweils aktuell bedeutenden Revisionismus studiert und verstanden werden müssen; daß bestimmte Äußerungen und Formulierungen nur verständlich sind in Kenntnis der Polemik, innerhalb derer sie verwendet wurden. Die schon vorhandenen umfangreichen Vorarbeiten zu diesem Thema sollen in absehbarer Zeit veröffentlicht werden.

Die Bedeutung der Beteiligung des deutschen Imperialismus am Völkermord an den Armeniern

Ein Kritikpunkt an „Rot Front“ Nr. 1, S. 83, war, daß die Beteiligung der deutschen Imperialisten beim Völkermord an den Armeniern hätte erwähnt werden müssen.

Um die Jahrhundertwende lebten über 2,5 Millionen Armenier im türkisch kontrollierten Westarmenien. Zwischen 1915 und 1918 wurden nahezu 1,5 Millionen Armenier planmäßig durch Deportationen, Zwangsarbeit, Erschießungen, Hunger, Seuchen, auf Todesmärschen und in Lagern ermordet, Hunderttausende wurden in die Verbannung oder ins Exil getrieben.

Die Diskussion ergab, daß der Massenmord an den Hereros in Afrika direkt vom deutschen Imperialismus und seiner Armee durchgeführt wurde. Aber beim Völkermord an den Armeniern, der in erster Linie von türkischen Reaktionären durchgeführt wurde, waren deutsche Militärs auch in erheblichem Maße beteiligt. Der deutsche General Liman von Sanders wurde kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs Generalinspekteur des türkischen Militärs. Der deutsche Befehlshaber von Bonsart war Stellvertreter und Ratgeber des türkischen Kriegsministers Enver Pascha. Den Posten eines Bevollmächtigten des Oberkommandos der türkischen Streitkräfte nahm der deutsche Generalmajor von Lossow ein. Zu dieser Zeit hatte der deutsche Imperialismus seine englischen und französischen Konkurrenten weitgehend verdrängt, kontrollierte die Wirtschaft der Türkei und beeinflußte alle wichtigen politischen und strategischen Entscheidungen. Einem der türkischen Hauptverantwortlichen für den Völkermord an den Armeniern, dem Innenminister des faschistischen „jungtürkischen“ Regimes, Taalat Pascha, wurde für seine „Verdienste“ von den deutschen Imperialisten der höchste preußische Orden verliehen.

Wichtig aber ist auch, daß die deutschen Nazifaschisten bei ihrem Vernichtungsfeldzug gegen das polnische Volk den Völkermord in Armenien zum Vorbild nahmen:

„So habe ich ... meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“

(Hitler am 22. 8. 1938, Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1919–45, Serie D, VII, Nr. 193, S. 171, Anmerkung 1)

Die Bedeutung der deutschen Beteiligung am Völkermord an den Armeniern gewinnt an Gewicht angesichts der Durchführung des Völkermords an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma durch den deutschen Imperialismus. Der Kritik wurde zugesimmt.

Zur Diskussion über den bürgerlichen Parlamentarismus als „denkbar beste politische Hülle“ des Kapitalismus

Die Diskussion – ausgelöst durch „Rot Front“ Nr. 2, S. 168, 2. Absatz, über die „denkbar beste politische Hülle“ des Kapitalismus – ergab folgende Gesichtspunkte:

Erstens. Leider wird auf S. 168 nicht der historische Zusammenhang, ja nicht einmal die Quelle dieses „Satzfetzens“ benannt. Es handelt sich um eine These Lenins, die sich gegen feudalistische Staatsformen richtet und zunächst mit der Diskussion über Faschismus nichts zu tun hatte.

Die Passage bei Lenin lautet:

„Die Allmacht des ‚Reichtums‘ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (...) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß *kein* Wechsel, weder der Personen

noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 405)

Eine zweite Diskussion ergab, daß bezüglich der faschistischen Staatsform dieser Gedanke in gewisser Weise jedoch auch stimmt, daß die parlamentarische Demokratie die „*denkbar* beste politische Hülle“ ist. Aus der konkreten *politischen* Situation heraus ist zwar die faschistische Staatsform (die übrigens mehr beinhaltet, als nur „politische Hülle“ zu sein) die effektivere, nötige und insofern für das Kapital die bessere Staatsform, wird aber eben auch nicht ohne Grund und Not einfach angewandt, da für die ideologische Einlullung der Massen die parlamentarische Demokratie, trotz der Grundtendenz zur Faschisierung, die „*denkbar* beste politische Hülle“ bleibt.

Drittens wurde herausgestellt, daß theoretisch die Aufgabe bleibt, konkret-geschichtlich die Diskussion über Ursachen des Wechsels der Staatsformen vor allem im Imperialismus aufzuarbeiten, um sich ideologisch, politisch und organisatorisch auf solche Wechsel mit all deren Konsequenzen besser einstellen zu können.

Als vierter Punkt wurde abschließend hervorgehoben, daß die Frage nach der Staatsform wesentlich miteinbeziehen muß, welche Wirkung ein Wechsel der Staatsform international und in Deutschland hätte. Die welthistorische Niederlage des Nazifaschismus und seine Ächtung bei großen Teilen der Weltbevölkerung ist ein gewichtiger Faktor, die reaktionären Traditionen des deutschen Imperialismus sind ein gewichtiger Gegenfaktor.

Klar wurde durch die hier skizzierte Diskussion, daß die Ausführungen in „Rot Front“, Nr. 2 (S. 168–175) noch Schwächen aufweisen, nicht zu den stärksten Teilen gehören.

Diskussion über den europäischen Chauvinismus

Ein Genosse kritisiert:

„Es fällt zu „Rot Front“ Nr. 1 auf, daß

– keine Darlegung des Kampfes gegen den ‚europäischen Chauvinismus großdeutscher Prägung‘ enthalten ist, allgemein nur gegen europäischen Chauvinismus (hier wird seltsamer Weise die *Beson-*

derheit (à la großdeutscher Prägung), die besondere Aufgabe, „vergessen“) argumentiert wird – dies ist ein Fehler;

– der Kampf gegen den europäischen Chauvinismus auf jeden Fall zuerst im Kern, von der Gliederung auch vorrangig, behandelt wird – dies ist ein Fehler.“

Zum ersten Punkt:

Ohne uns zu sehr in Einzelheiten zu verlieren: In der Tat hatten wir in „Rot Front“ Nr. 1 noch nicht genau verschiedene Varianten des deutschen Chauvinismus (darunter eben der „europäische Chauvinismus großdeutscher Prägung“) bewiesen. Im GDS-Flugblatt 8-9/97, „Die deutsche ‚Neuordnung Europas‘ bekämpfen!“ wurde begonnen, diese Lücke zu schließen.

Zum zweiten Punkt:

Wir glauben nicht, daß unsere systematische Aufzählung ein Fehler ist. Wir haben zunächst den proletarischen Internationalismus allgemein begründet, dann die Aufgaben des proletarischen Internationalismus im Kampf gegen den europäischen Chauvinismus dargelegt, um zum Schluß als dritten Punkt zu betonen:

„Den proletarischen Internationalismus unter den Bedingungen Deutschlands anwenden, erfordert, auf all diesen Grundlagen vor allem mit ganzer Kraft den deutschen Chauvinismus zu bekämpfen!“

Dieser Kritik können wir nicht zustimmen, denn Reihenfolge ist nicht immer Gewichtung.

Ein anderer Genosse schreibt zu „Rot Front Nr. 1“:

„S. 40 oben werden einleitend kurz die Aufgaben des proletarischen Internationalismus ‚in dreifacher Hinsicht‘ beleuchtet – und hier finde ich den Kampf gegen den europäischen Chauvinismus falsch beschrieben. Es heißt:

„Der proletarische Internationalismus legt zusätzlich besondere Verpflichtungen im Kampf gegen den Chauvinismus in imperialistischen Großmächten auf, insbesondere hier gegen den europäischen Chauvinismus. Die Ursache dafür liegt in der Spaltung der Welt in eine Handvoll imperialistischer Großmächte auf der einen Seite und den Völkern der vom Imperialismus abhängigen und kolonial beherrschten Länder auf der anderen Seite.“ („Rot Front“ Nr. 1, Januar 1996, S. 40)

Ich denke, daß es in diesem Abschnitt falsch ist, den europäischen Chauvinismus ausschließlich mit imperialistischen Großmächten zu verknüpfen. Auch kleinere imperialistische Länder wie Belgien, Portugal etc. waren und sind als imperialistische Ausbeuter und Unterdrücker gegen die unterdrückten Völker tätig. Auf dieser Basis wirkt der europäische Chauvinismus auch in diesen Ländern.“

Wir denken, daß der Genosse recht hat, auch wenn er ein wenig übertreibt, daß wir den Kampf gegen den europäischen Chauvinismus „ausschließlich“ mit dem Kampf gegen imperialistische Großmächte verknüpft hätten.

Die Kritik hat insbesondere Bedeutung für die Diskussion mit den Genossinnen und Genossen aus Belgien, Niederlande, Spanien, Portugal, Österreich usw.

Diskussionspunkte zur Kommunistischen Partei

1. Eine weitere Diskussion entzündete sich an der Formulierung in „Rot Front“ Nr. 3, S. 149, Fußnote 114, letzter Absatz auf der Seite, in der es heißt, daß es „in Ausnahmefällen“ real zu einer zweiten Linie in der Partei kommen könne.

Angesichts der vielen Kämpfe gegen eine zweite Linie in der KPdSU(B) zu Zeiten Lenins und Stalins, der kampferprobtesten Kommunistischen Partei überhaupt, so wurde zu Recht argumentiert, ist der Begriff „Ausnahmefälle“ falsch und bagatellisierend.

Die Diskussion ergab, daß eine zweite Linie innerhalb der Kommunistischen Partei **weder gesetzmäßig entstehen muß, noch lediglich als Ausnahme angesehen werden darf**. Es ist vielmehr eine sehr reale, gefährliche Möglichkeit, die aber erfolgreich bekämpft werden kann und muß.

2. Eine kleine Kritik gab es auch an „Rot Front“ Nr. 3, S. 61, wo als Bedingung für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei als zweiter Punkt genannt wurde: „**wer ... regelmäßig Beiträge zahlt**“. Hier wurde eingewandt, daß die Originalformulierung Lenins in der Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ (siehe

Lenin, 1904, Werke Band 7, S. 240) davon ausgeht, daß „**die Partei ... in materieller Hinsicht unterstützt**“ werden muß. In „Rot Front“ Nr. 4, S. 99 wurde dieser Punkt insbesondere unter Berücksichtigung von extremen Situationen wie Gefängnis, Verbannung oder Konzentrationslager wie folgt geändert:

„Mitglied kann nur sein, wer das Parteiprogramm anerkennt, in einer der Organisationen der Kommunistischen Partei am Parteaufbau mitarbeitet und **regelmäßige materielle Unterstützung** leistet.“ (Hervorhebung der Redaktion)

3. Einen weiteren Hinweis ergab die Diskussion über „Rot Front“ Nr. 3, S. 130/131. Dort heißt es in dem Abschnitt über die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ mit Bezug zu dem Stalin-Sammelband „Über die Opposition“:

„**Erst wenn** wirklich ausführlich der Mehrheit der Partei bewiesen und diese davon überzeugt ist, daß eine innerparteiliche Korrektur der Fehler der Opposition nicht möglich ist, **erst dann** sind organisatorische Maßnahmen gegen die führenden Kräfte der Opportunisten durchzuführen.“ (Hervorhebungen der Redaktion)

Ein Genosse wies darauf hin, daß diese Formulierung sicherlich richtig ist in bezug auf den konkreten Kampf Stalins gegen die Opposition in der KPdSU(B), aber auch herausgestellt werden müsse, daß es in dieser Hinsicht andere Ausnahmen geben könne. Allerdings wurde gegen diesen Genossen eingewandt, daß wenig später die Rolle des Zeitfaktors ausführlich dargestellt wird (siehe S. 198–202) und sogar ausdrücklich auf Seite 235 hervorgehoben wird:

„Unsere grundlegende Herangehensweise muß es also sein, **den ideologischen Kampf insgesamt – nicht immer unbedingt chronologisch gesehen – vorrangig vor dem organisatorischen Kampf** in allen wichtigen, die Partei insgesamt betreffenden Auseinandersetzungen zu führen.“ (Hervorhebung der Redaktion)

Ein sinnentstellender Layout-Fehler

In „Rot Front“ Nr. 4 ist die These 12 des Resolutionsteils über „Kommunistische Kader“ (S. 95) fälschlicherweise identisch mit der

These 12 im Resolutionsteil über „Kommunistische Theorie“ (S. 9). Im Resolutionsteil über „Kommunistische Kader“ muß die These 12 richtig lauten:

„12.

Eine richtige Kaderpolitik geht im Gegensatz dazu (zur Vorstellung ‚Einmal guter Kommunist, immer guter Kommunist‘, A.d.R.) von dem Leitsatz aus, daß ‚nichts uns zu Fall bringen kann außer unsere eigenen Fehler‘. Gegen die Gefahr des Farbwechsels, der Demoralisierung, Bestechung und Kapitulation, der revisionistischen Zeitzünderderbomben mobilisiert die Kommunistische Partei die revolutionäre Wachsamkeit, die Erhöhung des politischen und ideologischen Niveaus, den innerparteilichen Kampf und die Kritik und Selbstkritik vor allem angesichts des revisionistischen Farbwechsels großer Kommunistischer Parteien gegen die Gefahr des Umfallens, des Farbwechsels der Leitung der Kommunistischen Partei.“

Entsprechend endet auch das Referat „Kommunistische Kader“ auf den Seiten 37 bis 146 mit dem Abschnitt „Wie kann der Farbwechsel der Kader verhindert werden?“

Bisher erschienene Ausgaben von „Rot Front“:

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:

Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

(Teil I)

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR - Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:

Krieg den deutschen Zuständen!

Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

156 Seiten, Preis 10,- DM

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!

(Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten, Preis 20,- DM

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

**Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus
(Teil I u. II)**

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

**II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik
(Prinzipielle Methoden des innerparteilichen Kampfes)**

J. W. Stalin:

Dem Genossen G. Telija zum Gedenken

266 Seiten, Preis 20,- DM

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

**Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus
(Teil III)**

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:

Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten, Preis 20,- DM

Inhalt

Editorial	3
Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 -1974	10
Einleitung	11
Warum die Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 notwendig ist	11
Entwicklung und Stand der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland müssen realistisch eingeschätzt werden	18
Marx und Engels über die Notwendigkeit und Grenzen der Tageskämpfe	28
Sieben Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter	30
Die Ausgangssituation nach 1945	30
Kämpfe für eine konsequente Entnazifizierung	32
Kämpfe gegen die Remilitarisierung	36
Der Landarbeiterstreik 1951	42
<i>Über die Notwendigkeit des Klassenkampfs auf dem Land und die Aufgaben des Industrieproletariats zum Zusammenschluß mit dem Landproletariat</i>	
Hintergründe und Vorgesichte	42
Streikverlauf	43
Lehren und Schlußfolgerungen	45
Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952	50
<i>Wie die Gewerkschaftsführung offen den Massenkampf von Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern verrät</i>	
Protestaktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz	51
Der offene Verrat der DGB-Führung und seine Ursachen	55

Schlußfolgerungen zur Frage der Betriebsräte	58
Kampf auf der Howaldt-Werft 1955	61
<i>Ein von der KPD geführter Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung!</i>	
Vorgeschichte des Werftarbeiterstreiks	61
Streikverlauf	63
Erfahrungen und Lehren	70
Schwächen, Mängel und Fehler	71
Zur Rolle der KPD im Howaldt-Streik	73
Zur Einschätzung des Streiks durch die KPD 1955	75
Der Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein 1956/57	80
<i>Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!</i>	
<i>Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!</i>	
Verlauf und Ergebnis des Streiks	81
Lehren und Schlußfolgerungen	84
Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre – Kein Wunder, sondern maßlose Ausbeutung und imperialistische Expansion!	
Die elenden Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland	86
Auf der Basis der verschärften Ausbeutung riesige Profite für die Stärkung des westdeutschen Imperialismus	88
Die materielle Grundlage für die „Wirtschaftswunder“-Demagogie	90
	91
Die Septemberstreiks 1969	95
<i>Auf die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst kommt es an!</i>	
<i>Die erste große Streikbewegung ohne und gegen die Gewerkschaftsführung!</i>	
Konkreter Auslöser	97
Die großartige Streikaktion und Kampfdemonstration der Hoesch-Arbeiterinnen und -Arbeiter	97
„Jetzt sprechen wir“ – Der Streik der Walzwerker der Neunkirchener Eisenwerke	99
Solidarität von Studentinnen und Studenten mit den Streikenden	100
Abwiegelei der DKP-Revisionisten	101
Die Bedeutung der Septemberstreiks	102

Der Pierburg-Streik 1973	106
<i>Die Arbeiterinnen nehmen den Kampf für ihre Forderungen in die eigenen Hände</i>	
<i>Solidarität im Kampf zwischen deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern und den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern</i>	
Die spontane Streikbewegung 1973	106
Die Vorgeschichte	107
Der Streik	110
Erfahrungen und Lehren	114
Der Ford-Streik 1973	116
<i>Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern treten als militante Kraft auf den Plan!</i>	
<i>Die Fratze der Arbeiteraristokratie und des deutschen Chauvinismus zeigt sich offen!</i>	
Die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern bei Ford	117
Hintergründe und Anlaß, warum es zum Streik 1973 kommt	120
Streikverlauf	121
Die schändliche Rolle der DKP-Revisionisten	131
Einige Lehren und Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen des Ford-Streiks	132
Einige Schlußfolgerungen	139
Klassenkämpfe in Deutschland werden sich nur im allseitigen Kampf gegen den deutschen Chauvinismus entwickeln!	139
Klassenkämpfe in Deutschland werden sich nur im Kampf gegen DGB-Führung und Arbeiteraristokratie entwickeln!	142
Klassenkämpfe in Deutschland werden sich nur im Kampf zur Entlarvung der Tricks und Methoden der deutschen Imperialisten und ihrer Agenturen in der Arbeiterbewegung entwickeln!	143
Die Rolle der bürgerlichen Medien nicht unterschätzen!	146
Die Gefahr der Korrumperung	146
Den Legalismus bekämpfen!	147
Vom Tageskampf zum Kampf für die proletarische Revolution	147
Die Zwiespältigkeit der Tageskämpfe erkennen!	147

Spontane Tageskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter – Kämpfe „Klasse gegen Klasse“?	148
Grundlegende Aufgaben kommunistischer Betriebsarbeit	150
Kommunistische Agitation und Propaganda	150
Verbindung von legaler mit illegaler Arbeit als Grundlage für den militanten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung	154
Der Aufbau kommunistischer Betriebszellen der Kommunistischen Partei	156
Zum Eingreifen der kommunistischen Betriebszellen der Kommunistischen Partei in die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter	157
Anhang	160
Streiflichter des Ausschlußterrors der Gewerkschaftsführung	160
Betriebsbesetzungen als Kampfmittel der Arbeiterinnen und Arbeiter!	164
Aussperrungsterror der Kapitalisten	166
Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern 1961 – 1975 und die besondere Unterdrückung durch den Staat des westdeutschen Imperialismus	169
W. I. Lenin, Über Streiks	178
Diskussionen über „Rot Front“ Nr. 1 bis 4	190
Die Kulturrevolution unter der Diktatur des Proletariats und der Kampf gegen den Nationalismus und Chauvinismus	191
Zur Frage des bewaffneten Kampfes vor dem bewaffneten Aufstand	193
„Gerechter Tausch“ oder „ungleicher Handel“ – über die Wurzeln der Ausbeutung	199

Weitere Diskussionen	202
Diskussion zu den sogenannten „Befreiungskriegen“ von 1812	202
Die Bedeutung der Beteiligung des deutschen Imperialismus am Völkermord an den Armeniern	204
Zur Diskussion über den bürgerlichen Parlamentarismus als „denkbar beste politische Hülle“ des Kapitalismus	205
Diskussion über den europäischen Chauvinismus	206
Diskussionspunkte zur Kommunistischen Partei	208
Ein sinnentstellender Layout-Fehler	209

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalt-samen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

**Marx/Engels:
„Manifest der Kommunistischen Partei“**

Preis 15,- DM